

**MITMACHEN.
PARTICIPATE.
PARTICIPER.
BONN.**

Rechenschaftsbericht



Bürgerbeteiligung am
Haushalt 2011/2012

1 Neue Formen der Bürgerbeteiligung in Bonn

Seit Januar 2010 ist „Bürgerbeteiligung“ als Aufgabengebiet im Dezernat des Oberbürgermeisters angesiedelt. Ziel ist, mit informellen Formen der Bürgerbeteiligung (Interaktives Bürgerportal im Internet, Bürgerbefragungen, Bürgerforen, Stadtkonferenzen etc.) die Bürgerschaft vermehrt in die Prozesse von Entscheidungsfindungen einzubeziehen. Umfassende und transparente Information sowie der Diskurs sollen dazu beitragen, dass Rat und Verwaltung das „Ohr nahe an den Bürgerinnen und Bürgern“ haben und Entscheidungen getroffen werden, die nicht im nach hinein von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt werden. Dabei versteht sich die Projektleitung Bürgerbeteiligung als Prozessmanagement einer Querschnittsaufgabe der Gesamtverwaltung. Im Sinne eines lernenden Systems sollen eingeleitete Schritte der Bürgerbeteiligung evaluiert und nach und nach mit Weiterentwicklungen und konkreten Projekten ergänzt werden.

Im Rahmen des Projekts „Neue Formen der Bürgerbeteiligung“ wurde als erste konkrete Maßnahme die „Bürgerbeteiligung zum Haushalt 2011/2012“ durchgeführt. Zuvor waren die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Qualitativen Vorstudie in Kooperation mit der Universität Bonn, Zentrum für Evaluation und Methoden (zem) befragt worden, was ihre wichtigen Themen sind und welche Formen der Bürgerbeteiligung sie bevorzugen würden.

Die Studie wurde Anfang April 2010 durchgeführt. Im Ergebnis sind gewünschte Methoden Befragungen, Interaktion im Internet und Versammlungen zu konkreten Themenstellungen ganz vorn auf der Beteiligungswunschliste der Bürgerinnen und Bürger. Unter den Top 10 der wichtigen Themenbereiche waren allein fünf, die eine Mitberatung über die Verwendung kommunaler Finanzmittel bzw. bei der Prioritätensetzung der notwendigen Einsparungen beinhalteten. Wichtigste Themen mit „besonderem Handlungsbedarf“ waren ebenfalls Finanzen und Einsparpläne.

Im Juni 2010 folgte die Beschlussfassung, für den Doppelhaushalt 2011/2012 eine auf Konsolidierungsaspekte fokussierte Bürgerbeteiligung vorzubereiten. Die Durchführung wurde im Dezember 2010 vom Rat beschlossen und folgende Eckpunkte des Verfahrens festgelegt:

- Sparen steht im Mittelpunkt eines überwiegend im Internet durchgeführten interaktiven Partizipationsverfahrens.
- Ziel ist ein in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichener Haushalt 2015.
- Information der Bürgerinnen und Bürger über die finanzielle Situation der Stadt Bonn – warum weiter gespart und Schwerpunkte gesetzt werden müssen.
- Konsolidierungsvorschläge (Spar- und Einnahmeerhöhungsvorschläge) für 2011/2012 werden durch die Verwaltung vorgegeben, dabei werden alle freiwilligen Leistungen der Stadt mit Kosten ab 50.000 Euro jährlich dargestellt.
- Einholen von Bürgerfeedback (pro/contra/neutral) zu den freiwilligen Leistungen sowie zu den Konsolidierungsvorschlägen.
- Zusätzlich können Bürger/innen eigene Vorschläge formulieren und diese bewerten. Verwaltung beziffert Vorschläge kurzfristig zumindest mit Schätzwerten.
- Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit der Kommentierung aller Vorschläge sowie des Einforderns zusätzlicher Informationen. Die Verwaltung reagiert zeitnah.

- Prioritätensetzung (Rangfolge der 108 Konsolidierungsvorschläge) und die zunächst 50, später 108 bestbewerteten Bürgervorschläge gehen als Beratung für den politischen Entscheidungsprozess, der Rat entscheidet abschließend.
- Entscheidungen des Rates werden öffentlich begründet (Rechenschaftslegung).
- Schlankes Verfahren zum Einstieg in weitere Formen der informellen Bürgerbeteiligung, insbesondere Erprobung der „e-Partizipation“ als zusätzliches Beratungsinstrument für Politik und Verwaltung.

2 Umsetzung der Bürgerbeteiligung am Haushalt

2.1 Verfahren vor 2011

Bereits in den Jahren 2005, 2006/2007, 2008/2009 (Doppelhaushalte) und 2010 wurden in Bonn Bürgerbeteiligungen am Haushalt durch folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Herausgabe einer Bürgerbroschüre zum jeweiligen Haushaltsplan-Entwurf als Printmedium (Auflage: 8.000) und im Internet.
- Durchführung einer zentralen Informationsveranstaltung nach Einbringung des Haushaltsplanentwurfs.
- Durchführung von vier dezentralen Veranstaltungen in den Bonner Stadtbezirken.
- Ergänzende Bürgerbeteiligung über Fragebögen u. eine zentrale eMail-Adresse.

Die Beteiligung an den einzelnen Veranstaltungen lag bei 7-38 Bürgerinnen und Bürgern, insgesamt konnten in den Jahren 2005-2010 rund 400 Bürgerinnen und Bürger mit den Präsenzveranstaltungen erreicht werden. Anregungen (Fragen, Vorschläge) zum Haushalt konnten auch mittels Fragebogen (war in der Broschüre enthalten) oder per Mail gestellt werden. Diese Möglichkeit wurde in den vier Bürgerhaushalten seit 2005 von jeweils durchschnittlich 40 Bürgerinnen und Bürgern genutzt. Fragen wurden schriftlich oder per Mail beantwortet.

Diese Form des „Bürgerhaushalts“ wurde ausschließlich innerhalb der Kämmerei organisiert. Interne, alle Fachbereiche umfassende Strukturen für die Durchführung einer auf hohe Teilnehmerzahlen und kurzfristige Verwaltungsreaktion ausgelegte dialogorientierte Bürgerbeteiligung mussten folglich erst geschaffen werden.

2.2 Bonn packt's an

Zunächst bildete sich für die Koordination zwischen Verwaltung und externem Portalentwickler eine Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern der Fachbereiche Bürgerbeteiligung (Leitung), Kämmerei, Organisationsamt und Presseamt zusammensetzte. In dieser Arbeitsgruppe wurden Technik, Design, Anforderungen an die Inhalte und die Öffentlichkeitsarbeit grundlegend festgelegt und für die politische Beschlussfassung vorbereitet. Alle Amtsleitungen erhielten Informationen über die neue Querschnittsaufgabe „Bürgerbeteiligung“ und wurden um Unterstützung gebeten. Nächster Schritt war die Einrichtung von Schnittstellen in den einzelnen Dezernaten (sog. Koordinatoren), bei denen alle notwendigen Zuarbeiten der jeweiligen Fachämter gebündelt und innerhalb des Dezernats koordiniert wurden. Während der Durchführung der Bürgerbeteiligung fand hier die Koordination innerhalb der jeweiligen Dezernate

(Abstimmung, Redaktion und Freigabe) für das kurzfristige Einspeisen weiterer Informationen in den Prozess (Bezifferungen, Erläuterungen, Stellungnahmen) statt (Redaktionsgruppe). Nach der Durchführung der Bürgerbeteiligung synchronisierten die Koordinatoren die Erarbeitung der Verwaltungsstimmungen zu den bestbewerteten Bürgervorschlägen innerhalb ihrer Dezernate.

Diese Strukturen haben sich bewährt und sollten für weitere Bürgerbeteiligungsmaßnahmen, in denen eine kurzfristige Rückkopplung in die jeweiligen Verwaltungseinheiten gewährleistet sein muss, beibehalten werden. Es wird allerdings immer wieder erforderlich sein, innerhalb der Verwaltung Bürgerbeteiligung als eine Querschnittsaufgabe zu kommunizieren, die zwar eine – zeitlich befristete, aber spürbare – zusätzliche Arbeitsbelastung der Verwaltung mit sich bringt, andererseits aber viele Chancen birgt.

Die Bürgerbeteiligung am Haushalt 2011/2012 konnte erfolgreich umgesetzt werden und war ein großer Beteiligungserfolg: Bereinigt haben sich 12.377 Teilnehmende registriert und hohe „echte“ Besucherzahlen (191.000) der Internetseite wurden verzeichnet. Die Bürgerinnen und Bürger machten 1.494 eigene Konsolidierungsvorschläge und verfassten über 14.000 Kommentare. Dies sind europäische Spitzenwerte.

Zur sozio-demografischen Struktur: Das Verhältnis Frauen/Männer zeigt sich nahezu ausgewogen, im Vergleich zur Bevölkerungsstruktur sind Frauen leicht unterrepräsentiert. Durch das Verfahren wurden auch nicht-organisierte Bürgerinnen und Bürger erreicht bzw. Bürger/innen, die nicht für Organisationen teilgenommen haben. Am stärksten vertreten ist die Altersgruppe 30-45-Jährige, gefolgt von 46-60-Jährigen. Deutlich geringer aber gleich stark beteiligten sich 15-29- und 61-75-Jährige. Alle anderen Altersgruppen sind nur schwach vertreten. Die Beteiligung entspricht in etwa der Einwohnerverteilung der Stadtbezirke der Stadt Bonn. Hohe Bildungsabschlüsse überwiegen, besonders auffällig die hohe Häufigkeit der Angabe „Universitätsabschluss“. (Weitere Details zur Auswertung der Durchführung siehe <http://www.bonn-packts-an.de>)

Das Portal wurde intensiv als Kommunikationsforum genutzt und ist als breiter Einstieg in die elektronische Bürgerbeteiligung gelungen.

Die von der Verwaltung für eine Konsolidierung errechneten Einsparbeträge haben die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger bei weitem nicht erreicht. Die vielen Bürgervorschläge, die einerseits ja sehr erwünscht waren, erschwerten andererseits vor allem gegen Ende der Online-Phase die Übersicht und ließen eine Bearbeitung aller Vorschläge in einem vertretbaren Zeitrahmen kaum zu. Viele Doppelungen bei den Bürgervorschlägen machten das Portal am Ende unübersichtlich.

Das Verfahren war als ein niedrigschwelliges Dialogangebot geplant, das es (prinzipiell) jeder Bürgerin und jedem Bürger ermöglichen sollte, einen Vorschlag oder Bewertungen/Kommentare zu Vorschlägen abzugeben. Es sollte ein (erster) Schritt sein, ein seit jeher weitgehend von der Öffentlichkeit unbemerktes Haushaltsplanverfahren zu öffnen und so resonanzfähiger zu machen für das Feedback, für Ideen und Hinweise aus der Bürgerschaft. Insbesondere für die nicht-organisierte Bevölkerung. Die Ergebnisse wurden in die politisch-administrativen Beratungen eingespeist, dort entschieden und mit diesem Rechenschaftsbericht wird den Bürgerinnen und Bür-

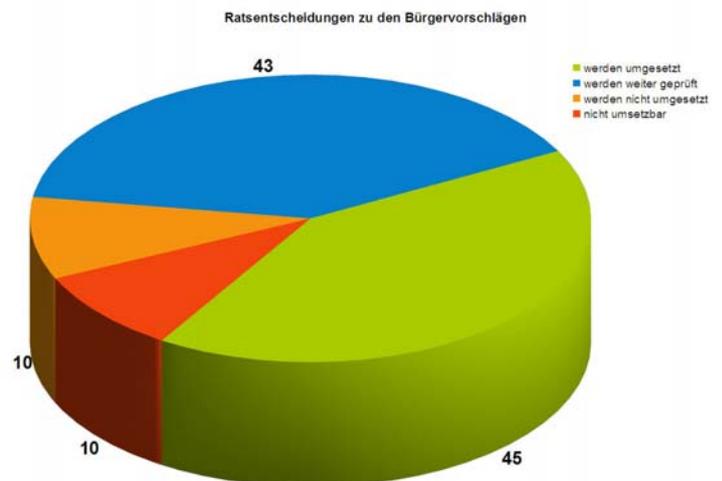
gern zurückgemeldet, wie und warum so entschieden wurde. Dieses Angebot war also mehr als nur eine Internetseite, sondern ein in die formale Haushaltsplanung eingebettetes Beteiligungsangebot.

3 Die Vorschläge im Haushaltsberatungsverfahren

3.1 Bürgervorschläge

Die Liste mit den 108 bestbewerteten Bürgervorschlägen wurden mit der Vorlage DS-Nr. 1110935EB5 ins Haushaltsberatungsverfahren eingebracht und über einen Zeitraum von fast drei Monaten in mehr als 40 Ausschuss- und Bezirksvertretungssitzungen ausführlich beraten. Die Ergebnisse sind zum Teil über Veränderungslisten in das Gesamtergebnis eingeflossen bzw. wurden über die Vorlage 1111758AA22 mit dem Gesamthaushalt am 16.07.2011 beschlossen:

- **45 der 108 Bürgervorschläge** wurden **befürwortet und/oder werden bereits umgesetzt**. Diese Vorschläge haben ein **Einsparvolumen** bis 2015 von derzeit **ca. 460.000 Euro**. Das durch diese Einsparvorschläge erreichbare Gesamtvolumen lässt sich noch nicht abschließend darstellen, da viele weitere Einsparungen erst mittel- bis langfristig Wirkung zeigen und eine Prognose kaum möglich ist (z.B. Energieeinsparmaßnahmen oder Kostenreduzierungen durch verändertes Mobilitätskonzept der Verwaltung).
- **43** Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger werden **weiter geprüft** und beinhalten ebenfalls noch weiteres Sparpotential.
- **10** Bürgervorschläge werden laut Ratsbeschluss **nicht umgesetzt**, z.B. die Streichung von Maßnahmen zur Förderung des Brauchtums (Karneval) oder der Verzicht auf die Beflaggung am Platz der Vereinten Nationen.
- **10** Bürgervorschläge sind **nicht umsetzbar**.

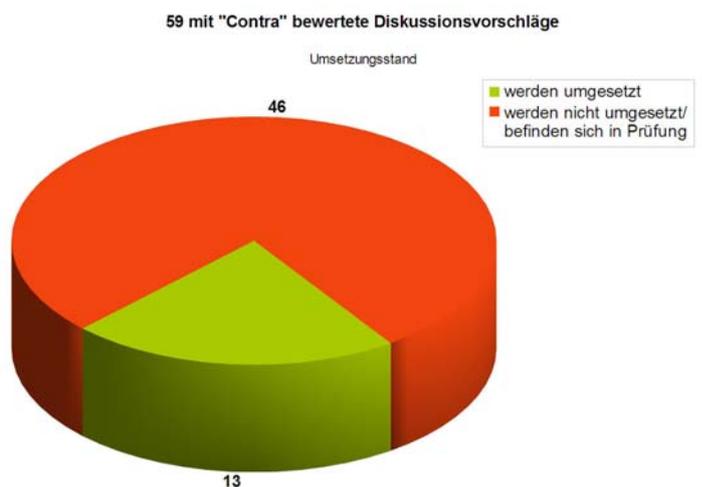


3.2 Diskussionsvorschläge

Die Liste der von der Verwaltung ins Beteiligungsverfahren eingebrachten Diskussionsvorschläge wurden mit der Vorlage DS-Nr. 1111032 ins Haushaltsberatungsverfahren eingebracht und über einen Zeitraum von fast drei Monaten in mehr als 40 Ausschuss- und Bezirksvertretungssitzungen ausführlich beraten. Die Ergebnisse sind zum größten Teil über Veränderungslisten in das Gesamtergebnis eingeflossen bzw. wurden über die Vorlagen DS-Nr. 1112194 sowie DS-Nr. 1111758 mit dem Gesamthaushalt am 14.07.2011 beschlossen:

- Von den 108 Diskussionsvorschlägen der Verwaltung wurden 49 Vorschläge durch die Bürgerinnen und Bürger mit „Pro“ bewertet, einer Einsparung bzw. Einnahmeerhöhung wurde damit zugestimmt.

- Von diesen 49 werden **30** Vorschläge **umgesetzt**. Mit diesen 30 Vorschlägen ist eine **Zustimmung** der am Verfahren beteiligten Bürgerinnen und Bürger zu **Einsparungen bzw. Einnahmeerhöhungen** in Höhe von **rd. 14,5 Mio. Euro** verbunden.
- **19** der mit „pro“ bewerteten Diskussionsvorschläge werden **derzeit nicht umgesetzt oder befinden sich noch in der Prüfung**.
- **59** Diskussionsvorschläge wurden von den Bürgerinnen und Bürgern mit „contra“ bewertet, eine Einsparung bzw. Einnahmeerhöhung wurde damit abgelehnt.
- Von diesen 59 Vorschlägen werden **13** Vorschläge **umgesetzt**. Mit diesen 13 Vorschlägen sind **Einsparungen bzw. Einnahmeerhöhungen** in Höhe von **rd. 12,8 Mio. Euro** verbunden. Darin enthalten sind 3,5 Mio. Euro Reduzierung Betriebsmittelzuschuss Theater sowie 8 Mio. Euro Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B ab 2013, die unter dem Vorbehalt der Nichtumsetzung steht, falls die finanzielle Situation der Stadt dies zulässt.
- **46** der mit „contra“ bewerteten Diskussionsvorschläge werden **derzeit nicht umgesetzt bzw. befinden sich noch in der Prüfung**.



Die Ratsentscheidungen zu den einzelnen Bürger- und Diskussionsvorschlägen sind in den Anhängen 1-4 dokumentiert.

Anhang 1

Ratsentscheidungen
der
Bürgervorschläge
nach Rang sortiert

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
1	B187	sofort umsetzbar, ca. 1000 Euro im Jahr gespart	Im Stadthaus wird zwischen Park-deck 2 und Ausgang oben im Trepp-enhaus mit 2 Heizkörpern geheizt. Absolut niemand benötigt in diesem Treppenhaus eine Heizung. Ar-beitsaufwand zum Abstellen: 5 Mi-nuten durch einen Hilfshausmeister.	1215	15	23	Die technischen Einrichtungen im Stadthaus (Heizung, Beleuchtung, Aufzüge etc.) wurden in den vergangenen Jahren ständig optimiert. Im Zusammenhang mit den derzeit anstehenden Überlegungen zur Zukunft des Stadthauses steht natürlich auch die gesamte Technik – auch in Bezug auf Energieeinsparungsmöglichkeiten - erneut zur Überprüfung an. Aktuell wurden alle Heizkörper in allen Treppenhäusern überprüft und die Thermostatventile einheitlich auf eine Leistungsstufe einreguliert, die einer Raumtemperatur (in unmittelbarer Ventiltähe) von 15 Grad Celsius und damit der Norm-Innentemperatur für Treppenhäuser nach DIN EN 12831 Beiblatt 2 entspricht. Vor einer weiteren Herunterregulierung sind zunächst die bauphysikali-schen Auswirkungen wegen der Verlagerung der Kältezone weiter ins Gebäudeinne-re zu untersuchen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass auch das besagte Treppen-haus nicht nur den Zugang zum Parkdeck ermöglicht, sondern auch eine Erschlie-ßung zur Kantine darstellt.	Der Rat schließt sich dem Vorschlag der Verwaltung zum weiteren Vorgehen an.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
2	B179	Ampelanlagen in der Nacht zum Teil aus-schalten	Die Ampelanlagen können an vielen Straßen in der Nacht ausgeschaltet werden. In vielen Städten funk-tioniert das auch problemlos. Wieso muss man in der Nacht teilweise ziemlich lange unnötig an einer Rotphase warten?	1185	71	29	Im Rahmen der Bürgerbeteiligung am Haushalt wurde eine Vielzahl von Vorschlä- gen zu Ampelanlagen eingebracht. Sie reichen von der Forderung nach Abschaltung einzelner konkret benannter Anlagen bis hin zu pauschalen, das gesamte System betreffende Forderungen, z.B. zur Nachtabstaltung aller Ampelanlagen. Im Zeit- rahmen dieses Beteiligungsverfahrens ist es jedoch nicht zu leisten, jeden dieser Vorschläge individuell fachlich zu bewerten und mit Einsparvolumina zu beziffern. Hierfür bitten wir um Verständnis. Die Verwaltung wird natürlich im Rahmen der poli- tischen Auswertung nach Abschluss der Bürgerbeteiligung die weiteren zur Bewer- tung der Vorschläge erforderlichen Fachinformationen (ggf. auch zu einzelnen Kreuz- ungen) beisteuern. Signalanlagen regeln nicht nur den motorisierten Verkehr, son- dern gewährleisten auch schwächeren Verkehrsteilnehmern mit besonders hohem Schutzbedürfnis wie Fußgängern und Radfahrern das sichere Überqueren von Stra- ßen, Kreuzungen und Gleisen. Ampeln mit akustischen Signalen sind außerdem ein wichtiges Orientierungsmittel für sehbehinderten Menschen. Dies alles muss auch nachts gefahrlos möglich sein. Ausdrücklich weist die Stadt darauf hin, dass an ver- kehrswichtigen innerstädtischen Hauptverkehrsachsen, Autobahnabfahrten und bei allen Querungen mit schienengebundenem Verkehr die Abschaltung grundsätzlich nicht möglich ist. Bei allen verständlichen Argumenten für das nächtliche Aus wie Umweltschutz und Lärmreduzierung geht daher dennoch die Verkehrssicherheit ein- deutig vor. Die nächtliche Abschaltung oder sogar den dauerhaften Abbau von Am- peln hat die Stadt in enger Abstimmung mit der Polizei, der Straßenverkehrsbehörde und der Unfallkommission bereits flächendeckend in jedem Einzelfall sehr sorgfältig geprüft. Das Ergebnis ist, dass knapp die Hälfte der Anlagen, also 153, nachts außer Betrieb ist. Darüber hinaus sieht die Stadt aufgrund der derzeitigen Verkehrsverhält- nisse kein Potential für eine weitere Ausdehnung des Programms. Dennoch wird die Stadt die weitere Verkehrsentwicklung sehr genau beobachten und jede neue Mög- lichkeit zur Ampelabschaltung prüfen. Wichtig in diesem Zusammenhang: Die aller- meisten innerstädtischen Unfälle sind Bagatellunfälle. Unfälle jedoch, die sich nachts an abgeschalteten Ampeln ereignen, sind meist aufgrund der höheren Geschwindig- keiten folgenschwerer.	Die Thematik der Ampelan- lagen wird Gegenstand der politischen Beratungen in den Bezirksvertretungen. Die Verwaltung wird zu- nächst beauftragt, Erfah- rungen aus anderen Städ- ten einzuholen, auf dessen Basis weitere politische Beratungen folgen werden.	Der Vorschlag wird weiter ge- prüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
3	B186	Der Landeszu-schuss für die Ganztagsbetreuung darf nicht zur Kürzung des städtischen Zu-schusses genutzt werden	Die Zuschusserhöhung des Landes NRW für die Offene Ganztagschule ab dem 1.2.2011 darf nicht zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Bonn genutzt werden, sondern muss der Schulkinderbetreuung in den offenen Ganztagschulen in voller Höhe zur Verfügung stehen. Das Land NRW erhöht seinen Zuschuss für die OGS um 115 Euro je Kind und Jahr. Dieses Geld ist für den Erhalt der Qualität und der bisherigen Standards der pädagogischen Arbeit in der Ganztagsbetreuung gedacht. Es ermöglicht den Trägern, die seit 2004 anfallenden immensen Kostensteigerungen aufzufangen.	1088	141	51	<p>Im Haushaltsplanentwurf 2011/2012 sind die freiwilligen kommunalen Zuschüsse für die außerunterrichtlichen Angebote an Offenen Ganztagschulen gekürzt ausgewiesen worden. Die von der Landesregierung avisierte Erhöhung der OGS-Landeszuschüsse (115,-€/Jahr und Platz bzw. 230,-€/Jahr und Platz mit besonderem Förderbedarf GU) wurde nach Festlegung im Verwaltungsvorstand bezogen auf 6.000 Plätze zur entsprechenden Senkung des freiwilligen kommunalen Eigenanteils herangezogen (460,-€/Platz gekürzt auf 345,-€/Platz) und verrechnet. Ziel der Verwaltung bei Einbringung des Haushaltsplanentwurfes war, den Trägern - ungeachtet der bekannt schwierigen Haushaltssituation - weiterhin einen Betrag in Höhe von 2.000 Euro/OGS-Platz/Jahr garantieren zu können. Daher war im Haushaltsplanentwurf bislang die Ausgabeseite (Bemessungsgröße = 6000 OGS-Plätze) unverändert geblieben. Der Rat der Stadt hat inzwischen zudem eine weitere sukzessive Erhöhung der Platzzahlen in den Jahren 2011/2012 beschlossen. Ausgehend von 6.000 OGS-Plätzen im laufenden Schuljahr 2010/2011, 6.200 OGS-Plätze im Schuljahr 2011/2012 (Ratsbeschluss vom 1.03.2011), 6.400 OGS Plätze im Schuljahr 2012/2013 (Ratsbeschluss vom 1.03.2011) sowie durchschnittlich 250 GU-Plätzen ergeben sich aus dem Bürgervorschlag gegenüber dem Haushaltsplanentwurf folgende zu erwartende Mehrausgaben:</p> <p>Haushaltsjahr 2011 Februar – Juli 2011 6.000 x 115,-€/12 x 6 345.000,-€ 250 x 115,-€/12 x 6 14.375,-€ August – Dezember 2011* 6.200 x 115,-€/12 x 5 297.083,-€ 250 x 115,-€/12 x 5 11.979,-€ Gesamtausgaben = 668.437,-€ (* Für den Fall, dass dem Bürgervorschlag gefolgt wird, und der Landeszuschuss NICHT zur Kürzung des städtischen Zuschusses genutzt werden darf, würde es beim bisherigen Zuschuss der Stadt in Höhe von 460 EUR bleiben. Durch die Entscheidung des Rates vom 01.03.2011, <u>die Platzzahlen zu erhöhen</u>, würden sich für das Schuljahr 2011/2012 weitere Mehrkosten ergeben, weil die Stadt für die zusätzlichen 200 Plätze ebenfalls die 460 Euro Eigenanteil finanzieren müsste. Für das Schuljahr 2011/2012 wären das weitere Mehrkosten in Höhe von (200 Plätze x 460 Euro =) 92.000 Euro. Diese verteilen sich wie folgt: Haushaltsjahr 2011 : 38.350 (für die Monate August bis Dezember) .</p>	Der Rat stimmt dem Vorschlag zu.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um- setzung
3	B186						<p>Die Mehrkosten für die Erhöhung der OGS-Platzzahlen betragen in 2011: 38.350,- € Diese Mehrkosten sind bislang weder etatisiert noch finanziert. Haushaltsjahr 2012 Januar – Juli 2012** 6.200 x 115,-€/12 x 7 415.917,-€ 250 x 115,-€/12 x 7 16.771,-€ (** durch die Platzzahlerhöhung um weitere 200 Plätze fallen im Haushaltsjahr 2012 für die Monate Januar bis Juli weitere Kosten in Höhe von 53.650 Euro an. s.o.) August – Dezember 2012*** 6.400 x 115,-€/12 x 5 306.667,-€ 250 x 115,-€/12 x 5 11.979,-€ Gesamt 750.335,-€ (***) ab dem Schuljahr 2012/2013 sollen bis zu 6.400 OGS-Plätze eingerichtet werden. Diese weitere Erhöhung der Platzzahlen führt (ausgehend von der bisherigen Bemessungsgröße 6.000 Plätze) zu Mehrkosten in Höhe von insgesamt (400 Plätze x 460 Euro =) 184.000 Euro. Davon entfallen auf das Haushaltsjahr 2012 für die Monate August bis Dezember : 76.670 Euro.) Die Mehrkosten für die Erhöhung der OGS-Platzzahlen betragen in 2012: 130.317 EUR. Diese Mehrkosten sind bislang weder etatisiert noch finanziert. Die seitens der Landesregierung angekündigte Erhöhung der Zuschüsse für die Offenen Ganztags-schulen ist bis zum heutigen Tage nicht ausgezahlt worden. Nach Auskunft des Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW kann auch derzeit auch noch keine verbindliche Aussage über einen evtl. Auszahlungszeitpunkt getroffen werden. Zwischenzeitlich hat die Arbeitsgemeinschaft Freie Träger der Jugendhilfe –Offene Ganztagsschule- in einem Brief an die jugendpolitischen Sprecher, Schulleitungen der Bonner Grundschulen, sowie die Schulverwaltung mitgeteilt, dass die Betreuungszeiten in den Ferien in diesem Jahr um 2 Wochen gekürzt werden müssen. Diese Kürzung der Betreuungszeiten in OGS sei notwendig, da es den Trägern nicht länger möglich sei, die Mehrausgaben im Bereich der Personalkosten, resultierend aus einer 10 %igen Steigerung der Lohnkosten seit dem Jahr 2004, aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Darüber hinaus wurde angekündigt, dass bei fehlender Dynamisierung des Zuschusses zukünftig auch eine Kürzung der Öffnungszeiten unausweichlich sei.</p>		

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um- setzung
4	B273	Wegfall sämtlicher Freikarten in allen Kultureinrichtungen der Stadt Bonn, insbes. Theater und Oper	In Zeiten von Sparmaßnahmen gibt es keinen Grund für die Ausgabe von Freikarten, auch nicht für Freunde der Künstler, Lokalpolitiker etc.	1070	225	63	<p>Von den ausgewählten Vorschlägen befassen sich die Vorschläge B 273, 354, 694 und 484 mit der Vergabe von freien Eintrittskarten für Vorstellungen des Theaters bzw. für Konzerte des Beethoven Orchester Bonn. In der Entgeltordnung für das Theater der Bundesstadt Bonn vom 17.04.2008 und der Entgeltordnung für das Beethoven Orchester Bonn vom 04.12.2008 ist die Abgabe von Freikarten abschließend geregelt. Danach können Freikarten erhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitglieder des Kulturausschusses • Gäste des Oberbürgermeisters, des Kulturdezernenten sowie der Theaterleitung bzw. der Orchesterleitung • Vertragspartner, Zuwendungsgeber und Sponsoren von Theater bzw. Orchester • Neubürger/innen <p>Freien Eintritt haben grundsätzlich nur die Mitglieder des Kulturausschusses als zuständigem Fachausschuss für kulturelle Angelegenheiten, der auch zugleich Betriebsausschuss des Theaters ist. Die Zahl der Freikarten ist auf 2 Karten je Vorstellung begrenzt (Ausschussmitglied und eine Begleitperson). Oberbürgermeister, Kulturdezernent und Theaterleitung bzw. Orchesterleitung haben das Recht, in ihrer dienstlichen Funktion, d. h. im Interesse der Stadt, Gäste einzuladen. Die Vergabe von Freikarten an Vertragspartner, Sponsoren und Zuwendungsgeber entspricht allgemeinen Gepflogenheiten und liegt grundsätzlich ebenfalls im Interesse der Stadt, da sie nicht zu Einnahmeverminderungen, sondern in der Folge regelmäßig zu Einnahmeerhöhungen führt. Auch die Erschließung neuer Publikumskreise durch die Vergabe von Freikarten an Neubürger/innen sowie im Rahmen befristeter Marketingmaßnahmen zur Pflege des nachwachsenden Publikums entspricht dem städtischen Interesse im Hinblick auf die Erschließung zusätzlicher Einnahmen. Weitere Tatbestände für die Vergabe von Freikarten, so z. B. „Ehemalige“, Städtische Mitarbeiter/innen, Vertreter/innen von Kirchen, Verbänden, Parteien etc., gibt es nicht. Soweit der Vorrang des allgemeinen Kartenverkaufs hierdurch nicht beeinträchtigt wird, erhalten Mitwirkende des Theaters zur Premiere einer Produktion eine Freikarte, um eine nahestehende Person an dem Ereignis teilhaben lassen zu können. Im Bereich des Orchesters ist die Abgabe von jeweils zwei Freikarten an beteiligte Solisten branchenüblicher Vertragsbestandteil. Darüberhinaus erhalten ausgewiesene Mitarbeiter/innen von Medien für Veranstaltungsbesuche, die der Berichterstattung dienen, unentgeltliche Pressekarten nach Maßgabe der Entgeltordnungen. Die Medienberichterstattung hat wesentlichen Einfluss auf das Publikumsinteresse und somit auf die Einnahmeerzielung. Grundsätzlich gilt nach den Regelungen der Entgeltordnungen, dass Freikarten nur vergeben werden können, wenn dadurch der allgemeine Kartenverkauf nicht beeinträchtigt wird. Vorrang hat demnach immer der reguläre Kartenverkauf.</p>	Für die zukünftige Praxis wird vorgeschlagen, die Freikartenregelung auf eine Freikarte für die Mitglieder des Kulturausschusses zu begrenzen. Die neu zu fassende Regelung wird im Detail Gegenstand weitergehender politischer Beratungen sein.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
5	B354	Premierenkarten	Es ist immer wieder festzustellen, daß bei herausgehobenen Veranstaltungen [Oper, Theater, Konzerten] die ersten Reihen reserviert sind für Vertreter der Kommune, der Presse, der Kirchen, der politischen Parteien, von Wirtschaftsverbänden u.a.]. Da die Teilnehmer sicher ein großes Interesse an der Selbstdarstellung haben, sollte man diese Karten zu dem Preis abgeben, den auch ein Bürger dieser Stadt zu zahlen hat. Diese zusätzlichen Einnahmen führen indirekt zur Senkung der städtischen Zuschüsse.	858	83	53	Siehe Bürgervorschlag zur gleichen Thematik: B 273 (Rang 4)	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 4.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
6	B366	Kleinere und günstigere Dienstwagen	Warum muss es immer ein teurer sehr großer Dienstwagen sein. Es gibt gute Modelle, die wesentlich günstiger sind und zudem noch weniger verbrauchen. Hier sollte man dringend einsparen.	759	30	20	Die Fahrzeuge der Stadtverwaltung werden im Wege des Behördenleasings mit der Laufzeit von einem Jahr beschafft. Dieses Verfahren ist sehr günstig und der Stadtverwaltung stehen damit immer die aktuellsten Umweltstandards bei den Fahrzeugen zur Verfügung. Für die kommende Anschaffung sollen ferner die Fahrzeuge mit Fahrer von der gehobenen Mittelklasse in die Mittelklasse herabgestuft werden.	Die Anzahl der Fahrzeuge wird reduziert. Bei der nächsten Ausschreibung der Leasingverträge werden die Fahrzeuge von der gehobenen Mittelklasse abgestuft.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
7	B470	Telekom Dome als Veranstaltungsort nutzen	<p>Seit dem Frühjahr 2008 hat die Stadt Bonn mit dem Telekom Dome ihre bis dato größte (Kapazität: 6000 Zuschauer) und modernste Veranstaltungshalle bekommen. Während der Basketball-Saison findet dort im Schnitt alle zwei Wochen ein Spiel statt. Die wenigen außersportlichen Veranstaltungen, die es bis jetzt dort gab, haben gezeigt, dass sich die Halle hervorragend für Konzerte, Musicals und andere Großveranstaltungen eignet (Beispiel: Nusknacker on Ice). Doch eine Regelung, wie viele solcher Veranstaltungen dort stattfinden dürfen, gibt es immer noch nicht, sodass der Dome 90 Prozent der Zeit leer steht, weil sich die Stadt Bonn kein Stück zu bewegen scheint. Da es keine nennenswerten Alternativen zum Telekom Dome gibt, muss dieser verstärkt für Veranstaltungen genutzt werden, um wieder Geld in die Kassen der Stadt zu spülen! Außerdem finanzieren sich die Telekom Baskets Bonn auch aus den Einnahmen. Für sie ist es existenziell. Wenn die Baskets aus Geldmangel zweitklassig werden sollten, ist Bonn mit keiner für die breite Masse interessanten Sportart in der ersten Liga vertreten! Auch das wäre sehr un schön. Fazit: Eine vermehrte Nutzung des Telekom Dome bringt der Stadt mehr Geld (ohne, dass sie viel dafür investieren muss, denn der Dome steht) und sichert den Baskets die Existenz.</p>	683	33	14	<p>Beim Telekom Dome handelt es sich nicht um eine städtische Halle. Insofern kann sie auch von der Stadt nicht für Veranstaltungen vermietet werden. Im Übrigen lässt der Bebauungsplan Veranstaltungen nur in begrenztem Umfang zu. Ihr Vorschlag führt daher nicht zu einer Einnahmeverbesserung. Es ist darauf hinzuweisen, dass von hier nicht abgeschätzt werden kann, in welcher Höhe Einnahmeerhöhungen bei der Gewerbesteuer durch vermehrte nicht-sportliche Veranstaltungen im Telekom-Dome möglich wären. Es liegt ein Antrag zur Genehmigung von Bestuhlungsplänen der Sporthalle für nicht-sportliche Nutzung vor. Dieser Antrag gilt auch als Nutzungsänderung, da die erteilte Baugenehmigung nur eine Nutzung der Halle zu Sportzwecken zulässt. Die planungs- und bauordnungsrechtliche Prüfung incl. Brandschutz ist bis auf den Nachweis notwendiger Stellplätze abgeschlossen. Grundsätzlich ist die Zahl notwendiger Stellplätze im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens von der Bauordnungsbehörde nach dem tatsächlichen Bedarf zu ermitteln. Nur wenn dies im Einzelfall nicht möglich ist, erfolgt die Berechnung nach einer Richtzahlentabelle, die der Anlage zur zwischenzeitlich aufgehobenen Verwaltungsvorschrift zu § 51 BauO NRW entstammt. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens und des städtebaulichen Vertrages zum Bauvorhaben Telekom-Dome wurde die Zahl der notwendigen Stellplätze für die beantragten sportlichen Veranstaltungen auf der Grundlage eines verkehrlichen Gutachtens ermittelt. Das Gutachten gehörte zum Abwägungsmaterial des Bebauungsplanverfahrens, insbesondere im Hinblick auf die Belange der Anwohner. Der Bauordnungsbehörde lagen somit konkrete Stellplatzzahlen, orientiert am prognostizierten tatsächlichen Bedarf für diese konkrete Baumaßnahme, vor, so dass nicht ersatzweise auf die Richtzahlen zurückgegriffen werden musste. Abweichend hiervon wurde die Stellplatzberechnung, die der von den Telekom Baskets beauftragte Planer im Rahmen des vorliegenden Antrags auf Nutzungsänderung für nicht-sportliche Veranstaltungen vorgelegt hat nicht auf das vorliegende verkehrliche Gutachten zum Bebauungsplanverfahren gestützt. Der Planer berechnete die notwendigen Stellplätze lediglich auf der Grundlage der o. g. Richtzahlentabelle. Für Versammlungsstätten (Punkt 4.1) wird hier eine Zahl von 1 Stellplatz/ 5-10 Besucher genannt. Der Planer legte seiner Planung den Faktor 1 Stellplatz/9 Besucher zu Grunde. Diese Zahl lässt sich mit dem Ergebnis des verkehrlichen Gutachten zu sportlichen Veranstaltungen nicht in Einklang bringen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Anwohner vor dem Hintergrund der im Bebauungsplanverfahren vorgenommenen Abwägung ihrer Belange beanspruchen können, bei nicht-sportlichen Veranstaltungen hinsichtlich der Verkehrsabwicklung nicht schlechter gestellt zu werden als bei sportlichen Veranstaltungen. Da nicht ersichtlich ist, warum nicht-sportliche Veranstaltungen mit ca. 6000 Besuchern vor dem Hintergrund deren überörtlichen Einzugsbereichs bezüglich der Zahl notwendiger Stellplätze deutlich niedriger zu veranschlagen sein sollen als sportliche Veranstaltung, wurde der Antragsteller gebeten, seine Stellplatzberechnung auf eine fachgutachterliche Aussage zu stützen. Da bereits erste Erfahrungen nach Inbetriebnahme des Telekom-Domes vorliegen, können gewonnene Erkenntnisse durchaus mit in die Betrachtung einfließen. Die fachgutachterliche Aussage liegt z. Zt. noch nicht vor.</p>	Das Fachgutachten wird vor einer weitergehenden politischen Entscheidung zunächst abgewartet.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
8	B232	Schadenersatz	Für Schäden bei Pop-Events und anderen Großveranstaltungen in Rheinaue, Hofgarten etc. konsequent durchsetzen statt sie der Allgemeinheit aufzubürden.	625	47	46	Für Schäden muss der Veranstalter haften, von dem in der Regel im Vorfeld eine Flächenkaution erhoben wird. Ob und wenn ja in welchem Ausmaß Schäden durch eine Veranstaltung entstanden sind, wird bei einem Flächen-Rücknahmetermin ermittelt, bei dem der Grundstückseigentümer (bei Grünflächen wie Rheinaue z.B. Amt 68) und Veranstalter anwesend sind. Z.B. das RhHEINKULTUR-Festival in der Rheinaue wird vom Kulturamt mit einem Betriebsmittelzuschuss gefördert. Ein Teil des Zuschusses wird als Reserve für die Verrechnung bei etwaigen Schäden zurückgestellt und erst nach der Veranstaltung in Abstimmung mit dem Grünflächenamt ausgezahlt, wenn nachweislich keine Schäden durch das Festival entstanden sind. Der Veranstalter kommt also für die von ihm verursachten Schäden auf; insofern hat der Vorschlag keine Auswirkungen auf den Haushalt.	Der Vorschlag wird in der Praxis bereits so gehandhabt wird. Daher besteht kein weiterer politischer Entscheidungsbedarf.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
9	B294	Empfindliche Strafen für Verunreinigungen	Hinterlassenschaften wie Hundekot, Zigarettensammel mit empfindlichen Geldbußen ahnden. Dies könnte zB von den bereits vorhandenen städt. Reinigungs- und Ordnungskräften einfach mitbeaufsichtigt werden.	622	38	14	Zu dem Konzept des Stadtordnungsdienstes gehört es unter anderem, dass neben den vielen anlassbezogenen Ermittlungs- und Vollzugsaufgaben für die gesamte Stadtverwaltung auch ein Streifendienst gehört, bei dem die Mitarbeiter zwischen 7.00 und 23.00 Uhr (werktags) sowie 12.00 bis 20.00 Uhr (sonn- und feiertags) in erkennbarer Dienstkleidung im Stadtgebiet unterwegs sind. Diese sichtbare Präsenz soll u.a. dazu dienen, Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu verhindern, wozu auch z.B. das Wegwerfen von Abfällen und Verunreinigungen durch Tiere gehört. Festgestellte Verstöße werden bereits jetzt schon zur Anzeige gebracht und entsprechend durch Bußgelder geahndet. Im Rahmen des Bürgerhaushaltes wurden Vorschläge zur Erzielung von Mehreinnahmen gemacht, wenn Hinterlassenschaften wie Hundekot, Müll oder Zigarettensammel festgestellt und die Verursacher ermittelt werden können. Verunreinigungen durch Hundekot werden nach § 5 Abs. 2 Straßenordnung geahndet. Bußgelder können bis zu einer Höhe von 1.000 EUR festgesetzt werden. Bei der Bußgeldstelle der Bürgerdienste gehen zahlreiche Beschwerden wegen Abfalls und Hundekot ein. Weitere Verstöße werden im Rahmen des regulären Streifendienstes festgestellt. Ein Verantwortlicher lässt sich hier jedoch anschließend in der Regel nicht ermitteln, sodass es nicht zu Verfahren kommt. Bei einem ersten Verstoß wird ein Verwarnungsgeld in Höhe von 35,00 EUR erhoben. Bei Bekanntwerden von wiederholten Verstößen wird ein Bußgeld von 50 EUR verhängt. Jeder weitere Verstoß führt zu einer weiteren Erhöhung um 25,- EUR. Dabei wurden in 2010 bei der Bußgeldstelle (33-21) insgesamt 5 Privatanzeigen erstattet. In den Fällen wurden Verwarnungen erteilt, von denen zwei gezahlt wurden. In den anderen Fällen wurden Bußgeldbescheide erlassen, die noch nicht bezahlt wurden. In einem Fall wurde Einspruch eingelegt, in den anderen Fällen ist die Fälligkeit noch nicht eingetreten. Seitens der Wache GABI (33-24) wurden im Jahr 2010 insgesamt 54 Verstöße wegen Verunreinigungen/Abfall und 60 Fälle des Urinierens festgestellt, bei denen der Verantwortliche vor Ort ermittelt werden konnte. In zehn Fällen der Abfallverstöße wurden Verwarnungen ausgesprochen bzw. Verfahren eingeleitet. In den Fällen des Urinierens geschah dies in 50 der festgestellten Fälle In den übrigen Verfahren verblieb es bei einer mündlichen Verwarnung. Verstöße durch das Wegwerfen von Abfall werden nach § 27 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz geahndet. Der Bußgeldrahmen geht hier bis zu 50.000 EUR. Erstmaliges Wegwerfen von unbedeutenden Gegenständen (z. B. Zigarettensammel, Kronkorken, Taschentücher, Zigarettenschachtel) wird mit einem Verwarnungsgeld (z. B. Zigarettensammel, Kronkorken, Taschentuch jeweils 15 EUR, Zigarettenschachtel 20,00 EUR) geahndet. Urinieren in der Öffentlichkeit wird nach § 118 OWiG geahndet. Der erste Verstoß wird mit einem Verwarnungsgeld von 35 EUR geahndet. In Wiederholungsfällen	Der beschlossene Bußgeldkatalog sieht die im Bürgervorschlag geforderten Strafen bereits vor. Der Rat fordert eine strengere Handhabung vom Ordnungsamt ein.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
9	B294								

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
9	B294						Bei der Ahndung einer Ordnungswidrigkeit ist immer die Art, der Unrechtsgehalt und der Umfang der Verunreinigung/Belästigung durch den Verstoß zu beachten. Beträge bis zur oberen Verwarnungsgeldgrenze von 35,- EUR können generell festgesetzt werden und sind noch als verhältnismäßig und angemessen anzusehen. Zudem ermöglichen diese eine effektive Ahndung vor Ort, da sie direkt vom Verantwortlichen gezahlt werden können und die Verfahren unmittelbar, ohne weiteren Verwaltungsaufwand abgeschlossen werden. Durch die mögliche Ahndung vor Ort spürt der Betroffene die Geldbuße in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ordnungsverstoß deutlicher als wenn ihm einige Wochen später ein Bußgeldbescheid zugesandt werden würde. Die sofortige Zahlung des Verwarnungsgeldes hat eine präventive Wirkung. Die geringen Zahlen der Verfahren für das Jahr 2010 verdeutlichen, dass es sich um ein geringes Einnahmepotential handelt. In der Regel lassen sich nur Verantwortliche ermitteln, die auf frischer Tat vor Ort angetroffen werden. Private Anzeigen gegen konkrete Personen liegen kaum vor. Bei einer Ausnutzung des Verwarnungsgeldrahmens in jedem Einzelfall bis zur Obergrenze von 35,- EUR wurden 2010 bereits der Höchststrahmen ausgeschöpft (118 Fälle x 35,- EUR = 4.130,- EUR). Die meisten Verfahren gehen auf das Urinieren zurück und werden auch mit 35,- EUR Verwarnungsgeld geahndet.		
10	B364	Entwicklung neuer Logos/Briefköpfe etc. verhindern	Immense Beträge würden für die Logo-Entwicklung "Bonn-Freude" etc. ausgegeben. Mit weitreichenden Konsequenzen: Briefpapier muss neu gedruckt werden, eine PR-Kampagne muss das Motto verbreiten. Geld, dass man gut sparen könnte. Jede Logoentwicklung, jede Briefpapierumstellung kostet immens viel Geld.	585	30	13	Der Rat der Stadt Bonn hat die Verwaltung im Jahr 2008 beauftragt, ein Marketingkonzept zu entwickeln und ein neues Stadtlogo gestalten zu lassen. Das neue Stadtlogo mit Submarken wurde zwecks Einheitlichkeit der Außendarstellung eingeführt. Es wird im Stadt-, Wissenschafts-, Wirtschafts-, Kultur-, dem Internationalen und im Verwaltungsmarketing eingesetzt. Es ist nicht beabsichtigt, in der nächsten Zeit ein neues Marketingkonzept zu erstellen, somit ergeben sich hier keine Einsparmöglichkeiten .	Da nicht beabsichtigt ist in nächster Zeit ein neues Marketingkonzept zu entwickeln, war keine Ratsentscheidung erforderlich.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
11	B215	Ampeln durch Kreisel ersetzen !	Insbesondere am Niederrhein gibt es anstatt kostenintensiver Ampelanlagen massenweise Kreisel - das funktioniert hervorragend - selbst an stärker befahrenen Straßen. Wer's nicht kennt sollte einfach mal dort hin fahren.	646	88	44	Die Stadt Bonn hat ein städtisches Kreisverkehrsprogramm mit Prioritätenliste. Sie können es im Bonner Ratsinformationssystem unter der Drucksachen-Nummer 0911334ST18 abrufen. Bei allen Planungen, baulichen Änderungen oder Erneuerungen von Ampelanlagen wird die Alternative eines Kreisverkehrs geprüft. Die unterschiedlichen Gegebenheiten der Kreuzungen vor allem hinsichtlich der Verkehrsbelastung in den einzelnen Zufahrten erfordern eine gründliche Untersuchung. Ob ein Kreisel angelegt werden kann oder ob eine Ampelanlage zum Einsatz kommen soll, ist von vielen planerischen Kenngrößen abhängig. Nicht jede Lichtsignalanlage kann durch einen Kreisverkehr ersetzt werden. Da zum Bau eines Kreisverkehrs zum Teil erhebliche Investitionen zu tätigen sind, ist eine zuverlässige Prognose der zu erwartenden Verkehrssituation unerlässlich. Hier reichen oftmals die klassischen rechnerischen Verfahren nicht aus. Dann sind aufwändige Verkehrssimulationen erforderlich, um den Nachweis der ausreichenden Leistungsfähigkeit zu führen. Die Kosten für den Bau eines Kreisverkehrs liegen je nach Größe und Ausstattung zwischen einigen zehntausend und mehreren hunderttausend Euro. Der Abbau der Signalanlage kostet im Mittel etwa 6.000 Euro, die jährliche Einsparung der Energie- und Wartungskosten beträgt 2.900 Euro. Die Amortisationszeit wird in der Regel über den Zeitrahmen bis 2015 hinausreichen.	Das Programm zum Ausbau von Kreiseln ist bereits beschlossen und wird abgearbeitet. Es besteht daher keine Notwendigkeit zusätzliche Beschlüsse zu dieser Thematik zu fassen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
12	B365	Dienstwagenflotte reduzieren	Die Dienstwagenflotte sollte reduziert werden.	582	32	16	Die Stadtverwaltung ist im Rahmen des Mobilitätsmanagements jetzt schon stetig bemüht den bestehenden Fahrzeugbestand zu optimieren und zu reduzieren. Dabei soll auch die Nutzung von Taxischeinen, Jobticket, Sichttickets und Fahrrad weiter gefördert werden. Siehe hierzu auch gleichlautenden Vorschlag auf Rang 6.	Ein gesonderter Beschluss zu diesem Bürgervorschlags ist wegen des gleichlautenden Vorschlags auf Rang 6 nicht erforderlich.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
13	B347	Subventionierte Kitaplätze für Telekommittarbeiter streichen	Derzeit kann die Telekom bestimmen, wer in die Betriebs-Kitas kommt, obwohl die Stadt Bonn den Großteil der Kosten bezahlt. Die Stadt Bonn finanziert also Kitaplätze für finanziell gut gestellte Eltern, die oft nicht einmal in Bonn wohnen! Diese versteckte Subvention muss sofort beendet werden! Damit könnten Bonner Kinder nach sozialen Kriterien den Vorrang bekommen.	644	118	32	Die Telekom betreibt einen sogenannten "Betriebskindergarten". Die Kosten für den Bau des Kindergartens und die Beschaffung seiner Ersteinrichtung hat die Telekom alleine getragen. Die laufenden Betriebskosten werden von der Telekom aufgrund des vom Rat beschlossenen "Konzeptes zur Finanzierung betrieblicher Kindertagesstättenplätze in Bonn" zu 45 % getragen, die Stadt Bonn zahlt einen Zuschuss von 55 %. Diese 55 % werden über Landesmittel und Elternbeiträge refinanziert. Diese Form der Finanzierung unterscheidet sich zu der üblichen Finanzierung dadurch, dass die Telekom einen sogen. Trägeranteil (Eigenanteil) von 45 % der Kosten übernimmt während dies bei einer Kita mit Regelförderung nur 9 % sind. Damit übernimmt die Telekom den Anteil, den die Stadt eigentlich als öffentlicher Jugendhilfeträger leisten müsste. Die Telekom hat das Belegungsrecht für diese Einrichtung (auch mit Blick auf die vorgenannte Finanzierungs-konstellation). In der Kindertagesstätte der Telekom werden überwiegend Bonner Kinder betreut, so dass diese Kindertagesstätte auch der Bedarfsdeckung in Bonn dient. Die Eltern werden -wie auch in allen anderen Kindertageseinrichtungen- zu einkommensabhängigen Elternbeiträgen herangezogen. Die Höhe der Elternbeiträge richtet sich nach der vom Rat beschlossenen Elternbeitragsatzung. Somit werden die Kindergartenplätze für Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Telekom nicht aus städtischen Mitteln gefördert. Ein Einsparvolumen ergibt sich aus diesem Vorschlag nicht.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an. Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
14	B241	Maßlosen Honorarforderungen widerstehen	Bei Verpflichtungen von sog. Experten und Prominenten maßlos überhöhten Honorarforderungen widerstehen und auf maßvolle ausweichen, z.B. bei Beratungsleistungen für OB Nimptsch, für die Stadt, für Konzertveranstaltungen etc.	585	30	13	Im Bereich Theater und Orchester entscheiden der Generalintendant des Theaters (GI) und der Generalmusikdirektor (GMD) nach Verhandlungen mit den Agenturen darüber, zu welchen Honoraren Künstler/innen verpflichtet werden. Das Honorar richtet sich nach dem Marktwert des Künstlers/der Künstlerin. Dem GMD steht für das Engagement von Künstlern/Künstlerinnen der vertraglich zugesicherte Betrag von 1 Mio. EUR zur Verfügung. Der GI zahlt Honorare im Rahmen der im Wirtschaftsplan des Theaters dafür ausgewiesenen Mittel. Siehe hierzu auch Stellungnahme zu B 198.	Bezüglich des Kulturbereiches soll zunächst das Kulturkonzept abgewartet werden. Generell soll die Verwaltung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten Konzepte vorrangig vor externen Beratungsdienstleistern entwickeln.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
15	B283	sinnvolles Heizen der Schwimmbäder	Vorschlag: Die Lufttemperatur der Räumlichkeiten (Umkleidekabinen, Eingangsbereiche) in den Hallenbädern flexibel den klimatischen Außenverhältnissen anpassen. og. Räumlichkeiten müssen im Frühjahr/Herbst nicht starr wie im Winter geheizt werden. Beckenwassertemperatur und Hallentemperatur sind hier nicht angesprochen.	646	88	44	Bei Ihrem Vorschlag handelt es sich um eine sinnvolle und wünschenswerte Maßnahme, jedoch lässt die Technik in den Bädern dies noch nicht in dem notwendigen Umfang zu. Die Temperaturregelung nach Bedarf ist nur mit einer umfangreichen Sanierung der Heizungs- und Lüftungstechnik möglich, die bereits im Bäderkonzept vorgesehen ist. Ein Einsparvolumen für den Haushalt lässt sich nur überschlägig errechnen. Die Heizungs- und Lüftungsanlagen werden in den Eingangs- und Umkleidebereichen wird abhängig von der Außentemperatur gesteuert. Bei starkem Sonneneinfall im Frühjahr und Herbst steigen die Temperaturen – speziell in den Eingangshallen – nach oben, da keine Kühlung in den Hallenbädern vorhanden ist. In diesem Fall sind die Heizkörper kalt und die Lüftung fordert auch keine Wärme. Sollte jedoch ein Heizkörper warm werden, liegt dieses an einer Regelfehlfunktion. In solchen Fällen sorgt das SGB zeitnah für Abhilfe. Ein Einsparpotential kann hier nicht konkret ausgemacht werden.	Zunächst soll das Bäderkonzept durch die Verwaltung erstellt und danach auf der Basis und unter Berücksichtigung des Masterplans Energiewende Maßnahmen beschlossen werden.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
16	B386	Bußgelder bei Stadtverschmutzung	Wird die Stadt durch Kippen, Müll etc. verschmutzt, so sollten die Verantwortlichen ein Bußgeld zahlen - werden die Kontrollen erhöht, erhöhen sich auch die Einnahmen (auch für Arbeitssuchende geeignet). Für die Gesellschaft wäre dies positiv.	582	32	16	Siehe Bürgervorschlag zum gleichen Thema: B 294 (Rang 9)	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 9.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
17	B282	Verkauf oder Vermietung der Bonner Bunker	In Bonn gibt es noch einige Bunker, die vom Katastrophenschutz regelmäßig betreut werden. Diese Bunker könnte man verkaufen oder vermieten und somit anderweitig nutzen.	644	118	32	Nach Aufgabe der Zivilschutzbindungen durch den Bund soll in Bälde die Verwaltung der Bunkeranlagen – soweit sie eigentumsrechtlich der Stadt gehören/werden – auf die Liegenschaftsverwaltung in Verbindung mit dem Städtischen Gebäudemanagement übergehen. Wie mit den z. T. auch als Denkmal eingestuft Immobilien umzugehen ist, wird dann politisch zu entscheiden sein. Inwiefern sich wirtschaftlich interessante Nutzungen generieren lassen, wird dann geprüft. Zielsetzung muss es sein, Erträge zu erzielen, die zumindest die Unterhaltungslasten abfedern. Ein Einsparvolumen kann derzeit aber noch nicht ermittelt werden.	Die städtische Liegenschaftsverwaltung wird Vorschläge zum Verkauf, Vermietung oder Eigen-nutzung in die politischen Gremien einbringen.	Der Vorschlag wird weiter ge-prüft.
18	B694	Vergabe von Freikarten in Oper und Theater einschränken!	Es ist üblich, dass Mitglieder des Stadtrates und des Kulturausschuss Freikarten für alle Aufführungen des Theaters und der Oper (inklusive Premieren) bekommen sollen. Prinzipiell finde ich das notwendig, da die Politiker in der Lage sein müssen, die Arbeit der städtischen Kultureinrichtungen mitverfolgen zu können, um entsprechende politische Entscheidungen treffen zu können. Nicht zuzumuten ist es für einen ehrenamtlichen Kommunalpolitiker, dafür bezahlen zu müssen. Trotzdem könnten gewisse Einschränkungen vorgenommen werden. 1.) Freikarten werden gegen Vorlage eines Personalausweises an der Theaterkasse vor der Vorstellung ausgegeben. So wird verhindert, dass Politiker Freikarten bestellen und diese an Freunde und Verwandte weitergeben. 2.) Die Platzkategorie der Freikarten muss nicht die 1A-Lage sein. Statt dessen reichen auch hintere Reihen. 3.) Die Anzahl der Vorstellungen, die Politiker besuchen können, sollen auf zwei pro Monat begrenzt werden. 4.) Die Anzahl der Freikarten pro Vorstellung sollen auf maximal zwei begrenzt werden.	546	58	21	Siehe hierzu Bürgervorschlag zum gleichen Thema: B 273 (Rang 4)	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 4.	Der Vorschlag wird weiter ge-prüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
19	B189	Fuhrpark	Ist es wirklich erforderlich, dass sich die Stadt einen so teuren Fuhrpark hält? Geht es nicht eine oder zwei Nummern kleiner? Beispiel: Ich sah in Bad Godesberg eine mir unbekannte Dame in einem Mercedes ML 300 (BN-1110) Ob die Dame eine Dienstfahrt unternahm? Sah nicht so aus, eher war sie einkaufen - und das hätte sie gut und gern auch in einem Polo erledigen können - eine Dienstfahrt übrigens auch (möglichst Diesel) Vielleicht sollten gerade diejenigen, die von Bürgern verlangen zu sparen oder von ihnen einen angehobenen Gewerbesteuersatz verlangen, mit gutem Sparverhalten ein Vorbild sein, dann wird eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer nicht erforderlich und Bonn als Wirtschaftsstandort nicht noch unattraktiver.	517	30	31	Die Bundesstadt Bonn hat keinen Mercedes ML 300 im Bestand. Auch andere Behörden, die in der Bundesstadt Bonn angesiedelt sind, fahren mit den BN-Kennzeichen. Ferner ist die Stadtverwaltung bestrebt, den eigenen Fuhrpark stetig zu reduzieren und zu optimieren. Die finanziellen Auswirkungen können im Vorfeld leider nicht beziffert werden.	Ein gesonderter Beschluss zu diesem Bürgervorschlags ist wegen des Vorschlags zur gleichen Thematik auf Rang 6 nicht gefasst worden.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
20	B209	LED Straßenbeleuchtung	Nachdem in verschiedenen Städten (z. B. Düsseldorf oder Lehrte) in einem Straßenzug neue LED-Strassenlaternen eingebaut worden sind, zeigen diese Projekte enormes Einsparpotential. Wie wäre es, auch hier in Bonn, testweise, einen Straßenzug mit LED-Beleuchtung auszurüsten, da diese sparsamer und wartungsfreier sind.	518	38	24	Auch in Bonn gibt es bereits fünf Pilotprojekte, bei denen LED-Leuchten eingesetzt werden. Es wird zwar Strom gespart, aber die Anschaffungskosten der Leuchten sind zurzeit noch sehr hoch. Eine LED-Leuchte kostet das Doppelte einer konventionellen Leuchte und verursacht höhere Wartungskosten bei Wechsel des Leuchtmittels. Die Einsparung am Strom kann diese Differenz nicht ausgleichen, sodass der Einsatz von LED-Leuchten insgesamt zurzeit noch zu Mehrkosten führt. Die Verwaltung beobachtet die Preisentwicklung der Leuchten, um mögliche Einsparungen frühzeitig zu realisieren	Die Verwaltung wird vor einer Beschlussfassung zunächst gemeinsam mit den Stadtwerke prüfen, wie hoch die Beschaffungskosten bzw. Einsparperspektiven konkret finanziell sind.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
21	B243	Repräsentationsveranstaltungen durchforsten	auf wirkliche Gebotenheit und Notwendigkeit sowie Bewirtungskosten auf ein Viertel reduzieren. Was da auf Bürgerkosten geschmaust wird passt nicht zum Spaurauf!	501	22	21	Einsparvolumen bei Vorschlag B 383 (Rang 38) beziffert. Für Repräsentationsmaßnahmen stehen im Jahr 34.000 Euro zur Verfügung. Damit müssen eine Vielzahl von Empfängen und Veranstaltungen bestritten werden, die von außen an die Stadt herangetragen oder durch den Jahreskalender bestimmt werden. Die Bewirtung muss sich deshalb in den meisten Fällen auf das Anreichen eines Getränks beschränken. Unter dem Gesichtspunkt von Aufwand und Ertrag betrachtet stellt ein Empfang auf äußerst preiswerte Weise positive Wirkung für einen Standort her und erreicht viele unterschiedliche Zielgruppen. Zum Bereich Repräsentation gehört keineswegs nur die Organisation von Empfängen und Veranstaltungen, sondern auch das Verfassen schriftlicher Grußworte (ca. 250 pro Jahr) für Vereinspublikationen, Kongressbrochüren Dritter usw. sowie das Erstellen von Redeentwürfen (ca. 500 pro Jahr) und das Vorbereiten von Terminen des Oberbürgermeisters und der Bürgermeister (mehr als 1.000 pro Jahr).	Der Gesamtetat des OB-Dezernats wurde innerhalb der Beratungen für den Doppelhaushalt 2011/2012 um 10 % gekürzt, sodass eine gesonderte Beschlussfassung nicht erforderlich ist.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
22	B205	Weihnachtsbaum-sponsoring	Sicherlich mache ich mir mit diesem Vorschlag keine Freunde. Aber Freunde hab ich ja genug ;) Klar, sind die Weihnachtsbäume, z. B. vor dem Alten Rathaus, schön anzusehen. Aber diese Bäume in der Größe sind nicht preisgünstig. Auch die Kosten für die Beleuchtung fehlen im Stadtsäckel. Wie wäre es also mit einem Weihnachtsbaum-sponsorin, in dem sich die Un-ternehmen "unter dem Baum" an den Kosten beteiligen? In den Ver-waltungen könnten die Mitarbeiter intern ja zusammenlegen und einen Baum finanzieren. Stärkt sicherlich auch den Zusammenhalt...	544	70	31	<p>Die Weihnachtsbeleuchtungen gehören von Anbeginn an den einzelnen Straßen-gemeinschaften, zu denen sich die ansässigen Einzelhandelsunternehmen zusam-mengeschlossen haben. Sie werden von ihnen auf- und abgehängt, gewartet und über die „Nichtweihnachtszeit“ gelagert. Selbstverständlich zahlen die Straßenge-meinschaften auch die Stromkosten. Ähnliches gilt auch für die Lichterbögen mit den Straßennamen: Sie gehören dem General-Anzeiger. Aufgehängt und gewartet wer-den sie durch die Stadtwerke.</p> <p>Die Kosten für das Beschaffen und die Aufstellung der Weihnachtsbäume belaufen sich auf insgesamt 50.000 Euro, die sich wie folgt verteilen: 21.000 Material- und Sachkosten und 29.000 Euro Personalkosten. Bei Verzicht auf die Weihnachtsbäu-me oder Übernahme durch Sponsoring könnte dieser Betrag eingespart werden. Folge: Es werden keine Weihnachtsbäume mehr aufgestellt. Die Summe setzt sich aus Personalkosten (29.000,- €) und Materialkosten (21.000,- €) zusammen. Der Bürgervorschlag wäre aus Sicht des Fachamtes in folgenden Varianten realisierbar:</p> <p><u>Variante A:</u> Es werden zukünftig nur die zentralen Bäume in den jeweiligen Stadtbe-zirken aufgestellt: Einsparvolumen: 6.000,- € (Sachkosten). Die weiteren Bäume könnten gesponsert werden.</p> <p><u>Variante B:</u> Es werden alle Bäume gesponsert, Einsparvolumen: 50.000,- € (Sach- und Personalkosten). Es wird jedoch auf die Schwierigkeiten der Findung von Spon-soren hingewiesen. Die Konsequenz wäre bei Variante B im Extremfall das Fehlen aller Weihnachtsbäume im städtischen Erscheinungsbild.</p> <p>Die Kosten für eine Beleuchtung der Weihnachtsbäume in Höhe von 55.000 Euro wurden im Zuge der Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung im Entwurf des Haushaltes bereits schon nicht mehr berücksichtigt. Auch die Mittel für eine Beleuch-tung müssten daher durch Sponsoring eingeworben werden. Der Einsparung bei den beiden Varianten wären die Aufwendungen für eine Sponsorensuche, die nicht über das Fachamt erfolgen kann, gegenzurechnen.</p>	Der Rat folgt dem Vor-schlag der Verwaltung und entscheidet zugunsten der Variante A.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
23	B484	Kostenloses Ver-gnügen für EHEMA-LIGE!	Hallo und GUTEN TAG, bei einem Gespräch mit Freunden, kam fol-gende Frage auf. Wer und warum bekommen Mitarbeiter in der Stadt-verwaltung Freikarten für Veranstaltungen der Oper, der Beethoven-konzerte usw.? Erhalten auch ehe-malige Stadtdirektoren Eintrittskar-ten kostenlos? Eine Spende für ein soziales Projekt wäre schon ein kleiner Beitrag für diese Zuwen-dung. Aber im Grunde besteht kei-ne Berechtigung für kostenloses Vergnügungen das die Steuerzahler mit finanzieren. Zumal die Pensio-nen beachtlich hoch sind! Und wie-der ein Betrag in die Stadtkasse!!!!!! Und Tschüss.	542	80	26	Siehe hierzu den Bürgervorschlag zur gleichen Thematik: B 273 (Rang 4)	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 4.	Der Vorschlag wird weiter ge-prüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
24	B337	Nutzung städtischer Schulen für die VHS	Fast alle VHS-Kurse finden abends oder am Wochenende statt. Entsprechend könnte der Raumbedarf der VHS vermindert und stattdessen konsequent städtische Schulen benutzt werden. Das VHS-Gebäude ist viel zu alt, hat zu hohe Betriebskosten und ist überdimensioniert. In anderen Städten klappt dies auch.	555	94	28	<p>In 2010 fanden 188 Kurse mit 6036 Schulstunden in sechs Schulgebäuden statt. Für 2011 ist eine vergleichbare Nutzung geplant. Ob und in welchem Umfang eine Ausweitung stattfinden kann, muss im Einzelfall entsprechend den Bedarfen der VHS geprüft werden.</p> <p>Hinzuweisen ist aber darauf, dass sich die Unterrichtszeiten durch den Ausbau des Ganztags schulbetriebs in allen Schulformen deutlich verlängert haben, wodurch sich eine Nutzungszeit für die VHS zwischen ca. 18:00 Uhr und 22:00 Uhr ergibt. Grundsätzlich sind für den VHS-Betrieb 41 Gebäude der weiterführenden Schulen geeignet. Grundschulen scheiden wegen der speziellen Möblierung für kleinere und jüngere Kinder für eine Nutzung durch die VHS aus. Die Gebäude des Abendgymnasiums und der Abendrealschule stünden allenfalls an Wochenenden zur Verfügung.</p> <p>Nicht möglich ist es die VHS-Kurse, die während der Unterrichtszeiten zwischen 8:00 Uhr und 17:00 Uhr stattfinden, in den Schulen anzubieten.</p> <p>Eine ausgeweitete Nutzung von Schulen durch die VHS könnte zu dem bedeuten, dass die Reinigung der Schulgebäude erst später stattfinden kann, wodurch unter Umständen höhere Kosten für die Reinigung entstehen. Ebenso steigen durch eine intensivere Nutzung die Kosten für Beleuchtung und während der Wintermonate Oktober bis April für die Heizung der Schulgebäude.</p> <p>Hinsichtlich der Kosten ist festzustellen, dass die VHS entsprechend den geltenden Regelungen eine pauschalierte Jahresmiete zwischen 45.000,00 € und 50.000 € Miete zahlen muss, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über die Kursgebühr mitfinanziert wird.</p> <p>Die zu erwartenden Mehreinnahmen sind abhängig von einer tatsächlich intensiveren Nutzung. Für jede zusätzliche Zeitzstunde kann mit ca. 10,00 € Mehreinnahmen gerechnet werden.</p> <p>Das Potenzial zur Nutzung von Schulen durch die VHS ist bereits ausgeschöpft. Schulen stehen der VHS nur am späten Nachmittag zur Verfügung; eine wünschenswerte Nutzung tagsüber oder eine Nutzung von Fachräumen ist wegen des Schulbetriebs ebenso ausgeschlossen wie eine Öffnung am Wochenende, die zusätzliche Kosten verursachen würde. Insgesamt zahlt die VHS rund 45.000 EUR als Miete an das Schulamt.</p>	Die Verwaltung wird ein Konzept zur Nutzung der vorhandenen Räumlichkeiten erstellen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
25	B260	Gebühren für Wohnwagen auf Parkplätzen	Ich beobachte häufig, das auf dem Parkplatz gegenüber der Haltestelle "An der Josefshöhe" der 61, bewohnte Wohnwagen stehen. Dort sollte man Stellplatzgebühren verlangen.				Die geschilderte Fläche „An der Josefshöhe“ ist Teil des Sportpark Nord, Wohnwagen und Wohnmobile sind dort zur Zeit von der Stadt geduldet, da keine Alternativen zur Verfügung stehen. Die Erzielung von Einnahmen ist aufgrund der fehlenden Widmung für diesen Zweck nicht möglich. Würde man diese Fläche als Abstellfläche für Wohnwagen widmen, würde dies eine Nutzung zugunsten des Sports ausschließen. Die Verwaltung beabsichtigt, an anderer Stelle im Stadtgebiet einen dauerhaften Wohnmobilstellplatz zu etablieren. Inwieweit dort Gebühren erhoben werden können, ist derzeit nicht absehbar.	Der Rat folgt dem nebenstehenden Vorschlag zum weiteren Vorgehen der Verwaltung.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
26	B321	Kein Steuergeld für den Karneval	Liebe Verwaltung. Sagen Sie uns doch bitte mal, wieviel direkte Unterstützung für den Karneval fließt und wie hoch die Sachleistungen sind bzw. die Folgekosten des Karnevals. Bitte sagen Sie dem Bürger auch mal, wie hoch genau der Zuschuss zum Bau der neuen Wagenhalle für das Festkomitee im Gewerbegebiet Dransdorf war. ich glaube, das war im Jahr 2008 und es waren über 500.000 Euro zuzüglich eines Grundstückes. Wer das alles nicht möchte sollte hier zustimmen. P.S. Ich feier gerne Karneval aber nicht auf Kosten der Allgemeinheit!	773	325	40	Der Zuschuss zur Wagenhalle beträgt 370.000 € (ergänzend: Ausgaben in 2008 getätigt, können nicht mehr eingespart werden). Das Grundstück wurde im Wege der Erbpacht ergänzend zu direkter Unterstützung verpachtet. Sachleistungen und Folgekosten: - intern verrechnete Reinigungskosten für Karnevalsumzüge Bonn (inkl. Biwak Marktplatz): 33.981,74 €, Beuel: 18.000,81 €, Bad Godesberg: 16.849,41, Hardtberg: 1.235,80 € = 70.067,76 € (für die Jahre 2011 -2015) - Karnevalsubventionen (Zuschüsse und Sachleistungen) Stadtbezirk Bonn: ca. 55.000 €, Stadtbezirk Beuel: ca. 29.000 €, Stadtbezirk Bad Godesberg: 14.600 €, Stadtbezirk Hardtberg: 1.550 € = 100.150 € (für die Jahre 2011-2015). Eine Einsparung bzw. Reduzierung der benannten Summen hätte zur Folge, dass der Fortbestand rheinischen Brauchtums und seiner Tradition gefährdet wäre, da dann kaum noch Umzüge und Veranstaltungen stattfinden würden, insbesondere die eigenen Veranstaltungen der BezVwSt Beuel (Weiberfastnachtzug, Rathaussturm, Vorstellung und Proklamation der Wäscherprinzessin).	Der Rat spricht sich dafür aus den Status quo zu erhalten, da Karneval zur Identität Bonn und des Rheinlandes gehört.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
27	B185	Beleuchtung Hochwasserdamm in Beuel	Für die zukünftige Beleuchtung auf dem Hochwasserdamm in Beuel habe ich einen kostensparenden Vorschlag: Abschaltung der Lampen ab 23:00 h bis 6:00 h. Einschalten der Lampen für die Passanten ab 23:00 h per Handy. Da das Beleuchtungskonzept für den Damm ohnehin neu erstellt werden muss, ergibt sich hier die Chance, von Anfang an diese Einsparmöglichkeit als Pilotprojekt für Bonn in die Planung einzubeziehen. Dieses Einsparkonzept ist bereits in mehreren Kommunen in Deutschland z.B. in Lemgo realisiert worden und hat sich bestens bewährt.	529	77	48	Allgemeine Informationen zur Straßenbeleuchtung: Die Straßenbeleuchtung wurde mit Stichtag 1.10.2003 der Stadtwerke Bonn GmbH mittels Vermögensübertragungsvertrag übergeben. Gleichzeitig wurde ein Straßenbeleuchtungsvertrag geschlossen, in dem die Wartung, Instandsetzung, Erneuerung von Anlagen und die Energielieferung geregelt ist. Dieser Vertrag endet am 1.10.2013 und verlängert sich um weitere fünf Jahre, wenn nicht zwei Jahre vorher, also zum 1.10.2011, gekündigt wird. Für die Straßenbeleuchtung wird eine jährliche Pauschale pro Lichtpunkt an die Stadtwerke bezahlt. Diese Pauschale wird jährlich entsprechend der am Stichtag 30. November vorhandenen Zahl der Lichtpunkte angepasst. Für 2011 beträgt die jährliche Pauschale je Lichtpunkt 157,76 €. Bedingt durch diesen Vertrag können Einsparungen auch bei Teilabschaltungen erst ab Oktober 2013 erfolgen. Für den Neubau des Hochwasserdammes in Beuel ist lediglich ein Leerrohr für eine mögliche spätere Beleuchtung vorgesehen. Nur im Sanierungsbereich zwischen Beuel und der Kläranlage werden die im Zuge der Arbeiten demontierten Leuchten durch neue ersetzt. Eine Abschaltung nach 23:00 Uhr bis 5:30 Uhr, wie bereits bei den anaufreien Straßen praktiziert könnte eingerichtet werden. Eingespart würden ab der nächsten Vertragsperiode Stromkosten in Höhe von ca. 350€/Jahr. Eine Schaltung per Handy ist technisch möglich. Der Einspareffekt ist gegenüber einer generellen Abschaltung zwischen 23:00 und 05:30 Uhr aber geringer. Zudem erfordert eine solche Schaltmöglichkeit die Investition in eine entsprechende Anlage und die anschließende laufende Unterhaltung.	Der Bürgervorschlag soll nach Entscheidung des Rates vor einer Beschlussfassung zunächst eingehender in der Bezirksvertretung Beuel beraten werden.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
28	B207	energieeffiziente Modernisierung der Straßenbeleuchtung	in einer Pressemitteilung der Stadt Pinneberg vom 1.7.2010 habe ich gelesen, das 30 bis 50 % des kommunalen Stromverbrauchs der Straßenbeleuchtung zugeordnet wird. Deshalb mein Vorschlag... Kosten senken durch effiziente Straßenbeleuchtung.	462	14	11	In Bonn werden bereits bei Erneuerungen von Anlagen energieeffiziente Leuchtentypen eingesetzt, daher beinhaltet dieser Vorschlag kein Sparpotenzial. Die Beleuchtung wird durch die Stadtwerke Bonn im Auftrag der Stadt betrieben, gewartet und unterhalten. Der Vertrag wird jeweils über einen Mehrjahreszeitraum abgeschlossen. Die Entwicklung der einzelnen Preisanteile wie sinkende Verbräuche durch neue Leuchtentypen, aber auch der Kauf höherwertiger und damit teurere Leuchten wird in der Preisermittlung berücksichtigt.	Siehe hierzu Entscheidung in gleicher Thematik auf Rang 20.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
29	B398	Sparen in Ämtern belohnen	Spart ein Ressort im städtischen Bereich Geld ein, sollte dieser Betrag gutgeschrieben werden auf das kommende Jahr. Bisherige Praxis sieht allerdings so aus, dass das Budget genau um den nicht-ausgegebenen Betrag gekürzt wird. Dies führt zum Jahresende regelmäßig zu maßlosen Ausgaben.	454	19	17	Die Ämter haben grundsätzlich die Möglichkeit Aufwendungen in einem Jahr zurück-zustellen und die Maßnahmen im darauffolgenden Jahr durchzuführen.	Die Verwaltung entwickelt Anreizmodelle und stellt diese dem Rat vor.	Der Vorschlag wird weiter ge-prüft.
30	B326	Hundekot	Nicht nur für Eltern kleiner Kinder ist Hundekot auf Gehwegen, Spielplätzen, öffentlichen Anlagen etc. ein ständiges Ärgernis. Er birgt Infektionsgefahren und reduziert erheblich die Lebensqualität vieler. Deshalb sollten die Kontrollen erheblich verstärkt, die Bußgelder erhöht (wie in Köln bis zu 500 Euro, bei Wiederholungstaten wesentlich höher) und Kontrolleure, die auf Provisionsbasis arbeiten, eingesetzt werden. Da nach meinem Eindruck nahezu keine Maßnahmen gegen Verschmutzungen durch Hundekot ergriffen werden, wäre es zunächst interessant zu wissen, wie oft die Stadt Bonn bisher Bußgelder wegen Verschmutzung durch Hundekot verhängt hat und welche Einnahmen damit verbunden waren. Zur Verdeutlichung der möglichen Einnahmen die folgende Abschätzung: In Deutschland gibt es 5,4 Millionen Hunde (2009). Das macht für Bonn bei Annahme einer Gleichverteilung etwa 20000 Hunde. Angenommen, jeder Hund hinterläßt einmal täglich ein Ärgernis und 20 % der Hundehalter entfernen dieses auch. Weitere 30 % der Hunde erledigen ihr Geschäft auf erlaubtem Terrain. Dann bleiben 10000 Hundehaufen pro Tag. Falls davon nur 1 % ermit-telt und mit 100 Euro geahndet würden, wären dies 300.000 Euro pro Monat. Oder alternativ: Saubere Kinderspielplätze und Gehwege.	486	56	19	Siehe Bürgervorschlag zur gleichen Thematik: B 294 (Rang 9)	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 9.	Siehe Rang 9

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
31	B184	Logos auf Dienst-fahr-zeugen, Brie-fum-schlägen, etc.	Es muss nicht immer ein neues Logo her..... Warum wurde nicht einfach das Bonner Wappen als Logo belassen? ..oder Kussmund? Das waren Markenzeichen der Stadt Bonn und im Gegensatz zum jetzigen Logo auch noch "schön". Aber nein...immer neue Logos. Das macht keinen Sinn und kostet die Stadt unnötig Geld.	487	54	44	Der Rat der Stadt Bonn hat die Verwaltung im Jahr 2008 beauftragt, ein Marketing-konzept zu entwickeln und ein neues Stadtlogo gestalten zu lassen. Das neue Stadt- logo mit Submarken wurde zwecks Einheitlichkeit der Außendarstellung eingeführt. Es wird im Stadt-, Wissenschafts-, Wirtschafts-, Kultur-, dem Internationalen und im Verwaltungsmarketing eingesetzt. Es ist nicht beabsichtigt, in der nächsten Zeit ein neues Marketingkonzept zu erstellen , somit ergeben sich hier keine Einsparmög- lichkeiten .	Da nicht beabsichtigt ist in nächster Zeit ein neues Marketingkonzept zu ent- wickeln, war keine Rats- entscheidung erforderlich. (siehe auch Rang 10)	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
32	B524	Vermarktung der Loge in der Oper	Man könnte die -stets unbesetzte- Loge in der Oper nutzen, spezielle Events (Oper mit Champagner) an- zubieten zu deutlich höheren Ein- trittspreisen, vielleicht mit Einfüh- rung/persönliche Begrüßung durch den Intendanten und Bewirtung am Platz für Gruppen bis zu 6 Perso- nen.	477	55	34	Die Prüfung Ihres Vorschlages hat ergeben, dass die Loge in der Tat seit mehreren Jahren nicht mehr genutzt werden kann. Dies liegt an der notwendigen Platzierung einer Scheinwerferanlage über der Bühne, die die Sicht von der Loge auf die Bühne erheblich einschränkt. Daher kann die Loge nur noch vom Orchester genutzt wer- den.	Der Vorschlag soll auch unter dem Aspekt der Er- arbeitung eines Konzepts zur Ertragserhöhung im Kulturausschuss beraten werden.	Der Vorschlag wird weiter ge- prüft.
33	B391	PR-Agenturen ein- sparen	Man muss nicht zig Tausende für PR ausgeben. Hier sollte eingespart werden - insbesondere bei externen Dienstleistern wie PR- und Werbe- agenturen.	453	25	27	Grundsätzlich werden vom Presseamt keine PR-Agenturen beauftragt. Die Gestal- tung von Broschüren, Flyern, Plakaten, Anzeigen usw. erfolgt von Grafikern im Pres- seamt. Der Druck erfolgt unter Beachtung der Vergaberichtlinien bei externen Dru- ckereien. Es bleibt zu prüfen, ob die Beauftragung von Agenturen in den übrigen Verwaltungsbereichen reduziert werden kann. Keine Einsparmöglichkeit	Der Rat folgt der Stellung- nahme der Verwaltung und regt an, künftig Vergaben ab 5000 Euro dem Fach- ausschuss zur Genehmi- gung vorzulegen.	Der Vorschlag wird weiter ge- prüft.
34	B529	Ampeln nachts aus- schalten	Vorschlag über das Call-Center eingestellt: Vorschlag: Einen großen Teil der Ampelsysteme nachts ausschalten.	441	34	15	Siehe Antwort der Verwaltung auf Rang 2 (Vorschlag B179)	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 2.	Der Vorschlag wird weiter ge- prüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
35	B276	Schriftwechsel per e-mail	Warum beantwortet die Stadt e-Mails mit einer Bürgeranfrage per Post? Das kostet jedesmal 0,55 Euro mal ca. 100 Antwortbriefe pro Tag mal ca. 260 Arbeitstage pro Jahr ergibt 14.300,- Euro die die Stadt sparen kann. Also: e-Mails mit einer e-Mail beantworten.	438	30	28	Die Nutzung des Mediums E-Mail zur Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern aber auch mit anderen Verwaltungen ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Täglich werden in der Verwaltung bereits weit mehr als 11.000 E-Mails an externe Adressaten versendet. Im Verhältnis hierzu verschickt die Stadt täglich etwa 4.900 Briefe auf dem Postweg. Die Nutzung von E-Mail ist aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und einer effizienten Aufgabenerledigung das bevorzugte Kommunikationsmedium der Verwaltung. Entsprechend ist die bestehende Dienstanweisung zur Nutzung von Internet und E-Mail formuliert. Im externen Geschäftsverkehr mit Bürgerinnen und Bürgern findet die Anwendung von E-Mail jedoch dort ihre Grenzen, wo gesetzliche Regelungen die Schriftform vorsehen oder die Inhalte der Nachricht vertrauliche Informationen enthalten. Eine mögliche Verschlüsselung von Nachrichten schafft hier nur begrenzt Abhilfe, da der Empfänger der Nachricht über entsprechende (komplexe) Verschlüsselungsprodukte verfügen müsste. Der Bürgervorschlag bezieht sich explizit darauf, dass die Verwaltung auf Anfragen via E-Mail grundsätzlich auch auf diesem Wege antworten soll. Da nicht konkretisiert wurde, welchen Inhalt die Bürgeranfrage hatte, muss davon ausgegangen werden, dass hier entweder eine rechtsverbindliche Antwort erstellt werden musste oder die Inhalte zur Übermittlung via E-Mail z.B. aus Gründen des Datenschutzes nicht geeignet waren. Grundsätzlich werden Anfragen, die via E-Mail eintreffen auch via E-Mail beantwortet. Eine pauschale Regelung, dass alle Anfragen die via E-Mail eingehen auch auf diesem Weg beantwortet werden sollen, kann aus oben benannten Gründen nicht getroffen werden. <u>Ein zusätzliches Einsparvolumen wird insofern nicht gesehen.</u> Zur Intensivierung der elektronischen Kommunikation plant die Verwaltung jedoch als erste Großstadt den E-Postbrief der Deutschen Post einzusetzen. Über dieses Medium ist sowohl ein rechtssicherer als auch vertraulicher Nachrichtenversand, allerdings kostenpflichtig, möglich. Auch kann der E-Postbrief gewährleisten, dass Nachrichten für Empfänger, die nicht über ein elektronisches Postfach verfügen, konventionell zugestellt werden. Die Verwaltung wird voraussichtlich ab 15.4. dieses Jahres den E-Postbrief als Adressatin im Posteingang annehmen können. Im Rahmen dieses Pilotprojektes wird zudem ermittelt, wie dieses Produkt zur Kostensenkung und Serviceoptimierung in der Verwaltungskommunikation auch als Absenderin eingesetzt werden kann.	Der Rat spricht sich dafür aus die Umsetzung zu prüfen, soweit keine Vorschriften entgegenstehen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
36	B289	Keine weiteren Imagekampagnen der Stadt	Bonn. Freude. Die Stadt. Wie blöd! Bonn hätte den "Beinamen" Beethovenstadt, der zu Unrecht vollkommen ignoriert wird. Wir hatten etliche (in Entwicklung und Verbreitung sicher teure) Logos, die bis auf den charmanten Bonner Kussmund sämtliche unnütz, ohne jeglichen Wiedererkennungseffekt oder ganz ersetzbar waren. Anscheinend reisst die Lust an der kostenintensiven Außendarstellung jedoch nicht ab und wieder brauchte Irgendjemand ein total neues, schickes Image für die Stadt. Dieser Slogan drückt nichts aus und ist auf jede profillose andere Stadt anwendbar. Wer braucht das? Die Bürger bestimmt nicht! Möchte nicht wissen, wieviel eine Superagentur für die Entwicklung bekommen hat, ganz zu schweigen von der aufwendigen Plakat-Kampagne oder gar der Umstellung des neuen Spruchs auf sämtliche Briefbögen der Stadt.	434	37	22	Der Rat der Stadt Bonn hat die Verwaltung im Jahr 2008 beauftragt, ein Marketingkonzept zu entwickeln und ein neues Stadtlogo gestalten zu lassen. Das neue Stadtlogo mit Submarken wurde zwecks Einheitlichkeit der Außendarstellung eingeführt. Es wird im Stadt-, Wissenschafts-, Wirtschafts-, Kultur-, dem Internationalen und im Verwaltungsmarketing eingesetzt. Es ist nicht beabsichtigt, in der nächsten Zeit ein neues Marketingkonzept zu erstellen, somit ergeben sich hier keine Einsparmöglichkeiten.	Da nicht beabsichtigt ist in nächster Zeit ein neues Marketingkonzept zu entwickeln, war keine Ratsentscheidung erforderlich. (siehe auch Rang 10)	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
37	B253	Baumaßnahmen zusammenfassen	Baumaßnahmen der Stadt sollten zusammengefasst werden. Verschiedene Bauprojekte sollten so koordiniert werden, dass die Öffnung der Straßendecke nur einmal erforderlich ist. Einsparmöglichkeiten müssten enorm sein.	402	11	22	Für alle Tiefbaumaßnahmen auf Bonner Stadtgebiet besteht ein Koordinierungsverfahren, um erneute Aufbrüche von Fahrbahnen und Gehwegen nach Fertigstellung einer Maßnahme zu verhindern. Dieses System funktioniert für das normale Bauge-schehen. Es kann jedoch bei Störungen im Verlauf einer Leitung, die kurzfristig behoben werden muss, nicht greifen. Das heißt jedoch nicht, dass z.B. bei Verlegung einer Gasleitung und anschließendem Kanalbau während der gesamten Dauer der Baumaßnahme eine Baugrube offen ist. Vielmehr muss der Leitungsgraben provisorisch geschlossen werden, um den Kanalbau zu ermöglichen. Für die Bürger ist jedoch der Unterschied zwischen provisorischer und endgültiger Decke nicht unbedingt erkennbar. Für ihn sieht es dann so aus, als würde die Stadt ein- und dieselbe Stelle unnötiger Weise mehrfach aufreißen lassen. Dieser Vorschlag ergibt daher kein Sparpotenzial.	Der Rat fordert von der Verwaltung eine noch bessere Koordination und Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger beim Baustellenmanagement ein.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
38	B262	Abschaffung von lauten Laubbläsern und -saugern	Im Herbst ist immer wieder eine hohe Lärm- und (im direkten Um-feld) Geruchsbelästigung durch mo-torisierte Laubbläser bzw. -sauger gegeben. Dazu kommen noch ne-gative Auswirkungen auf die betrof-fenen Grünflächen, die durch die starke Luftverwirbelung beeinträch-tigt werde. Im Herbst ist immer wie-der eine hohe Lärm- und (im direk-ten Umfeld) Geruchsbelästigung durch motorisierte Laubbläser bzw. -sauger gegeben. Dazu kommen noch negative Auswirkungen auf die betroffenen Grünflächen, die durch die starke Luftverwirbelung beeinträchtigt wird. Und mal unter uns: Mit ein bisschen Engagement wä-ren die Leute mit einem Besen auch nicht langsamer. Und die Stadt spart Geld und verringert die Um-weltverschmutzung.	452	69	23	Auf dem Friedhof dürfen diese Geräte schon nur noch eingeschränkt genutzt wer-den, auf den übrigen Flächen werden sie i.d.R. nur zur Gewährleistung der Ver-kehrssicherheit (Wegen) oder wenn fachlich notwendig (Rasenflächen) eingesetzt. Die vorgeschlagene Alternative ist aufgrund der angespannten Personalsituation und der i.d.R. Unaufschiebbarkeit der Arbeiten nicht durchführbar. Die Belästigun-gen kommen auch sehr häufig von den privat genutzten Geräten, welcher i.d.R. nicht auf dem neuesten technischen Stand sind. Die städtischen Geräte werden immer nach den aktuellen Richtlinien gekauft.Ein Einsparvolumen ist nicht gegeben, da bei Wegfall dieser technischen Hilfsmittel, neu einzustellendes Personal diese Arbeiten übernehmen muss.	Eine gesonderte Be-schlussfassung zu diesem Bürgervorschlag ist nicht erforderlich, da bereits an einer strengeren Lärm-schutzsatzung und an ei-ner Anpassung der Verga-beordnung für die Beschaf-fung leiserer Geräte gear-beitet wird.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
39	B204	Wegfall von Logos auf Müllsäcken	Immer wieder sieht man die fleißi-gen Kehr Männchen mit den Müllsä-cken und dem Logo der Bundes-stadt Bonn in Grau. Wäre es nicht kostengünstiger, neutrale, blaue Müllsäcke ohne jedes Logo oder Beschriftung zu verwenden?	417	28	28	Für die Stadtreinigung werden grundsätzlich handelsübliche blaue Müllsäcke ver-wendet. Lediglich an Stellen, wo diese für eine spätere Abholung durch ein Fahr-zeug des LZ Amt 70 bereitgestellt werden müssen, kommen graue Säcke mit Logo zum Einsatz. Würden hier blaue Müllsäcke verwendet, könnte jeder seine privaten Abfallsäcke dazustellen, ohne dass dies kontrolliert werden könnte. Die Entsor-gungskosten würden dadurch erheblich in die Höhe getrieben. Der Logo-Aufdruck dagegen kostet nur ca. 120,00 € jährlich und ist auf jeden Fall wirtschaftlicher.	Der Rat spricht sich für eine Beibehaltung der Re-gelung aus, da aufgrund der kostendeckenden Ge-bührenfinanzierung der Bürgervorschlag nicht zu einer Entlastung des städ-tischen Haushalts führt.	Der Vorschlag wird nicht umge-setzt.
40	B264	Reinigung der Flä-chen mit Laubblä-tern abschaffen	Immer wieder sieht man städtische Mitarbeiter, die Laub / bzw. Rest-müll von den Straßen /Plätzen fe-gen. Diese Laubbläser sind kost-spielig belasten die Umwelt und sind lärmelästigend. Warum nicht einfach kehren? Damit reduziert man Kosten, schont die Umwelt und die städtischen Mitarbeiter bleiben in Bewegung, das macht einen gu-ten Eindruck bei den Bürgern.	442	69	22	Siehe gleichlautenden Bürgervorschlag: B262 (Rang 38).	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 38.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
41	B308	Ratzustellung per Bote abschaffen	Ich habe erfahren, dass es in Bonn immer noch eine Ratzustellung gibt. D.h. für jede Rats- und Ausschusssitzung wird ein Informationspaket (ca. 20 - 500 Seiten) für jedes Mitglied ausgedruckt und zugestellt. Dies passiert ausschließlich per Kurier (städtische Bedienstete fahren mit städtischen Autos zu den Ratsmitgliedern nach Hause!!!) Mal so ne Rechnung: 100 Sitzungen (sind bestimmt viel mehr) mal 10 Fahrer mal 2 Stunden mal 20 Euro = 40.000 Euro jedes Jahr... Kann man das nicht per Email schicken? Andere Kommunen können das.	420	36	25	Hierdurch würde sich ein Sparpotential bis zu einer Höhe von ca. 170.000,- € p.a. erschließen. Überdies könnte die Zustellung per Mail bei reduziertem Aufwand schneller und flexibler erfolgen. Dieses Verfahren setzt jedoch einen freiwilligen Verzicht der Mandatsträger auf die Papierzustellung voraus; bisher haben aber nur einige Stadtverordnete von dieser vereinfachenden Möglichkeit Gebrauch gemacht. Eine ausschließliche Übersendung von Einladungen und Sitzungsunterlagen in elektronischer Form ohne Einverständnis der Betroffenen wurde gegen das Recht auf freie Mandatsausübung und den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen, da nicht davon ausgegangen werden darf, dass alle Mandatsträger über die erforderlichen technischen Zugangsmöglichkeiten verfügen. Die Verwaltung wird die Ausweitung des freiwilligen Verzichtes mit den im Rat vertretenen Fraktionen und Gruppierungen erörtern und zur rechtlichen Absicherung eine klarstellende Regelung in der Geschäftsordnung vorschlagen, wonach die schriftliche Ladung mit Zustimmung des Ratsmitgliedes durch eine elektronische Ladung ersetzt werden kann. Der Einsparbetrag kann in 2011 aufgrund des bereits begonnenen Jahres nicht mehr komplett umgesetzt werden. Hier ergibt sich bezogen auf das Halbjahr ein Einsparbetrag in Höhe von 85.000 Euro, ansonsten p.a. 170.000 Euro Die Umsetzung des Vorschlages ist nur im Konsens mit den Mandatsträgern und nach Herstellung der erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen möglich. Diese und andere Fragen werden in einer nach den Osterferien zu bildenden Arbeitsgruppe aus Vertretern der Fraktionen und der Verwaltung erörtert, auch mit dem Ziel, durch eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates eine sichere Rechtsgrundlage zu schaffen.	Eine Beschlussfassung zu der Thematik ist nicht erforderlich, da die Verwaltung sich bereits mit der Umsetzung befasst.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
42	B383	Bewertungskosten reduzieren	Bei Empfängen etc. sollten dringend die Kosten für die Bewirtung reduziert werden. Es muss nicht immer der teuerste Sekt sein, es kann auch mal mit Mineralwasser angestoßen werden - ist auch gesünder.	405	38	21	Für Repräsentationsmaßnahmen stehen im Jahr 34.000 Euro zur Verfügung. Die Bewirtung muss sich deshalb in den meisten Fällen auf das Anreichen eines Getränks beschränken. Sekt gibt es ohnehin nur in den wenigsten Fällen, z.B. bei Verleihungen des Bundesverdienstkreuzes oder Eintragungen in das Goldene Buch. Aus Kosten- und Nachhaltigkeitsgründen wird kein Mineralwasser eingekauft, sondern bei Empfängen das gute Bonner Leitungswasser angeboten. Weitere Einsparmöglichkeiten sind nicht vorhanden.	Siehe hierzu auch den Bürgervorschlag zur gleichen Thematik auf Rang 21.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
43	B319	Fuhrpark verkleinern	Sehr geehrte Damen und Herren, die Stadt Bonn verfügt über ein eigenes Transport-Unternehmen mit einem ausgezeichneten Strecken-netz, hoher Frequenz, modernen Fahrzeugen.... Ich sehe aber den-noch täglich im Straßenbild viele Autos (Kleinwagen = offensichtlich werden keine Gerätschaften mitge-führt) mit dem Logo der Stadt Bonn (verschiedenste Ämter) mit einem oder 2 Insassen in Stadtteilen, die sehr gut mit Bus oder Bahn zu er-reichen sind. Übrigens könnte man das auch gut mit dem Einsatz von Fahrrädern kombinieren. Busse und Bahnen bieten die Möglichkeit der Mitnahme. Nebeneffekt: die Mitar-beiter der Verwaltung haben besse-re Einblicke in interne Abläufe und können so sicher ganz interessante Vorschläge, die dann möglicherwei-se zu bessere Taktfrequenzen, Streckenführung usw führen, ma-chen. Freundliche Grüße.	406	43	20	Die Stadtverwaltung ist im Rahmen des Mobilitätsmanagements stetig bemüht den bestehenden Fahrzeugbestand zu optimieren und zu reduzieren. Dabei wird auch die Nutzung von Taxischeinen, Jobticket, Sichttickets und Fahrrad weiter gefördert. Dennoch ist nicht jede Aufgabenerledigung ohne Fahrzeug möglich bzw. um keine unnötige Arbeitszeit zu verlieren effizient.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 6.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
44	B423	Rückbau von Am-pelanlagen	Um die laufenden Kosten für die Verkehrsinfrastruktur zu reduzieren empfehle ich den Rückbau von (fast) allen Ampeln auf den Nebenstraßen des Bonner Stadtgebiets. In den meisten Fällen (mit Ausnahme z.B. vor Schulen) könnten Vor-fahrtsregeln und Fußgängerüber-wege die in der Wartung und im Be-trieb teuren Ampeln ersetzen ohne dass hierdurch eine erhöhte Gefahr für Straßenverkehrsteilnehmer ent-steht. Unterstützt werden kann der Rückbau durch eine zunehmende Einführung von 30-Zonen auf den Nebenstrecken. Die Durchschnitts-geschwindigkeit im Innenstadtbe-reich könnte hierdurch sogar erhöht werden.	396	33	25	Siehe zur gleichen Thematik den Bürgervorschlag auf Rang 2.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 2.	Der Vorschlag wird weiter ge-prüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
45	B278	Solaranlagen auf städtischen Gebäuden	Der Einsatz erneuerbarer Energien ist enorm wichtig und trägt wesentlich zum Klimaschutz bei. Genutzt werden kann beispielsweise jede Dachfläche auf städtischen Gebäuden (wie Schulen, Bädern, Parkhäusern, Sporthallen...) Vorbild ist die Stadt Lörrach, die bereits als Energiestadt ausgezeichnet wurde.	414	52	23	Die Bundesstadt Bonn verfolgt im Rahmen des Klimaschutzprogramms vielfältige Aktivitäten zur Reduzierung des Energieeinsatzes und der CO ₂ -Emissionen. Dabei werden auch sämtliche städtischen Liegenschaften auf die Eignung zur Errichtung von Fotovoltaikanlagen untersucht. Bei gegebener Wirtschaftlichkeit erfolgt dann zumeist die Umsetzung in Eigenregie, so wurden aktuell bereits 55 PV-Anlagen mit einer Gesamtanlagengröße von 592 kW _p errichtet und in Betrieb genommen. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von städtischen Objekten bei denen aktuell die Installation von PV-Anlagen nicht sinnvoll ist. Die Gründe dafür sind u.a. das die Dachhaut akut oder mittelfristig (Anlagenlaufzeit min. 20 Jahre) sanierungsbedürftig ist, die Statik des Daches den Aufbau nicht zulässt, Verschattungen durch Bäume oder Nachbargebäude bestehen, Anschlusswege zum Elektrohausanschluss sehr lang und damit kostenintensiv sind etc. Für weitere Objekte, bei denen nach Dachsanierung aus unterschiedlichen Gründen noch keine PV-Anlage errichtet wurde, ist durch eine Ausschreibung ext. Investoren die Möglichkeit der Beteiligung gegeben worden.	Der Bürgervorschlag entspricht im Inhalt einem getroffenen politischen Beschluss.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
46	B517	Spendenkonto für Freiwillige Leistungen einrichten	Warum sollte es nicht Gönner - Firmen wie auch den gemeinen Bürger - geben, die bereit sind aus ihrem eigenen Säckel der Stadt zu spenden, um beispielweise die Bonner Bäder, das Theater oder die Spielplatzsanierung zu unterstützen. Die Zweckgebundenheit der Spende lässt diese vielleicht attraktiver werden.	397	41	28	Es ist möglich ein allgemeines und/oder mehrere zweckgebundene Kassenzettel für die Annahme von allgemeinen bzw. zweckgebundenen Spenden anzulegen. Ein Mehreinnahmeverfahren kann jedoch nicht beziffert werden. Der Einzahler müsste je nach Wunsch das zutreffende Kassenzettel bei der Überweisung/Einzahlung angeben. Die Spendenannahme könnte über das bestehende Bankkonto bei der Sparkasse erfolgen. Es ist eine zuständige Stelle in der Verwaltung für folgende Arbeiten zu bestimmen: Vornahme der erforderlichen Sollstellung zu den Zahlungseingängen, Gegebenenfalls Ausstellung einer Spendenquittung mit Prüfung der Zulässigkeit der Erteilung der Spendenquittung (Gemeinnützigkeit) Überwachung und Dokumentation der zweckentsprechenden Spendenverwendung Nachweis der Spenden, die nicht im Jahr des Zahlungseingangs verwendet wurden. Im Bereich der heilpädagogischen Kindergärten gibt es bereits das Verfahren, dass Spendeneingänge, die zweckgebunden für den jeweiligen Kindergarten eingehen, über den städtischen Haushalt abgewickelt werden. Spenden, die für die Stiftungen eingehen (z.B. Stiftung Bonner Altenhilfe), werden durch die Kämmerei über die jeweiligen Teilergebnisse der Stiftung abgewickelt. Generell ist zu überlegen, ob ein solches Spendenkonto entsprechend „beworben“ werden sollte, z.B. auf der Homepage der Stadtverwaltung. Sofern hier auch die Möglichkeit der Einrichtung allgemeiner Spendenkonten für freiwillige Leistungen einzelner Fachbereiche erwogen wird, liegt die Verantwortung für das jeweilige Spendenkonto, die Veröffentlichung und die Führung der Verwendungsnachweise etwaiger Spenden beim jeweiligen Fachamt.	Die Verwaltung wird zunächst prüfen, ob unter Umständen die Einrichtung einer Stiftung den Spendenfluss erhöhen könnte.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
47	B537	karneval von Karnevalisten selbst finanzieren	Von 200 Leuten, die ich Bonn kennen, flüchten 90 % vor dem Karneval, weil er ihnen auf die Nerven geht. Da ich den Karnevalisten ihren Karneval gönne, mögen sie ihn bitte selbst bezahlen. Nach meinem Eindruck wird mehr als 50 % der Kamelle wegwerfen. Nach den Karnevalsumzügen ist die Stadt ein großer Müllhaufen - Die Leute die dies haben wollen, mögen dies bitte selbst bezahlen. Dies ist sowohl ein Einnahme als auch ein Einsparvorschlag.	636	284	21	Intern verrechnete Reinigungskosten für Karnevalsumzüge Bonn (inkl. Biwak Markt- platz): 33.981,74 €, Beuel: 18.000,81 €, Bad Godesberg: 16.849,41, Hardtberg: 1.235,80 € = 70.067,76 € (Jahre 2011 -2015) Siehe hierzu auch den Bürgervorschlag zur gleichen Thematik unter: B321 (Rang 26).	Siehe hierzu die Entscheidung unter B321 (Rang 26)	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
48	B397	Versteckte Ausgaben [Dienstwagen]	Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Bonn sollte prüfen, ob dort auch die Unsitte verbreitet ist, Dienstwagen nach dem Ansatz im Haushaltsplan zu beschaffen. Beispiel: 1 Personenkraftwagen, Ausgaben bis zu 30.000 €. Mit dem Verkäufer wird ein Nachlass von 50 v.H. vereinbart. So wird ein Kfz mit Bestausstattung zu 60.000 € beschafft oder geleast, der nur mit 30.000 € in den Ausgaben erscheint. Hätte man ein Kfz zu 30.000 € beschafft, wären evtl. 10 - 15 v.H. Nachlass erzielt worden, was tatsächlichen Einsparungen von bis zu 4.500 € entspräche.	378	31	16	Die Fahrzeugbeschaffungen erfolgen immer im Rahmen von Ausschreibungen und werden dem Rechnungsprüfungsamt im Vorfeld angezeigt.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
49	B274	Ampelschaltung grüne Welle	Was in anderen Großstädten wunderbar funktioniert, ist hier in Bonn ein einziges Chaos! Die Ampelschaltungen als sogenannte grüne Welle! Hier spart zwar nicht unbedingt die Stadt Bonn, aber jeder einzelne Autofahrer. Also - bitte her mit der "grünen Welle".	383	38	28	Die Verwaltung schaltet Grüne Wellen, soweit technisch machbar und in einer Gesamtschau der Belange aller Verkehrsteilnehmer sinnvoll. Eine ausführliche Erläuterung hierzu enthält die aktuelle Mitteilungsvorlage der Verwaltung unter Drucksa- chenummer: 1110285.	Das Thema wird erneut in den Bezirksvertretungen diskutiert. Dabei werden Erfahrungen aus anderen Städten berücksichtigt.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
50	B1018	Heizkosten	Ich arbeite an einer Bonner Schule. Die Heizkörper laufen im Winter immer auf Hochtouren. Wir können sie nicht abdrehen oder minimieren. Daher reißen wir die Fenster auf und heizen den Ortsteil gleich mit. Auf meine Anfrage hin, warum die Heizkörper keine regulierbaren Ventile bekämen wurde mir mitgeteilt, dass dann die Kinder ja die Heizkörper abdrehen könnten. Das wäre meines erachtens weniger schlimm, als diese Affenhitze, bei der die Kinder Kopfschmerzen bekommen. Auch Eltern haben mich schon darauf angesprochen. Herzliche Grüße.	347	10	4	Die Heizungsanlagen werden abhängig von der Außentemperatur durch Raumtemperaturfühler gesteuert. In wetterbedingten Übergangszeiten schwanken die Außentemperaturen, so dass sich gewünschte Raumtemperatur verzögert einstellt. Sollte jedoch ein Heizkörper zu warm werden, liegt dieses an einer Regelfehlfunktion. In solchen Fällen sorgt das SGB zeitnah für Abhilfe. Ein Einsparpotential kann hier nicht konkret ausgemacht werden.	Der Rat verweist zu diesem Thema auf die beschlossenen Maßnahmen der laufenden Schulsanierungen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
51	B198	Gutachter/Beraterkosten	Ständig werden Gutachten in Auftrag gegeben, um Entscheidungen begründen zu können. Theoretisch (hoffentlich auch praktisch) hat die Stadt Bonn ausgebildetes Personal, dass die Fakten ebenso bewerten und dem Bürgermeister (und dem Stadtrat) zur Entscheidung vorlegen kann. Fehlt es denn an Rückgrat, um eigene Entscheidungen und deren notwendigen Konsequenzen dem Bürger verkaufen zu können? Muß denn immer teuer bezahltes "Fremdpersonal" dafür herhalten, dass die Stadt Bonn handelt (oder auch nicht)? Es wäre auch wünschenswert, dass das Personal unserer Verwaltung durch Fortbildungen in die Lage versetzt wird, die o.g. Kosten zu senken oder gar ganz zu vermeiden."	370	30	39	Die Stadt Bonn verfügt sicherlich über juristischen Fachverstand. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der juristischen Abteilung des Rechtsamtes sind Volljuristen. Allerdings: Das auch von Fachleuten als nahezu einzigartig in Deutschland bewertete Insolvenzverfahren rund um das WCCB und die Herausforderung, das Projekt erfolgreich zu Ende zu bringen, macht es zwingend erforderlich, dass die Stadt Bonn sich sowohl juristisch als auch baufachlich und wirtschaftlich fundiert beraten lässt. Hier handelt es sich um eine spezielle Materie, für die es kein Spezialwissen bei den städtischen Beschäftigten gibt. Die Beauftragung zu baufachlichen und wirtschaftlichen Fragen erfolgt übrigens nicht generell, sondern bezogen auf Einzelleistungen, die je nach Erfordernis von der Stadt formuliert, einvernehmlich abgestimmt und schriftlich festgelegt werden. Die jeweilige Beauftragung wird auf Vorschlag der Verwaltung vom Rat der Stadt Bonn beschlossen. Darüber hinaus befassen sich weitere externe anwaltliche Berater mit der juristischen Beratung der Stadt Bonn, die sich mit insolvenz-, gesellschafts- und vertragsrechtlichen Fragestellungen auseinandersetzen. Parallel hierzu werden strafrechtliche Aspekte bewertet. Auch dies erfordert Spezialwissen, über das die Stadt Bonn - wie auch Kommunen generell - nicht verfügen. Übrigens: Die Frage nach einer hier möglicherweise gegebenen strafrechtlich relevanten Verschwendung von Steuergeldern stellt sich aus Sicht der Verwaltung nicht. Die Frage nach einer strafrechtlichen Relevanz würde sich aus Sicht der Verwaltung eher stellen, wenn zur Aufarbeitung und Lösung dieses überaus komplexen Insolvenzfalles, in dem städtische Rechtspositionen zu vertreten sind, gerade nicht auf entsprechendes externes Know-how zugegriffen würde.	Statt der kostenaufwändigen Beauftragung auswärtiger Gutachter und Experten wird verstärkt der Sachverstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung genutzt.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
52	B1361	Junges Theater Bonn erhalten	Bonn ist eine der wenigen Städte in Deutschland, die über ein solches Theater verfügen. Dort gibt es eine alternative für Kinder die die Oper oder das Schauspielhaus nicht so gern mögen. Das junge Theater Bonn bietet ausschließlich stücke für Kinder an und gibt den Kindern auch die Möglichkeit selbst mitzuspielen. Ich weiß das denn ich bin selbst eines von denen. Deswegen muss das junge Theater bonn erhalten bleiben.	374	50	17	Das Junge Theater Bonn soll nach dem Vorschlag der Verwaltung auch in Zukunft im Rahmen der Kulturförderung gefördert werden. Wenn Sie eine Bewertung zur Kulturförderung insgesamt vornehmen möchten, verweise ich auf den Vorschlag der Redaktion D 9.	Der Rat entscheidet für den Erhalt des „Jungen Theaters“	Der Vorschlag wird umgesetzt.
53	B271	Hallenbäder effizienter machen	Durch einen Wegfall unsinniger Einschränkungen bei den Hallenbädern könnte die Effizienz (und damit auch die Besucherzahl) erhöht und damit deutlich Kosten eingespart werden: -weniger Aufsichtspersonal am Beckenrand. Meistens langweilen sich mehrere Schwimmmeister gleichzeitig oder führen anregende Unterhaltungen ohne auf die Schwimmer zu achten. -durchgehende Öffnungszeiten für alle. Schulen können auch nach Absprache unter Sperrung von Bahnen ihren Übungen nachgehen. Dasselbe gilt für Vereine. "Schwimmen für muslimische Frauen" ist zudem das Gegenteil von integrationsförderlich. -weniger der zu kleinen Umkleidekabinen"	360	37	36	Ein Einsparvolumen ergibt sich durch den Vorschlag nicht, weil sich der Einsatz des Personals nach der zur Verfügung stehenden Wasserfläche richtet. Bei geringer Auslastung führen die Mitarbeiter Wartungs- und Reinigungsarbeiten aus. Eine Reduzierung des Aufsichtspersonals hätte aufgrund gesetzlicher Vorgaben die Einschränkung der Wasserfläche zur Folge. Die Öffnungszeiten werden jeweils überprüft und nach Bedarf festgelegt.	Ein politischer Beschluss kann zu diesem Bürger-vorschlag nicht getroffen werden, da aufgrund gesetzlicher Vorgaben und Sicherheitsaspekte das Personal nicht reduziert werden kann.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
54	B320	Keinen Blumenstrauß für Bürgermeister	Ich habe einmal gehört, dass der Bürgermeister in relativ engen Zeiträumen (oder war es sogar täglich?) einen frischen Blumenstrauß in sein Büro gestellt bekommt. Dies ist doch wirklich unnötig und würde doch bestimmt mindestens einen Tausender ausmachen.	366	31	19	Der Auftrag zur Lieferung von Blumensträußen ist ausgelaufen und wurde nicht verlängert. Die Einsparmaßnahme ist somit bereits umgesetzt.	Der Bürgervorschlag muss nicht politisch beschlossen werden, da der Oberbürgermeister die Lieferung bereits abgeschafft hat.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
55	B740	Keine städtischen Zuschüsse für Bierbörse	Kosten für Vandalismus Reinigung etc. tragen die Teilnehmer und der Veranstalter.	348	20	5	Siehe hierzu Bürgervorschlag zum gleichen Thema auf Rang 8.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 8.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
56	B407	Sponsoring Bonner Oper	Ein Sponsoring der Bonner Oper soll helfen die Investitionskosten zu sichern und dabei den Bonner Haushalt entlasten. Unternehmensstammsitze wie die Deutsche Telekom oder die Deutsche Post AG könnten dabei 5 Minuten vor Veranstaltungsbeginn Werbespot senden und innerhalb der Räumlichkeiten entsprechend auftreten. Andererseits könnten im Gegenzug Kulturveranstaltungen im ehem.- T-Mobile Forum oder Räumlichkeiten der Post AG stattfinden.	488	164	71	Die Deutsche Telekom sponsert weiterhin die Telekom Baskets in ihrem Telekom-Dome im Hardtberg und die Deutsche Post fördert nicht nur das jährliche Beetho-venfest sondern ab diesem Jahr auch den Bonn-Marathon. Und nicht zuletzt: So-larWorld sponsert die Konzerte auf dem Museumsplatz.	Eine Umsetzung durch die Verwaltung wird begrüßt. Die vertragliche Verpflichtungen aus dem beste-henden Intendantenvertrag bleiben allerdings beste-hen.	Der Vorschlag wird weiter ge-prüft.
57	B339	Abgabe eines Freibades an einen Verein	Ein Freibad sollte an einen Sport-oder Förderverein abgegeben werden. Dafür sollte die Stadt einen festen Zuschuss zahlen (z.B. 100.000 €,-), der deutlich unter dem bisherigen Betriebskostendefi-zit dieses Bades liegen sollte. Ein Förderverein kann viele Arbeiten in Eigeninitiative durchführen und ist dadurch deutlich günstiger. Außer-dem kann er seinen Mitgliedern auch außerhalb der regulären Öff-nungszeiten das Schwimmen ohne Bademeister ermöglichen. Dieses Konzept wird in vielen Gemeinden erfolgreich praktiziert und würde die Zwangsschließung eines Bades vermeiden.	402	76	27	Die Verwaltung führt für 5 Bäder bereits Gespräche in diese Richtung. Da Sie kein konkretes Bad benennen, kann hier nur überschlägig der Durchschnittswert des Zu-schussbedarfs für alle Freibäder aus 2009 (320.000 EUR), abzüglich der von Ihnen genannten 100.000 EUR Zuschuss, als mögliches Einsparvolumen genannt werden.	Entsprechende Gespräche werden im Rahmen der Erstellung des Bäderkon-zepts geführt.	Der Vorschlag wird weiter ge-prüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
58	B610	Lichter- und Heiz-kontrolle in allen öf-fentlichen Gebäu-den	Ähnlich dem Vorschlag zur Be-leuchtung im Stadthaus ist regel-mäßig über das Wochenende oder an Feiertage in öffentlichen Gebäu-den / Schulen in ganzen Etagen / Treppenhäusern (z.B. Friedrich-Ebert-Gymnasium) die Beleuchtung dauerhaft an. Zeitschaltuhren / Be-wegungsmelder etc. könnten hier sicherlich Strom sparen. Zum The-ma Heizkontrolle wäre insbesonde-re neben geregelter Heizungsab-senkung die Sanierung (immer noch vorhandene Einfachverglasung! gegen moderne Fenster er-setzen z. B. Montessorischule, Dot-tendorf) zu nennen. Damit könnten langfristig Kosten gesenkt werden.	326	9	7	Siehe Antwort der Verwaltung auf Rang 50.	Siehe hierzu Entscheidung unter Rang 50.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
59	B222	Bußgeld für Hundehalter bei frei lau-fenden Hunden	Erhöhung des Bußgeldes für unange-leinte Hunde auf 100,00 €,,- und kontinuierliche Kontrollen stadtwweit durch Provisionszahlungen an frei-berufliche Kontrolleure.	475	149	27	Kontrollen durch freiberufliche Kontrolleure sind nicht zulässig, da es sich dabei um hoheitliche Aufgaben handelt. Zum Beispiel wäre eine Personalienfeststellung zur Durchführung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens nicht möglich. Es ist ferner nicht zulässig, Provisionszahlungen im Zusammenhang mit Bußgeldern zu leisten. Im Übrigen hält die Verwaltung 100,00 EUR bei einem Erstverstoß als zu hoch. Dieser Betrag kommt in Betracht, wenn jemand zum wiederholten Male mit einem un-angeleiteten Hund angetroffen wird.	Siehe hierzu die Entschei-dung zur gleichen Thema-tik unter Rang 9.	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.
60	B300	Sponsorenkarten für Kultur und Sport	Es ist sicher sinnvoll, Sponsoren bei Laune zu halten und mit Freikarten z.B. in Oper, Theater oder Konzert zu bedienen. Die Partnerkarte sollte mit reserviert werden, dann aber vom Nutzer bezahlt werden oder der Nutzer spendet den Betrag gezielt an ein Projekt (Freiwillige Leistungen der Stadt). -Oder zurückge-gaben werden und als Lastminute-karte verkauft werden. Die Häufig-keit - z.B. bei jeder Premiere - ist sicher auch nicht nötig, da es sich bei dem Personenkreis ja schließlich um besser situierte Mitbürger han-delt.	350	31	38	Sponsoren sind gerne willkommen. Aber Freikarten dürfen im Theater nur noch dann ausgegeben werden, wenn eine Vorstellung aller Voraussicht nach nicht aus-verkauft wird. Insoweit gehen dem Theater auch keine Einnahmen verloren. Und Gäste kann das Theater nur dann einladen, wenn der Kartenverkauf dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die Einnahmen aus dem Kartenverkauf stehen ausschließlich dem Theater zu; sie sind zur Finanzierung des Theaterbetriebes zu verwenden und dürfen nicht für anderweitige Ausgaben verwendet oder an Dritte weitergegeben werden.	Siehe hierzu auch Bürger-vorschlag zur gleichen Thematik auf Rang 56.	Der Vorschlag wird weiter ge-prüft.
61	B399	Schulen für Events vermieten	Es sollte einfach möglich sein, Räume in Schulen für Events zu mieten (Geburtstage etc.).	425	109	25	Siehe Antwort der Verwaltung zum gleichlautenden Thema auf Rang 24.	Entsprechend des Bürger-vorschlags B 337 wird die Verwaltung beauftragt ein Konzept zur Nutzung der vorhandenen Räumlichkei-ten zu erstellen.	Der Vorschlag wird weiter ge-prüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
62	B465	Weniger Berater für die Stadtverwaltung	Immer wieder liets man von Beratern, die für den OB oder sonstige Abteilungen der Stadtverwaltung tätig sind. Als Mitarbeiter eines der großen Konzerne mit Sitz in Bonn, der (leider) selbst Hunderte Berater beschäftigt, weiß ich, dass diese Leute je nach Vertrag rd. 1000€,,- pro Tag kosten. Sofern sie Tätigkeiten übernehmen, für die eigene Leute nicht die Qualifikation besitzen, einverstanden. Aber bei vielen Sachen werden irgendwelche teuren Analysen, aufgehübscht mit tollen Powerpointfolien, präsentiert, wo man angeblich viel Geld sparen kann. Meistens geht das zu lasten der Beschäftigten, während die Berater wie die Made im Speck sich weiter ausbreiten. Gibt es in der Verwaltung der Stadt keine geeigneten Mitarbeiter, die die Aufgaben auch machen könnten? Beim WCCB hat man sich auch auf externe Berater verlassen (davon sitzt einer jetzt Gott sei Dank im Bau), viel Geld verballert und witerhin hohe Kosten. Hätte man vielleicht vorher mal eigene Leute gefragt, die sich damit auskennen, oder auch die Bürger befragt, ob man so ein völlig überzogenes WC-Center benötigt, hätte man sehr viel Geld sparen können. Aber da ist Bonn nicht besser als viele andere Städte, die aus Prstigegründen völlig überzogene Projekte realisieren wollen, weil die Stadtspitze das so möchte. Klar, hätte alles funktioniert, wären Frau Dieckmann und Hr. Nimpsch die ersten gewesen, die sich beifallheischend vor die Presse gestellt hätten, um zu zeigen, wie toll man doch ist.	338	23	12	Siehe hierzu die Antwort der Verwaltung zum gleichlautenden Thema auf Rang 51.	Statt der kostenaufwändigen Beauftragung auswärtiger Gutachter und Experten wird verstärkt der Sachverstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung genutzt.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
63	B377	Keine riskanten Zinswetten mit Steuergeldern	Die mit einer Wette vergleichbaren Zinstauschgeschäfte (Swap-Geschäfte) sind üblich als Quelle für die kostengünstige Beschaffung von Fremdkapital. Auch Bonn hat 2009 (nach eigenen Angaben ohne Verluste) solche riskanten Geschäfte betrieben.	327	17	19	Spekulative Geschäfte werden seitens der Verwaltung nicht getätigt. Zinstauschgeschäfte (Swaps) dienen nicht, wie im Vorschlag angegeben zur Beschaffung von Fremdkapital, sondern einzig zur Absicherung von Zinszahlungen. Das Risiko ist vergleichbar mit dem Abschluss eines Darlehens mit einer festen Zinsbindung. Der Vorteil von Zinsswaps liegt in der größeren Flexibilität und der Möglichkeit auf sich ändernde Marktgegebenheiten reagieren zu können. Einsparungen durch den Verzicht auf Zinssicherungsgeschäfte ergeben sich nicht.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
64	B642	Proklamation Wäscherprinzessin durch einen Verein organisieren	Die Proklamation der Wäscherprinzessin von Beuel von der Stadtverwaltung organisiert. Dies erzeugt Personalkosten. Es ist daher ein Verein zu gründen, der die Proklamation organisiert mit dem langfristigen Ziel, keine städtische personelle Unterstützung zu benötigen.	345	39	7	Die Proklamation ist einzigartig und unterscheidet sich wohltuend von anderen Veranstaltungen dieser Art. Das Programm wird kostenfrei ausschließlich mit Kräften aus den Damenkomitees gestaltet, die alle im Arbeitskreis Beueler Weiberfastnacht unter der Federführung der Bezirksverwaltungsstelle Beuel mitwirken. Des Weiteren hat sich die Stadt für die Proklamation vertraglich die kostenlose Nutzung des Brückenforums einschließlich einer Umsatzrückvergütung gesichert. Einem Verein würde der Betreiber dies sicherlich nicht einräumen. Zudem wird derzeit geprüft, ob künftig ein Eintrittsgeld erhoben werden soll. Einsparsummen lassen sich nicht beziffern.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
65	B188	Einführung eines Kultureuros für gewinnorientierte kulturelle Veranstaltungen	Kultur und deren Förderung sind wünschenswert zur Erhaltung eines attraktiven Stadtbildes. Die Einstellung vieler Fördermaßnahmen seitens der Stadt wird zwangsläufig zu einer Abnahme von vielfältigen und guten Angeboten führen, und somit geringere Besucherzahlen (auch von außerhalb) verursachen, was langfristig weniger Einnahmen bedeutet. Neben Sparmaßnahmen sollten daher potentielle Einnahmequellen diskutiert werden, um eine weitere Abwärtsspirale zu vermeiden. Ich schlage daher vor, dass kommerziell ausgerichtete, kulturelle Angebote in Bonn in die Pflicht genommen werden einen Beitrag zur Erhaltung des Standorts Bonn zu leisten. Denkbar wäre die Einführung eines ?Kultureuros? (z.B. in Höhe von 1 EUR), der für jedes verkaufte Ticket einer kommerziellen, kulturellen Leistung (Konzerte, Veranstaltungen in der Bonner Rheinaue, Theater, Oper etc.) durch die Veranstalter zu entrichten ist. Private und gemeinnützige Veranstaltungen von Organisationen (z.B. von Vereinen) sind davon ausgeschlossen. Die Kosten für den Veranstalter in Höhe von 1 EUR sollten dabei zu 50% auf den Besucher übertragen werden können, da viele Menschen außerhalb Bonns die angebotenen Möglichkeiten (und damit die Bonner Infrastruktur) nutzen. Die Mehreinnahmen sollten dazu genutzt werden, wichtige kulturelle Projekte weiterhin zu fördern, und den Haushalt auf anderen Positionen im Haushalt zu entlasten.	408	92	42	Wer soll den KulturEURO bekommen? Für den Besuch städtische Kulturveranstaltungen (Theater, Konzert, Museum, etc.) ist grundsätzlich Eintritt zu zahlen. Die Höhe der Eintrittsgelder wird regelmäßig überprüft und ggf. angepasst. Insoweit würde sich die Erhebung eines KulturEUROS erübrigen. Ob nicht- städtische Kultureinrichtungen oder private Veranstalter einen solchen Zuschlag erheben (wollen), kann von der Stadt nicht vorgegeben werden. Und die Erhebung eines solchen Zuschlages bei bisher kostenlosen Veranstaltungen, wie die Bonner Stummfilmtage oder die RHEINKULTUR, würde voraussichtlich einen hohen Verwaltungsaufwand verursachen.	Der Rat empfiehlt auf Basis der Antwort der Verwaltung zu diesem Vorschlag im Kulturausschuss über Alternativen zu beraten.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
66	B304	Verzicht auf Flag-genparade	kompletter Verzicht auf 1.) Beflag-gung und Flaggenwechsel des frü-heren Platzes der Vereinten Natio-nen (Autobahnende der Südbrücke/Nähe Dt. Telekom) und 2.) auf die umfangreiche Pflege der Lavendelpflanzen sowie 3.) auf die teure Flutlichtbeleuchtung. Statt dessen Aufstellen von (kostenlo-sen) Skulpturen junger Künstler.	385	78	26	zu 1) Die Flaggen sind vorhanden. Die Montage/Demontage der UN-Flaggen könnte ein Einsparmöglichkeit von ca. 1040,- € pro Jahr (bei einem Wechsel) ergeben. Es sollte aber bedacht werden, dass die Stadt Bonn die einzige UNO-Stadt in der Bun-desrepublik Deutschland ist und dass eine entsprechende Beflagung zu einer ent-sprechenden Darstellung dazu gehört. zu 2) Der ehemalige Platz der Vereinten Nationen ist im Rahmen der Entwicklungs-maßnahme Bundesviertel errichtet worden. Dies geschah unter maßgeblicher finan-zieller Beteiligung des Bundes (66 2/3 %) und des Landes (28 1/3 %). Die Förderung war an die Bedingung geknüpft, dass die Gestaltung der Flächen 20 Jahre in dieser Form beibehalten wird. Mit einer Rückforderung der betr. Mittel ist zu rechnen, wenn beabsichtigt ist, den Bereich pflegeextensiv umzugestalten. Die genaue Höhe einer entsprechenden Rückforderung wäre nur nach intensiver Prüfung über Amt 61-012 möglich, da es sich hier um eine Entwicklungsmaßnahme handelt, im Rahmen derer es keinen klassischen Förderbescheid gibt, auf den man zurückgreifen könnte. Nach Auskunft der LEG betrug die damalige Bausumme für die landschaftsbautechnischen Arbeiten incl. Fahnenstangen rund 1 Mio. Eur. Zu berücksichtigen ist weiterhin, - dass ein Rückbau Investitionskosten erfordert und - dass auch bei einer anderen Bepflanzung Pflegekosten anfallen. 3) Zu den Einsparungen bezüglich der Abschaltung der Beleuchtung können nur die Stadtwerke etwas sagen.	Der Rat entscheidet den Status quo beizubehalten.	Der Vorschlag wird nicht umge-setzt.
67	B1707	Effizienter und schonender Um-gang mit Energie	Da die Verantwortlichen nicht selbst die Kosten zu tragen haben, wird rücksichtslos Energie vergeudet. Beispiel Kläranlage Lessenich-Messdorf. Den ganzen Winter brennen nach Dienstschluss an 7 Tagen die Woche mindestens 50 Außenleuchten über längere Zeit. So wie dort geschieht es in Turnhal-len etc. Setzen Sie bei größeren Objekten mit Kompetenz ausgestat-tete Energieverantwortliche (am besten freiwillige Bürger) ein, damit diese Verschwendung aufhört. Be-lohnen Sie Einsparungen, indem Sie einen angemessenen Anteil vom eingesparten Verbrauch an den Energieverantwortlichen wei-tergeben. Einsparungsvolumen im 6 stell. Bereich.	322	11	6	Aufgrund Ihres Vorschlages wurden die Schaltzeiten bei der Kläranlage Lessenich-Messdorf überprüft, mit dem Ergebnis, dass die Einschaltzeiten der Beleuchtung im Winter um 2 Stunden täglich verkürzt werden können. Dies ergibt ein Einsparpoten-zial von 350 € jährlich. Ihr Vorschlag ist darüber hinaus Anlass, das Lichtregime in allen Kläranlagen noch einmal zu überprüfen und ggf. zu verändern. Daraus resultie-rende Einsparungen sind hier noch nicht enthalten. Die Stadtentwässerung des Tiefbauamtes unternimmt erhebliche Aktivitäten um die Inanspruchnahmen von Energie zu reduzieren, bzw. die Nutzung aus regenerativen Quellen zu ermöglichen. Die detaillierte Information dazu ist auf der Webseite www.bonn.de unter „Umwelt & Gesundheit, Planen, Bauen & Wohnen“ -> Abwasserentsorgung -> Abwasserbe-handlung -> „Kläranlagen der Stadt Bonn – Sanierungsstand und Energie“ öffentlich zugänglich.	Da die Verwaltung zu die-sem Bürgervorschlag schon Maßnahmen in Gang gesetzt hat, ist ein weiterer politischer Be-schluss hierzu nicht erfor-derlich.	Der Vorschlag wird bereits um-gesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
68	B966	Hardtbergbahn endgültig beerdigen	Ich würde es sehr begrüßen, wenn das Projekt Hardtbergbahn endgültig in der Schublade verschwindet. Das Projekt wurde in den letzten Jahrzehnten von allen Seiten beleuchtet und hat Unsummen an Planungskosten verschlungen. Der Nutzen ist sehr umstritten. Daher mein Vorschlag: Keine weiteren Planungskosten für die Hardtbergbahn bewilligen.	393	87	25	Für den erfolgreichen Abschluss des Planungsverfahrens der Hardtbergbahn sind nach erfolgter Planoffenlage und der Fertigstellung der Planungsunterlagen nur noch Restaufgaben aus dem laufenden Genehmigungsverfahren zu erledigen, für die im Haushalt der Stadt ein Planungskostenzuschuss an die Stadtwerke Bonn von 100.000 € für die Jahre 2010/2011 veranschlagt wurde. Mit dieser, verglichen mit dem bisher geleisteten Gesamtaufwand, geringen Summe lässt sich das Planfeststellungsverfahren abschließen und damit auch Planungssicherheit für die Stadt Bonn erreichen. Bei Abbruch des Genehmigungsverfahrens wären die bisherigen Aufwendungen weitestgehend verloren. Die Planung der Hardtbergbahn wurde in der Vergangenheit mehrfach an geänderte städtebauliche, verkehrliche und nicht zuletzt auch politische Zielsetzungen ausgerichtet, was sich in der Anpassung der Genehmigungsanträge und der Vielzahl der Variantenuntersuchungen zeigt. Ein solcher mehrstufiger Genehmigungsprozess ist bei Großprojekten wie der Hardtbergbahn, mit der die Weichen der verkehrlichen Entwicklung der Stadt auf lange Zeit gestellt werden, nicht unüblich.	Ein Beschluss ist hierzu nicht gefasst worden. Die endgültige Planfeststellung für die Hardtbergbahn wird 2012 beschlossen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
69	B945	Laubbläser abschaffen	Die Dinger sind laut, stinken, verbrauchen teuren Sprit und nützen nix: gerade im Herbst, wenn es auch noch windig ist, erkenne ich keinen Vorteil gegenüber einem Besen!	319	22	11	Siehe hierzu Bürgervorschlag B262 zum gleichen Thema	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 38.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
70	B269	Senkung der Fahrpreise Bus/Bahn	Ich bin für eine Senkung der Fahrpreise. Ich nutze keine öffentlichen Verkehrsmittel, weil sie mir zu teuer sind. Ich bin sicher dass mehr Leute fahren würden, wenn die Preise dementsprechend wären. Und dadurch hätte man auch höhere Einnahmen. Ich zahle als Einzelperson 5 Euro um von Bad Godesberg nach Bonn und zurück zu kommen plus die Fahrtkosten für meine Kinder. Das ist doch nicht realistisch.	399	102	43	Grundsätzlich werden die Fahrpreise im ÖPNV durch den Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) festgelegt. Die Stadt Bonn kann nur indirekt über die entsprechenden Beschlussgremien im VRS Einfluss auf die Tarife nehmen. Da eine Überkompensation niedrigerer Fahrpreise durch mehr Fahrgäste der Erfahrung nach nicht zu erwarten ist, könnten keine Mehreinnahmen erzielt werden. Zudem wären bei steigenden Fahrgastzahlen (welche grundsätzlich im Sinne der Umwelt erfreulich wären) in den Hauptverkehrszeiten stellenweise Angebotsausweitungen notwendig, die zu zusätzlichen Kosten (Beschaffung weiterer Fahrzeuge, Einstellung zusätzlicher Fahrer etc.) führen würden.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
71	B952	Kein Ganzjahreseinsatz der Laubbläser	Zwischenzeitlich werden die Laubbläser vom städtischen Personal fast ganzjährig genutzt, um Laub, Schmutz, Schnee usw. von Gehwegen und Grünflächen zu entfernen. Diese Geräte verursachen Lärm, Abgase und vor allem Kosten für Sprit. Die Umwelt und die Stadtkasse wären sicher dankbar dafür. Städte wie Marburg oder Gießen haben die Geräte auch eingemottet.	321	17	9	Siehe hierzu Bürgervorschlag B262 zum gleichen Thema	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 38.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
72	B361	Kosten für Methad- onsubstitution mit umliegenden Ge- meinden teilen	Bonn hat die meisten Methadon- substituierten pro Einwohner in NRW. Aus dem Umland (z. B. dem Rhein-Sieg-Kreis), aber auch aus ganz NRW, ziehen Drogenabhängi- ge ob der guten Versorgung nach Bonn. Die umliegenden Gemeinden sollten demnach auch an den Kos- ten beteiligt werden. Der Anteil der Methadonsubstituierten pro Ein- wohner ist z. B. im Rhein-Sieg-Kreis verschwindend gering.	326	27	32	Die Kosten für Substitutionsbehandlungen tragen die Krankenversicherungen. Die Stadt Bonn finanziert gemäß Sozialgesetzbuch II (SGB II) und Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) die Psychosoziale Betreuung von Substituierten. Diese Finanzierung erfolgt im Rahmen der Eingliederungshilfe als Einzelfallhilfe und richtet sich aus- schließlich an Bonner Bürgerinnen und Bürger. Die Psychosoziale Betreuung Aus- wärtiger wird nicht von der Stadt Bonn finanziert.	Da die Kosten von den Krankenversicherungen getragen werden, ist eine Entlastung des städtischen Haushalts nicht möglich. Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
73	B314	Bibliothek - würde auch höhere Beiträ- ge zahlen	Seit Jahren nutze ich ausgiebig die Angebote der Bibliothek. Nicht aus- zudenken wenn diese Angebote nicht mehr zur Verfügung ständen. Damit ich auch weiterhin die Biblio- thek voll nutzen könnte, würde ich eine Erhöhung der Jahresgebühr von z.B. 15 auf 20 Euro im Jahr zahlen. Dies hört sich nicht viel an aber auch Kleinvieh macht mist.	438	129	21	In der Bonner Stadtbibliothek haben 2010 rund 6.700 Kunden den 15 EUR-Ausweis (keine Jahreskarte) genutzt. Eine mögliche Erhöhung um 5 EUR führt rein rechne- risch zu Mehreinnahmen von rd. 33.000 EUR jährlich. Erfahrungsgemäß führt eine Gebührenerhöhung jedoch zu Verlusten bei den Kunden, so dass bei 6.000 Kunden, die diese Karte nutzen, mögliche Mehreinnahmen von jährlich rd. 30.000 EUR erzielt werden könnten.	Nach Inbetriebnahme des Hauses der Bildung wer- den im Rahmen einer Neukonzeption des Biblio- thekswesens weitere Prü- fungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter ge- prüft.
74	B425	Mehr Kontrolleure gegen Schwarzfah- rer	In Bussen und Bahnen werden viel zu selten Fahrscheinkontrollen durchgeführt. Schwarzfahren sollte gerade in Zeiten knapper Kassen nicht mehr auf diese Weise indirekt unterstützt werden.	372	74	27	Der Vorschlag betrifft die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadtwerke Bonn GmbH (SWB). Die dort ggf. erzielbaren Einsparungen oder Erhöhung von Einnahmen be- treffen allerdings mittelbar den Haushalt der Stadt Bonn, da das Defizit der SWB von der Stadt als alleinigem Anteilseigner zu tragen ist. Den SWB wurde bereits im Zu- sammenhang mit der Aufstellung des Haushaltsplans 2011/2012 die Vorgabe ge- macht, das Defizit des Gesamtkonzerns auf Null zu bringen. Ihr Vorschlag wird da- her an die Stadtwerke Bonn GmbH weitergeleitet und dort außerhalb des Verfahrens „Bürgerbeteiligung am Haushalt“ auf Umsetzbarkeit geprüft.	Der Rat leitet den Vor- schlag an die Stadtwerke Bonn weiter und bittet um Prüfung einer möglichen Umsetzung.	Der Vorschlag wird weiter ge- prüft.
75	B256	Externe Berater	Ersatzlose Stornierung aller exter- nen Berater.Um die Mitschuld am WCCB-Desaster der Stadt Bonn zu klären bzw zu verteidigen sind doch kostspielige Insolvenzverwalter und Staatsanwälte tätig. Die Verwaltung hat genug Kompetenz.	343	48	27	Siehe hierzu die Antwort der Verwaltung zum gleichlautenden Thema auf Rang 51.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 51.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
76	B485	Vorrang für Bildung und Betreuung	Eine Priorität festlegen, an der alle Maßnahmen sich orientieren: "Bei Kindern und Jugendlichen wird nicht gespart - in allen anderen Bereichen schon." Das heißt z.B.: Keine Abstriche bei U-3-Betreuung, Kindergärten, Ganztagschulen, Schulsanierung etc., aber durchaus höhere Grundsteuer, höhere Eintrittspreise für Erwachsene in Schwimmbädern und Theater, Sportstättennutzungsgebühr für Erwachsene, Bettensteuer etc.. - Alle freiwilligen Leistungen der Stadt sollten auf diese Prioritätensetzung hin überprüft werden, woraus dann entweder Einsparmaßnahmen oder Einnahmeverbesserungen resultieren.	377	72	35	Die Verwaltung hat zu diesem Vorschlag keine Antwort unter www.bonn-packts-an.de veröffentlicht. Eine konkrete Bezifferung ist aufgrund des sehr global formulierten Vorschlags nicht möglich.	Der Doppelhaushalt 2011/2012 wurde unter der genannten Priorität verabschiedet.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
77	B1718	Hundesteuer erhöhen	Ist nur ein Test. Wollte nur mal demonstrieren, dass die Funktion "Vorschläge machen" definitiv nicht vorzeitig abgeschaltet wurde. Also, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, noch könnt ihr tatsächlich neue Vorschläge machen. PS: Diesen Vorschlag bitte nicht mit Pro oder Contra bewerten. Den gibt es schon. PPS: Es ist jetzt 23.45 Uhr."	420	128	45	Die Verwaltung hat zu diesem Vorschlag keine Antwort unter www.bonn-packts-an.de veröffentlicht.	Der Rat verweist auf die bereits im letzten Haushalt durchgeführte Erhöhung.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
78	B408	Strom sparen Teil I - Bewegungsmelder	Man könnte in allen öffentliche Gebäuden (z.B. Eingangshallen, Flure etc.) - nach sorgfältiger Prüfung - Bewegungsmelder installieren.	316	22	26	Der Bürgervorschlag wird bereits in der Praxis bei Neubaumaßnahmen und größeren Sanierungsmaßnahmen umgesetzt. Es werden zwar nicht Bewegungsmelder installiert, sondern sogar Präsenzmelder, d.h. Licht usw. geht nur dann an, wenn sich jemand in dem Raum aufhält und geht dann aus, wenn die Person(en) den Raum wieder verlassen. Dies kann sogar in Abhängigkeit vom Tageslicht gesteuert werden.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 50.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
79	B1016	Stadtbibliothek:Freiwillige Kostenbeteiligung: Nutzer stiften Bücher	Ich schlage vor, dass in den Stadtbibliotheken Listen mit neu anzuschaffenden Medien ausliegen und Nutzer diese stiften (d.h. das Geld dafür geben, überweisen...) können. Auf Wunsch wird der Stifter im Buch vermerkt. Wenn jeder 2. Nutzer im Jahr 1 Buch spenden würde, wäre das vermutlich ein Plus auf der Einnahmenseite.	300	9	13	In abgewandelter Form wird der Vorschlag auch heute schon praktiziert: In jeder Zweigstelle steht eine Spendenbox für den sog. "Lese-Euro". Die Spenden werden vom Förderverein der Stadtbibliothek verwendet für besondere Medieneinkäufe, z. B. wurden zuletzt Kinderbuchklassiker für die Stadtbibliothek Beuel erworben. Die Bücher werden auch entsprechend gekennzeichnet.	Der Rat delegiert diesen Bürgervorschlag zur weiteren Prüfung zurück an den Kulturausschuss.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
80	B291	Gutscheinheft für Neubürger abschaffen	Jeder Neubürger (neu zugezogen) erhält ein Gutscheinheft mit kostenlosen Eintritten in Museen, Theater, Schwimmbad usw. Dies ist zwar nett, aber angesichts der Haushaltslage nicht bezahlbar.	404	115	22	Die Gutscheinhefte und die Neubürgermappen werden von den Betroffenen mit Freude angenommen. Ein Nutzen liegt aber nicht nur beim betroffenen Neubürger, sondern durch die zielgerichtete Werbung auch bei den Institutionen, Vereinen, Unternehmen etc., die Gutscheine für verschiedenste Leistungen beisteuern. In welchem Maße dort Einnahmeausfälle entstehen, hängt von der Frage ab, ob der Neubürger auch ohne Freikarte das jeweilige Angebot wahrnehmen würde; dies kann nur jede teilnehmende Organisationen selbst erheben. Bei der Verwaltung entstehen in der Hauptsache Kosten für den Druck der Gutscheinhefte und Neubürgermappen in Höhe von ca. 7.000 Euro p.a.	Der Rat hat entschieden, dass die aufwändige Umhüllung der Mappe abgeschafft wird.	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.
81	B1719	Nutzung von open-source-Betriebssystemen	Anstatt kommerzielle Betriebssysteme zu nutzen könnte die Verwaltung z. B. auf Kubuntu von LINUX umsteigen. Das würde die EDV-Ausgaben senken!	342	63	78	Die Verwaltung setzt bereits heute in vielen Bereichen auf sog. Open Source Software und versucht diesen Anteil weiter zu steigern. Dies gilt insbesondere für den wachsenden Bereich der internetbasierten Anwendungen und der Sicherheitsinfrastruktur. Es hat sich jedoch gezeigt, dass Open Source Software oftmals in der Anschaffung zwar günstig, bei Betrachtung der Gesamtkosten jedoch häufig auch teurer ist. Dies gilt insbesondere wenn man zur Schulung und laufenden Wartung und Pflege auf externe Dienstleistungs- Unternehmen angewiesen ist. Im Bereich der Bürokommunikation müssen wir insbesondere darauf achten, dass die eingesetzten Produkte und Formate kompatibel zu unseren IT-Verfahren und Kommunikationspartnern sind. Open Source ist also bereits heute Bestandteil unserer IT-Strategie, so dass wir über dies hinaus keine weiteren Einsparpotenziale sehen. Für weiterführende Informationen möchte ich Sie auf folgendes öffentliches Dokument des Bonner Ratsinformationssystems hinweisen: http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/10/1010436ST2.htm	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
82	B363	Hundekot, Einwegspritzen und Graffiti-sprayer	Bereits mehrfach wurde der Vorschlag gemacht Hundehalter bei nicht ordnungsgemäßer Entsorgung der Hinterlassenschaften Ihrer Vierbeiner zur Kasse zu bitten. Ich bin der Meinung, dies sollte man nicht nur bei den Hundehalter -innen machen sondern bei sämtlichen Ordnungswidrigkeiten. Wie hieß das Motto in New York ... Null Toleranz Dies bezog sich nicht auf Mitmenschen aus anderen Ländern, kurz Ausländern. Dies Bezog sich auf null Toleranz bei Ordnungswidrigkeiten. Wenn einer seine Zigarette, Papiertaschentuch oder die Verpackung von einem Fast Food Restaurant auf Bordstein schmeißt, Feuer mit Unrat am Rhein und er wurde erwischt ... Strafe Gibt es oder gab es in Honk Kong oder Singapur nicht sogar mal Strafen für spucken? Nicht nur die Möglichkeit der Einnahmenerhöhung durch Ordnungswidrigkeitsgelder auch Einsparpotential durch geringere Müllentsorgungskosten, Arbeitsplätze für Kontrolleure, höhere Übernachtungszahlen weil Touristen Bonn-die saubere Stadt sehen wollen. Ich glaube mit diesem Vorschlag kann man den ganzen Stadthaushalt, nein Bundeshaushalt sanieren.	326	38	28	Zu dem Konzept des Stadtordnungsdienstes gehört es unter anderem, dass neben den vielen anlassbezogenen Ermittlungs- und Vollzugsaufgaben für die gesamte Stadtverwaltung auch ein Streifendienst gehört, bei dem die Mitarbeiter zwischen 7.00 und 23.00 Uhr (werktags) sowie 12.00 bis 20.00 Uhr (sonn- und feiertags) in erkennbarer Dienstkleidung im Stadtgebiet unterwegs sind. Diese sichtbare Präsenz soll u.a. dazu dienen, Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu verhindern, wozu auch z.B. das Wegwerfen von Abfällen und Verunreinigungen durch Tiere gehört. Festgestellte Verstöße werden bereits jetzt schon zur Anzeige gebracht und entsprechend durch Bußgelder geahndet.	Siehe hierzu auch gleichlautenden Bürgervorschlag unter B294 auf Rang 9.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
83	B255	WCCB-Debakel	Nach Aufklärung der Verantwortlichkeiten diese Personen in persönliche Regresspflicht nehmen, einschließlich Frau Dieckmann als oberste Dienstherrin.	307	23	35	Die Klärung der Verantwortlichkeiten rund um das Projekt WCCB ist derzeit Gegenstand umfangreicher staatsanwaltlicher Ermittlungen. Dies liegt also nicht in der Einfluss-sphäre der Stadt Bonn. Erst wenn die Ermittlungen abgeschlossen sind, steht fest, ob Regresspflichten bestehen.	Der Rat schließt sich dem Vorschlag zum weiteren Vorgehen der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
84	B182	Straßenbeleuchtung	Zum Teil können an Straßen die Beleuchtung reduziert werden. Teilweise würde es reichen wenn nur jede zweite Lampe brennt.	385	119	56	Die Straßenbeleuchtung wurde mit Stichtag 1.10.2003 der Stadtwerke Bonn GmbH mittels Vermögensübertragungsvertrag übergeben. Gleichzeitig wurde ein Straßenbeleuchtungsvertrag geschlossen, in dem die Wartung, Instandsetzung, Erneuerung von Anlagen und die Energielieferung geregelt ist. Dieser Vertrag endet am 1.10.2013 und verlängert sich um weitere fünf Jahre, wenn nicht zwei Jahre vorher, also zum 1.10.2011, gekündigt wird. Für die Straßenbeleuchtung wird eine jährliche Pauschale pro Lichtpunkt an die Stadtwerke bezahlt. Diese Pauschale wird jährlich entsprechend der am Stichtag 30. November vorhandenen Zahl der Lichtpunkte angepasst. Für 2011 beträgt die jährliche Pauschale je Lichtpunkt 157,76 €. Bedingt durch diesen Vertrag können Einsparungen erst ab Oktober 2013 erfolgen	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
85	B549	Null Toleranz und hohes Bussgeld bei Vermüllung der Stadt der Landschaft der Gewässer etc	Wegwerfen muss weh tun. Bussgeld für Zigarettenstummel, Flaschen, Dosen, Plastik usw pauschal 100 Euro Wer Sozialgelder empfängt und dies nicht zahlen kann soll dafür 10 Sozialstunden in der Landschaftspflege, Stadtreinigung etc. ableisten Dies ist ein Einnahme und Sparvorschlag Beispiel Stadt Frankfurt http://www.focus.de/magazin/archiv/periskop-wegwerfen-muss-weh-tun_aid_204549.html	290	17	4	Grundlage für die Zumessung der Geldbuße sind die Bedeutung der Ordnungswidrigkeit und der Vorwurf, der den Täter trifft. Es ist immer eine Einzelfallentscheidung. Pauschale Bußgeldhöhen sind nicht zulässig und die Anordnung von Sozialstunden für Städte und Gemeinden ebenfalls unzulässig. Dies ist der Justiz vorbehalten.	Der Rat verweist zu diesem Bürgervorschlag auf die Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 9.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
86	B1710	Vermietung zeitnah	Warum stehen freigewordene Wohnungen teilweise so lange leer. Jeder Privatvermieter sieht zu, dass es möglichst zu einer unmittelbaren Anschlußvermietung kommt. Dies ist bei Wohnraum auch in der Regel kein Problem. Nur die Stadt sieht sich dazu nicht in der Lage? Kenne aktuell 3 solcher Wohnungen nur hier im Umfeld, wo man wohl keine Miete einnehmen möchte.	291	12	18	Die Verwaltung hat zu diesem Vorschlag keine Antwort unter www.bonn-packts-an.de veröffentlicht.	Der Rat bittet die Verwaltung zu überprüfen, ob Optimierungen möglich sind.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
87	B338	Verkehrskontrollen intensiver durchführen	in bad godesberg rund um den bahnhof wird wild geparkt. die 30er zonen mißachtet, einbahnstrassen in der falschen richtung befahren, straßeneinmündungen zugeparkt. hier sollte mehr kontrolliert werden , es wären erhebliche mehreinnahmen für das ordnungsamt.	359	89	18	Die Verkehrskontrollen (ruhender Verkehr) in Bad Godesberg – auch im Umfeld des Bahnhofes - erfolgen im Rahmen der personellen Möglichkeiten. Der Hinweis auf die Parksituation im Umfeld des Bad Godesberger Bahnhofes wird aufgenommen und entsprechende Kontrollen veranlasst. Eine Einnahmeprognose kann dazu allerdings noch nicht abgegeben werden. Für die Kontrolle des fließenden Verkehrs ist dort ausschließlich die Polizei zuständig.	Der Rat bittet die Verwaltung zu berichten wie oft und wo kontrolliert wird.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
88	B534	Werbebanner	Die Werbebanner für Veranstaltungen der Stadt Bonn die im Zentrum fast an jeder Laterne und Ecke angebracht sind, (z.B. Kennedybrücke oder Adenauerallee an JEDER Laterne) könnte man auch nur an jeder 3. oder 4. Laterne anbringen. Als Autofahrer haben wir eh in Bonn mit einem ausgeprägten Schilderwald zu kämpfen.	295	24	13	Wenn nur jeder 3. oder 4. Abspanner an der Kennedybrücke oder an der B9 angebracht würde, ergäbe dies keinen nennenswerten Einspareffekt in der Montage, die Banner sind vorhanden.	Der Rat bittet die Verwaltung darzulegen, ob wirklich keine Einsparungen möglich sind.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
89	B362	Klüngel	Ohne jemandem zu nahe treten zu wollen, äußere ich mich allgemein: 1. bessere Kontrollen der Vergabe von Aufträgen der Stadt. 2. Strikte Trennung von Befugnissen in Bezug auf Aufträge der Stadt und Abwicklung der Finanzierung 3. Mehr Einbeziehung der Bürger in Großprojekte, die zu oft in Bonn "in die Hose gehen"	298	24	27	Die allgemeine Äußerung ist ohne Konkretisierungen nicht bezifferbar.	Der Rat verweist auf die bestehende Vergabeordnung.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
90	B954	schriftliche Benachrichtigung bei Vormerkungen	Guten Tag, im Laufe einer Woche erhielt ich drei Briefe der Stadtbibliothek, in denen mir mitgeteilt wurde, dass die von mir vorgemerkten (oder bestellten) Medien zur Abholung bereit lägen. Meiner Meinung nach wäre es vollkommene ausreichend, diese Mitteilungen per Email zu senden. Zumal ich die Bestellungen selbst online getätigt hatte. So könnten Papier-, Druck- und Portokosten eingespart werden. Vielen Dank fürs Lesen! p.s.: Ich hoffe, dass dieser Vorschlag nicht schon einmal gemacht wurde.	280	10	11	Den E-mail-Service können Sie bereits nutzen: auf der Webseite der Stadtbibliothek unter Service/E-mail-Benachrichtigung eine ausführliche Information hinterlegt. Nennen Sie der Stadtbibliothek Ihre E-mail und Sie erhalten beispielsweise auch vor Ablauf einer Leihfrist eine Mitteilung. Das spart nicht nur Papier und Porto sondern Ihnen auch eine Versäumnisgebühr.	Der Rat bittet die Verwaltung auf vorhandene alternative Möglichkeiten zur Benachrichtigung besser hinzuweisen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
91	B618	Schulpatenschaften von Parks und Auen	Die Einbindung von Schulen in Gestaltung und Pflege von Rheinaue, öffentlichen Parks oder Spielplätzen könnte in Kooperation MIT den städt. Mitarbeitern zu einer starken Entlastung der Reinigungs- und Pflegekosten führen. Sowohl soziale Kompetenz als auch Verantwortung der Schüler gegenüber den öffentlichen Einrichtungen könnten durch die Übernahme von Patenschaften gefördert werden (Müll/Vandalismus). AUCH EINBINDUNG DER JUGEND IN EIN FREIWILLIGES FERIENPROGRAMM...	321	51	30	Die Verwaltung hat zu diesem Vorschlag keine Antwort unter www.bonn-packts-an.de veröffentlicht.	Der Rat unterstützt den Bürgervorschlag und bittet die Verwaltung bei den Schulen diesbezüglich anzufragen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
92	B745	Generalverträge der Stadt für Kopierer / Drucker prüfen	Im Rahmen einer Diskussion über "freiwilliges Kopiergeld" der Eltern an weiterführenden Schulen stellte sich heraus, dass die Kosten pro Kopie weit höher sind als z.B. Kopierkosten in privatwirtschaftlichen Unternehmen. Es hieß, die Drucker seien per Rahmenvertrag durch die Stadt zur Verfügung gestellt und an den hohen Kosten pro Kopie liesse sich nichts ändern. Man sollte überprüfen, ob hier nicht ein Einsparpotential ist."	277	8	15	Entsprechend dem Vergaberecht hat die Stadt Ende 2010 die Bereitstellung von Kopierern ab dem 01.02.2011 auch für die Schulen erneut ausgeschrieben. Der Preis je Kopie beträgt brutto 0,0094 € (bisher 0,0101 €), für Farbkopien 0,046 €. Ob in Unternehmen der privaten Wirtschaft günstigere Konditionen erzielbar sind, kann von der Schulverwaltung nicht ermittelt werden.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
93	B318	Verzicht auf Bepflanzung der Kennedybrücke	Enger Verkehrsraum sollte nicht noch weiter eingeschränkt werden. Zudem entstehen Folgekosten durch Beschneiden, (möglicherweise Gießen), Laub fegen etc.	348	78	12	Einsparungen in der Investition ergeben sich durch diesen Vorschlag nicht. Bei einem Entfall der Bäume auf der Brücke wären die Baumroste auszubauen und die Baumbeete zu schließen. Diese Zusatzkosten entsprechen den ersparten Kosten für die Baumpflanzungen. Es ist allerdings Folgendes zu bedenken: Mit der Verbreiterung der Kennedybrücke wurden in den Randbereichen Bäume gefällt für die eine Ersatzpflanzung in der Nähe der Brücke erfolgen sollte. Allerdings gibt es hierzu keine zwingende Auflage einer Genehmigungsbehörde, so dass es sich um eine freiwillige Maßnahme handelt. Der Pflegeaufwand je Baum und Jahr beträgt rd. 100 EUR, bei 5 Bäumen somit 500 EUR pro Jahr.	Der Bürgervorschlag ist durch einen Ratsbeschluss vom 26.5.2011 bereits erledigt.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
94	B562	Zu teuer für die Tonne: Infomaterial gezielt verteilen	Ich stelle fest, dass diverse Informationsmaterialien in gedruckter Form in großen Mengen ausliegen. Ich schlage vor genau zu prüfen, inwiefern solches Material ganz gezielter verteilt werden und die Aufmachung kostengünstiger gestaltet werden kann.	273	4	9	Die Auflage von Infomaterial (Broschüren, Flyern usw.) richtet sich nach dem geschätzten Bedarf. Dies wird mit den entsprechenden Fachämtern abgesprochen. Dies gilt entsprechend für die Auslegung und Verteilung von Infomaterial. Eine Einsparmöglichkeit soll hier recherchiert werden, es gilt jedoch ausreichende Erfahrungswerte zu gewinnen. Die Gestaltung der Werbematerialien erfolgt durch Grafiker des Presseamtes. Die Werbeprodukte einer Stadtverwaltung sollten einen gewissen Qualitätsstandard erfüllen. Z.B. Flyer, die wie am heimischen Drucker erstellt aussehen, erfüllen diesen Standard nicht.	Der Rat unterstützt den Bürgervorschlag und bittet die Verwaltung die Maßnahmen regelmäßig zu überprüfen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
95	B220	WCCB verkaufen	Das Millionengrab WCCB an einen privaten Investor verkaufen und so die Stadtkasse entlasten. Keine weiteren Abenteuer die die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt so enorm und unberechenbar gefährden.	350	73	42	Die Stadt Bonn hat sich gegenüber Bund und Land dazu verpflichtet, ein internationales Konferenzzentrum zu errichten. Auf dieser Vertragsgrundlage haben sich die Vereinten Nationen in Bonn angesiedelt. 18 von 25 UN-Einrichtungen in Deutschland befinden sich zurzeit in Bonn; darunter das Sekretariat der Klimarahmenkonventionen (UNFCCC), welches mit heute 400 Mitarbeitern das meiste Personal unter den UN-Organisationen in Deutschland beschäftigt. Das internationale Profil der Stadt Bonn wird darüber hinaus durch mehr als 150 Nicht-Regierungsorganisationen (nachfolgend "NGO") geprägt. Für die Sicherstellung des Alleinstellungsmerkmals der deutschen Stadt der UN und der Sicherung der mit der UN und den NGO's verbundenen Wirtschaftskraft ist es unverzichtbar, den laufenden nationalen und internationalen Kongressbetrieb des World Conference Centers Bonn fortzuführen und auszubauen. Nach allen bisher betrachteten Handlungsoptionen und auch im Hinblick auf die Erfahrungen aus der Vergangenheit ist die Stadtverwaltung zu dem Schluss gekommen, dass nur über den Erwerb des Eigentums am WCCB und durch den Weiterbau – zumindest des Kongressteils – unter städtischer Regie der Verpflichtung gegenüber Bund und Land, die erhebliche Fördermittel für das Projekt aufwenden, entsprochen werden kann.	Der Rat der Stadt Bonn hat in seiner Sitzung am 20. Oktober 2011 einstimmig dem Forderungskaufvertrag zwischen der Stadt und der Sparkasse Köln/Bonn (SKB) sowie dem „Heimfall“ der Kaufgrundstücke des World Conference Center Bonn auf die Stadt zugestimmt. Nach Zustimmung der Sparkasse Köln/Bonn zum Forderungskaufvertrag im Dezember 2011 und der Zustimmung der Gläubigerversammlung zur Heimfallvereinbarung im Februar 2012 kann der Weiterbau in städtischer Regie	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
96	B625	Kammerspiele besser nutzen	Statt die Kammerspiele zu schließen, sollte über eine bessere Nutzung der Kammerspiele während der spielfreien Tage nachgedacht werden. Ausstellungen, Lesungen, Lesecafe, Dichtercafe, Begegnungsstätte. Kultur gemeinsam erleben und prägen. Die Kammerspiele sind in Bad Godesberg ein ungenutztes Rohmaterial. Wenn die Kammerspiele schließen verödet Godesberg noch mehr. Die Umgestaltung könnte auch in Kooperation mit Sponsoren erfolgen. Bonn ist Kulturstadt, das ist ein Juwel, und sollte in allen Stadtteilen bedacht werden.	302	36	30	Es gibt keine Beschlüsse zur Schließung von Kultureinrichtungen, auch nicht zur Schließung der Kammerspiele in Bad Godesberg. Die Kammerspiele werden an über 300 Tagen im Jahr für Aufführungen und selbstverständlich auch für Proben genutzt. Unter Berücksichtigung der Theaterferien ist das Haus durchaus gut belegt. Dies bedeutet aber nicht, dass nicht auch andere Veranstaltungen dort stattfinden können und auch stattfinden, wie z. B. Mitte Januar 2011 die Lesung von Bruno Ganz, die in Kooperation des Literaturhauses Bonn e. V. mit dem Theater Bonn stattfand. Derartige Kooperationen sind aber nur möglich, wenn die Veranstaltung zum Haus passt und wenn sie nicht zu Mehrkosten für das Theater führt.	Die Kammerspiele sind Bestandteil der Erstellung des Kulturkonzepts. Änderungen am derzeitigen Status quo sind nur im Rahmen neuen Intendantenvertrags möglich.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
97	B223	Gewerbesteuer: Gastronomie oder Kulturverein?	...es werden immer mehr. Ladenlokale mit Milchglasscheiben und nicht selten auch mit Türstehern, die sich Kulturverein nennen. In diesen Räumlichkeiten wird konsumiert und illegales Glücksspiel betrieben und die Politik weiß es und macht die Augen zu. Nach intensiven Kontrollen, könnte man hier Gewerbesteuer erheben, oder diesem Treiben ein Ende bereiten, was natürlich ein ganz besonderes Fingerspitzengefühl erfordert.	297	27	47	Wir möchten Sie bitten, in Ihren Beiträgen auf Vermutungen und Unterstellungen zu verzichten, die andere Personengruppen angreifen und verletzen könnten (in diesem Fall: " In diesen Räumlichkeiten wird konsumiert und illegales Glücksspiel betrieben und die Politik weiß es und macht die Augen zu.") Bitte versuchen Sie, sachlich zu bleiben	Der Rat schließt sich den Ausführungen der Verwaltung an. Keine Wertung als Bürgervorschlag.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
98	B657	Hundesteuer deutlich erhöhen	Die Hundesteuer sollte deutlich auf mindestens 240 €,= pro Hund/Jahr angehoben werden, um Ihrer Funktion als Prohibitiv- oder Eindämmungssteuer auch gerecht zu werden. Dies brächte zudem einen schönen Einnahmeeffekt von etlichen 100 T€,= im Jahr für die Stadt.	399	127	13	Die Verwaltung hat zu diesem Vorschlag keine Antwort unter www.bonn-packts-an.de veröffentlicht.	Der Rat verweist auf die bereits im letzten Haushalt durchgeführte Erhöhung.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
99	B590	Lichter- und Heizkontrolle im Stadthaus	Immer wieder kommt es vor, das über das Wochenende oder Feiertage in einzelnen Räumen sowie ganzen Etagen im Stadthaus Lichter brennen. Hier wäre, zusammen mit einem effizient kontrolliertem Heizsystem (Abstellen über das Wochenende etc), eine Einsparung zwischen 500-5000 €,= im Jahr möglich.	266	2	3	Auf den einzelnen Etagen im Stadthaus gibt es eine Reinigungsbeleuchtung, d.h. die Beleuchtung wird gegen 19:30 abgeschaltet. In Einzelfällen arbeiten Mitarbeiter/-Innen auch außerhalb der normalen Arbeitszeiten (bspw. an Wochenenden und Feiertags), so dass es hier durchweg passieren kann, dass auf einzelnen Etagen Licht brennt.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
100	B1694	Energie- und Wasserkosten in Schulen	In fast allen Schulen sind Fenster defekt, laufen Toilettenspülungen non-stop, stehen Fenster und Eingangstüren nach Ende der letzten Unterrichtsstunde sperrangelweit offen, weil sich weder Schüler noch Lehrer oder Hausmeister darum kümmern. Hier wird am flschen Ende gespart!	278	14	6	Grundsätzlich werden dem SGB genannte Mängel kurzfristig beseitigt. Allerdings kann es durchaus vorkommen, dass eine defekte Toilettenspülung nicht innerhalb von einem Tag bemerkt wird. Die Hausmeister und das Reinigungspersonal des SGB sowie das jeweils vor Ort tätige fremd beauftragte Reinigungspersonal sind dazu gehalten, Fenster und Türen an den städtischen Gebäuden nach Nutzungsende geschlossen zu halten. Auch die ortsansässigen Vereine mit Schlüsselgewalt werden auf diese Verpflichtung hingewiesen. Damit ist nicht auszuschließen, dass es vereinzelt vorkommen kann, dass dies vergessen wird. Besonders sei darauf hingewiesen, dass es im Rahmen von Schadstoffmessungen dazu kommen kann, dass Fenster und Türen für kurze Zeiträume geöffnet sind. Ein Einsparpotential kann hier nicht konkret ausgemacht werden.	Der Rat verweist zu diesem Thema auf die Maßnahmen der laufenden Schulsanierungen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um- setzung
101	B298	Optimierung der ge-nutzten Infrastruktur	Bei der Nutzung vorhandener Lie-genschaften sollte es möglich sein durch eine optimierte Auslastung der Liegenschaften unter Beach-tung funktionaler und wirtschaftli-cher Gesichtspunkten nicht mehr benötigte Liegenschaften zu identi-fizieren und einer Verwertung zuzu-führen. Bei den verbleibenden Lie-genschaften erreicht man eine wirt-schaftlichere Auslastung was insge-samt zu einer Senkung der Be-triebskosten und geringeren Bauun-terhaltungskosten führt. Durch die-ses Prinzip war es bei meinem Ar-beitgeber möglich sehr hohe Inves-titionskosten zu identifizieren die nicht benötigt wurden. Es wurden ebenfalls Liegenschaften oder Teile von Liegenschaften ermittelt die aus der Nutzung genommen und ver-äußert wurden, was insgesamt zur Senkung der Betriebskosten führte. Im Fall der Stadt Bonn sollte, nach meinen Erfahrungen, ein Zeitraum von ca. 9 Monate ausreichen um ein Ergebnis zu erzielen was mittel- und langfristig zu erheblichen Ein-sparungen führen sollte.	262	3	26	Die vorhandenen städtische Liegenschaften werden derzeit genutzt bzw. für eine künftige Nutzung vorbereitet. Demzufolge können keine leerstehenden Gebäude ei-ner anderen Verwendung zugeführt werden. Eine generelle Überprüfung der Opti-mierung von Infrastruktur innerhalb der Stadtverwaltung wird im Rahmen der Ent-scheidung über Sanierung / Neubau des Stadthauses fallen, die der Rat der Stadt Bonn zu treffen hat.	Der Rat befürwortet den Bürgervorschlag und bittet die Verwaltung um ent-sprechende Überprüfung.	Der Vorschlag wird weiter ge-prüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
102	B479	Pyongyang in Bonn abschaffen!	Die Fahnenarena auf beiden Seiten der Autobahnzufahrt zur 562 in Dot-tendorf zwischen der U-Bahnhalte-stelle Dt.Telekom/Olaf-Palme-Allee und der Nahum-Goldmann-Allee ist eine Absurdität, die an die "Öffent-lichkeitsarbeit" des diktatorischen Regimes in Nordkorea erinnert. Kein Mensch hat etwas von ihr, da sich kein Mensch bei oder in ihr aufhält. Die Bahnhaltestelle ist für einen eventuellen "Arenagenuß"viel zu weit weg. Die Autofahrer auf der Autobahnzufahrt brausen mit hoher Geschwindigkeit durch sie hindurch, haben also keine Zeit, die Fahnen und die Bepflanzung der Arena zu bewundern. Die Bepflanzung und die immer wieder für aktuelle Anläs-se ausgetauschten Fahnen dürften recht kostspielig sein. Also weg damit!"	308	53	19	Siehe hierzu Bürgervorschlag auf Rang 66 zum gleichen Thema.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 66.	Der Vorschlag wird nicht umge-setzt.
103	B458	Rheintouristen als Besucher für Thea-ter und Konzert	Die Verwaltung sollte mit den Ver-anstaltern von Kreuzfahrten auf dem Rhein Kontakt auf nehmen. Zahlreiche Cruising - Schiffe mit auslän-dischen Touristen übernachten jährlich in Bonn und Königswinter. Ihnen sollte Gelegenheit gege-ben werden, bereits an Bord unter Beratung durch die Reiseleitung Theater- oder Konzertkarten zu er-werben.	264	8	24	Die seit dem 01.08.2008 geltende Entgeltordnung für das Theater Bonn sieht u. a. vor, dass Reiseveranstalter, die in ihrem Prospekt einen Aufenthalt in Bonn mit ei-nem Besuch des Theaters verbinden, für ihre Kunden eine Ermäßigung von 15 % auf den Tageskartenpreis erhalten. Zudem besteht die Möglichkeit, Besuchergrup-pen bei einer Abnahme von mindestens 7 Eintrittskarten eine Ermäßigung von 20 % zu gewähren. Wir werden die Tourismus & Congress GmbH (T&C) bitten, den Vor-schlag aufzugreifen und bei den Veranstaltern für einen Aufenthalt in Bonn mit Thea-ter- und Konzertbesuchen zu werben.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
104	B634	Sparen durch Um-rüstung der Ampeln auf LED	Wenn alle Ampelanlagen mit LED-Arrays statt mit Glühbirnen bestückt werden, wird 90% des Stroms eingespart. Zudem verlängern sich die Reparaturintervalle deutlich. Im Ar-ray könnte leicht die verbleibende Rot-Zeit angezeigt werden, sodass der Autofahrer entscheiden kann, ob sich ein Ausschalten des Motors noch lohnt (Ab ca. 30 sek.). Dies würde neben Einsparungen an Sprit auch noch die prekäre Feinstabsituation entschärfen.	267	14	12	Vielen Dank für Ihren Vorschlag. Seit Jahren werden neue Signalanlagen mit ener-gieeffizienter Niedervolttechnik ausgerüstet. Seit rund vier Jahren ist die LED-Technik etabliert, die einen noch geringeren Energiebedarf mit sich bringt. Gegenüber den früher eingesetzten Anlagen in 230V-Technik reduziert sich der Bedarf um bis zu 75%. Das Tiefbauamt hat ein Austauschprogramm initiiert, das die Umrüstung der noch vorhandenen 97 alten Signalanlagen auf modernste LED-Technik beinhal-tet. Mit der Umrüstung wurde in 2010 begonnen. Der jährliche Energiebedarf wird so um ca. 825.000 kWh reduziert, was zu einer Senkung des Gesamtbedarfs von der-zeit 2.350 Mio. kWh auf dann 1.525 Mio. kWh pro Jahr führt. Insofern wird das vor-handene Einsparpotenzial bereits genutzt. Wegen der verkehrsabhängigen und prio-rierten Schaltung der Ampeln ist die Anzeige der Dauer für die Rotphase nicht machbar. Denn während der Rotphase ist nicht bekannt, wann diese durch Grünan-forderung eines anderen Fahrzeugs oder eines Fußgängers beendet wird. Nur in starren, unveränderlichen Signalprogrammen wäre eine solche Anzeige möglich. Der Einsatz starrer Programme würde jedoch die Leistungsfähigkeit der betroffenen Kreuzung deutlich vermindern.	Da der Bürgervorschlag bereits durch die Verwal-tung umgesetzt wird, ist keine Beschlussfassung erforderlich.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
105	B622	Ungenutzte Grundstücke verpachten	Was ist z.B. mit dem Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei? Gehört das der Stadt? Jedenfalls verfallen da die Gewächshäuser und alles wird von Unkraut überwuchert. Direkt daran schließt sich eine Schrebergartensiedlung an. Warum macht man aus dem Gelände also nicht auch Schrebergärten, die man verpachtet? Sicher gibt es noch mehr ungenutzte Grundstücke, an die keiner mehr denkt.	265	8	6	Nach Aufgabe der Stadtgärtnerei wurden für das Gelände verschiedene Nutzungsoptionen geprüft. Zuletzt stand die Nutzung eines Teils der Fläche durch einen gemeinnützigen Gartenbaubetrieb kurz vor dem Abschluss. Aktuell ist dessen Interesse wieder fraglich geworden. Die Verwaltung arbeitet weiterhin daran, für das Gelände eine stadtplanerisch vertretbare, wirtschaftlich vermarktbar und politisch akzeptierte Nachnutzung zu finden.	Der Rat befürwortet den Bürgervorschlag und bittet die Verwaltung um entsprechende Überprüfung.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
106	B448	Unnötige und Sinnlose Erstellung von Kunstwerken	Bonner Verteilerkreis wurde ein ca.30-40 Meter hoher runder Stahlpfosten gesetzt. In Köln meines Wissens auch. Die hohen Material- und Arbeitskosten die hier ohne Sinn verschleudert wurden hätte man für Bordsteinabsenkungen verwenden können!! Für mich sind sowas sinnlose Ausgaben	305	49	18	Die Regionale 2010 ist ein Strukturförderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen (www.regionale2010.de). Eines der Projekte – und das erste im Rahmen der Regionale 2010 überhaupt fertig gestellte – ist die Doppelskulptur des Künstlers Lutz Fritsch mit den beiden roten Stelen auf den Verteilerkreisen in Bonn und Köln. Die diese beiden Städte verbindende Autobahn A555 ist die älteste Autobahn Deutschlands und wurde am 6. August 1932 durch den damaligen Oberbürgermeister der Stadt Köln, Konrad Adenauer, eröffnet. Sie ist zugleich die einzige Autobahn in Deutschland, die jeweils einen definierten Anfangs- und Endpunkt in einem Verteilerkreis hat. Daher lag es für den Künstler nahe, ein Verbindungssymbol für die beiden rheinischen Großstädte zu entwerfen. Die Standortmitte hat die Stadt Bonn kein Geld gekostet. Sie wurde finanziert durch Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen und der Sparkasse KölnBonn, der Eigenanteil der Stadt Bonn wurde durch die Überlassung von Grund und Boden sowie der Pflege der Grünfläche aufgebracht. Eine Alternative Verwendung von Geld für andere Zwecke (z.B. Bordsteinabsenkungen) wäre für die Stadt Bonn nicht möglich gewesen.	Einspareffekte lassen sich nicht realisieren, da die Stele schon steht. Eine Beschlussfassung ist daher nicht erforderlich.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
107	B677	Benachrichtigung über ablaufende Reisepässe abschaffen	Ich habe gestern einen Brief von der Stadt Bonn - Amt33 bekommen, in dem mir mitgeteilt wird, dass mein Reisepass demnächst abläuft. Dieser Brief ist überflüssig, denn auf dem Reisepass und anderen Ausweisdokumenten steht das Ablaufdatum drauf. Mein Vorschlag: Automatisierte Bürgerbenachrichtigungen, die per Post versandt werden auf ihren Nutzen hin überprüfen.	280	26	12	Dieser Brief wird aus "Bürgerehrlichkeit" noch gefertigt und wird vielfach von den Bürgerinnen und Bürgern gelobt. Bei einer Einstellung dieses Service könnten Kosten in Höhe von ca.9.000 € pro Jahr eingespart werden.	Der Rat befürwortet den Bürgervorschlag und beschließt die Einsparung der Maßnahme.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürger-vorschlags im Ori-ginalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwort-laut	Pro	Contra	Neutral	Antwort der Verwaltung	Ratsentscheidung	Status der Um-setzung
108	B333	kostenlose Park-plätze am Rheinufer Innenstadt aufhe-ben!	"Am Rathenauufer" und in der "zweiten Fährgasse" in der Bonner Innenstadt ist so gut wie immer al-lles zugeparkt. Unverständlich ist je-doch: warum sind diese Parkplätze mitten in der Stadt kostenlos?? So-weit ich weiß ist nicht mal eine Parkscheibe nötig. Teilweise sieht man dort Autos eine ganze Woche stehen ohne das diese bewegt wer-den. Oft sind es Fahrzeuge aus an-deren Kreisen oder Städten die die-se gratis Parkmöglichkeit mitten in der Stadt nutzen und dort Tagelang stehen. Hier könnte man entweder ein Parkverbot einführen, so dass andere bereits kostenpflichtige Parkplätze für Einnahmen sorgen. oder man investiert in Parkautoma-ten die dann Einnahmen generie-ren. Nachteil bei dieser Option: Mit der Initiative "Bonn - Stadt zum Rhein" soll bis zum Jahre 2014 durch eine Verkehrsberuhigung die Fußgängerzone erweitert werden und diese Investition würde sich bis dahin nicht rechnen."	344	96	17	Vielen Dank für Ihre Anregung. Park-/Haltverbote müssen gesetzlich begründbar sein; der genannte Grund ist allerdings nicht zulässig. Bislang wurde von einer Be-wirtschaftung der Parkplätze abgesehen, da die Planungen eine Verkehrsberuhi-gung vorsehen und wie richtig festgestellt würde sich dann eine Investition in Park-automaten nicht rechnet.	Eine Beschlussfassung zu dieser Thematik ist wegen der anstehenden Ver-kehrsberuhigung nicht er-forderlich.	Der Vorschlag wird bereits um-gesetzt.

Anhang 2

Ratsentscheidungen
der Diskussions-
vorschläge nach
Rang sortiert

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
1	D24	Diskussionsvorschlag: Erhöhung der Vergnügungssteuer für Spielgeräte	Die Vergnügungssteuer für Geldspielgeräte wird von 14 Prozent auf 15 Prozent des Einspielergebnisses angehoben. Durch diese Erhöhung ab 2013 kann eine Mehreinnahme von rund 150.000 Euro jährlich erzielt werden. Zu Bedenken bleibt jedoch, dass die Automatensteuer zuletzt zum 01.01.2011 von 12 Prozent auf 14 Prozent des Einspielergebnisses angehoben wurde.	1623	44	20	Alle Möglichkeiten zur Erzielung von Einnahmen werden ausgeschöpft.	Der Vorschlag wird umgesetzt.
2	D43	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Fahrerpool"	Es stehen derzeit in der Fahrbereitschaft des Stadthauses vier Fahrer sowie in den Bezirksverwaltungsstellen Bad Godesberg und Hardtberg je ein Fahrer, jeweils mit Fahrzeug, zur Verfügung. Zum Aufgabengebiet der Fahrer gehören Fahrten von: Oberbürgermeister, Bürgermeister/-innen, Bezirksbürgermeister/-innen, Dezernenten/-innen. Bei den Bürgermeister/-innen und Bezirksbürgermeister/-innen handelt es sich um ehrenamtlich tätige Stadtverordnete, welche zahlreiche Repräsentationstermine wahrnehmen. Das bedeutet: Der oben genannte Personenkreis muss für die anstehenden Fahrten auf Taxen oder wenn möglich auf den Öffentlichen Personennahverkehr zurückgreifen oder mit dem eigenen Fahrzeug fahren. Die hierdurch entstehenden Kosten können nicht prognostiziert werden, reduzieren aber die Einsparung.	1363	106	125	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt. Die Anzahl der Fahrer und Fahrzeuge wird reduziert. Bei der nächsten Ausschreibung der Leasingverträge werden die Fahrzeuge von der gehobenen Mittelklasse abgestuft. Die Fahrzeuge stehen nur noch den Bürgermeister/-innen und Dezernenten/-innen zur Verfügung. Für alle sonstigen Fahrten zu repräsentativen Terminen soll grundsätzlich das Taxi	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.
3	D55	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung freiwillige Leistung "Zierbeleuchtung"	Im Stadtgebiet sind zahlreiche Leuchten allein aus architektonischen oder stadtgestalterischen Gründen installiert. Unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit sind diese Leuchten entbehrlich. Die hierzu erforderliche Ausleuchtung wird durch die Verkehrsbeleuchtung gewährleistet. Bei Verzicht auf entsprechende Beleuchtungen sind Einsparungen zu erzielen. Den unten beschriebenen Einsparungen steht der Verlust an Gestaltqualität insbesondere im spätabendlichen Stadtbild, in dem Licht das wichtigste Element darstellt, gegenüber. Als Beispiele seien folgende Straßen genannt: In der Adenauerallee/ Willy-Brandt-Allee sind 354 sogenannte Zierkugeln in Betrieb. Sie wurden 1971 anlässlich der Neugestaltung nach dem Bau der U-Bahn aus stadtgestalterischen Gründen installiert. Unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit sind diese Leuchten jedoch entbehrlich. Die hierzu erforderliche Ausleuchtung wird durch die Verkehrsbeleuchtung gewährleistet. Insbesondere bei der Adenauerallee ist jedoch der Verlust an Gestaltqualität bei Abschaltung der Zierbeleuchtung zu beachten. Jede Zierkugel zählt als Lichtpunkt, der nach dem Beleuchtungsvertrag mit den Stadtwerken Bonn mit einer Leuchtenpauschale von derzeit 153,19 Euro jährlich zu Buche schlägt. Folgende Szenarien mit sehr unterschiedlichen Einspareffekten sind grundsätzlich denkbar: 1) Selektive Abschaltung beziehungsweise Einschaltung nur zu besonderen Anlässen. Derzeit wird die Zierbeleuchtung der Adenauerallee wie eine Anstrahlbeleuchtung behandelt, also mit Einbruch der Dunkelheit ein- und gegen 23 Uhr wieder ausgeschaltet. Eine selektive Abschaltung ist damit derzeit nicht möglich. Um eine Einschaltung nur zu besonderen Anlässen zu ermöglichen, wären elektrotechnische Eingriffe erforderlich.	1192	176	88	Es wurde keine Einsparung beschlossen.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
3	D55		Für die Nachrüstung ist von Kosten in Höhe von ca. 15.000 Euro auszugehen. Der Einspar-effekt bei selektiver Abschaltung und nur gelegentlicher Einschaltung ist gering. Die durch die Abschaltung eingesparten Energiekosten betragen je Lichtpunkt 7 Euro p.a., in Summe für die Gesamtanlage also maximal - d.h. bei Verzicht auf jegliche Einschaltung - rund 2.480 Euro p.a. Es wäre somit mit einer sehr langen Amortisationszeit der o.g. Kosten der elektrotechnischen Nachrüstung zu rechnen, die den Einspareffekt eher symbolisch er-scheinen lassen. 2) Außerbetriebnahme ohne Abbau Eine dauerhafte Außerbetriebnahme der Beleuchtung ohne Abbau der Lampen erfordert einen einmaligen Eingriff geringen Um-fangs. Die Kosten hierfür sind vernachlässigbar. Bei der Herausnahme aus dem Beleuch-tungsvertrag mit den Stadtwerken Bonn beträgt die Einsparung rund 54.000 Euro pro Jahr, jedoch obliegt die Unterhaltung dann der Stadt. Die Kosten hierfür (z.B. Beseitigung von Vandalismus-Schäden) sind nicht abschätzbar. 3) Außerbetriebnahme mit Abbau Der voll-ständige Abbau der Beleuchtung einschließlich der Masten führt zu einmaligen Kosten von geschätzt rund 90.000 Euro und reduziert die jährlichen Kosten um ca. 54.000 Euro. In der Pariser Straße sind 52 sogenannte Zierkugeln in Betrieb, die aus stadtgestalterischen Gründen installiert wurden. Jede Kugel zählt als Lichtpunkt, der mit einer Leuchtenpau-schale von derzeit 153,19 Euro jährlich zu Buche schlägt. Bei Demontage könnten somit jährlich 7.965,88 Euro eingespart werden, wobei die Kosten für die Demontage der Leuch-ten im ersten Jahr zu berücksichtigen sind. In der Straße "An der Josefs Höhe" sind 44 so genannte Zierkugeln in Betrieb, die aus stadtgestalterischen Gründen installiert wurden. Jede Kugel zählt als Lichtpunkt, der mit einer Leuchtenpauschale von derzeit 153,19 Euro jährlich zu Buche schlägt. Bei Demontage könnten somit jährlich 6.740,36 Euro eingespart werden, wobei die Kosten für die Demontage der Leuchten im ersten Jahr zu berücksichti-gen sind. Über diese Straßen hinaus sind noch weitere 635 Leuchten im Stadtgebiet in Be-trieb, die ein Einsparpotential von jährlich ca. 97.000 Euro bergen. Der Abbau aller Leuch-ten führt allerdings zu einmaligen Kosten von geschätzt 160.000 Euro, die im ersten Jahr der Abschaltung zu berücksichtigen sind.					
4	D28	Diskussionsvorschlag: Erhöhung der Hundesteuer ab 2013	Durch die Erhöhung der Hundesteuer ab 2013 könnte eine Mehreinnahme von rund 108.000 Euro erzielt werden. Zu Bedenken bleibt jedoch, dass die Hundesteuer zuletzt zum 01.01.2011 angehoben wurde und Bonn bei den Hundesteuersätzen in Nordrhein-Westfalen im oberen Drittel liegt. Die Hundesteuer würde bei Haltung eines Hundes von 150 Euro auf 162 Euro ansteigen. Bei Haltung von zwei beziehungsweise drei und mehr Hunden käme es zu einer Anhebung je Hund von 192 Euro auf 210 Euro beziehungsweise von 240 Euro auf 264 Euro.	1278	326	74	Die Hundesteuer wurde zum 1.1.2011 bereits erhöht.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
5	D84	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung "3D-Stadtmodell"	Das 3D-Stadtmodell ist ein IT-gestütztes Modell für Zwecke der Stadtplanung und wird als freiwillige Leistung von der Bundesstadt Bonn fortgeschrieben. Die Unterstützung der Wei-terentwicklung ist mit 50 Prozent der Arbeitsplatzkosten einer Stelle beziffert. Inklusive Bü-roarbeitsplatzkosten sind mit der Fortschreibung Kosten in Höhe von rund 53.000 Euro verbunden. Das bedeutet: Keine Unterstützung der Stadtplanung durch dieses technische Medium.	1056	149	96	Der Vorschlag wird durch Verlagerung der Arbeitsplatzkosten umgesetzt.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
6	D47	Diskussionsvorschlag: Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung auf Autobahnen	Die Einrichtung stationärer Geschwindigkeitsmessanlagen auf Autobahnen im Stadtgebiet kann aus Gründen des Lärm- und Umweltschutzes erfolgen. Die Geschwindigkeitsüberwachung ist eine Maßnahme, lärmbedingte Belastungen sowie den Schadstoffausstoß zu verringern. Eine solche Maßnahme ist rechtlich nur unter engen Voraussetzungen und nur mit Zustimmung der Bezirksregierung Köln zulässig. Sie darf nicht dem Zweck dienen kommunale Kassen aufzubessern. Dennoch ist neben dem gewünschten Beitrag zum Lärm- und Umweltschutz mit Einnahmen zu rechnen, über die sich die Investitionskosten der Anlagen amortisieren. Mittel- bis langfristig wird die Maßnahme auch zur Konsolidierung des Haushaltes beitragen. Der Zeitplan könnte so ausgestaltet werden: 2010 bis 2011: Prüfung und Abstimmung zusammen mit der Bezirksregierung Köln und dem Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, ob und an welchen Standorten die Maßnahme realisierbar ist 2011: Öffentliche Ausschreibung und Vergabe für die Einrichtung der Messanlagen 2011/Mitte 2012: Einrichtung der Messanlagen und Inbetriebnahme Personal und Auswertetechnik ist im Bereich Verkehrsordnungswidrigkeiten vorhanden. Nachtrag: Die Verhandlungen mit der Bezirksregierung haben ergeben, dass die Umsetzung des Projekts von dort abgelehnt worden ist.	1187	321	82	Der Vorschlag wird umgesetzt.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
7	V2	Verwaltungsvorschlag: Einsparung durch Verschiebung von Straßenbaumaßnahmen	Die folgenden Straßenbaumaßnahmen werden als Konsolidierungsbeitrag zum Haushalt 2011/2012 in Folgejahre verschoben: 1. Verkehrsinformationssystem (Entlastung 2011: 460.000 Euro, neuer Realisierungsbeginn: ab 2012) Für den Bereich Gronau soll ein Verkehrsinformationssystem aufgebaut werden. Es handelt sich um ein - Informationssystem zur Steuerung von Hinweistafeln sowie um ein - Steuerungssystem für Kreuzungsanlagen. Grundsätzlich ist die optimale Nutzung des ÖPNV als Planungsgrundlage für externe und interne Nutzer vorgegeben. 2. Ausbau Parkplatz Rigal'sche Wiese (Entlastung 2011: 660.000,00, neues Realisierungsjahr 2014)	1192	322	114	Die Realisierung der beiden Maßnahmen wird in das Jahr 2013 verschoben.	Der Vorschlag wird umgesetzt.
8	D20	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Anzeigenschaltungen"	Die Schaltung von sogenannten "Amtlichen Bekanntmachungen" und "Öffentlichen Ausschreibungen" der Bundesstadt Bonn in den Tageszeitungen sind Pflichtaufgaben. Darüber hinausgehende Veröffentlichungen von Anzeigen wie: Stellenanzeigen, Nachrufe Immobilienanzeigen und ähnliche sind freiwillig. Die Kosten dieser Veröffentlichungen betragen rund 191.000 Euro pro Jahr. Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr durchgeführt werden.	948	108	113	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart. Der Aufgabenbereich der Stabsstelle Veranstaltungskoordination wird in das Amt 33 (Bürgerdienste) integriert.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
9	D26	Diskussionsvorschlag: Erhöhung der Zweitwohnungssteuer um einen Prozentpunkt auf 13 von Hundert ab 2013	Ziel der Erhebung einer Zweitwohnungssteuer ist die Beteiligung von Zweitwohnsitzinhabern in Bonn an den Kosten der Bundesstadt Bonn für die angebotene Infrastruktur. Denn die Stadt stellt ihre Leistungen auch für diesen Personenkreis zur Verfügung, ohne allerdings dafür entsprechende Anteile aus den Schlüsselzuweisungen, der Investitions- und Sportpauschale des Landes sowie Anteile an der Einkommensteuer zu erhalten. Hierbei findet nur die Anzahl der mit Erstwohnsitz gemeldeten Bürgerinnen und Bürger Berücksichtigung. Zweitwohnungen werden in Bonn seit ihrer Einführung im Jahre 2011 mit 12 Prozent der Jahreskaltmiete besteuert. Möglich ist eine einmalige Erhöhung um einen Prozentpunkt auf 13 von Hundert ab 2013. Die Belastung der Zweitwohnungssteuer für eine Jahreskaltmiete von 2.500 Euro würde von 300 Euro um 25 Euro auf 325 Euro steigen.	1030	237	69	Alle Möglichkeiten zur Erzielung von Einnahmen werden ausgeschöpft.	Der Vorschlag wird umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
10	D3	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bezirksverwaltungsstellen"	In den Stadtbezirken Bonn, Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg erbringt die Stadt Bonn durch die Bezirksverwaltungsstellen freiwillige Leistungsangebote wie Heimat- und Brauchtumpflege inkl. Karneval und Museen, Repräsentation der Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister, Maßnahmen der Städtepartnerschaften, Organisation der Stadtteil-feste (z.B. Beueler Promenadenfest, Sommerfest Bad Godesberg, Derletalfest und Oxfordwoche), Zuschussverteilung an Vereine (der Heimat- und Brauchtumpflege, Kirchenchöre, St. Martinszüge, Freiwillige Feuerwehr, Schützen etc.), welche für alle vier Stadtbe-zirke mit insgesamt 1,6 Millionen Euro pro Jahr inklusive Personalkosten beziffert sind. Die darin enthaltenen Haushaltsansätze für Sachmittel und Zuschüsse sind in den letzten Jah-ren reduziert worden und betragen für das Jahr 2011 165.640 Euro für den Stadtbezirk Bonn, 90.520 Euro für Bad Godesberg, 98.500 Euro für Beuel und 55.675 Euro für Hardt-berg. Einnahmen sind außer in Beuel mit 10.000 Euro nur in geringem Umfang von 900 Euro in Bonn, 500 Euro Bad Godesberg und 300 Euro Hardtberg veranschlagt. Das bedeu-tet: Bei einem Wegfall der Haushaltsmittel können die Bezirksverwaltungsstellen nicht auf-recht erhalten werden beziehungsweise bei einer Kürzung nur noch in beschränktem Maße.	961	256	113	Die Bürgerämter in den Stadtbezirken bleiben vorerst erhalten. Die Bezirksverwaltungsstellen werden einer Organisationsprüfung mit dem Ziel einer Optimierung unterzogen. Dabei wird darauf Wert gelegt, dass es zu keiner wesentlichen Einschränkung der Aufgaben kommt.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
11	D25	Diskussionsvorschlag: Dividendenzahlung der Vereinigten Bonner Wohnungsbau Aktiengesellschaft (Vebowag)	Die Bundesstadt Bonn ist mit rund 92 Prozent Hauptaktionär der Vereinigten Bonner Woh-nungsbau Aktiengesellschaft (Vebowag). Der maximale Bilanzgewinn richtet sich nach den ausgewiesenen Jahresüberschüssen der einzelnen Geschäftsjahre. Auf Basis der mittel-fristigen Wirtschaftsplanung der Vebowag ergeben Dividendenzahlungen an die Stadt Bonn zwischen 620.000 EUR und 830.000 EUR, die zukünftig an die Stadt Bonn abzuführen sind. Im Ergebnis hat die Vebowag dadurch weniger Eigenkapital für eigene Maßnah-men (Neubaumaßnahmen, auch öffentlichen Wohnungsbau, Instandhaltungen). Anderer-seits erhält die Stadt als Hauptaktionär eine Verzinsung ihres eingesetzten Kapitals.	883	186	124	Der Vorschlag wird für den Haushalt 2011/2012 nicht umgesetzt	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
12	D91	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung "Neugestaltung Dorfplatz Graurheindorf"	Das Amt für Stadtgrün beabsichtigt, den Dorfplatz Graurheindorf 2012 durch eine neu zu gestaltende Grünanlage aufzuwerten. Diese Maßnahme wird mit einer einmaligen Investiti-on in Höhe von 135.000 Euro beziffert. Das bedeutet: Sollte die Investitionsmaßnahme nicht durchgeführt werden, verbleibt der Dorfplatz in seinem jetzigen Zustand.	820	118	139	Die investive Maßnahme wird in 2012 um 35.000 Euro reduziert	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
13	D18	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Öffentlichkeitsarbeit und Stadtmarketing"	Die städtische Öffentlichkeitsarbeit und das Stadtmarketing umfassen: Planung und Orga-nisation von Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit Konzeption und Gestaltung von Drucker-zeugnissen, Beratung und flankierende Begleitung von Maßnahmen zur Einhaltung des Corporate Design, Durchführung bzw. Begleitung von stadtmakingrelevanten Großver-anstaltungen wie beispielsweise "Rhein in Flammen", "Kinderspielefest" oder "Tag der Deutschen Einheit/Nordrhein-Westfalen-Tag 2011"), Koordination und Betreuung der Stadtwerbekontingente und der Stadtschmuckanlagen. Das bedeutet: Eine Reduzierung der Finanzmittel bedeutet: keine Vermarktung des "Unternehmens Bonn" mehr unter einem ganzheitlichen Ansatz des Stadtmarketings, Aufweichung des Corporate Design, falls Öf-fentlichkeitsarbeit dezentral gemacht wird keine städtischen Veranstaltungen wie "Rhein in Flammen" oder "Familienspielefest"	940	258	155	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
14	D22	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Repräsentation"	Zu den Aufgaben der Repräsentation gehört die Vorbereitung aller protokollarischen Termine. Zielgruppe sind die Bürgerinnen und Bürger Bonns aus allen Bereichen: Kinder, Jugend, Frauen, Vereine, Sport, Kultur, Ehrenamt, Brauchtum, Gäste der Stadt et cetera). Die Termine ergeben sich aus dem Jahreskalender (Volkstrauertag, Fest der Stadtpatrone, Einweihungen zum Beispiel von Kindergärten und Schulen, Jubiläen, Sportlerehrung, Bonn Marathon, jüdische Begegnungswoche, Ehrung von Freiwilligen, Preisverleihungen, Weltfrauentag, Tage der offenen Tür), der Pflege des Brauchtums (zum Beispiel Sankt Martin, Karneval), der Pflege der Kultur (Beethovenfest, Ausstellungseröffnungen), der Sicherung wichtiger Standortfaktoren (gemeinsame Veranstaltungen mit Bundesministerien, Verbänden, Protokollveranstaltungen zum Tag der Deutschen Einheit, Eintragungen ins Goldene Buch und vieles mehr). Neben der organisatorischen Vorbereitung der Termine (rund 350 pro Jahr) wird auch die inhaltliche Vorbereitung im Bereich Repräsentation geleistet - dies im Unterschied zu anderen Städten, die dafür zusätzlich eine separate Organisationseinheit zur Verfügung haben, die zusätzliche Kosten verursacht. Der finanzielle Rahmen beträgt zur Zeit rund 34.000 Euro und liegt damit im Vergleich zu anderen Städten sehr niedrig. Es wird seit Jahren äußerst sparsam gewirtschaftet. Aufwand und Ertrag im Bereich Repräsentation stellen sich in Bonn aus den oben genannten Gründen besonders positiv dar. Das bedeutet: Repräsentation stärkt die notwendige positive Außenwirkung für eine Stadt und ist somit gutes (und äußerst preiswertes) Marketing. Sie dient ganz wesentlich der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt. Ohne Repräsentation bekommen die Bürgerinnen und Bürger kaum Kontakt zu ihrer Stadt. Auch könnten Veranstaltungen von Vereinen und Initiativen nicht mehr durch die Teilnahme des Oberbürgermeisters oder der Bürgermeisterin und der Bürgermeister repräsentativ begleitet werden. Durch eine weitere Reduzierung der personellen oder finanziellen Ressourcen fallen die oben genannten Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger weg oder müssen erheblich reduziert werden. Insbesondere für eine Stadt, die einen Strukturwandel erfolgreich hinter sich gebracht hat, hätte dies besonders einschneidende Folgen.	897	258	137	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
15	D99	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bauberatung"	Die Bauberatung ist eine Dienst-/Serviceleistung des Bauordnungsamtes, die sich an Bauherren und Architekten richtet. Zweck der Bauberatung ist, möglichst schon im Vorfeld einer Antragstellung Bauherren und Architekten so zu beraten, dass diese in die Lage versetzt werden, einen vollständigen und genehmigungsfähigen Bauantrag einzureichen. Problemfelder wie Verstöße gegen planungs- oder bauordnungsrechtliche Vorschriften, die Notwendigkeit von Befreiungen, Abweichungen oder der Zustimmung durch Nachbarn können so schon frühzeitig erörtert oder ausgeräumt werden. Darüber hinaus ergibt sich vielfach auch innerhalb des Verfahrens, etwa bei vorgesehenen Umplanungen die Notwendigkeit einer Bauberatung. Das bedeutet: Ratsuchende Bauwillige werden - von wenigen Ausnahmen abgesehen - an Architekten zu verweisen sein. Die Zahl der Zurückweisung von Bauanträgen (wegen Unvollständigkeit) und Ablehnung von Bauanträgen (wegen Verstößen gegen geltendes Baurecht) wird drastisch steigen.	834	219	132	Für die Bauberatung werden zukünftig Gebühren erhoben.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
16	D19	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Pressearbeit"	Die Medien haben nach Landespressegesetz einen Anspruch auf Auskunft zu städtischen Informationen. Die Art und der Umfang dieses Angebotes sind freiwillig und können variabel gestaltet werden. Die städtische Pressearbeit umfasst die Information der Medien über alle städtischen Angelegenheiten (auf Nachfrage beziehungsweise auf Eigeninitiative), die Betreuung der Medienvertreter bei Terminen, die Vorbereitung und Durchführung von Pressegesprächen und -konferenzen, Medienbeobachtung, aktuelle Fotografie und Bildarchiv. Das bedeutet: Ein Wegfall oder Reduzierung der Finanzmittel bedeuten: Fachämter müssen den Medien Auskunft geben, was dort zu fachfremder Mehrarbeit führt, Uneinheitliche Wahrnehmung der Verwaltung in der Öffentlichkeit, Wegfall des Pressespiegels, Städtische Ereignisse werden nicht mehr dokumentiert	802	234	166	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
17	D90	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Maßnahme "Unterstützung der Brauchtumpflege"	Die Mitarbeiter des Amtes für Stadtgrün leisten vielfältige Hilfe bei Arbeiten rund um das Thema Brauchtumpflege. Hierunter fallen zum Beispiel Leistungen für Karnevalszüge, Auf- und Abbau Pützchens Markt, diverse Sankt Martins-Veranstaltungen, Bonner Sommer, Kauf und Aufstellen von Weihnachtsbäumen, Derletalfest et cetera. Hierfür fallen jährlich rund 1.500 Arbeitsstunden und zusätzliche Sachkosten an, welche insgesamt mit circa 100.000 Euro pro Jahr beziffert werden. Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	1013	449	135	Die Unterstützung der Brauchtumpflege bleibt bestehen.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
18	D98	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Grüne Mitte Auerberg"	Zurzeit leben im Ortsteil Auerberg 8.500 Einwohner. Auf den noch unbebauten Flächen beiderseits der Pariser Straße soll künftig das "Zentrum" des Ortsteils Auerberg, die so genannte "Auerberger Mitte" entstehen. Für die Gestaltung der planungsseitig ausgewiesenen Grünfläche hin zu einer Parkanlage mit Spielfläche hat die Stadt ein Verfahren durchgeführt, dessen Ziel und Zweck die Erarbeitung von konzeptionellen Vorschlägen war. Die Gestaltungsideen sollten den Entwicklungszielen für diesen Bereich städtebaulich, verkehrsplanerisch und landschaftsplanerisch entsprechen und mit einmaligen Kosten in Höhe von 400.000 Euro 2012 umgesetzt werden. Bei Nichtdurchführung verbleiben die Flächen in ihrem bisherigen Zustand. Weitere Informationen: http://www.bonn.de/umwelt_gesundheit_planen_bauen_wohnen/stadtplanungsamt/stadtplan Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht umgesetzt werden.	740	198	107	Die investive Maßnahme wird durchgeführt	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
19	D83	Diskussionsvorschlag: "Erhöhung des Eigenanteils der Bonn-Ausweisbesitzerinnen an den Fahrtkosten ÖPNV von 50 auf 60 Prozent"	In Bonn sind rund 24.000 Bürger und Bürgerinnen im Besitz eines Bonn-Ausweises. Ziel des Bonn-Ausweises ist, einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Als freiwillige Leistung wird unter anderem ein Preisnachlass von derzeit 50 Prozent des regulären Fahrpreises zur Nutzung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs gewährt. Es wird zur Diskussion gestellt, den von den Nutzern zu leistenden Eigenanteil von 50 auf 60 Prozent zu erhöhen. Hierdurch würden sich Einsparungen in Höhe von 567.000 Euro pro Jahr ergeben. Das bedeutet: Eine Erhöhung des Eigenanteils könnte dazu führen, dass Menschen den ÖPNV weniger nutzen und folglich in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.	1027	497	68	Die Maßnahme wird umgesetzt.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
20	D6	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Stabsstelle Veranstaltungskoordination"	Die Stabsstelle Veranstaltungskoordination ist zentraler Ansprechpartner für alle städtischen und nichtstädtischen Veranstalter einschließlich Film- und Fernsehproduktionen. Um im Wettbewerb mit anderen Großstädten bestehen zu können, hatte die Stadtverwaltung 2007 ihren zentralen Service als Partner von Veranstaltern sowie Film- und Fernsehproduktionen weiter ausgebaut. Diese zum Beispiel durch einen serviceorientierten Internetauftritt aktiv kommunizierte Dienstleistung wird umfangreich in Anspruch genommen. Veranstaltungen/Events haben sich in allen Städten, so auch in Bonn, in den vergangenen Jahren als wichtiger Motor für die Belebung von Innenstädten, Plätzen und Freizeitparks entwickelt. Als so genannte "weiche Standortfaktoren" haben sie beständig an Bedeutung gewonnen und sind zu sehr wichtigen Standortfaktoren für Bonn geworden. Sie sind Aushängeschild und Markenzeichen für eine Stadt, besitzen hohen Publikumswert sowie eine große öffentliche Wahrnehmung und entwickeln von daher positive Sekundäreffekte zum Beispiel für den Tourismus und den Einkaufsstandort. Betreut werden jährlich circa 150 bis 200 Veranstaltungen auf den Innenstadtplätzen - darunter zahlreiche Traditionsveranstaltungen - sowie circa 30 bis 50 Veranstaltungen im Freizeitpark Rheinaue. Hinzu kommt die Beantwortung und Bearbeitung zahlreicher Anfragen und kleinerer Veranstaltungen. Circa 70 bis 100 Film- und Fernsehprojekte werden jährlich in Bonn an verschiedensten Örtlichkeiten realisiert. Das bedeutet: Im regionalen und nationalen Vergleich stellen die Leistungen der Stabsstelle Veranstaltungskoordination einen sehr wesentlichen Standort- und Marketingfaktor dar. Ohne dieses zentrale Serviceangebot, eine freiwillige Leistung, können die vielfältigen Anfragen zu Veranstaltungen und Filmprojekten nicht mehr zentral bearbeitet und konzentriert begleitet werden. Gleiches gilt für traditionelle Großveranstaltungen, die auch überregional bekannt und beliebt sind: Marathon, Internationale Kultur- und Begegnungsfest, Smart Beach Cup, Rheinkultur. Diese würden als Konsequenz möglicherweise nicht mehr in Bonn realisiert werden und damit als Veranstaltungsangebot für BürgerInnen und auch überregional angereiste Gäste entfallen. Die "weichen Standortfaktoren" in der Stadt Bonn würden an Bedeutung verlieren.	854	332	151	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart. Der Aufgabenbereich der Stabsstelle Veranstaltungskoordination wird in das Amt 33 (Bürgerdienste) integriert.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
21	D27	Diskussionsvorschlag: Einführung einer Bettensteuer ab 2013	Einführung einer sogenannten "Bettensteuer" als örtliche Aufwandsteuer ab 2013 mit einem Steuersatz von 5 von Hundert. Es werden Mehreinnahmen zwischen 1 Million Euro und 4,8 Millionen Euro geschätzt, die erheblich zur Entlastung des Haushaltes beitragen könnten. Die Bandbreite ergibt sich, da rechtlich der Personenkreis noch nicht geklärt ist, für den die Steuer abzuführen ist. Steuerpflichtig wären bei der "Bettensteuer" die einzelnen Beherbergungsbetriebe. Diese haben die Möglichkeit, die Steuer an ihre Gäste weiterzuleiten. Mit dieser Abgabe wird die Übernachtung in Beherbergungsbetrieben besteuert, unabhängig davon, ob es sich um ein(e) Hotel, Gasthof, Pension, Privatzimmer, Jugendherberge, Ferienwohnung, Motel, Campingplatz, Schiff oder ähnliche Einrichtungen handelt.	916	390	73	Alle Möglichkeiten zur Erzielung von Einnahmen werden ausgeschöpft.	Der Vorschlag wird umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
22	D46	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Call-Center der Stadt Bonn"	Aufgrund der mit der Stadt Köln abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung übernimmt das Kölner Call-Center den Telefonservice für eingehende Anrufe bei der Stadtverwaltung. Um einen guten Telefonservice sicherzustellen, wurde eine Vereinbarung von 80/20 festgelegt, das heißt, dass 80 Prozent der Anrufe in 20 Sekunden angenommen werden. Eine Reduzierung dieser Vereinbarung ist möglich. Eine Reduzierung hat zur Folge, dass sich die telefonische Erreichbarkeit verschlechtert und die Wartezeit erhöht. Der an die Stadt Köln zu zahlende Sachkostenanteil (Personalkosten und Betriebskostenanteile) könnte je nach Verhandlung reduziert werden. Die konkreten Änderungen wären mit der Stadt Köln zu verhandeln und hätten Auswirkungen auf die öffentlich-rechtliche Vereinbarung, welche von der Bezirksregierung genehmigt werden müsste. Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	764	237	142	Die bislang festgelegte Quote der telefonischen Erreichbarkeit über das Call-Center wird reduziert.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
23	D58	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Standortmarketing"	Bonn ist ein stabiler und bundesweit beachteter Wirtschaftsstandort. Über die Maßnahmen des regionalen Wirtschaftsmarketings, der insbesondere die Immobilienwirtschaft bewirbt, hat die Wirtschaftsförderung seit 1996 Projektentwickler und Investoren auf Bonn aufmerksam gemacht und Investitionen nach Bonn geholt. Das regionale Wirtschaftsmarketing wird mit Mitteln der Stadt Bonn, des Rhein-Sieg-Kreises und des Kreises Ahrweiler sowie aus der privaten Wirtschaft finanziert. Auch im Rahmen der regionalen Kooperation auf der Ebene Region Köln/Bonn ist die Wirtschaftsförderung aktiv. Hier entwickelt der Regions- und Regionalebeauftragte für die Region Köln Bonn e.V. mit den Partnern Leitlinien zur zukünftigen Ausrichtung der Region als Metropolregion. Diese wegweisende Strukturierung wird in Zukunft bei der Frage der Regionen im europäischen Wettbewerb eine große Rolle für die Attraktivität des Standortes für Investoren und des Images sein. Bonn als Kongressstandort wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Hierzu bedarf es vermehrter Anstrengungen des Kongressstandortmarketings. Dabei ist Kongressstandortmarketing nicht allein für das Konferenzzentrum, sondern für den Standort Bonn insgesamt sehr wichtig. Das bedeutet: Mit dem Standortmarketing für den Wirtschaftsstandort werden internationale Investoren sowie Unternehmen angesprochen sowie Akteure vor Ort eine Plattform geboten. Ohne diese Maßnahmen würden wichtige Investitionen sowie Unternehmensansiedlungen in Bonn nicht mehr angeworben. Dies würde ein Verlust an Arbeitsplätzen und neuen Unternehmen bedeuten und sich damit auch negativ auf die Einnahmesituation der Stadt auswirken. Der internationale und nationale Wettbewerb der Standorte untereinander wird immer schärfer, so dass die Maßnahmen des Standortmarketings auch im Sinne der Imagebildung von größter Bedeutung sind. Beim Standortmarketing spielen regionale Kooperationen eine zentrale Rolle, beispielsweise in der Region Bonn und der Metropolregion Köln/Bonn. Mit einer Reduzierung der Leistung würde die Stadt Bonn nicht länger ihre Rolle als aktiven Partner bei der regionalen Kooperation wahrnehmen können.	728	216	135	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
24	D61	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an Bonner Privatschulen"	Die Bundesstadt Bonn wendet jährlich 73.050 Euro zur Unterstützung der 14 in freier Trägerschaft stehenden Schulen (private Ersatzschulen) in Bonn auf. Die Unterstützung je Schule ist abhängig von der Größe der Schule und der Anzahl der in Bonn wohnenden Schülerinnen und Schüler, so dass die Höhe unterschiedlich ausfällt. Das bedeutet: Die schulische Bildung wird durch öffentliche Schulen und solche in freier Trägerschaft wahrgenommen. Insoweit ergänzen und bereichern Schulen in freier Trägerschaft das öffentliche Schulwesen. Sie nehmen allesamt Aufgaben wahr, die ansonsten den öffentlichen Schulen, in diesem Falle dem Schulträger Stadt Bonn, obliegen würden. Ohne Schulen in freier Trägerschaft wären daher die Kosten für den Betrieb der Schulen für den Schulträger Stadt Bonn wesentlich höher. Die Zuschüsse dienen daher als Anerkennung und Unterstützung zur Aufbringung der Eigenleistung des jeweiligen Schulträgers.	997	489	107	Die Zuschüsse an Bonner Privatschulen bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
25	D97	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung - Lokale Energieagentur	Mit der lokalen Energieagentur Bonn soll zum einen das große Potenzial der Energieeinsparung für den Klimaschutz erschlossen werden. Zum anderen soll von den möglichen Sanierungsarbeiten im Gebäudebestand, die durch eine Beratung ausgelöst werden, ein Impuls für die lokale Wirtschaftsförderung, insbesondere im Bereich des Handwerks ausgehen. Den Eigentümerinnen und Eigentümern von Bestandsimmobilien wird ein leicht und direkt zugängliches Beratungsangebot gemacht und weitergehende Hilfestellungen und Leistungen angeboten. Die lokale Energieagentur fungiert einerseits als zentrale Anlaufstelle für alle Fragen zur energetischen Altbausanierung. Auf der anderen Seite erschließt sie gemeinsam mit wichtigen Partnern aus Handwerk und Wohnungswirtschaft das mögliche Sanierungspotential durch Veranstaltungen und direkte Ansprache der Eigentümerinnen und Eigentümer. Das bedeutet: Wegfall der Sanierungsberatung für Bürgerinnen und Bürger, keine Qualifizierung/Vernetzung Handwerk und anderer Akteure, Zielerreichung CO ₂ -Einsparungen sehr fraglich, Ausschöpfung des Sanierungspotential bleibt unter den Möglichkeiten	768	246	92	Die lokale Energieagentur bleibt erhalten und wird ausgebaut.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
26	D59	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung Service Center Wirtschaft und Standortentwicklung	Die Bonner Wirtschaftsförderung verfolgt das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes zu erhalten und den Strukturwandel in Bonn weiter voranzubringen.a) Das Service Center Wirtschaft stellt eine zentrale Anlaufstelle für alle Anliegen von Unternehmen dar. Bestehende und ansiedlungswillige Unternehmen werden bei der Expansion beziehungsweise der Standortsicherung begleitet, bei Fördermittelfragen und bei der Standortsuche mit einer umfassenden Übersicht über verfügbare Büroimmobilien sowie über städtische wie private Gewerbe- und Industrieflächen beraten. Existenzgründerinnen und -gründer erhalten individuelle Beratung bei der Geschäftsidee, bei Fördermittel- und Finanzierungsfragen wie bei der Standortsuche. Zudem steht das Service Center Wirtschaft beispielsweise bei Genehmigungsprozessen als Lotse durch die Verwaltung zur Seite. Die Organisation von diversen themenspezifischen Veranstaltungen und Unternehmens-Netzwerken runden das Angebot ab. b) Standortentwicklung. Bei der Standortentwicklung werden die strategischen Leitlinien für die Positionierung des Wirtschaftsstandortes Bonn erarbeitet und vielfältige Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt umgesetzt. Es werden fundierte Informationen zum Wirtschaftsstandort oder einzelnen Branchen angeboten. Mit gezielter Cluster- und Innovationsförderung werden fachliche Netzwerke in der Gesundheits- und Geoinformationswirtschaft unterstützt, der Wissenschaftstransfer beschleunigt und neue Kooperationen gefördert. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Attraktivitätssteigerung der Innenstadt Bonns und die Entwicklung des Einzelhandels. Mit der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung erhalten Unternehmen beim Fachkräftenachwuchs und der Sicherung von Beschäftigung effektive Unterstützung.c) Verbraucherzentrale: Die Verbraucherzentrale hat in den zurückliegenden Jahren in Bonn eine sehr erfolgreiche Beratungsarbeit geleistet und verzeichnet einen stark angestiegenen Beratungsbedarf. Das Angebot der Verbraucherzentrale wird von den Verbraucherinnen und Verbraucher in Bonn stark nachgefragt. Die Stadt Bonn beteiligt sich zu 50 Prozent an den laufenden Personal-, Gemein- und Sachkosten zur Finanzierung der Beratungsstelle.	739	252	159	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
26	D59		<p>Das bedeutet: Zu a): Das Service Center Wirtschaft hat bei der Ansiedlung und Betreuung von Unternehmen, bei der Förderung von Existenzgründungen und damit nicht zuletzt bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen seit seiner organisatorischen Neuausrichtung Mitte 2008 seine Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Allein über 900 betreute Vorhaben im Jahr 2009 zeugen von der Akzeptanz und Nutzung als zentrale Anlaufstelle für die Informations- und Verfahrenvermittlung. Es gehört zu den Aufgaben einer Kommune, ansässige und ansiedlungswillige sowie in der Phase der Gründung befindliche Unternehmen mit allen Kräften zu unterstützen. Wirtschaftsfreundlichkeit und Serviceorientierung der Stadtverwaltung sichern nicht nur intakte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Arbeitsplätze am Standort, sondern leisten einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt selbst durch Gewerbesteuererinnahmen sowie die kommunalen Anteile an der Einkommens- und Körperschaftsteuer. Im wachsenden Wettbewerb der Städte und Regionen führt ein Wegfall des Dienstleistungsangebotes für Unternehmen zu Konsequenzen, die sich mittel- und langfristig in einem niedrigeren Steueraufkommen, einer sinkenden Zahl von Arbeitsplätzen und damit letztlich auch in einer Beschleunigung des demografischen Wandels durch den Wegzug von vor allem qualifizierten Beschäftigten aus der Stadt bemerkbar machen werden. Die Erarbeitung von strategischen Leitlinien ist für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Bonn von entscheidender Bedeutung. Hierzu bedarf es fundierter Standortinformationen und -Analysen. Der Jahreswirtschaftsbericht und die zielgruppenspezifischen Produkte wie etwa die Broschüre über den Büroflächenmarkt liefern für die Verwaltung, für die Bonner Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen hierzu eine wichtige Basis. Diese grundlegenden Informationen sind für eine klare Profilbildung des Wirtschaftsstandortes von zentraler Bedeutung. Ein klares Profil des Standortes sorgt für ein höheres Ansiedlungs- und Investitionsinteresse am Standort. Über Netzwerkarbeit werden die Zukunftsbranchen aber auch viele andere mittelständische Unternehmen betreut. Die Clusterförderung betreut die Schwerpunktbranchen, denen großes Potenzial, Zukunftsfähigkeit und hochqualifizierte Arbeitsplätze entstehen. In diesem Zusammenhang hat die Wirtschaftsförderung bereits bis heute Fördermittel des Landes und der Europäischen Union in Höhe von mehr als 1 Millionen Euro allein in der Geoinformationswirtschaft in die Region geholt. Die Bonner Innenstadt ist ein wichtiger Handelsstandort.</p>					

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
26	D59		Die Wirtschaftsförderung setzt sich mit strategischen Überlegungen und konkreten Maßnahmen wie das Projekt 'Ab in die Mitte' dafür ein, dass die Innenstadt weiterhin attraktiv bleibt. Sie pflegt enge Netzwerkbeziehungen zu den innenstadtrelevanten Akteuren wie City Marketing, dem Einzelhandelsverband und innerhalb der Verwaltung. Die von vielen als gelungene Entwicklung der Bonner Friedrichsstraße ist von der Wirtschaftsförderung im Rahmen eines ISG (Immobilien Standortgemeinschaft) begleitet worden. Weiterhin ist vor dem Hintergrund des demographischen Wandels der Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung. Bonn ist Standort für hochqualifizierte Arbeitskräfte. Gleichzeitig darf der Arbeitsmarkt für gering qualifizierte nicht aus den Augen gelassen werden. Insofern kümmert sich die Wirtschaftsförderung um das Thema Fachkräftemangel ebenso wie um das Thema Qualifizierung in Beschäftigung oder Übergangmanagement. Die hierzu eingerichteten Netzwerke sind etabliert und leisten einen wichtigen Beitrag zum Arbeitsmarkt. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass ohne die Erarbeitung der grundlegenden Informationen, der strategischen Arbeit, die Netzwerkarbeit in den Zukunftsbranchen, die Betreuung des Mittelstandes der Stadt und dem Wirtschaftsstandort gravierende Wettbewerbsnachteile entstehen können. Deutlich wird dies auch an der aktuellen Diskussion um die Arbeitsplätze in den Bundeseinrichtungen. Die koordinierende Stelle hierfür liegt bei der Wirtschaftsförderung. Zu c): Beim Wegfall des Zuschusses für die Verbraucherzentrale müsste die Bonner Geschäftsstelle schließen und das Angebot vor Ort könnte nicht erhalten bleiben.					
27	D48	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung - Zentralisierung der Bürgerämter	Die Bürgerämter sind seit jeher dezentral in den vier Stadtbezirken Bonn, Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg untergebracht. Den Bürgern und Bürgerinnen wird so ein kurzer Weg für die Vielzahl der angebotenen Dienstleistungen ermöglicht. Andere publikumsintensive Bereiche der Verwaltung, wie beispielsweise das Straßenverkehrsamt, das Ausländeramt und das Standesamt sind hingegen schon seit Jahren zentral ausgerichtet und werden von den Bürgern und Bürgerinnen auch ohne Probleme so akzeptiert. Eine Zentralisierung des Bürgeramtes, bei Beibehaltung des jetzigen Standards (Wartezeiten im Durchschnitt von unter 9 Minuten), würde personelle Einsparungen von mindestens fünf Stellen erbringen. Das bedeutet: Bei einer kompletten Zentralisierung müssten die Bürgerinnen und Bürger ins Stadthaus fahren. In 2011 wäre nur die Auflösung des Bürgeramtes Hardtberg möglich, da die dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch im Stadthaus untergebracht werden könnten. Unter der Annahme, dass ab 2012 erweiterte Räumlichkeiten bereitgestellt werden können, wäre ab diesem Zeitpunkt eine Auflösung der Bürgerämter in Bad Godesberg und Beuel denkbar. Pro Jahr könnte diese Maßnahme Einsparungen von geschätzten 363.000 Euro erbringen.	818	351	78	Die Bürgerämter in den Stadtbezirken bleiben vorerst erhalten. Die Bezirksverwaltungsstellen werden einer Organisationsprüfung mit dem Ziel einer Optimierung unterzogen. Dabei wird darauf Wert gelegt, dass es zu keiner wesentlichen Einschränkung der Aufgaben kommt.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
28	D100	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Straßenbaumaßnahmen Beuel"	Ein Verzicht auf Ausbaumaßnahmen bei klassifizierten (Bundesfern-, Landes- und Kreistraßen) wie städtischen Straßen beschränkt den Straßenzustand lediglich auf einen Minimalstandard, der der gesetzlichen Verpflichtung zur Verkehrssicherung genügt. Folgende Straßenbaumaßnahmen, die freiwillig von der Stadt bezuschusst werden (klassifizierte Straßen) beziehungsweise die als freiwillige Maßnahme neu gebaut, erweitert oder über den Mindeststandard der Verkehrssicherungspflicht hinaus instandgesetzt werden sollen, sind für den Stadtbezirk Beuel im Zeitraum 2011 bis 2015 geplant: 2011: Fahrradabstellanlagen, Radwege (Hinweis Landeszuweisung), Auf der Rötchen, Broichstraße, Im Johndorf, Mohnweg, Narzissenweg, Rastenweg, Rheindorfer Straße, S 13-Baukosten, Schnufertsberg, Siebenmorgenweg 2012: Fahrradabstellanlagen, Alte Bonner Straße, An der Umkehr, Arnoldstraße, Bebauungsplan 7923-18, 'Kommentalweg', Glückstraße, Guardinistraße, Im Johndorf, S 13-Baukosten, Schnufertsberg, Siebenmorgenweg 2013: Fahrradabstellanlagen, Alte Bonner Straße, Arnoldstraße, Bebauungsplan 7923-18, 'Kommentalweg', Gerichtsweg, Glückstraße, Guardinistraße, Himmerichweg, Im Bonnet, Maarstraße, S 13-Baukosten, Teufelsbachweg 2014: Fahrradabstellanlagen, Bebauungsplan 7923-18, 'Kommentalweg', Gerichtsweg, Himmerichweg, Im Bonnet, Maarstraße, S 13-Baukosten, Teufelsbachweg 2015: Fahrradabstellanlagen, Bebauungsplan 7923-18, 'Kommentalweg' Das bedeutet: Einhergehend mit dem Verzicht auf die Straßenausbaumaßnahmen würde sich dort der Unterhaltungsaufwand erhöhen und auf diesem Sektor zusätzliche Kosten verursachen. Der Straßenzustand wird sich nach und nach verschlechtern. Das Anlagevermögen wird sich entsprechend reduzieren. Unebenere Fahrbahnoberflächen können zu höheren Lärmbelastungen führen, die Fahrbedingungen insbesondere für Fahrradfahrer können sich verschlechtern. Werden die aufgeführten Erschließungsmaßnahmen nicht fertig gestellt, kann keine Refinanzierung durch die Grundstückseigentümer nach dem Baugesetzbuch oder dem Kommunalabgabengesetz erfolgen. Andere Maßnahmen, den Radverkehr oder die S13 betreffend, bedeuten den Verzicht auf wichtige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, die der Verbesserung der Verteilung des Transportaufkommens auf unterschiedliche Verkehrsmittel und der verbesserten Anbindung der Stadt an Flughafen und Region dienen. Hinweis: Bei Maßnahmen mit Hinweis auf einen Landeszuschuss wird nur der Eigenanteil eingespart. Dies ist in den dargestellten Summen bereits berücksichtigt. Wenn die Maßnahme nicht umgesetzt werden, gehen Landeszuschüsse verloren. Zu berücksichtigen ist, dass in die Vorplanungen, Gutachten, Arbeitsstunden der Mitarbeiter bereits Mittel investiert wurden.	747	305	153	5 % Einsparung der Ansätze durch Verschiebung der investiven Maßnahmen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
29	D102	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Straßenbaumaßnahmen Bad Godesberg"	Ein Verzicht auf Ausbaumaßnahmen bei klassifizierten (Bundesfern-, Landes- und Kreistraßen) wie städtischen Straßen beschränkt den Straßenzustand lediglich auf einen Minimalstandard, der der gesetzlichen Verpflichtung zur Verkehrssicherung genügt. Folgende Straßenbaumaßnahmen, die freiwillig von der Stadt bezuschusst werden (klassifizierte Straßen) beziehungsweise die als freiwillige Maßnahme neu gebaut, erweitert oder über den Mindeststandard der Verkehrssicherungspflicht hinaus instandgesetzt werden sollen, sind für den Stadtbezirk Bad Godesberg im Zeitraum 2011 bis 2015 geplant: 2011: Fahrradabstellanlagen, Am Südfriedhof, Friedrich-Ebert-Straße, Koblenzer Straße (Hinweis. Landeszuschuss), Marienforster Steinweg, Wolkenburgstraße 2012: Fahrradabstellanlagen, Am Südfriedhof, Am Winkel, De Bréze-Straße, Koblenzer Straße (mit Landeszuschuss), Margaretenstraße, Marienforster Steinweg, Plittersdorfer Straße, Römerplatz, Venner Straße 2013: Fahrradabstellanlagen, Am Fronhof, Am Winkel, Bachemer Straße, Im Wiesengrund, Konstantinstraße, Lehnputz, Margaretenstraße, Marienforster Steinweg, Rheinallee, Ria-Maternus-Platz, Venner Straße 2014: Fahrradabstellanlagen, Bachemer Straße, Im Wiesengrund, Konstantinstraße, Lehnputz, Rheinallee, Ria-Maternus-Platz, Parkplatz Rigal'sche Wiese 2015: Fahrradabstellanlagen Das bedeutet: Einhergehend mit dem Verzicht auf die Straßenausbaumaßnahmen würde sich dort der Unterhaltungsaufwand erhöhen und auf diesem Sektor zusätzliche Kosten verursachen. Der Straßenzustand wird sich nach und nach verschlechtern. Das Anlagevermögen wird sich entsprechend reduzieren. Unebenere Fahrbahnoberflächen können zu höheren Lärmbelastungen führen, die Fahrbedingungen insbesondere für Fahrradfahrer können sich verschlechtern. Werden die aufgeführten Erschließungsmaßnahmen nicht fertig gestellt, kann keine Refinanzierung durch die Grundstückseigentümer nach dem Baugesetzbuch oder dem Kommunalabgabengesetz erfolgen. Andere Maßnahmen, wie beispielsweise den Radverkehr betreffend, bedeuten den Verzicht auf wichtige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, die der Verbesserung der Verteilung des Transportaufkommens auf unterschiedliche Verkehrsmittel und der verbesserten Anbindung dienen. Hinweis: Bei Maßnahmen mit Hinweis auf einen Landeszuschuss wird nur der Eigenanteil eingespart. Dies ist in den dargestellten Summen bereits berücksichtigt. Wenn die Maßnahme nicht umgesetzt werden, gehen Landeszuschüsse verloren. Zu berücksichtigen ist, dass in die Vorplanungen, Gutachten, Arbeitsstunden der Mitarbeiter bereits Mittel investiert wurden.	746	300	136	5 % Einsparung der Ansätze durch Verschiebung der investiven Maßnahmen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
30	D103	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Straßenbaumaßnahmen Hardtberg"	Ein Verzicht auf Ausbaumaßnahmen bei klassifizierten (Bundesfern-, Landes- und Kreistraßen) wie städtischen Straßen beschränkt den Straßenzustand lediglich auf einen Minimalstandard, der der gesetzlichen Verpflichtung zur Verkehrssicherung genügt. Folgende Straßenbaumaßnahmen, die freiwillig von der Stadt bezuschusst werden (klassifizierte Straßen) beziehungsweise die als freiwillige Maßnahme neu gebaut, erweitert oder über den Mindeststandard der Verkehrssicherungspflicht hinaus instandgesetzt werden sollen, sind für den Stadtbezirk Hardtberg im Zeitraum 2011 bis 2015 geplant: 2011: Fahrradabstellanlagen 2012: Fahrradabstellanlagen, Park& Ride-Plätze (Hinweis: Landeszuschuss) 2013: Fahrradabstellanlagen, Bike&Ride-Anlagen (Hinweis: Landeszuschuss), Eichhörnchenweg 2014: Fahrradabstellanlagen 2015: Fahrradabstellanlagen, Alter Heerweg Das bedeutet: Einhergehend mit dem Verzicht auf die Straßenausbaumaßnahmen würde sich dort der Unterhaltungsaufwand erhöhen und auf diesem Sektor zusätzliche Kosten verursachen. Der Straßenzustand wird sich nach und nach verschlechtern. Das Anlagevermögen wird sich entsprechend reduzieren. Unebenere Fahrbahnoberflächen können zu höheren Lärmbelastungen führen, die Fahrbedingungen insbesondere für Fahrradfahrer können sich verschlechtern. Werden die aufgeführten Erschließungsmaßnahmen nicht fertig gestellt, kann keine Refinanzierung durch die Grundstückseigentümer nach dem Baugesetzbuch oder dem Kommunalabgabengesetz erfolgen. Andere Maßnahmen, wie beispielsweise den Radverkehr betreffend, bedeuten den Verzicht auf wichtige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, die der Verbesserung der Verteilung des Transportaufkommens auf unterschiedliche Verkehrsmittel und der verbesserten Anbindung der Stadt dienen. Hinweis: Bei Maßnahmen mit Hinweis auf einen Landeszuschuss wird nur der Eigenanteil eingespart. Dies ist in den dargestellten Summen bereits berücksichtigt. Wenn die Maßnahme nicht umgesetzt werden, gehen Landeszuschüsse verloren. Zu berücksichtigen ist, dass in die Vorplanungen, Gutachten, Arbeitsstunden der Mitarbeiter bereits Mittel investiert wurden.	663	203	113	5 % Einsparung der Ansätze durch Verschiebung der investiven Maßnahmen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
31	D94	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Projekt Stadt zum Rhein"	Das Projekt Stadt zum Rhein ist ein zunächst in größeren Dimensionen geplantes Bauprojekt, das die Innenstadt hin zum Rhein und ihre bestehenden Grünflächen aufwerten und offener gestalten sollte. Auf der Grundlage dieser Planungen bestehen Überlegungen den Bereich des Bischofsplatzes zu sanieren. Es sind Fördermittel aus Städtebaufördermitteln beantragt. Hierdurch könnte sich der städtischen Eigenanteil auf 30 Prozent der Bau- und Planungskosten reduzieren. Das bedeutet: Bei Streichung der Mittel wird die Maßnahme nicht ausgeführt.	719	280	104	Hierzu hat es keinen konkreten Umsetzungsbeschluss gegeben. Städtebaufördermittel sind inzwischen bewilligt, Mittel für die Ausführung stehen im Haushalt 2011/12 zur Verfügung.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt. (Vorbehaltlich der Beschlussfassung der politischen Gremien)
32	D96	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Wechselbepflanzung"	Unter Wechselbepflanzung ist die gesamte Bepflanzung im Frühling und im Herbst zu verstehen. Vor allem in der Innenstadt (Beethovendenkmal, Pflanzkübel in der Fußgängerzone) und in der Rheinaue werden an besonderen, insbesondere repräsentativen Stellen, Grünflächen durch Blumen aufgewertet. Aber auch in den anderen Stadtbezirken beziehungsweise im gesamten Stadtgebiet gibt es zahlreiche Stellen, wo Grünflächen/Pflanzkübel mit den Blumen verschönert werden. Das bedeutet: Bei einer Reduzierung dieser Leistung können im gesamten Bonner Stadtgebiet weniger Blumen gepflanzt werden. Die Flächen müssten dann mit Rasen eingesät und die Pflanzkübel entfernt werden, da sie ohne Bepflanzung einen trostlosen Anblick bieten und als Abfallablageplätze genutzt würden.	701	323	110	Reduzierung der investiven Maßnahmen in den Jahren 2013 bis 2015 um jeweils 35.000 Euro	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
33	D54	Diskussionsvorschlag: Sparen durch "Ankauf von Belegungsbindungen im geförderten Wohnungsbau"	Derzeit ist es nicht möglich, für jeden berechtigten Wohnungssuchenden eine geeignete Wohnung zu finden, da nicht in ausreichendem Umfang öffentlich geförderte Mietwohnungen zur Verfügung stehen. Um den Bestand an öffentlich geförderten Mietwohnungen zu halten, wären jährlich rund 650 neu geschaffene öffentlich geförderte Mietwohnungen erforderlich. Errichtet wurden in den ersten drei Quartalen 2010 nur 32 Wohneinheiten. Langfristig helfen nur Investitionen im öffentlich geförderten Wohnungsbau, die Ausgaben für Unterkunft und Heizung nachhaltig zu begrenzen und reale Einsparungen zu erzielen. Allein für den Personenkreis der Leistungsberechtigten nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) werden von der Bundesstadt Bonn jährlich rund 67 Millionen Euro an Kosten für Unterkunft und Heizung verausgabt. Diese hohen Ausgaben entstehen, da derzeit in Bonn nicht ausreichend günstiger Wohnraum für Empfänger von sozialen Transferleistungen zur Verfügung steht. Sollte in den öffentlich geförderten Wohnungsbau investiert werden, könnten langfristig und nachhaltig die Ausgaben für Unterkunft und Heizung deutlich reduziert werden. Geförderte Wohnungen werden regelmäßig mit einem Besetzungsrecht von mindestens 15 Jahren ausgestattet, so dass zumindest noch der Wert der Gesamtersparnis für die Dauer des Besetzungsrechtes angegeben werden muss. Dies bedeutet in dieser Darstellung (auf der Basis der Anmeldung von 300.000 Euro für 50 Wohneinheiten jeweils 2011 und 2012) ein Gesamteinsparvolumen und damit mittel- und längerfristiges, strukturelles Konsolidierungspotenzial von rund 3 Millionen Euro. Mit entsprechend höherer Zahl geförderter Wohnungen vervielfältigt sich der Effekt entsprechend. Um langfristig Einsparungen bei den sehr hohen Ausgaben für Unterkunft und Heizung erzielen zu können, muss ausreichend günstiger Wohnraum zur Verfügung stehen. Aufgrund des hochpreisigen Wohnungsmarktes ist die bedarfsgerechte Beschaffung von Wohnraum derzeit nur in sehr geringem Umfang möglich. Erschwert wird die Situation dadurch, dass das Land NRW aus der Finanzierung zum Ankauf von Belegungsrechten ausgestiegen ist.	544	163	181	Der Vorschlag wird umgesetzt.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
34	D57	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Wissenschaftsmarketing"	Die Region Bonn ist Standort von Universität und Fachhochschulen, zahlreichen großen Forschungseinrichtungen und Wissenschaftsorganisationen. Der Bereich Wissenschaft zielt seit 1996 ab auf die Stärkung der Wissenschaftsregion Bonn, die Begleitung und den Ausbau der wissenschaftlichen Netzwerkarbeit (insbesondere im Hinblick auf den Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft), die Unterstützung der wissenschaftlichen Einrichtungen und die Förderung der Wissenschaftskommunikation (insbesondere auch in Bezug auf die Bürgerschaft und die Zielgruppe Schülerinnen und Schüler). Die Bedeutung des Bereiches Wissenschaft und Forschung im Gesamtgefüge der standortrelevanten Merkmale wird gestärkt und Informationen aufgearbeitet. Die Wissenschaftsregion präsentiert sich auf internationalen Messen und bietet dort eine Plattform für Forschungseinrichtungen und Unternehmen aus der Region. Das regionale Wissenschaftsmarketing ist bei den drei Wirtschaftsförderungen der Stadt Bonn, des Rhein-Sieg-Kreises und des Kreises Ahrweiler verankert und durch sie gemeinschaftlich finanziert. Das bedeutet: Durch den Wegfall der Mittel könnten Maßnahmen der Stärkung und Festigung des Wissenschaftsstandortes nicht mehr durchgeführt werden. Die Förderung des Transfers zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Bürgerschaft könnte nicht mehr durchgeführt werden, so dass die durch die Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen vorhandenen Infrastrukturvorteile nicht mehr ausreichend darstellt und genutzt werden könnten.	660	294	126	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
35	D45	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Entgeltliche Praktika bei der Stadt Bonn"	Die Bundesstadt Bonn bietet Anerkennungspraktika im Bereich Erziehung, Heilerziehungspflege und Sozialpädagogik/Soziale Arbeit sowie Volontariate im Presseamt und Praktika der Fachoberschule (Klasse 11) an. Potentielle Nachwuchskräfte lernen über entgeltliche Praktika die Stadtverwaltung Bonn kennen. Studierenden der Sozialen Arbeit/ Sozialpädagogik wird mit Hilfe der Praktika der Einstieg in das Berufsleben ermöglicht. Auszubildende der Fachrichtung Heilerziehungspflege / Erziehung haben die Möglichkeit, die notwendige staatliche Anerkennung zu erlangen und damit auch unter Umständen verbesserte Einstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt. Schülern der Fachoberschule sowie gelenkten Praktikanten wird der Zugang zu höher qualifizierten Bildungsabschlüssen ermöglicht. Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden. Anerkennungspraktika können auf Grund tarifvertraglicher Regelung, an die die Stadt Bonn gebunden ist, nicht unentgeltlich geleistet werden und könnten daher nicht mehr angeboten werden.	763	406	122	Der Vorschlag wird durch eine Reduzierung des Kostenansatzes um mindestens 100.000 Euro zum Teil umgesetzt.	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.
36	D105	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bauleitplanung"	Die Stadt Bonn führt Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen durch. Bebauungspläne haben die Aufgabe, die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke in der Stadt zu regeln, sie enthalten rechtsverbindliche Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung und sollen die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen miteinander in Einklang bringen. Bebauungspläne sind aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Auf die Aufstellung von Bebauungsplänen besteht jedoch kein Anspruch (§1 Absatz 3 BauGB). Die Bauleitplanung ist damit eine pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe. Immer wenn es gilt, städtebauliche Missstände zu verhindern und Konflikte zu vermeiden, wird die Aufstellung von Bebauungsplänen notwendig. Es ist jedoch nicht zwingend vorgegeben, zum Beispiel Bebauungspläne zur Neuausweisung von Baugebieten aufzustellen. Gleichwohl wird jeweils zu prüfen sein, ob dann unter Umständen der Wohnbedarf der Bevölkerung nur noch unzureichend im Stadtgebiet abgedeckt oder die Ansiedlung von Gewerbebetrieben und die damit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen nicht mehr erreicht werden, und damit zu verhindernde Missstände eintreten könnten. >Die Stadt ist jedoch nicht gezwungen, durch Aufstellung von Bebauungsplänen sämtliche städtebauliche Ziele zu verfolgen. Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	611	298	135	Im Bereich der Bauleitplanung werden keine Einsparungen umgesetzt.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
37	D44	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung - Informationsstellen in städtischen Verwaltungsgebäuden	Zentrale Informationsstellen der Stadtverwaltung gibt es im Stadthaus, im Verwaltungsgebäude Bottlerplatz (Altes Stadthaus), in den Rathäusern Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg sowie im Alten Rathaus. Für die Bürgerinnen und Bürger sind die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Informationsstellen häufig erste Ansprechpartner zur Klärung ihrer Anliegen. Die Mitarbeitenden händigen Vordrucke aus, helfen - soweit möglich - beim Ausfüllen derselben, nehmen Post entgegen und leiten sie weiter, ermitteln den zuständigen Sachbearbeiter und weisen den Weg dorthin. Die Informationsstellen sind im Notfall auch erste Anlaufstelle für Polizei, Feuerwehr und Notarzt. Von hier werden zum Teil Aufzüge, Türen und Alarmanlagen bedient. Das bedeutet: Bei einem Wegfall der Informationsstellen haben die Bürger und Bürgerinnen keine erste Anlaufadresse mehr und müssen sich selbst den Weg durch die Verwaltung suchen. Viele Fragen werden dann in die Ämter verlagert. Die Bedienung von Aufzügen, Türen, Alarmanlagen müsste technisch gelöst werden.	663	400	125	Die Informationsstellen bleiben zunächst erhalten. Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung werden Einzelfallprüfungen durchgeführt. Die Informationsstelle im Stadthaus bleibt auf jeden Fall erhalten.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
38	D88	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Solarthermie"	Die Förderung regenerativer Energien ist Teil des städtischen Klimaschutzprogramms zur Substituierung fossiler Energiequellen und zur Reduzierung der CO2-Emissionen. Die Stadt Bonn hat nach einem deutlichen Rückgang der Installationszahlen solarthermischer Anlagen in den Jahren 2005 und 2006 ein Förderprogramm mit einem jährlichen Gesamtvolumen von 100.000 Euro aufgelegt. Nachdem im Jahr 2006 lediglich 201 Quadratmeter Kollektorfläche installiert wurden, waren es nach Einführung des Förderprogramms in 2007 1.101 Quadratmeter und 2008 insgesamt 1.267 Quadratmeter. Ziele des Förderprogramms sind die Verdoppelung der installierten Kollektorfläche (Bezugszeitraum bis 2006) in fünf Jahren und die Förderung des lokalen Handwerks. Für jeden Euro an öffentlichen Fördergeldern wurden 10 Euro an privatem Kapital investiert. Das bedeutet: Eine Reduzierung und nachfolgende Einstellung des Programms hätte voraussichtlich einen deutlichen Rückgang der Installationsrate zur Folge.	609	355	81	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt, sondern das Programm ausgeweitet. In 2011 sind 263.500 Euro und ab 2012 200.000 Euro jährlich hierfür in den Haushalt eingestellt.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
39	D101	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Straßenbaumaßnahmen Bonn"	Ein Verzicht auf Ausbaumaßnahmen bei klassifizierten (Bundesfern-, Landes- und Kreistraßen) wie städtischen Straßen beschränkt den Straßenzustand lediglich auf einen Minimalstandard, der der gesetzlichen Verpflichtung zur Verkehrssicherung genügt. Folgende Straßenbaumaßnahmen, die freiwillig von der Stadt bezuschusst werden (klassifizierte Straßen) beziehungsweise die als freiwillige Maßnahme neu gebaut, erweitert oder über den Mindeststandard der Verkehrssicherungspflicht hinaus instandgesetzt werden sollen, sind für den Stadtbezirk Bonn im Zeitraum 2011 bis 2015 geplant: 2011: Fahrradabstellanlagen, Radwege, Bike&Ride-Anlagen, Bahnhofsbereich, Bebauungsplan 7325-14, 'Im Rosenfeld', Budapester Straße, Heinrich-von-Kleist-Straße, Meßdorfer Straße, Münsterplatz 2012: Fahrradabstellanlagen, Bike&Ride-Anlagen (Hinweis: Landeszuschuss), Aegidienstraße, Berner Straße, Budapester Straße, Carl-Troll-Straße, Dorfstraße, Herpenstraße, Hobsweg, Hohe Straße, Leit- und Informationssystem (Hinweis: Landeszuschuss), Prager Straße, Remigiusplatz, Thomas-Mann-Straße 2013: Fahrradabstellanlagen, Am Bleichgraben, Antilopenweg, Bahnhofsbereich, Berner Straße, Bebauungsplan 7322-13, 'In der Pützfläche', Bebauungsplan 7325-14, 'Im Rosenfeld', Buschdorfer Straße, Carl-Troll-Straße, Dorfstraße, Dottendorfer Straße, Hohe Straße, Mackestraße, Oppelner Straße, Werftstraße 2014: Fahrradabstellanlagen, Bahnhofsbereich, Bebauungsplan 7322-13, 'In der Pützfläche', Bebauungsplan 7325-14, 'Im Rosenfeld', Hohe Straße, Siemensstraße 2015: Fahrradabstellanlagen, Hohe Straße, Siemensstraße. Das bedeutet: Einhergehend mit dem Verzicht auf die Straßenausbaumaßnahmen würde sich dort der Unterhaltungsaufwand erhöhen und auf diesem Sektor zusätzliche Kosten verursachen. Der Straßenzustand wird sich nach und nach verschlechtern. Das Anlagevermögen wird sich entsprechend reduzieren. Unebenere Fahrbahnoberflächen können zu höheren Lärmbelastungen führen, die Fahrbedingungen insbesondere für Fahrradfahrer können sich verschlechtern. Werden die aufgeführten Erschließungsmaßnahmen nicht fertig gestellt, kann keine Refinanzierung durch die Grundstückseigentümer nach dem Baugesetzbuch oder dem Kommunalabgabengesetz erfolgen. Andere Maßnahmen, wie zum Beispiel den Radverkehr betreffend, bedeuten den Verzicht auf wichtige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, die der Verbesserung der Verteilung des Transportaufkommens auf unterschiedliche Verkehrsmittel und der verbesserten Anbindung der Stadt dienen. Bei Maßnahmen mit Hinweis auf einen Landeszuschuss wird nur der Eigenanteil eingespart. Dies ist in den dargestellten Summen bereits berücksichtigt. Wenn die Maßnahme nicht umgesetzt werden, gehen Landeszuschüsse verloren. Zu berücksichtigen ist, dass in die Vorplanungen, Gutachten, Arbeitsstunden der Mitarbeiter bereits Mittel investiert wurden.	633	395	137	5 % Einsparung der Ansätze durch Verschiebung der investiven Maßnahmen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
40	D104	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der "Straßenbaumaßnahmen von klassifizierten Straßen"	Ein Verzicht auf Ausbaumaßnahmen bei klassifizierten (Bundesfern-, Landes- und Kreistraßen) wie städtischen Straßen beschränkt den Straßenzustand lediglich auf einen Minimalstandard, der der gesetzlichen Verpflichtung zur Verkehrssicherung genügt. Folgende Straßenbaumaßnahmen, die freiwillig von der Stadt bezuschusst werden (klassifizierte Straßen) bzw. die als freiwillige Maßnahme neu gebaut, erweitert oder über den Mindeststandard der Verkehrssicherungspflicht hinaus instandgesetzt werden sollen, sind im Zeitraum 2011-2015 geplant: 2011: L 300, Kölnstr., Bonn 2012: K 1, Rabinstr., Bonn, K 1, Thomastr., Bonn, L 183, Justus-von-Liebig-Str., Bonn, B 56, Am Burgweiher, Hardtberg 2013: K 1, Rabinstr., Bonn, K 2, Im Wingert, Bonn, K 1, Thomasstr., Bonn, L 183, Bornheimer Str., Bonn, B 56, Am Burgweiher, Hardtberg 2014: L 183, Bornheimer Str., Bonn, B 56, Am Burgweiher, Hardtberg 2015: K 1, Meckenheimer Allee, Bonn, B 56, Am Burgweiher, Hardtberg Das bedeutet: Einhergehend mit dem Verzicht auf die Straßenausbaumaßnahmen würde sich dort der Unterhaltungsaufwand erhöhen und auf diesem Sektor zusätzliche Kosten verursachen. Werden die aufgeführten Erschließungsmaßnahmen nicht fertig gestellt, kann keine Refinanzierung durch die Grundstückseigentümer nach dem Baugesetzbuch oder dem Kommunalabgabengesetz erfolgen. Hinweis: Bei Maßnahmen mit Hinweis auf einen Landeszuschuss wird nur der Eigenanteil eingespart. Dies ist in den dargestellten Summen bereits berücksichtigt.	515	276	149	5 % Einsparung der Ansätze durch Verschiebung der investiven Maßnahmen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
41	D89	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Kartographie"	Für die Bereitstellung von kartographischen Planungsgrundlagen zum Beispiel für das Raumbezugsnetz als Basis des Geodatensystems, für statistische Zwecke oder Feuerwehreinsatzkarten und so weiter werden die Stadtplandaten regelmäßig erfasst und aktualisiert sowie darauf basierende Themendaten für interne Planungszwecke und für Dritte aufbereitet. Das bedeutet: Angebote wie der Onlinestadtplan unter http://www.bonn.de die Herausgabe von gedruckten Stadtplänen, die Darstellung von Karten in Werbebroschüren beziehungsweise Publikationen der Bonn Information sowie für das Tourismus- und Kongressmarketing könnten nicht mehr bereitgestellt werden.	559	322	157	Der Bereich Kartographie bleibt im bisherigem Umfang erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
42	D95	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung - Begrünung Verkehrsraum	Für die Begrünung von Straßenverkehrsinseln beziehungsweise Kreiseln im Stadtgebiet Bonn stehen jährlich 350.000 Euro zur Verfügung. Hiervon werden Neu- und Nachpflanzungen von Bäumen im Straßenraum vorgenommen. Das bedeutet: Bei einer Reduzierung dieser Mittel werden ausgebaute Straßen nicht mehr durch Straßenbegleitgrün aufgewertet. Leere Baumscheiben würden sich in Zukunft häufen, da keine neuen Baumpflanzungen mehr vorgenommen werden.	640	412	94	5 % Einsparung der Ansätze durch Verschieben von Maßnahmen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
43	D107	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen "Maßnahmen der Stadtgestaltung"	Ziel ist insbesondere den Innenstadtbereich attraktiver zu gestalten und damit das Zentrum der Stadt und des Umfeldes auch in seiner Funktionsfähigkeit zu stärken. Insbesondere die aktuell im Dezember 2010 vom Rat der Stadt beschlossene Gestaltungs- und Werbesatzung soll zur Verbesserung des Stadtbildes, der Stadtidentität und der Aufenthaltsqualität beitragen, was in der Folge zum Werterhalt des Standortes für Handel, Dienstleistung und Tourismus führt. Darüber hinaus ist 2010 eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die koordinierend die oben genannte Satzung wirkungsvoll mit flankierenden Maßnahmen im öffentlichen Raum unterstützen soll. Das bedeutet: Verzicht auf Fortführung der in 2010 eingerichteten verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zur Koordinierung von Maßnahmen im öffentlichen Raum; keine inhaltliche Begleitung der im Dezember 2010 beschlossenen Gestaltungs- und Werbesatzung; keine Bauberatung bei konkreten Anträgen; langjährig vorbereiteter Prozess (unter anderem "Gestaltungsoffensive Innenstadt" mit zum Teil intensiver Beratung von Antragstellern) zur gestalterischen Aufwertung der Innenstadt wird beendet; Verzicht auf gestaltende Vorbildwirkung im öffentlichen Raum als "Visitenkarte" für ganz Bonn und damit Verzicht auf Initiative der öffentlichen Hand, attraktive Rahmenbedingungen für gewünschte private Investitionen im Baubestand der Innenstadt zu schaffen; private Innenstadtakeure beziehungsweise Initiativen werden nicht mehr betreut	497	342	114	Die Maßnahmen zur Stadtgestaltung bleiben im bisherigen Umfang erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
44	D41	Diskussionsbeitrag: Einführung einer Sportstättenbenutzungsgebühr	Die Bundesstadt Bonn gibt pro Jahr rund 300.000 Euro für den laufenden Betrieb und die Unterhaltung ihrer Sportplätze und Sporthallen aus. Dazu kommen in den nächsten Jahren geplante Investitionen für Installierung von Flutlicht, Erhöhung von Ballfangzäunen, Einbau von Beregnungsanlagen, Sicherung von Tribünen und Zuwegungen, Anbau von Umkleidekabinen und andere mehr von rund 1 Millionen Euro pro Jahr. Diese Maßnahmen kommen zum überwiegenden Teil den Vereinen zugute, die die Sportanlagen nutzen. Bislang werden die Einrichtungen den Vereinen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Es wird vorgeschlagen, die Vereine an den Kosten für den laufenden Betrieb und die Unterhaltung der Sportanlagen zu beteiligen. Mögliche Varianten sind entweder - Abrechnung der Energiekosten für Beleuchtung, Heizung, Duschwasser et cetera - Abrechnung der Kosten der Unterhaltung durch den Sportstättenpflegedienst (alternativ könnten auch Vereinsmitglieder in Teilen dessen Aufgaben übernehmen) und der Kosten für Rasendünger, Sand et cetera oder durch die Einführung einer pauschalisierten Umlage. Zudem ist eine Vorfinanzierung baulicher Maßnahmen durch die Stadt und eine nachfolgende Investitionsumlage in Pauschalform denkbar. Alternativ ist denkbar, Investitionen nur noch bei Beteiligung des/der betroffenen Vereines(s) in entsprechender Höhe zu realisieren.	849	752	107	Ein Sportstättennutzungsentgelt wird erst eingeführt, wenn für alle Bonner Sportstätten ein Betrieb gewerblicher Art gegründet worden ist. Einsparungen durch diese Gründung fließen in den Sportetat.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
45	D4	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bonner Sommer"	Der "Bonner Sommer" ist ein kulturelles Veranstaltungsprogramm in der Bonner Innenstadt in den Monaten Juni, Juli und August und findet vorwiegend auf Plätzen der Bonner Innenstadt auf dem Markt, Münsterplatz, Bahnhofsvorplatz (Klanggrund), aber auch in Kirchen und Räumen in der City statt. Inhaltlich bietet der "Bonner Sommer" vor allem ein internationales Musikprogramm mit den Schwerpunkten Weltmusik, Jazz und Folk, aber auch Theater aus vielen Ländern und Kulturen. Der Besuch von Veranstaltungen des "Bonner Sommers" ist kostenlos. Für Veranstaltungen des Bonner Sommers werden jährlich rund 84.000 Euro für Honorare, Technik, 86.000 Euro Garagenmiete für die mobile Veranstaltungsbühne (die Zahlung der Miete erfolgt vom Kulturamt an das Marktamt) sowie 10.000 Euro Unterhaltungskosten für die Mobile Bühne aufgewendet. Zu diesen jährlichen Gesamtkosten von 180.000 Euro kommt ein Personalkostenanteil in Höhe von rund 90.500 Euro. Das bedeutet: Das Veranstaltungsprogramm "Bonner Sommer" findet seit 1970 als Service der Stadt Bonn für ihre Bürger und Gäste in der Bonner Innenstadt statt. Der "Bonner Sommer" belebt die City mit Kultur aus aller Welt und gibt Bonn ein internationales Flair. Bei einer Reduzierung oder Wegfall des "Bonner Sommers" verlore die Bonner Innenstadt an Lebensqualität und Bonn insgesamt eine Plattform für den Dialog mit den Kulturen der Welt. Mit 84.000 Euro Kosten für Honorare und Sachkosten zuzüglich Personalaufwendungen ist der "Bonner Sommer" ein außerordentlich preisgünstiges Festival. Allerdings sind die Unterhaltungskosten für die Mobile Bühne durchaus erheblich.	690	629	134	Für eine Neukonzeption des „Bonner Sommer“ stehen ab 2012 30.000 Euro zur Verfügung.	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.
46	D29	Diskussionsvorschlag: Hebesatzerhöhung der Gewerbesteuer um 20 Punkte von 460 auf 480 vom Hundert ab 2013	Bei der Gewerbesteuer handelt es sich um eine Steuer, die Bonner Unternehmen hauptsächlich in Abhängigkeit vom erzielten Gewinn zahlen müssen. Eine Erhöhung um 10 Hebesatzpunkte bedeutet jährliche Mehreinnahmen in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro. Der Bonner Gewerbesteuersatz liegt derzeit bei 460 Hebesatzpunkten und ist im Jahr 2010 um 10 Hebesatzpunkte erhöht worden. Vorgesehen ist eine Erhöhung ab 2013 um weitere 20 Punkte. Das Gewerbesteueraufkommen ist konjunkturabhängig und deshalb stark schwankend. Die Einnahmen belaufen sich im Jahr 2010 auf rund 150 Millionen Euro und haben einen Anteil von rund 35 Prozent an den Steuereinnahmen der Stadt Bonn. Risiken: Da Bonner Unternehmen eine höhere Gewerbesteuer zahlen müssten, könnte eine Verlagerung in das Umland stattfinden, wodurch sich wiederum die Gewerbesteuerbasis vermindert.	502	467	151	Alle Möglichkeiten zur Erzielung von Einnahmen werden ausgeschöpft.	Der Vorschlag wird umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
47	D66	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Kompetenzcheck"	Seit Mitte 2009 führt die Stadt Bonn einen einheitlichen und qualitativ hochwertigen Kompetenzcheck in den 8. Jahrgängen von Bonner Haupt- und Realschulen als Grundlage für eine gezielte Berufsorientierung und individuelle Förderung dieser Schülerinnen/Schüler durch. Der Kompetenzcheck soll auf Förderschulen ausgeweitet werden. Die bisherigen Erfahrungen in den Hauptschulen und Realschulen sind außerordentlich positiv. Der Kompetenzcheck ist eng verzahnt mit weiteren Maßnahmen zur frühzeitigen und gezielten Berufsorientierung/Berufsvorbereitung wie z. B. den Landesprojekten "Ein Topf" (=Förderung der Ausbildungsreife), ILJA (=Integration lernbehinderter Jugendlicher in Ausbildung) und dem Berufswahlpass plus in der Region Bonn/Rhein-Sieg sowie späteren berufsvorbereitenden Maßnahmen der Agentur für Arbeit. Bei einer Streichung der Mittel für den Kompetenzcheck werden insbesondere die Chancen für diejenigen Jugendlichen auf eine Lehrstelle und einen Beruf deutlich verringert, die schon in der Schule erkennbare Schwierigkeiten haben. Ein erprobtes und leistungsfähiges Diagnoseinstrument im Rahmen der schulischen Berufsorientierung und gezielten individuellen Förderung würde dann entfallen beziehungsweise nicht mehr ausreichend zur Verfügung stehen. Das wiederum wäre ein gravierender Nachteil insbesondere für Schülerinnen und Schüler, die persönliche Schwierigkeiten und Hemmnisse für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf aufweisen. Aufgrund bestehender Vereinbarungen könnte die Maßnahme erst zur zweiten Jahreshälfte 2011 umgesetzt werden. Die Einsparungen sind daher im Haushaltsjahr 2011 geringer als in den Folgejahren.	509	501	111	Die Mittel für den Kompetenzcheck bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
48	D92	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Haus der Natur"	Das Haus der Natur ist als Waldinformationszentrum eine Einrichtung, die in Zusammenarbeit mit dem Regionalforstamt betrieben wird. Das Haus der Natur wird jährlich von rund 20.000 Besuchern genutzt. Außerdem ist es Anlaufstelle für zahlreiche Exkursionen von Schulklassen. Die Räumlichkeiten wurden von der Stadt angemietet. Die Mietkosten betragen derzeit 30.000 Euro pro Jahr. Die Betreuung erfolgt durch einen Mitarbeiter des Forstamtes. Die Bundesstadt Bonn setzt darüber hinaus momentan zwei Zivildienstleistende dort ein. Aus arbeits- und sicherheitstechnischen Gründen sowie aufgrund inhaltlicher und pädagogischer Notwendigkeiten ist eine Sanierung des Hauses der Natur und eine Erweiterung dringend erforderlich und für 2012 geplant. Für die bisher in diesem Zusammenhang durchgeführten Planungen sind bereits Kosten in Höhe von 50.000 Euro angefallen. Ein entsprechender Ratsbeschluss zur Weiterführung der Maßnahme wurde gefasst. Es ist beabsichtigt Fördermittel in Höhe von 70 bis 80 Prozent zu beantragen. Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	649	661	146	Bei der investiven Maßnahme sind keine Einsparungen vorgesehen.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
49	D33	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Hallenbad Kurfürstenbad	Bonn verfügt, nach Schließung des Viktoriabades, derzeit über drei Schwimmhallen, fünf Freibäder und ein kombiniertes Hallen-/Freibad mit einem Kletterwald. Hinzu kommt das den SSF Bonn überlassene schwimmsportliche Trainingszentrum im Sportpark Nord mit seinem 50-Meter-Sportbecken und einem Lehrbecken. Für den Betrieb der öffentlichen Bäder wurden im Jahr 2009 rund 7,7 Millionen Euro aufgewendet. Dem stehen für alle Bäder jährliche Einnahmen von rund 1,4 Millionen Euro gegenüber. Der Zuschussbedarf für den Bäderbetrieb beträgt demnach jährlich rund 6,3 Millionen Euro. Ziel der Verwaltung ist es, in den kommenden Jahren das Bäderdefizit um 700.000 Euro zu verringern. Vorbehaltlich anderer Alternativen, wie beispielsweise die rechtliche Umwandlung in eine Bäder GmbH, Übernahme einzelner Bäder durch Fördervereine et cetera, kann dies nur durch weitere Schließungen erreicht werden. Das Kurfürstenbad ist die kleinste Schwimmhalle in Bonn und hat zudem die geringste Besucherzahl (Oktober 2010: 6.000). Im Jahr 2009 verzeichnete das Kurfürstenbad 67.205 Besucher. Auf Basis der betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung aus dem Jahr 2009 beträgt der Zuschussbedarf für das Kurfürstenbad rund 404.000 Euro pro Jahr. (Einnahmen: 118.000 Euro, Gesamtbelastung 522.000 Euro) Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	634	638	135	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
50	D42	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Stabsstelle Integration"	Die Stabsstelle Integration (Büro der Integrationsbeauftragten) ist innerhalb der Stadtverwaltung die erste Adresse bei allen Fragen zur kommunalen Integrationsförderung. Sie ist Ansprechpartnerin für alle städtischen Ämter und Einrichtungen sowie für die Bürger/innen und Einwohner/innen Bonns. Die Stabsstelle sorgt dafür, dass die städtischen Einrichtungen und Maßnahmen, die für die Integration der Migrantinnen und Migranten wichtig sind, in ein übergreifendes Konzept eingebunden werden, dass sie sich an gleichen Zielen orientieren und soweit wie möglich miteinander verzahnt werden. Zugleich greift die Stabsstelle neue Entwicklungen und Handlungsbedarfe beim Thema "Zuwanderung und Integration" auf. Durch Seminare, Fachgespräche, Integrationskonferenzen und Veranstaltungsreihen trägt die Stabsstelle Integration maßgeblich zu einem lebendigen und zielgerichteten Austausch aller Akteure bei. Konkrete Beispiele sind die Bonner Integrationskonferenz, Seminare für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in Beratungsstellen und Migrantenorganisationen, Veranstaltungen zum Dialog mit Muslimen oder auch das internationale und interkulturelle Kultur- und Begegnungsfest. Die Aktivitäten und Maßnahmen dienen der Qualifizierung und der zeitgemäßen Weiterentwicklung der Integrationsarbeit in Bonn. Das ist entscheidend dafür, dass die gesellschaftliche Aufgabe Integration in dieser Stadt auf Dauer bewältigt werden kann. Weitere Aufgaben sind unter anderem: Kommunales Integrationskonzept, Zusammenarbeit mit und Vernetzung von Einrichtungen und Organisationen, Institutionelle Förderung und Projektförderung von Vereinen und Organisationen, Öffentlichkeitsarbeit. Die Stabsstelle hat zudem seit Beginn ihrer Tätigkeit 2008 erfolgreiche Projekte initiiert, wie zum Beispiel BiBo - Bildungspatenschaften Bonn, Integrationslotsen für Bonn und das Internetportal www.integration-in-bonn.de . Sie werden aus den Haushaltsmitteln der Stabsstelle Integration finanziert (zum Beispiel BiBo - Bildungspatenschaften Bonn rund 3.000 Euro jährlich, Integrationslotsen für Bonn rund 5.500 Euro jährlich.) Das bedeutet: Das Thema Integration ist eine Querschnittsaufgabe von zentraler Bedeutung. Es ist eines der wichtigsten gesellschaftlichen Themen, erfährt große öffentliche Beachtung und berührt die Arbeit verschiedenster Fachämter sowie Einrichtungen und Organisationen, darunter etliche kleine und finanzschwache Vereine, die ehrenamtlich getragen werden. Für die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit ist eine zentrale Stelle wichtig, die diesen Prozess vorantreibt und ihm immer wieder neue Impulse gibt. Der Wegfall der Stabsstelle würde die Stadt Bonn in ihrem Ziel, die Integration nachhaltig zu fördern, deutlich zurückwerfen. Die Stabsstelle Integration wäre bei Kürzungen gezwungen, ihre Leistungen und Angebote erheblich einzuschränken und könnte ihre aktive Rolle in der Bonner Integrationsarbeit bei der Unterstützung und Beratung der Vereine, Organisationen sowie Fachämter der Stadt Bonn nicht mehr wahrnehmen.	689	729	153	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
51	D23	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Internationales"	<p>Im Bereich "Internationales" wird das Zukunftsprofil der Stadt Bonn als deutsche UNO-Stadt und internationaler Kongressstandort kontinuierlich weiterentwickelt und sichtbar gemacht. Es werden Leistungen erbracht, um Wirtschaftskraft am Standort zu konzentrieren und zur Reputation des Standortes im In- und Ausland beizutragen. An Aufgaben bedeutet dies zum Beispiel: Anwerbung/Begleitung von Ansiedlungen der Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen, Anwerbung/Begleitung von internationalen Konferenzen wie zum Beispiel der Konferenz der alternativen Nobelpreisträger oder der Biodiversitätskonferenz der Vereinten Nationen - Präsentation des internationalen Standortes vor internationalen Besuchern und Multiplikatoren, Schaffung von Netzwerken - Serviceleistungen für Mitarbeiter internationaler Organisationen - Konzeption und Durchführung internationaler Veranstaltungen wie des Tages der Vereinten Nationen, des Europatages, der Jahrespartnerschaften und so weiter - Information der Verwaltung und der Politik über neuere Entwicklungen in Europa sowie über Förderprogramme Akquisition von Drittmitteln Das bedeutet: Der internationale Bereich wurde ab Mitte der 90er Jahre systematisch ausgebaut, um das Zukunftsprofil der Stadt Bonn als deutsche Stadt der Vereinten Nationen und internationale Dialogplattform effektiv zu entwickeln. Bonn ist heute Sitz von 18 Einrichtungen der Vereinten Nationen, von 150 Nichtregierungsorganisationen, von denen rund 20 erfolgreich durch die Stadt angesiedelt wurden, und hat sich inzwischen zu einem gefragten Ort für internationale Konferenzen entwickelt. Diese positiven Ansätze gilt es weiterzuführen, zumal sich das Alleinstellungsmerkmal "Vereinte Nationen" für Stadt und Region finanziell wie ideell positiv auswirkt. UNO-Organisationen und internationale Einrichtungen schaffen zusätzliche Arbeitsplätze und generieren Einkommen. Aus den UNO-Sekretariaten kommen Aufträge in Höhe von rund 20 Millionen Euro pro Jahr. Zusammen mit den Umsätzen von internationalen Konferenzen sowie den Ausgaben von mehr als 850 Beschäftigten macht dies einen jährlichen Umsatz von 55 bis 65 Millionen Euro aus, mit steigender Tendenz. Auch aus diesem Grund wird von der Stadt erwartet, dass sie sich künftig vermehrt engagiert. In den letzten Jahren ist es unter großen Anstrengungen gelungen, Drittmittel für die Weiterentwicklung des internationalen Profils der Stadt einzuwerben: - 2008 bis 2012 rund 7 Millionen Euro für die Unterstützung von Ansiedlungen und Konferenzen sowie die Bekanntmachung des internationalen Standortes Bonn - pro Jahr rund 150.000 Euro für entwicklungspolitische Bildungsarbeit - 2010 rund 200.000 Euro aus Stiftungsmitteln für die Durchführung von Konferenzen, voraussichtlich ebenso 2010- 2011 bis 2013 insgesamt 511.000 Euro EU-Mittel für die Durchführung eines Projektes zu den Millenniumentwicklungszielen. Sollte der Bereich Internationales personell oder finanziell beschnitten statt weiter ausgebaut werden, würde dies den Strukturwandel der Stadt in einem wichtigen Zukunftsprofil hemmen. Gravierende wirtschaftliche Auswirkungen wären die Folge. Der erfolgreich entwickelte und weiter ausbaubare UNO-Standort Bonn geriete in Gefahr. Die Zahl der internationalen Konferenzen würde abnehmen.</p>	479	562	176	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
52	D2	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung "Bürgerbüro"	Das Bürgerbüro des Oberbürgermeisters nimmt Beschwerden und Anregungen sowie Fragen und Wünsche der Bonner Bürgerinnen und Bürger telefonisch, persönlich, per E-Mail und per Post als zentrales Beschwerdemanagement entgegen und wirkt auf eine zeitnahe und unbürokratische Klärung der jeweiligen Angelegenheit innerhalb der Verwaltung hin. Es organisiert die monatliche Bürgersprechstunde des Oberbürgermeisters und nimmt die Schriftführung (inklusive Vorbereitung) im Ausschuss für Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und Lokale Agenda wahr. Darüber hinaus wird der Deutsche Bürgerpreis in Bonn vom Bürgerbüro betreut, dies bedeutet die Organisation der Werbung, Ansprache von Multiplikatoren, Sichtung und Organisation der eingehenden Bewerbungen und Vorschläge sowie Vor- und Nachbereitung der Jurysitzung. Das bedeutet: Bei einem Wegfall der Haushaltsmittel könnte der Service für den Bürger, der in den vergangenen Jahren immer sehr gut angenommen wurde, nicht mehr erbracht werden. Insbesondere die durchgehende Erreichbarkeit (persönlich und telefonisch) könnte für den Bürger nicht mehr gewährleistet werden, da Kürzungen nur über Personalreduzierungen realisiert werden können.	428	517	128	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
53	D31	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Hallenbad Beueler Bütt	Bonn verfügt nach Schließung des Viktoriabades derzeit über drei Schwimmhallen, fünf Freibäder und ein kombiniertes Hallen-/Freibad mit einem Kletterwald. Hinzu kommt das dem Verein Schwimm-Sport-Freunde Bonn überlassene schwimmsportliche Trainingszentrum im Sportpark Nord mit seinem 50-Meter-Sportbecken und einem Lehrbecken. Für den Betrieb der öffentlichen Bäder wurden im Jahr 2009 rund 7,7 Millionen Euro aufgewendet. Dem stehen für alle Bäder jährliche Einnahmen von rund 1,4 Millionen Euro gegenüber. Der Zuschussbedarf für den Bäderbetrieb beträgt demnach jährlich rund 6,3 Millionen Euro. Ziel der Verwaltung ist es, in den kommenden Jahren das Bäderdefizit um 700.000 Euro zu verringern. Vorbehaltlich anderer Alternativen, wie beispielsweise die rechtliche Umwandlung in eine Bäder GmbH, Übernahme einzelner Bäder durch Fördervereine et cetera, kann dies nur durch weitere Schließungen erreicht werden. Das Hallenbad "Beueler Bütt" wird intensiv durch Schulen und Vereine genutzt. Im Jahr 2009 verzeichnete das Bad 86.426 Besucher. Das Gebäude ist energetisch saniert. Dies hat zu Einsparungen bei den Energiekosten geführt, die durch ein Contracting mit einem Energieunternehmen zusätzlich gesenkt werden konnten. Weitere Alleinstellungsmerkmale der "Beueler Bütt" sind der zusätzliche Gymnastikraum, ein Ruderkeller sowie eine (verpachtete) Sauna mit Physiotherapie. Auf Basis der betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung aus dem Jahr 2009 beträgt der Zuschussbedarf für die "Beueler Bütt" rund 738.000 Euro pro Jahr. (Einnahmen: 86.000 Euro, Belastung 824.000 Euro) Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	543	678	157	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
54	D7	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse im interkulturellen Bereich"	Förderung von Vereinen, Verbänden und Organisationen im interkulturellen Bereich, Projektförderungen, vorrangig von Migrantenselbstorganisationen, sowie Maßnahmen, die aus der Fortschreibung des Integrationskonzeptes resultieren, sollen im Jahr 2011 ein Gesamtvolumen von 278.966 Euro umfassen und teilen sich wie folgt auf: Institutionelle Förderung:Die Förderung erfolgt aufgrund von Beschlüssen des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen. Vorgesehenes Budget: 170.410 Euro. Es werden Fördermittel für die folgenden sechs Träger und Einrichtungen bereitgestellt: Deutsches Rotes Kreuz: Migrationsdienste (56.760 Euro) Frauen lernen gemeinsam e.V.: Migrantinnen-treff Gülistan (41.450 Euro) Evangelische Migrations- und Flüchtlingsarbeit: Beratungsstelle (29.500 Euro) Bildungswerk für Friedensarbeit (18.000 Euro) Heimstatt e.V. Bonn: Jugendmigrationsdienst Bonn (13.500 Euro) Arbeiterwohlfahrt: Internationales Zentrum (11.200 Euro) 2. Förderung von Projekten von Initiativen, Vereinen und Verbänden. Vorgesehenes Budget: 53.556 Euro. Beispiele für Projektförderungen aus dem Jahr 2010 (jeweilige Träger in Klammern): - Gesundheitsförderung für Migrantinnen und Migranten (Pro Familia) - Hausaufgabenbetreuung, Lernförderung (zum Beispiel Süleymaniye-Moschee, Evangelische Lukasgemeinde) - Mehrsprachiger Flyer AK Vielfalt Tannenbusch (verschiedene Migrantenorganisationen und andere) - Entwicklung interkultureller Kompetenz und beruflicher Perspektiven von Jugendlichen sowie Reihe Informationsabende für Migranten- eltern (Fraueninitiative für Bildung und Erziehung FIBEr e.V.) - Workshop Starke Kids für afrikanische und afrodeutsche Kinder (Verband binationaler Familien iaf e.V.) 3. Maßnahmen zur Umsetzung des Integrationskonzeptes. Vorgesehenes Budget 55.000 Euro. Folgende Maßnahmen sind geplant:- Individuelle Lernförderung für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, um bessere Bildungsabschlüsse zu erreichen, - Ausbau des Programms "Rucksack" zur Sprachförderung und Elternbildung.Das bedeutet: Prozentuale Kürzungen ab 2010 hätten folgende Auswirkungen (jeweils ausgehend von der Gesamtsumme 2011): Kürzung um 5 Prozent: 13.950 Euro Kürzung um 10 Prozent: 27.896 Euro Kürzung um 15 Prozent: 41.844 Euro Bei Kürzungen der institutionellen Förderung ist davon auszugehen, dass Träger und Vereine ihre Angebote und Aktivitäten einschränken werden.Kürzungen von Projektmitteln führen dazu, dass Projekte nur noch sehr eingeschränkt durchgeführt werden können. Dies würde insbesondere Migrantenorganisationen und kleine Träger betreffen, die in der Regel nicht über Eigenmittel verfügen, aber wichtige Integrations- und Bildungsangebote durchführen.Die konkrete Umsetzung des Integrationskonzeptes wird durch Kürzungen gefährdet. Denn gerade die wichtigen Bildungsmaßnahmen für Kinder und Jugendlichen müssen auf Dauer angelegt sein, damit sie zum Erfolg führen können.	583	763	121	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
55	D56	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bonn-Information"	Für Besucher aus dem In- und Ausland ist die Bundesstadt Bonn eine attraktive Adresse. Bonn machte sich nicht nur als Kongress- und Tagungsstadt einen Namen, sondern gewinnt auch zunehmend als attraktive Kulturstadt und als Städtereiseziel an Bedeutung. Die städtische Bonn Information bietet den Bürgern und Besuchern einen umfassenden Komplettservice unter einem Dach: Tourist Information mit Zimmervermittlung, Mobilitätsberatung, Theater- und Konzertkasse, Stadtrundfahrten und Gästeführerservice. Darüber hinaus begleitet die Bonn Information verschiedene touristische Projekte wie zum Beispiel das Projekt "RheinRadRegion" oder das Projekt "Weg der Demokratie". Neben den eigenen touristischen Angeboten durch die Bonn Information beteiligt sich die Stadt als Hauptgesellschafter an der Tourismus & Congress GmbH Bonn/ Rhein-Sieg/ Ahrweiler (T&C). Ziel aller Aktivitäten ist die Förderung des Fremdenverkehrs und damit die Steigerung der Übernachtungszahlen sowie unter anderem der Anzahl der Teilnehmer an BonnTouren und Gästeführungen. Im Jahr 2009 haben sich insgesamt rund 47.000 Teilnehmer/-innen aus dem In- und Ausland an Stadtrundfahrten und -rundgängen über Bonn teilgenommen, die von der Bonn-Information durchgeführt und vermittelt wurden. Das bedeutet: Das Nach Angaben des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr (D-WIF) liegt die Wertschöpfung des Tourismus in Bruttoumsätzen in Bonn und der Region jährlich bei fast 365 Millionen Euro. Die Ausgaben bei Übernachtungsgästen für diese Destination liegen konkret bei 156,80 Euro pro Tag und Person und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 131 Euro. Gerade vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten der öffentlichen Hand ist eine klar umrissene Darstellung eines Ortes zur Erzielung von touristischer, sozialer und kultureller Standort-Bevorzugung oder zur Unterstützung der Identifikation von Wirtschaft und Bürgern mit der Stadt von höchster Bedeutung. In diesem Sinne tritt die Bonn Information mit umfassenden kostenlosen Serviceleistungen und dem Ziel der Förderung des Fremdenverkehrs im Tagungs- und Übernachtungstourismus zugleich als wichtiger Multiplikator für die Hotellerie, der Gastronomie, dem Einzelhandel, den kulturellen Einrichtungen und vielen weiteren touristischen Partnern auf. Eine Streichung oder Reduzierung dieser Serviceleistungen hätte daher kurz- und langfristig erhebliche finanzwirtschaftliche Einbußen im Tourismus für Bonn und Region zur Folge.	463	696	189	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
56	D34	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Freibad Friesi	Bonn verfügt, nach Schließung des Viktoriabades, derzeit über drei Schwimmhallen, fünf Freibäder und ein kombiniertes Hallen-/Freibad mit einem Kletterwald. Hinzu kommt das den SSF Bonn überlassene schwimmsportliche Trainingszentrum im Sportpark Nord mit seinem 50-Meter-Sportbecken und einem Lehrbecken. Für den Betrieb der öffentlichen Bäder wurden im Jahr 2009 rund 7,7 Millionen Euro aufgewendet. Dem stehen für alle Bäder jährliche Einnahmen von rund 1,4 Millionen Euro gegenüber. Der Zuschussbedarf für den Bäderbetrieb beträgt demnach jährlich rund 6,3 Millionen Euro. Ziel der Verwaltung ist es, in den kommenden Jahren das Bäderdefizit um 700.000 Euro zu verringern. Vorbehaltlich anderer Alternativen, wie beispielsweise die rechtliche Umwandlung in eine Bäder GmbH, Übernahme einzelner Bäder durch Fördervereine et cetera, kann dies nur durch weitere Schließungen erreicht werden. Das Freibad Friesdorf hat den geringsten Zuschussbedarf aller Bonner Bäder, hat andererseits aber die wenigsten Badegäste (2010: 33.263; in die anderen Bäder kommen jeweils mehr als doppelt so viele Besucher). Auf Basis der betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung aus dem Jahr 2009 beträgt der Zuschussbedarf für das "Friesi" rund 138.000 Euro pro Jahr. (Einnahmen: 61.000 Euro, Gesamtbelastung 199.000 Euro). Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	607	834	134	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
57	D5	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung freiwillige Leistung "Rheinisches Lesefest - Käpt'n Book"	Seit 2003 veranstaltet die Bundesstadt Bonn mit großem Erfolg das Lesefest "Käpt'n Book". Dieses richtet sich an Kinder und Jugendliche und soll das Interesse an Literatur bei jungen Menschen im Zeitalter der elektronischen Medien nachhaltig fördern. Seit 2010 ist "Käpt'n Book" nun als "Rheinisches Lesefest - Käpt'n Book" eine vom Land Nordrhein-Westfalen von bis zu 50 Prozent mitfinanzierte regionale kulturelle Schwerpunktveranstaltung, an der neben der federführenden Stadt Bonn auch Hennef, Leverkusen, Rheinbach, Troisdorf, Wachtberg, Waldbröl und der Oberbergische Kreis teilnehmen. Ab 2011 wollen auch Alfter, Bornheim, Brühl, Eitorf, Gummersbach, Meckenheim und Sankt Augustin teilnehmen. Thema für 2011 soll sein: "Käpt'n Book umsegelt die Welt - Migration und Integration". Inhaltlicher Focus der Veranstaltungsreihe werden Autorenlesungen renommierter deutscher und internationaler Jugendbuchautorinnen/-autoren sein: - es wird ein Geschichtswettbewerb für Schülerinnen/Schüler ausgeschrieben, - mehrere Workshops im Theater-, Figuren- und Puppentheaterbereich werden angeboten, - in Ausstellungen sind die künstlerischen Umsetzungen literarischer Texte durch Profis und Laien zu sehen, - Themenfeste in Bibliotheken, Museen, Kulturzentren, Theatern et cetera sind generationsübergreifende Höhepunkte. Sie finden an Wochenenden statt. Das bedeutet: Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Förderung von 50 Prozent der Gesamtkosten (106.000 Euro) übernommen und diese auch für die kommenden Jahre in Aussicht gestellt, da es das "Rheinische Lesefest - Käpt'n Book" als beispielhaftes Projekt der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche und als herausragendes Vorhaben regionaler Zusammenarbeit ansieht. Ein Wegfall des Lesefestes wäre zum einen die ersatzlose Streichung eines wichtigen Projektes der kulturellen Bildung in Bonn, zum anderen würde es den Verlust umfangreicher Zuschüsse des Landes Nordrhein-Westfalen und einen Schaden für die interkommunale Zusammenarbeit bedeuten.	564	816	133	Das Rheinische Lesefest „Käpt'n Book“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
58	D37	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Freibad Ennertbad	Bonn verfügt, nach Schließung des Viktoriabades, derzeit über drei Schwimmhallen, fünf Freibäder und ein kombiniertes Hallen-/Freibad mit einem Kletterwald. Hinzu kommt das den SSF Bonn überlassene schwimmsportliche Trainingszentrum im Sportpark Nord mit seinem 50-Meter-Sportbecken und einem Lehrbecken. Für den Betrieb der öffentlichen Bäder wurden im Jahr 2009 rund 7,7 Millionen Euro aufgewendet. Dem stehen für alle Bäder jährliche Einnahmen von rund 1,4 Millionen Euro gegenüber. Der Zuschussbedarf für den Bäderbetrieb beträgt demnach jährlich rund 6,3 Millionen Euro. Ziel der Verwaltung ist es, in den kommenden Jahren das Bäderdefizit um 700.000 Euro zu verringern. Vorbehaltlich anderer Alternativen, wie beispielsweise die rechtliche Umwandlung in eine Bäder GmbH, Übernahme einzelner Bäder durch Fördervereine et cetera, kann dies nur durch weitere Schließungen erreicht werden. Das Ennertbad ist das einzige Freibad im gesamten Stadtbezirk Beuel und wurde im Jahr 2009 mit hohem Aufwand zum Karibikbad umgestaltet. Dies hat zu einer großen Steigerung der Besucherzahlen geführt. Vor der Umgestaltung (2008) kamen knapp 50.000 Gäste, in der Saison 2010 waren es über 80.000. Das Ennertbad wird zurzeit mit einer Solarabsorberanlage ausgestattet, was künftig zu hohen Energieeinsparungen führen wird. Auf Basis der betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung aus dem Jahr 2009 beträgt der Zuschussbedarf für das Ennertbad rund 947.000 Euro pro Jahr. (Einnahmen: 154.000 Euro, Belastung 1.101.000 Euro) Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	473	741	157	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
59	D106	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Radverkehrskoordination"	Die Bundesstadt Bonn strebt an, den Anteil umweltfreundlicher Verkehrsmittel deutlich zu erhöhen. Insbesondere auf dem Gebiet des Radverkehrs wurden in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen. Strategische Überlegungen (Stichwort: Fahrradhauptstadt 2020) wurden angestellt, übergeordnete Planungskonzepte (Haupttroutenkonzept, wegweisende Beschilderung, Fahrradabstellanlagenkonzepte, Öffnung von Einbahnstraßen, ...) wurden erarbeitet, Aktionen zur Hebung der Verkehrssicherheit (zum Beispiel Aktion "Licht an!") wurden in die Wege geleitet und der gegenseitige Austausch zwischen den Akteuren koordiniert (Runder Tisch Radverkehr mit drei Arbeitskreisen). Aufgrund dieser Anstrengungen ist die Stadt Bonn auch als Mitglied in die Arbeitsgemeinschaft der fahrradfreundlichen Städte, Gemeinden und Kreise Nordrhein-Westfalen (AGFS) aufgenommen worden. Der Radverkehrskoordination obliegt in diesem Zusammenhang die inhaltliche und operative Steuerung des Prozesses. Es handelt sich hierbei nicht um ein einmaliges Projekt, sondern um einen kontinuierlich stattfindenden Prozess. Das bedeutet: Sollte die Koordination der entsprechenden Aktivitäten im Sinne einer abgestimmten Bündelung zurück gefahren werden, so wird es in Zukunft keine strategische Entwicklung mit dieser Thematik mehr geben können. Verkehrs- und umweltpolitische Ziele wären dann nicht zu erreichen, der Radverkehr könnte seine Aufgabe als echte Alternative zum Autoverkehr nicht wahrnehmen. Weitere verkehrspolitisch geforderte Aktivitäten (Fahrradstraßenkonzept, Mietfahrradsystem, Schaffung von Lückenschlüssen im Radwegenetz, et cetera) könnten nicht bedient werden. Die Verkehrssicherheit im Radverkehr würde sinken, da Unfallvorbeugung im Radverkehr nicht mehr konzeptionell bearbeitet werden kann. Bei einem Wegfall einer koordinierenden Stelle könnten zudem Zuwendungsmittel zu infrastrukturellen Radverkehrsmaßnahmen nicht generiert werden. Die Bundesstadt Bonn verlöre ihre Mitgliedschaft in der AGFS, was neben den zuvor genannten verkehrlichen Konsequenzen auch einen erheblichen Imageverlust zur Folge hätte.	419	731	77	Der Bereich Radverkehrskoordination bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
60	D51	Diskussionsvorschlag: Wegfall oder Kürzung der freiwilligen Leistung "Stadtmuseum"	Beim StadtMuseum Bonn handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe. Gemäß Satzung ist es Aufgabe des StadtMuseums, die Geschichte und Kulturgeschichte der Bundesstadt Bonn durch Präsentation einer ständigen Sammlung und zusätzlicher Wechselausstellungen, ergänzt um spezielle Angebote zur Stadtgeschichte oder zur allgemeinen Kunst und Kulturgeschichte, zu vermitteln. Neben den Ausstellungsräumen in der Franziskanerstraße 9 gehört auch das Ernst-Moritz-Armdt Haus zum StadtMuseum, beide Häuser hatten 2009 rund 8.500 Besucher. Das Ausgabebudget des StadtMuseums für das Jahr 2011 (Haushaltsentwurf) liegt bei rund 682.000 EUR, die Einnahmen liegen bei rund 35.000 Euro und der jährliche Zuschussbedarf somit bei rund 647.000 Euro, der sich bis 2015 auf rund 650.000 Euro erhöhen wird. Der jährliche Zuschuss beinhaltet im Wesentlichen die Personal- und Gebäudekosten sowie Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, wie zum Beispiel die Bewachungskosten während den Öffnungszeiten (jährlich rund 50.000 Euro). Das bedeutet: Eine Reduzierung des Zuschusses würde dazu führen, dass das StadtMuseum seinen satzungsgemäßen Auftrag nicht mehr im bisherigen Umfang erfüllen kann und seine bisherigen geringen Öffnungszeiten (Donnerstag - Samstag 13.00 - 18.00 Uhr, Sonntag 11.30 - 17.00 Uhr, Montag 09.30 - 14.00 Uhr) weiter einschränken muss.	636	974	166	Der Ansatz für 2012 steht unter der Maßgabe einer transparenten Haushaltswirtschaft und Einsparung bzw. Saldoverbesserung. Vor Abschluss der Arbeiten zum Kulturkonzept werden keine Einsparungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
61	D39	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Freibad Rüngsdorf	Bonn verfügt, nach Schließung des Viktoriabades, derzeit über drei Schwimmhallen, fünf Freibäder und ein kombiniertes Hallen-/Freibad mit einem Kletterwald. Hinzu kommt das den SSF Bonn überlassene schwimmsportliche Trainingszentrum im Sportpark Nord mit seinem 50-Meter-Sportbecken und einem Lehrbecken. Für den Betrieb der öffentlichen Bäder wurden im Jahr 2009 rund 7,7 Millionen Euro aufgewendet. Dem stehen für alle Bäder jährliche Einnahmen von rund 1,4 Millionen Euro gegenüber. Der Zuschussbedarf für den Bäderbetrieb beträgt demnach jährlich rund 6,3 Millionen Euro. Ziel der Verwaltung ist es, in den kommenden Jahren das Bäderdefizit um 700.000 Euro zu verringern. Vorbehaltlich anderer Alternativen, wie beispielsweise die rechtliche Umwandlung in eine Bäder GmbH, Übernahme einzelner Bäder durch Fördervereine et cetera, kann dies nur durch weitere Schließungen erreicht werden. Trotz seiner exponierten Lage im zweitgrößten Stadtbezirk liegt das Freibad Rüngsdorf nahe am Bonner Stadtrand und kommt damit in hohem Maße Badegästen aus benachbarten Kommunen zugute. Das Bad hat sehr gute Besucherzahlen - mit einem durchschnittlichen Tagesbesuch von 847 Badegästen liegt es 2010 auf dem zweiten Platz (85.970 Besucher im Jahr 2009). Becken und Technik stammen aus dem Jahr 1993 und verursachen vergleichsweise geringe Unterhaltungskosten. Auf Basis der betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung aus dem Jahr 2009 beträgt der Zuschussbedarf rund 724.000 Euro pro Jahr. (Einnahmen: 174.000 Euro, Belastung 898.000 Euro). Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	565	916	149	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
62	D32	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Hallenbad Frankenbad	Bonn verfügt, nach Schließung des Viktoriabades, derzeit über drei Schwimmhallen, fünf Freibäder und ein kombiniertes Hallen-/Freibad mit einem Kletterwald. Hinzu kommt das den SSF Bonn überlassene schwimmsportliche Trainingszentrum im Sportpark Nord mit seinem 50-Meter-Sportbecken und einem Lehrbecken. Für den Betrieb der öffentlichen Bäder wurden im Jahr 2009 rund 7,7 Millionen Euro aufgewendet. Dem stehen für alle Bäder jährliche Einnahmen von rund 1,4 Millionen Euro gegenüber. Der Zuschussbedarf für den Bäderbetrieb beträgt demnach jährlich rund 6,3 Millionen Euro. Ziel der Verwaltung ist es, in den kommenden Jahren das Bäderdefizit um 700.000 Euro zu verringern. Vorbehaltlich anderer Alternativen, wie beispielsweise die rechtliche Umwandlung in eine Bäder GmbH, Übernahme einzelner Bäder durch Fördervereine et cetera, kann dies nur durch weitere Schließungen erreicht werden. Das Frankenbad hat mit Abstand die höchste Besucherzahl aller Bonner Hallenbäder (im September und Oktober 2010 jeweils über 13.000). Im Jahr 2009 verzeichnete das Frankenbad 89.702 Besucher. Andererseits hat das Frankenbad den höchsten Zuschussbedarf aller Schwimmhallen. Durch eine Schließung könnten hohe Sanierungskosten erspart werden, die bei einem Weiterbetrieb in den kommenden Jahren zwingend zu leisten sind. Auf Basis der betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung aus dem Jahr 2009 beträgt der Zuschussbedarf für das Frankenbad rund 878.000 Euro pro Jahr. (Einnahmen: 106.000 Euro, Belastung 984.000 Euro). Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	474	828	134	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
63	D86	Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Öffentliche Toilettenanlagen"	Die Bundesstadt Bonn bietet als freiwillige Aufgabe gegen Gebühr in verschiedenen Ortsteilen den Service der Bereitstellung und Unterhaltung von öffentlichen - teils behindertengerechten - Toilettenanlagen an. Die Einnahmen aus Gebühren decken bei weitem nicht die Betriebskosten. Im Jahr 2009 wurden 4.175,38 Euro an Benutzungsgebühren vereinnahmt. Diesen Einnahmen standen alleine im Bereich des Amtes für Stadtreinigung und Abfallwirtschaft als eine der serviceleistenden Dienststellen 73.444,21 Euro an Sachausgaben für die Unterhaltung mit Strom, Gas, Wasser, Verbrauchsmaterialien und Grundbesitzabgaben gegenüber. Hinzu kommen nicht unerhebliche Personal- und Reinigungskosten. Zudem sind die Toilettenanlagen nicht selten Ziel von Vandalismus, dessen Beseitigung auch erhebliche Kosten verursacht und die in dem dargestellten Einsparvolumen noch nicht berücksichtigt sind. Von einer Kürzung wären beispielhaft folgende Toilettenanlagen betroffen: - Bonn: Kiosk Remigiusplatz, Tiefgarage Marktplatz, Kiosk am Brassertufer/ Anleger KD - Beuel: Ruderhaus Elsa-Brandström-Straße, Jugendverkehrsschule Landgrabenweg (B) - Bad Godesberg: Postpavillion und Parkrestaurant Rheinaue (B), beide Ludwig-Erhard-Allee - Hardtberg: Weierbornstraße, Kirchplatz (B), Ladestraße Bahnhof Duisdorf (nur bei Ortsteilfesten geöffnet (B), Fahrenheitstraße Ortsteilzentrum (B) Die behindertengerechten Toilettenanlagen sind gesondert unter B ausgewiesen.	400	772	79	Bis 2012 keine Umsetzung des Vorschlags. Ab 2013 Reduzierung auf rund die Hälfte des bisherigen Ansatzes.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
64	D109	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Kunstmuseum Bonn"	Beim Kunstmuseum Bonn handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt Bonn. Gemäß Satzung ist es Zweck des Kunstmuseum Bonn die bildende Kunst zu pflegen und zur Verbreitung des Kunstverständnisses beizutragen. Daneben ist es Aufgabe des Museums die der Stadt Bonn gehörenden Kunstwerke von zum Teil sehr hohem Wert zu pflegen und zu erhalten. Mit einer der international wichtigsten Sammlungen zur deutschen Kunst verfügt das Kunstmuseum Bonn - auf der Basis seiner zentralen August Macke-Bestände - über ein bundesweit einmaliges Sammlungsprofil, dessen Bedeutung innerhalb der letzten Jahrzehnte zudem stetig gewachsen ist. Ein wesentliches Ziel der Bonner Sammlungspolitik besteht darin, deutsche Kunst nicht in ganzer Breite dokumentieren zu wollen, sondern sich auf eine überschaubare Gruppe herausragender Künstler und Künstlerinnen zu konzentrieren, von denen jeweils ganze Werkgruppen und Ensembles erworben werden. Eine der Schwerpunktsetzungen des Hauses bildet die Beschäftigung mit den Ausdrucksformen heutiger Malerei. Wichtige zusätzliche Akzente setzt das Haus sowohl im Bereich der Ausstellungen wie auch der Sammlung durch Präsentationen und Ankäufe im Bereich der Fotografie und Medienkunst. Das Kunstmuseum wird jährlich von 80.000 Gästen aus dem In- und Ausland besucht. Das Ausgabebudget des Kunstmuseums für das Jahr 2011 (Haushaltsentwurf) liegt bei rund 5 Millionen Euro, die Einnahmen liegen bei rund 340.000 Euro und der jährliche Zuschussbedarf somit bei rund 4,7 Millionen Euro, dieser bleibt bis 2015 unverändert. Das bedeutet: Eine Reduzierung des Zuschusses führt dazu, dass das Kunstmuseum seinen satzungsgemäßen Auftrag nicht mehr im bisherigen Umfang erfüllen kann. In einem ersten Schritt müssten Sachkosten eingespart werden mit der Folge, dass die Anzahl von Ausstellungen verringert und die Öffnungszeiten reduziert werden müssten. Außerdem müssten die für den Werterhalt der im städtischen Eigentum stehenden Kunstwerke erforderlichen Arbeiten reduziert werden, wodurch die Gefahr besteht, dass die Werke an Wert verlieren bzw. schlimmstenfalls ganz zerstört werden und untergehen. Im Kunstmuseum sind derzeit 46 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Darunter sind 28 Mitarbeiter/-innen, die aufgrund ihrer Qualifikation nicht in anderen Bereichen der Stadtverwaltung Bonn eingesetzt werden können.	809	1152	202	Beim Kunstmuseum werden keine Kürzungen vorgenommen, da eine weitere Einschränkung der Öffnungszeiten das Kunstmuseum auch auf der Einnahmeseite belasten würde.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
65	D35	Diskussionsvorschlag: Wegfall der Freiwilligen Leistung - Kombibad Hardtbergbad	Bonn verfügt, nach Schließung des Viktoriabades, derzeit über drei Schwimmhallen, fünf Freibäder und ein kombiniertes Hallen-/Freibad mit einem Kletterwald. Hinzu kommt das den SSF Bonn überlassene schwimmsportliche Trainingszentrum im Sportpark Nord mit seinem 50-Meter-Sportbecken und einem Lehrbecken. Für den Betrieb der öffentlichen Bäder wurden im Jahr 2009 rund 7,7 Millionen Euro aufgewendet. Dem stehen für alle Bäder jährliche Einnahmen von rund 1,4 Millionen Euro gegenüber. Der Zuschussbedarf für den Bäderbetrieb beträgt demnach jährlich rund 6,3 Millionen Euro. Ziel der Verwaltung ist es, in den kommenden Jahren das Bäderdefizit um 700.000 Euro zu verringern. Vorbehaltlich anderer Alternativen, wie beispielsweise die rechtliche Umwandlung in eine Bäder GmbH, Übernahme einzelner Bäder durch Fördervereine et cetera, kann dies nur durch weitere Schließungen erreicht werden. Das Hardtbergbad ist das einzige Kombibad in Bonn und lässt sich durch entsprechende Synergieeffekte wirtschaftlich sinnvoll betreiben. Andererseits liegt es am Stadtrand und im kleinsten Stadtbezirk. Es kommt in hohem Maße Badegästen außerhalb Bonns zugute. Die monatliche Besucherzahl (nur Schwimmhalle) liegt bei 9.000 im Schnitt, den Freibadteil besuchten 2010 rund 90.000 Gäste (Platz 1 der Bonner Freibäder). Auf Basis der betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung aus dem Jahr 2009 beträgt der Zuschussbedarf für das Hardtbergbad rund 1.258.000 Euro pro Jahr. (Einnahmen: 239.000 Euro, Gesamtbelastung 1.496.000 Euro) Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	442	804	150	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
66	D14	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Institutionelle Förderung sozialer Dienstleistern"	Wohlfahrtsverbände, Vereine und Verbände, die für Bonner Bürgerinnen und Bürger soziale Dienstleistungen erbringen, erhalten Zuschüsse zur Sicherstellung der Verbandstätigkeit, insbesondere für Projekte zur Entwicklung neuer und Erweiterung bestehender Arbeitsfelder. Das Amt für Soziales und Wohnen beabsichtigt im Rahmen der Haushaltsplanung dafür 272.950 Euro aufzuwenden. Das bedeutet: Eine Kürzung der Haushaltsmittel bedeutet, dass Vereine und Verbände nicht mehr in dem bisherigen Umfang ihre Verbandstätigkeit ausüben können. Darüber hinaus ist die bedarfsgerechte und notwendige Entwicklung neuer sowie die Überarbeitung bestehender Strukturen und Angebote in der sozialen Landschaft Bonns gefährdet beziehungsweise ab 15 Prozent Kürzung wird dies nicht mehr möglich sein. Vereine und Verbände sind dann in ihrer Existenz gefährdet.	286	673	142	Der Bereich „Institutionelle Förderung sozialer Dienstleister“ bleibt im bisherigen Umfang erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
67	D108	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung "Soziale Stadt - Neu-Tannenbusch"	Maßnahmen im Rahmen des Programms 'Soziale Stadt' nach § 171e Baugesetzbuch zielen auf Ortsteile, in denen aufgrund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der dort lebenden und arbeitenden Menschen soziale Missstände bestehen. Sofern die notwendige, aufeinander abgestimmte Bündelung investiver und sonstiger Maßnahmen unterbleibt, besteht die Gefahr, dass eine weitere Destabilisierung und Abwertung des Stadtteils eintritt und die sozialen, städtebaulichen, wirtschaftlichen und Sicherheitsmissstände sich verschärfen. Ohne den förmlichen Beschluss über das Gebiet entfällt die Grundlage der Förderung durch Bund und Land; in dem konkreten Fall beträgt die Förderquote 2011 ff. 60 Prozent. Die Maßnahme ist in Ansehung einer bereits prekären Haushaltsituation erst in den letzten 2 Jahren forciert bearbeitet und unter breiter Mitwirkung der Bevölkerung vor Ort konkretisiert worden. Im Rahmen des integrierten Handlungsansatzes und im Vertrauen auf die Kontinuität sind Aktivitäten Dritter (zum Beispiel Studentenwerk Bonn, lokale Akteurgemeinschaften) entfaltet und finanzielle Leistungen erbracht worden. Das bedeutet: Die Maßnahme "Soziale Stadt Tannenbusch" ist nur als Gesamtmaßnahme durchführbar, eine Reduzierung ist nicht möglich.	412	854	137	Die Gesamtmaßnahme „Soziale Stadt – Neu-Tannenbusch“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
68	D36	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Freibad Römerbad	Bonn verfügt, nach Schließung des Viktoriabades, derzeit über drei Schwimmhallen, fünf Freibäder und ein kombiniertes Hallen-/Freibad mit einem Kletterwald. Hinzu kommt das den SSF Bonn überlassene schwimmsportliche Trainingszentrum im Sportpark Nord mit seinem 50-Meter-Sportbecken und einem Lehrbecken. Für den Betrieb der öffentlichen Bäder wurden im Jahr 2009 rund 7,7 Millionen Euro aufgewendet. Dem stehen für alle Bäder jährliche Einnahmen von rund 1,4 Millionen Euro gegenüber. Der Zuschussbedarf für den Bäderbetrieb beträgt demnach jährlich rund 6,3 Millionen Euro. Ziel der Verwaltung ist es, in den kommenden Jahren das Bäderdefizit um 700.000 Euro zu verringern. Vorbehaltlich anderer Alternativen, wie beispielsweise die rechtliche Umwandlung in eine Bäder GmbH, Übernahme einzelner Bäder durch Fördervereine et cetera, kann dies nur durch weitere Schließungen erreicht werden. Das Römerbad ist wettkampftauglich und hat als größtes Bonner Freibad entsprechende Besucherzahlen: 2010 kamen im Tagesdurchschnitt 940 Badegäste - mehr als in jedem anderen Bonner Bad (94.232 Besucher im Jahr 2009). Auf Basis der betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung aus dem Jahr 2009 beträgt der Zuschussbedarf für das Römerbad rund 714.000 Euro pro Jahr. (Einnahmen: 199.000 Euro, Gesamtbelastung 913.000 Euro) Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	396	834	126	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
69	D87	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Wildgehege"	Das Wildgehege auf der Waldau ist ein beliebtes Ausflugsziel der Bonner Bevölkerung, darüber hinaus aber auch ein Magnet für Besucher der Stadt. Es leistet einen wesentlichen Beitrag, dass die Waldau das Naherholungsgebiet für Bonn ist. Im Wildgehege der Bundesstadt an der Waldau Bonn befinden sich die heimischen Wildtierarten Schwarzwild, Rotwild und Damwild. Mit dem Wildgehege sind Kosten in etwa von 63.500 Euro verbunden. Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	322	794	103	Das Wildgehege bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
70	D62	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an Schullandheime"	Die Bundesstadt Bonn wendet jährlich 62.500 Euro zur Unterstützung von Schullandheimen auf. Hiervon entfallen auf das Schullandheim Brohl-Lützing 50.000 Euro sowie auf die Schullandheime Aremberg und Kronenburg jeweils 6.250 Euro pro Jahr. Die Schullandheime Aremberg und Kronenburg werden hauptsächlich von den städtischen Schulen Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium, Friedrich-Ebert-Gymnasium und Clara-Schumann-Gymnasium genutzt, das Schullandheim Brohl-Lützing überwiegend von Grundschulen. Im Rahmen der Kapazitäten stehen die Schullandheime aber auch anderen Schulen beziehungsweise außerschulischen Gruppen zur Verfügung. Die Schullandheime werden alle von Trägervereinen betrieben, die für die Unterhaltung und den Betrieb der Schullandheime zuständig sind. Die Unterstützung wird jeweils als Betriebskostenzuschuss gezahlt. Im Falle des Schullandheimes Brohl-Lützing erfolgt die Unterstützung quartalsweise auf vertraglicher Grundlage, jedoch vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im jeweiligen Haushaltsjahr. Das bedeutet: Eine Streichung der Betriebskostenzuschüsse würde wahrscheinlich zu einer Erhöhung der Mietpreise führen. Es wird betroffene Eltern geben, die nicht in der Lage sein werden, höhere Mietpreise zu bezahlen. Angesichts der Höhe des städtischen Zuschussbetrages ist dies vor allem beim Schullandheim Brohl-Lützing von Bedeutung. Die Streichung des Zuschusses und die daraus resultierende Erhöhung der Mietpreise dürfte dort zu einer geringeren Belegungsquote führen mit der Konsequenz, dass eine Gefährdung des Bestands des Schullandheimes nicht ausgeschlossen werden kann. Aufgrund des bestehenden Vertrages mit dem Trägerverein Brohl-Lützing, der eine quartalsweise Auszahlung des vereinbarten Zuschussbetrages vorsieht, ist eine vollständige Streichung des Zuschusses im Haushaltsjahr 2011 aus Vertrauensschutzgründen nicht möglich. Hier wäre eine Umsetzung erst zur zweiten Jahreshälfte möglich.	354	831	98	Die Zuschüsse an Schullandheime bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
71	D38	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Freibad Melbad	Bonn verfügt, nach Schließung des Viktoriabades, derzeit über drei Schwimmhallen, fünf Freibäder und ein kombiniertes Hallen-/Freibad mit einem Kletterwald. Hinzu kommt das den SSF Bonn überlassene schwimmsportliche Trainingszentrum im Sportpark Nord mit seinem 50-Meter-Sportbecken und einem Lehrbecken. Für den Betrieb der öffentlichen Bäder wurden im Jahr 2009 rund 7,7 Millionen Euro aufgewendet. Dem stehen für alle Bäder jährliche Einnahmen von rund 1,4 Millionen Euro gegenüber. Der Zuschussbedarf für den Bäderbetrieb beträgt demnach jährlich rund 6,3 Millionen Euro. Das Melbbad ist neben dem Römerbad das zweite Freibad im Stadtbezirk Bonn. In der Saison 2010 besuchten dieses Bad, deren Becken 2009 für rund 3 Millionen Euro saniert wurden, 83.000 Badegäste. Für eine künftige Nutzung muss dringend das marode Umkleidegebäude saniert werden, was aber gegebenenfalls durch einen Investor durchgeführt werden könnte. Auf Basis der betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung aus dem Jahr 2009 beträgt der Zuschussbedarf für das Melbbad rund 536.000 Euro pro Jahr. (Einnahmen: 141.000 Euro, Belastung 677.000 Euro) Das bedeutet: Bei einer Reduzierung der Finanzmittel kann entsprechend die freiwillige Leistung nicht mehr angeboten werden.	485	958	128	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
72	D1	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bürgerbeteiligung"	Die zentrale Ansprechstelle für informelle Bürgerbeteiligungsverfahren bei der Bundesstadt Bonn entwickelt, erprobt, koordiniert und führt Beteiligungsangebote für Bürgerinnen und Bürger durch. Ziel ist, mit informellen Formen der Bürgerbeteiligung bereits im Vorfeld von politischen Entscheidungen dazu beizutragen, dass Rat und Verwaltung das "Ohr am Bürger" haben und Entscheidungen getroffen werden, die nicht im nach hinein von großen Teilen der Bevölkerung Ablehnung erfahren. Zu den informellen Formen zählen beispielsweise Bürgerportale im Internet, Bürgerbefragungen, Bürgerforen, Bürgerwerkstätten. Ein aktuelles Projekt ist dieses Onlineportal zur Bürgerbeteiligung am Haushalt. Weitere Bürgerbeteiligungsprojekte wie zum Beispiel Stadtteilkonferenzen zum Thema "Sicherheit" sind in Vorbereitung. Die Bürgerbeteiligung begleitet die Teilnahme Bonns am BürgerForum 2011, einer Initiative des Bundespräsidenten in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung, das eines der bislang größten Bürgerbeteiligungsprojekte in Deutschland sein wird. Weitere Informationen: siehe http://www.buergerforum2011.de Das bedeutet: Bei einem Wegfall der Haushaltsmittel kann die freiwillige Leistung "Bürgerbeteiligung" nicht mehr erbracht werden beziehungsweise bei einer Kürzung nur noch in beschränktem Maße.	274	794	146	Der Bereich „Bürgerbeteiligung“ bleibt erhalten. Für konkrete Maßnahmen werden in 2012 weitere 30.000 Euro bereitgestellt.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
73	D30	Diskussionsvorschlag: Hebesatzerhöhung Grundsteuer B um 20 Prozentpunkte auf 550 vom Hundert ab 2013	Der Grundsteuersatz in Bonn liegt derzeit bei 530 Hebesatzpunkten und ist zuletzt im Jahr 2010 um 30 Hebesatzpunkte erhöht worden. Eine Erhöhung um 20 Punkte entspricht Mehreinnahmen von 2.700.000 Euro. Die jährlichen Einnahmen aus der Grundsteuer B belaufen sich auf rund 70 Millionen Euro. Die Grundsteuer B macht etwa 18 Prozent der städtischen Steuereinnahmen aus. Im Vergleich zu den anderen nordrhein-westfälischen kreisfreien Städten würde Bonn mit dem erhöhten Hebesatz auf Basis des Jahres 2010 auf dem 2. Rang der kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen liegen. Die Erhöhung trifft alle Gewerbetreibenden, Grundeigentümer und Mieter, da die Grundsteuer einen Teil der Nebenkosten darstellt. Die Belastung der Grundsteuer B für ein Einfamilienhaus mit einem Einheitswert von 33.745 Euro und daraus errechnetem Messbetrag von 87,74 Euro würde von 465,02 Euro um 17,55 Euro auf 482,57 Euro steigen.	296	830	88	Alle Möglichkeiten zur Erzielung von Einnahmen werden ausgeschöpft.	Der Vorschlag wird umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
74	D11	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse für Gemeinwesenarbeit im Bonner Stadtgebiet"	Das Diakonische Werk und der Stadtteilverein Dransdorf erhalten eine städtische Förderung für die gemeinwesenorientierte Stadtteilsozialarbeit. Mit Hilfe dieser sollen sozial belastete Brennpunkte entschärft und der soziale Frieden in den Stadtteilen gestärkt werden. Für die häufig mehrfach belastete Klientel werden offene Angebote vorgehalten, die dazu beitragen, Konflikte und Schwierigkeiten zu lösen und eventuell schwerwiegenden Problemen vorzubeugen, indem gleichzeitig ein niederschwelliger Zugang zur weiterführenden Sozialberatung geschaffen wird. Darüber hinaus beinhaltet die Gemeinwesenarbeit die kontinuierliche Zusammenarbeit und Vernetzung mit den im Stadtteil tätigen Partnern wie Schulen, Kindergärten, Kirchengemeinden, ortsansässigen Vereinen, et cetera. Das Amt für Soziales und Wohnen beabsichtigt im Rahmen der Haushaltsplanung für das Jahr 2011 257.600 Euro und für die Jahre ab 2012 jährlich 256.300 Euro aufzuwenden. Das bedeutet: Bei einer Kürzung der Zuschüsse in diesem Bereich sind die Träger nicht mehr in der Lage, Beratungs- und Begegnungsangebote im bisherigen Umfang in den sozialen Bonner Brennpunkten durchzuführen. Eine Kürzung um 15 Prozent hat bei den Trägern Personalkürzungen und damit die Einstellung wesentlicher Beratungs- und Begegnungsangebote zur Folge. Die Versorgung von Ratsuchenden ist nicht mehr sichergestellt, das Konfliktpotential in den Brennpunkten wird sich spürbar verschärfen.	280	831	114	Die Zuschüsse für Gemeinwesenarbeit im Bonner Stadtgebiet bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
75	D52	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Betriebsmittelzuschuss an das Theater Bonn (Oper, Schauspiel, Tanz)"	Das Theater Bonn ist ein städtisches Mehrspartenhaus mit Oper, Schauspiel und Tanzgastspielen. Das Theater spielt an drei verschiedenen Orten auf sieben Bühnen: Oper (1.024 Zuschauerplätze) und Werkstatt (118 Zuschauerplätze); Bad Godesberg: Kammerspiele (435 Zuschauerplätze); Beuel: Schauspielhalle A (330 Zuschauerplätze), Schauspielhalle B (210 Zuschauerplätze), Alter Malersaal (120 Zuschauerplätze) und Lampenlager (78 Zuschauerplätze). Die Gesamtausgaben in der Spielzeit 2009/10 betragen etwa 34 Mio. Euro. Im Jahr 2010 hat der Bund dem Theater letztmals einen Zuschuss gewährt, um den die Stadt ihren Zuschuss verringern konnte. Im Durchschnitt der letzten 3 Spielzeiten haben etwa 183.800 Gäste je Spielzeit 544 Vorstellungen besucht: Musiktheater 100.162 Gäste - Auslastung 74 Prozent, Schauspiel 69.900 Gäste - Auslastung 69 Prozent und Tanzgastspiele 13.800 Gäste - Auslastung 89 Prozent. In der Spielzeit 2009/10 beschäftigte das Theater 379 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: technischer Bereich: 205 Personen, künstlerischer Bereich 135 Personen (89 in der Oper und 46 im Schauspiel), Verwaltung: 39 Personen. In der Spielzeit 2009/10 beschäftigte das Theater 379 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: technischer Bereich 205 Personen, künstlerischer Bereich 135 Personen (89 in der Oper und 46 im Schauspiel) Verwaltung 39 Personen. In der laufenden Spielzeit (2010/11) verfügt das Theater neben dem Betriebsmittelzuschuss der Stadt (rund 27 Millionen Euro) über Eintrittsgelder und sonstige Einnahmen (rund 3,3 Millionen Euro), über sonstige betriebliche Erträge (rund 1,0 Million Euro) und einen Landeszuschuss (rund 1,0 Million Euro), somit insgesamt rund 32,3 Million Euro. Darüber hinaus werden den Rücklagen des Theaters rund 2,5 Millionen Euro entnommen. Der derzeit geltende Intendantenvertrag endet zum 31.07.2013. Nach den bisherigen Planungen soll der Zuschuss an das Theater ab der Spielzeit 2013/14 um 3,5 Millionen Euro reduziert werden. Unter Berücksichtigung von zu erwartenden Tarifkostensteigerungen sind für das Theater folgende Betriebsmittelzuschüsse im Haushaltsentwurf veranschlagt: 2013: 28.054.700 Euro, 2014: 27.180.650 Euro, 2015: 27.664.800 Euro. Die oben aufgeführten Einsparung von 3,5 Millionen Euro je Spielzeit ist in diesen Zuschüssen bereits berücksichtigt. Das bedeutet: Die mit Kürzung einhergehenden Veränderungen innerhalb des Theaters müssen im Rahmen der Verhandlungen über einen neuen Intendantenvertrag ab 01.08.2013 vereinbart werden. Zu eventuellen Veränderungen ab der Spielzeit 2013/14 wird die Kulturverwaltung gemäß Ratsbeschluss vom 29.04.2010 ein Gesamtkonzept für den Kulturstandort Bonn vorlegen. Kürzungen vor dem 01.08.2013 sind nur im Einvernehmen mit dem Intendanten möglich.	815	1396	105	Der Betriebsmittelzuschuss an das Theater Bonn wird 2013 um 1,46 Mio. Euro und ab 2014 um 3,5 Mio. Euro gekürzt. Zu eventuellen weiteren Veränderungen ab der Spielzeit 2013/14 wird ein Kulturkonzept erarbeitet.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
76	D82	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Jugendzeltplatz)"	Bei der Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen freier Träger handelt es sich grundsätzlich um eine Pflichtaufgabe gemäß §§ 11 ff. SGB VIII (Sozialgesetzbuch), die darin besteht, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen "die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen" beziehungsweise "die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen zu fördern". Lediglich über den Umfang, in dem die Erfüllung der Pflichtaufgabe erfolgt, wird nach den fachlichen Notwendigkeiten in der jeweiligen Kommune entschieden. Die vielfältigen Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit beinhalten unter anderem die Bereitstellung eines auf die Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen abgestimmten außerschulischen Freizeit- und Bildungsangebotes, Maßnahmen der Kinder- und Jugendberufshilfe (Stadtrandberufshilfe, Ferienfreizeiten, etc.), Maßnahmen der internationalen Jugendbegegnung, Maßnahmen der Jugendförderung und der Jugendbildung sowie Zuschüsse an sonstige Einrichtungen der Jugendarbeit freier Träger. Vor diesem Hintergrund wurde vor circa 20 Jahren der Jugendzeltplatz in Bad Godesberg geschaffen. Er wird seitdem von dem Jugendzeltplatz e.V. betrieben. Dazu erhält der Verein einen städtischen Zuschuss. Neben diesem Zuschuss finanziert sich der Verein aus Einnahmen, die aus der Belegung des Jugendzeltplatzes durch Bonner und auswärtige Jugendgruppen, Schulklassen, Familien und Einzelpersonen stammen. 2008 gab es circa 11.000 Belegungstage, 150 Gruppen und über 5.000 Besucher. Dabei stammten circa 70 Prozent der Gruppen aus Bonn. Der Jugendzeltplatz bietet (neben preiswerten Übernachtungen) Kinder- und Jugendgruppen viele Möglichkeiten für Spiel, Spaß und Naturerlebnis mit zahlreichen Angeboten, etwas, was im Alltagsleben vieler Kinder mittlerweile zu kurz kommt. Ein Wegfall des städtischen Zuschusses wird zu einer Schließung des Jugendzeltplatzes führen mit der Folge, dass es für seine (zum Teil oben beschriebenen) Angebote in Bonn keinen Ersatz gibt. Damit wird auch die gesamte Arbeit und Energie, die in die Gestaltung des in dieser Art einmaligen Geländes in Bonn eingebracht wurde, zunichte gemacht. Bei einer Einstellung des Jugendzeltplatzes sind vertragliche Kündigungsfristen zu beachten.	271	874	118	Die Zuschüsse an freie Träger (Jugendzeltplatz) bleiben in bisheriger Höhe erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
77	D63	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Schülerbeförderungskosten"	Die Bundesstadt Bonn übernimmt als Schulträger neben den Pflichtleistungen (Schüler-Ticket, Beförderung behinderter Kinder, Sportfahrten) auch Beförderungskosten ohne rechtliche Verpflichtung: Gruppenfahrtscheine für Schulausflüge. Pro Klasse und Schuljahr stehen jährlich 1,5 Gruppenfahrtscheine zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für Ausflugsfahrten, Museumsbesuche, Stadtextkursionen etc. innerhalb des Stadtgebietes zur Verfügung. Hierbei werden die Kosten je Schüler abgerechnet, soweit diese nicht über ein SchülerTicket verfügen (überwiegend bei Grundschulen). Die durchschnittlichen Kosten hierfür belaufen sich auf jährlich etwa 30.000 Euro. Schulbus GGS Ennertschule. Aufgrund eines Ratsbeschlusses aus dem Jahre 1975, bestätigt durch Beschluss des Hauptausschusses vom 31.05.2007, werden für den Schulbus zur GGS Ennertschule im Ortsteil Küdinghoven Kosten in Höhe von zuletzt durchschnittlich etwa 26.000 Euro pro Jahr übernommen. Da bis auf wenige Ausnahmen alle Schülerinnen und Schüler dieser Schule aufgrund ihres Wohnortes gemäß den gesetzlichen Regelungen keinen Anspruch auf Übernahme von Schülerfahrkosten haben, handelt es sich hierbei um eine freiwillige Übernahme von Fahrkosten. Derzeit werden pro Woche insgesamt 17 Fahrten durchgeführt. Die Kosten für die beiden genannten Maßnahmen belaufen sich auf insgesamt 56.000 Euro pro Jahr. Das bedeutet: Die Umsetzung der Maßnahme "Gruppenfahrtscheine" hätte zur Folge, dass die Schulen nur noch in reduziertem Umfang außerschulische Lernorte aufsuchen könnten, da die Eltern die Kosten für Bus- und Bahnfahrt tragen müssten. Den Schulen würde insbesondere an Standorten mit einer hohen Zahl von Sozialleistungsempfängern die Möglichkeit genommen, die Inhalte der Richtlinien und Lehrpläne durch das Aufsuchen von Museen, Theater- und Konzertbesuchen etc. zu verknüpfen. Bei Wegfall des Schulbusses zur GGS Ennertschule müssten die Schülerinnen und Schüler dieser Grundschule die Wegstrecke zu Fuß oder mit dem Öffentlichen Personennahverkehr zumutbar zurücklegen. Mit der Umsetzung der Maßnahmen könnte - da diese schuljahresbezogen durchgeführt werden - erst zum Beginn des Schuljahres 2011/2012 begonnen werden. Der Einsparbetrag ist daher im Haushaltsjahr 2011 geringer als in den Folgejahren.	275	963	100	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt. Einsparung jährlich 13.500 Euro durch den Wegfall des Schulbus GGS Ennertschule.	Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.
78	D12	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Finanzielle Mittel für Hilfe- und Beratungsangebote für Suchtkranke, von Sucht bedrohte Bonner Bürger"	Die Hilfe- und Beratungsangebote für Suchtkranke und von Sucht bedrohte Bonner Bürgerinnen und Bürgern wird überwiegend von dem Trägerverbund Caritas/Diakonie, den Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland Bonn, dem Verein für Gefährdetenhilfe sowie der PAUKE vorgehalten. Das Angebotsspektrum beinhaltet die Betreuung von Substitutionspatienten, die Diamorphinvergabe, die Betreuung alkoholabhängiger Frauen, Migranten mit Suchtproblematiken, chronisch Abhängige, die gegenwärtig nicht kontinuierlich an die Suchthilfe oder andere Hilfsangebote angebunden sind, Integration ehem. Abhängiger sowie wohnungslose, drogenabhängige Frauen und Männer. Das Amt für Soziales und Wohnen beabsichtigt im Rahmen der Haushaltsplanung dafür 2.656.800 Euro pro Jahr aufzuwenden. Das bedeutet: Einsparpotentiale gehen zu Lasten der Betroffenen, da gesetzliche Hilfen nicht bestehen beziehungsweise nicht ausreichen. Einzelne Zielgruppen würden keinen oder keinen ausreichenden Zugang zum Hilfesystem erfahren. Sollten die benötigten Haushaltsmittel gekürzt werden, wird nicht nur der Umfang der Beratung sowie der Betreuung und Versorgung von drogenabhängigen und von Sucht bedrohten Jugendlichen, Frauen und Männern reduziert, sondern es wird auch die Qualität sinken. Eine Kürzung um 15 Prozent führt zu Personalentlassungen bei den Trägern. Die Qualität des bisherigen Hilfesystems sowie die Vielfältigkeit der Angebotsstruktur werden deutlich sinken beziehungsweise Hilfeangebote würden teilweise ganz eingestellt.	325	1038	115	Die Leistungen für Hilfe- und Beratungsangebote für Suchtkranke, von Sucht bedrohte Bonner Bürger bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
79	D21	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Internetportal www.bonn.de"	Die Konzeption, Gestaltung und Aktualisierung des städtischen Internetangebotes www.-bonn.de wird durch die Bundesstadt Bonn vorgenommen. Das bedeutet: Eine Kürzung oder Wegfall der Finanzmittel hätte zur Folge: Bonn wäre die einzige Stadt ohne eigenen Internetauftritt - Die elektronische Plattform für eine verlässliche und qualifizierte Informationsversorgung für die Bürger, Besucher und Gäste sowie Wirtschaftsunternehmen geht verloren - der Telekommunikations-Standort Bonn verliert den Anschluss an aktuelle technische Entwicklungen	195	911	121	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
80	D49	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung - Betriebsmittelzuschuss Beethoven Orchester Bonn	Das Beethoven Orchester gehört zwar zu den freiwilligen Leistungen, die die Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger erbringt, es kann aber seit über 100 Jahren als unverzichtbarer Bestandteil des städtischen Kulturarbeit gelten. Es ist mit seinen Schwerpunkten Konzerte, Oper, musische Jugend- und Erwachsenenbildung, Tourneen im In- und Ausland, CD-Einspielungen eine tragende Säule des kulturellen Lebens in Bonn und der Region. Als "Flaggschiff" der nationalen Beethovenpflege erfährt es zahlreiche Auszeichnungen, die für den Standort Bonn insgesamt, auch wirtschaftlich, wertvoll sind. Aktuell wurde das Orchester mit einer CD-Einspielung für den Classic Award nominiert, den "Oskar" der klassischen Musik. Das Orchester ist in der Spitzengruppe vergleichbarer Orchester in Deutschland anzusehen. Die Gesamtleitung des Orchesters obliegt vertraglich bis zum Ende der Spielzeit 2012/13 (31.07.2013) Generalmusikdirektor Stefan Blunier. In der Saison 2009/10 zählte das Beethoven Orchester Bonn rund 60.000 Konzertbesucher und spielte in der Oper vor weiteren rund 100.000 Zuhörern. Die Gesamtausgaben für das Orchester belaufen sich nach dem Haushaltsplanentwurf in 2011 auf rund 12,24 Millionen Euro, die bis 2015 auf rund 12,62 Millionen Euro ansteigen werden. Die Einnahmen (Eintrittsgelder, Zuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen sowie Entgelt für das Engagement in der Oper) belaufen sich auf jährlich rund 4,6 Millionen Euro. Damit bewegt sich der jährliche städtische Zuschuss von 7,63 Millionen Euro in 2011 auf voraussichtlich 8,0 Millionen Euro in 2015.	711	1412	136	Bis zum Ende der Spielzeit 2012/13 sind aufgrund vertraglicher Regelungen keine Änderungen beim Orchester möglich und auch nicht beabsichtigt. Zu eventuellen Veränderungen ab der Spielzeit 2013/14 wird ein Kulturkonzept erarbeitet, das auch die Sicherung des Konzertstandortes Bonn zum Inhalt hat.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
81	D16	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Beratungs- und Hilfsangebote für Bonner Seniorinnen und Senioren"	Aufgrund der steigenden Zahl älterer Menschen in Bonn kann der Fachbereich der Altenhilfe des Amtes für Soziales und Wohnen den Beratungsbedarf zu seniorenspezifischen Themen nicht eigenständig in vollem Umfang abdecken. In Bonn erhalten Träger, die spezielle Beratungs- und Hilfsangebote für die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren vorhalten, städtische Fördermittel. Dazu zählen unter anderem auch die Seniorenbegegnungsstätten, die in vielen Stadtteilen wohnortnah Angebote vorhalten. Die Seniorenarbeit der Träger wirkt mit ihren Angeboten sozialer Isolation und Vereinsamung entgegen und unterstützt ältere Menschen aus dem Stadtteil dabei, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Ein weiteres Ziel der Seniorenarbeit ist auch, dass Seniorinnen und Senioren länger selbstständig in der eigenen Wohnung leben können. Das Amt für Soziales und Wohnen beabsichtigt im Rahmen der Haushaltsplanung für das Jahr 2011 538.600 Euro und für die Jahre ab 2012 jährlich 540.700 Euro aufzuwenden. Das bedeutet: Bei einer Kürzung der Fördermittel können nicht mehr in dem bisherigen Umfang Beratungs- und Hilfsangebote für Seniorinnen und Senioren vorgehalten werden. Die Reduzierung einzelner Beratungsangebote sowie die Schließung von Einrichtungen wäre die Folge. Ab einer Kürzung der Fördermittel um 15 Prozent können nicht mehr in dem bisherigen Umfang Beratungs- und Hilfsangebote für Seniorinnen und Senioren vorgehalten werden. Die Reduzierung einzelner Beratungsangebote sowie die Schließung von Einrichtungen ist die Folge. Es kommt zu einer erheblichen Unterversorgung von Seniorinnen und Senioren in den einzelnen Stadtteilen.	196	956	108	Die Beratungs- und Hilfsangebote für Bonner Seniorinnen und Senioren bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
82	D76	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Familienbildungsstätte)"	Bei der Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen freier Träger handelt es sich grundsätzlich um eine Pflichtaufgabe gemäß §§ 11 ff. SGB VIII (Sozialgesetzbuch), die darin besteht, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen "die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen" beziehungsweise "die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen...zu fördern". Lediglich über den Umfang, in dem die Erfüllung der Pflichtaufgabe erfolgt, wird nach den fachlichen Notwendigkeiten in der jeweiligen Kommune entschieden. Die vielfältigen Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit beinhalten u.a. die Bereitstellung eines auf die Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen abgestimmten außerschulischen Freizeit- und Bildungsangebotes, Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung (Stadtranderholung, Ferienfreizeiten, etc.), Maßnahmen der internationalen Jugendbegegnung, Maßnahmen der Jugendförderung und der Jugendbildung sowie Zuschüsse an sonstige Einrichtungen der Jugendarbeit freier Träger. Die Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit werden ständig an die sich entwickelnden soziostrukturellen Rahmenbedingungen angepasst, um zielgruppen-orientiert, geschlechtsspezifisch und problemorientiert arbeiten zu können. Sie dient der Wissens- und Informationsvermittlung und bietet Hilfestellung bei der Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen. Darüber hinaus werden auch Angebote für Familien in besonderen oder problematischen Lebenssituation vorgehalten. Die Familienbildungsstätten erfüllen den wichtigen Auftrag der Unterstützung von Familien. Ihr Angebot richtet sich in erster Linie an Erziehungsberechtigte, Eltern und Kinder. Hierzu gehören insbesondere geburts- und familienvorbereitende Kurse, Eltern-Kind-Angebote, Kreativ- und Freizeitangebote, Gesundheitskurse und Ernährungskurse, aber auch Selbsthilfeangebote, Angebote zur Qualifizierung von Frauen, Angebote aus den Bereichen Kunst und Gesellschaft, personenorientierte und interkulturelle Bildung sowie ortsspezifische Angebote. Das bedeutet: Die Reduzierung beziehungsweise der Wegfall von Zuschüssen würde einen erheblichen Einschnitt in die Angebotsvielfalt und die Möglichkeiten der Einrichtungen geben und könnten zum teilweisen oder kompletten Wegfall von Angeboten führen.	260	1038	102	Die Zuschüsse an freie Träger (Familienbildungsstätte) bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
83	D50	Diskussionsvorschlag: Wegfall/ Kürzung der freiwilligen Leistung "Musikschule"	Gemäß der vom Rat beschlossenen Satzung der Musikschule der Stadt Bonn ist es Aufgabe der Musikschule, Kinder, Jugendliche und Erwachsene an die Musik heranzuführen, Begabungen frühzeitig zu erkennen, individuell zu fördern und gegebenenfalls eine studienvorbereitende Ausbildung durchzuführen. Die Musikschule Bonn, die 1969 gegründet wurde, beschäftigt derzeit über 140 Voll- und Teilzeitkräfte, die rund 4.300 Schülerinnen und Schüler unterrichten. Rund 600 Schülerinnen und Schüler warten auf Unterrichtsangebote. Die Musikschule verfügt über Unterrichtsräume in: Bonn, Kirschallee 23, Bonn, Siemensstraße 246, Bad Godesberg, Kurfürstenallee 8, Beuel, Rheinaustraße 131, Hardtberg, Schiefelingsweg 2. Das Ausgabebudget der Musikschule für das Jahr 2011 (Haushaltsentwurf) liegt bei rund 4,925 Millionen Euro, davon sind etwas mehr als 4,44 Millionen Euro Personalkosten. Demgegenüber stehen Einnahmeerwartungen von rund 1,785 Millionen Euro. Mit dem daraus resultierenden städtischen Zuschuss von rund 3,14 Millionen Euro kann die Musikschule das oben angeführte Leistungsangebot sicherstellen. Das bedeutet: Die Musikschule könnte ihr Leistungsangebot mit dem Ende des laufenden Musikschuljahres 2010/11 (Juli 2011) reduzieren. Dies wird aber nur dann möglich, indem befristete Beschäftigungsverträge nicht mehr verlängert und frei werdende Stellen nicht wieder besetzt werden. Entsprechend den Personalreduzierungen verringert sich dann das Unterrichtsangebot, die Anzahl der Schülerinnen und Schüler und die Höhe der Einnahmen. Die Angebotseinschränkung stünde dem erklärten Ziel, vor allem kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen zu fördern, entgegen. Da diese Entwicklung nur sukzessive von statten gehen kann, können keine verlässlichen Angaben über Einsparvolumen ab Mitte 2011 gemacht werden.	505	1282	147	Zeitgleich mit dem Haushalt wurde das neue Musikschulkonzept verabschiedet. Hierin sind Einsparungen in Höhe von 2013 rund 190.000 Euro, 2014 rund 200.000 Euro und 2015 rund 220.000 Euro verbunden.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
84	D40	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Sportförderung"	Der Sport ist ein wichtiger und fester Bestandteil des Lebens. Seine sozial- und gesundheitspolitische Bedeutung ist unbestritten. Ziel der Bundesstadt Bonn ist es, den Freizeit-, Leistungs-, Spitzen- sowie Schulsport zu beleben und zu fördern. Die Förderung der Bonner Sportvereine auf der Grundlage der Sportförderrichtlinien beträgt 620.000 Euro pro Jahr. Vereine erhalten auf Grundlage von Sportförderrichtlinien Zuschüsse für ihren laufenden Betrieb und für defizitäre Sportveranstaltungen. Zuwendungen werden außerdem gezahlt für Vereinsjubiläen und für Reisen zu bedeutenden Turnieren, Meisterschaften, Jungendarbeit et cetera.	317	1129	126	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt. Die Gesamtförderung wird ab 2013 um rund 10 % gekürzt.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
85	D70	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Jugendpflegemaßnahmen"	Bei der Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen handelt es sich grundsätzlich um eine Pflichtaufgabe gemäß §§ 11 ff. SGB VIII (Sozialgesetzbuch), die darin besteht, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen "die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen" beziehungsweise "die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen...zu fördern". Lediglich über den Umfang, in dem die Erfüllung der Pflichtaufgabe erfolgt, wird nach den fachlichen Notwendigkeiten in der jeweiligen Kommune entschieden. Die vielfältigen Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit beinhalten u.a. die Bereitstellung eines auf die Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen abgestimmten außerschulischen Freizeit- und Bildungsangebotes, Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung (Stadtranderholung, Ferienfreizeiten, etc.), Maßnahmen der internationalen Jugendbegegnung, Maßnahmen der Jugendförderung und der Jugendbildung sowie Zuschüsse an sonstige Einrichtungen der Jugendarbeit freier Träger. Die Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit werden ständig an die sich entwickelnden soziostrukturellen Rahmenbedingungen angepasst, um zielgruppen- orientiert, geschlechtsspezifisch und problemorientiert arbeiten zu können. Sie dient der Wissens- und Informationsvermittlung und bietet Hilfestellung bei der Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen. Darüber hinaus werden auch Angebote für Familien in besonderen oder problematischen Lebenssituation vorgehalten. Die Angebote sind flächendeckend und bedarfsorientiert ausgerichtet und werden durch die Jugendpfleger/Innen im ganzen Stadtgebiet umgesetzt. Das bedeutet: Eine Reduzierung der Aufwendungen wird zur Folge haben, dass Maßnahmen, Freizeiten oder Projekte nicht mehr oder nur noch in eingeschränkter Form umgesetzt werden können. Eine flächendeckende Unterstützung und Begleitung innerhalb der einzelnen Stadtgebiete ist bei Kostenreduzierung nicht mehr möglich. Auch können durchaus "prominente" Maßnahmen (Ferienaktion "In Bonn ist was los" o.ä.) betroffen sein.	162	1005	76	Die Jugendpflegemaßnahmen bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
86	D74	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Frühe Hilfe, Betreuter Umgang)"	Bei der Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen freier Träger handelt es sich grundsätzlich um eine Pflichtaufgabe gemäß §§ 11 ff. SGB VIII (Sozialgesetzbuch). Lediglich über den Umfang, in dem die Erfüllung der Pflichtaufgabe erfolgt, wird nach den fachlichen Notwendigkeiten in der jeweiligen Kommune entschieden. Diese Aufgabe beinhaltet u.a. die Bereitstellung eines auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen abgestimmten außerschulischen Freizeit- und Bildungsangebotes sowie Zuschüsse an sonstige Einrichtungen der Jugendarbeit freier Träger. Die Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit werden ständig an die sich entwickelnden soziostrukturellen Rahmenbedingungen angepasst, um zielgruppen- orientiert, geschlechtsspezifisch und problemorientiert arbeiten zu können. Sie dient der Wissens- und Informationsvermittlung und bietet Hilfestellung bei der Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen. Darüber hinaus werden auch Angebote für Familien in besonderen oder problematischen Lebenssituation vorgehalten. Zuschussempfänger sind der Caritas Verband (Frühe Hilfen), Familienkreis e.V. (Frühe Hilfen) und der Deutscher Kinderschutzbund (Betreuter Umgang). Für diese freien Träger stehen der Schutz und die Entwicklung von Kindern im Vordergrund sowie die Versorgung und Unterstützung innerhalb der Familien, insbesondere bei Problemlagen. Der Caritas Verband und der Familienkreis bieten in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitswesen sowie dem Jugendamt ein Hilfe- und Unterstützungssystem an, welches frühzeitig auf problematische Entwicklungen beziehungsweise besondere Problematiken reagieren kann. Ein soziales Frühwarnsystem kann aber nur dann funktionieren, wenn alle notwendigen Komponenten (Netzwerke, Angebote und Anbieter) zusammenarbeiten können. Der Deutsche Kinderschutzbund bietet -überwiegend vom Familiengericht angeordneten- sogenannten betreuten Umgang in Trennungsverfahren an, um dem jeweils nicht mit dem Kind zusammenlebenden Elternteil den Umgang mit dem Kind zu ermöglichen beziehungsweise wenn ein betreuter Umgang aus anderen Gründen notwendig ist. Das bedeutet: Durch eine Reduzierung der Zuschüsse besteht die Gefahr, dass keine lückenlose Betreuung, Beratung und Versorgung in Problemsituationen nicht mehr gewährleistet werden kann.	183	1019	75	Die Zuschüsse an freie Träger (Frühe Hilfe, Betreuter Umgang) bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
87	D73	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Umsetzung Spielplatzbedarfsplan"	Bei der Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen freier Träger handelt es sich grundsätzlich um eine Pflichtaufgabe gemäß §§ 11 ff. SGB VIII (Sozialgesetzbuch), die darin besteht, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen "die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen" beziehungsweise "die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen...zu fördern". Die vielfältigen Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit beinhalten u.a. die Bereitstellung eines auf die Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen abgestimmten außerschulischen Freizeit- und Bildungsangebotes, Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung (Stadtranderholung, Ferienfreizeiten, etc.), Maßnahmen der internationalen Jugendbegegnung, Maßnahmen der Jugendförderung und der Jugendbildung sowie Zuschüsse an sonstige Einrichtungen der Jugendarbeit freier Träger. Die Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit werden ständig an die sich entwickelnden soziostrukturellen Rahmenbedingungen angepasst, um zielgruppen-orientiert, geschlechtsspezifisch und problemorientiert arbeiten zu können. Sie dient der Wissens- und Informationsvermittlung und bietet Hilfestellung bei der Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen. Darüber hinaus werden auch Angebote für Familien in besonderen oder problematischen Lebenssituation vorgehalten. Die Angebote sind flächendeckend und bedarfsorientiert ausgerichtet. Insbesondere der Bereich der öffentlichen Spielplätze unterliegt einer besonderen und jährlich angepassten Bedarfsplanung. Das bedeutet: Derzeit sind jährlich 250.000 Euro vorgesehen, um auf den über 300 öffentlichen Spielplätzen neue Spielgeräte aufzubauen, beziehungsweise nicht mehr den Sicherheitsanforderungen entsprechende Spielgeräte zu ersetzen. Für den gleichen Zweck sind für die ca. 60 städtischen Kindergärten 50.000 Euro vorgesehen. Die Reduzierung beziehungsweise der teilweise Wegfall der Budgets würde zur Folge haben, dass die vom Rat beschlossene Spielplatzbedarfsplanung nicht in vollem Umfang umgesetzt beziehungsweise ein Ersatz für nicht den Sicherheitsanforderungen entsprechende Geräte beschafft werden kann und somit einzelne Spielflächen nicht mehr den Anforderungen und dem Bedarf entsprechend vorgehalten werden können.	216	1053	108	Die investiven Mittel für Ausstattungen werden in 2011 und 2012 um 30.000 Euro erhöht.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
88	D65	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Aufwendungen für Hausaufgabenbetreuung mit individueller Lernförderung (Silentium)"	Die Bundesstadt Bonn als Schulträger unterhält an insgesamt 17 städtischen Schulen verschiedener Schulformen 41 Silentiengruppen, die von ausgebildeten Honorarkräften, geleitet werden. Jährlich stehen hierfür 70.300 Euro zur Verfügung. Hausaufgabenbetreuung von privaten Trägern. Darüber hinaus werden derzeit von 8 privaten Trägern (Diakonisches Werk, Caritas etc.) 18 Silentiengruppen angeboten, für die die Bundesstadt Bonn bislang jährlich 51.000 Euro an Zuschüssen zur Verfügung gestellt hat. Insgesamt sind für diese Maßnahme 121.300 Euro vorgesehen. Das bedeutet: Die Hausaufgabenbetreuung mit individueller Lernförderung ist für benachteiligte Schülerinnen und Schüler (Lernschwache Kinder, Kinder mit Defiziten im Sprachvermögen) unerlässlich. Bei Streichung dieser Unterstützung würde das Erreichen eines qualifizierten Schulabschlusses sehr deutlich erschwert oder unmöglich gemacht. Diese negativen Auswirkungen der Einsparung können auch vor dem Hintergrund der aktuellen PISA-Studie nicht gewollt sein. Die Maßnahme könnte - da diese schuljahresbezogen durchgeführt wird - erst zu Beginn des Schuljahres 2011/2012 umgesetzt werden. Hierdurch sind die jeweiligen Einsparbeträge im Jahr 2011 geringer als in den Folgejahren.	206	1080	54	Die Aufwendungen für Hausaufgabenbetreuung mit individueller Lernförderung (Silentium) bleiben im bisherigen Umfang erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
90	D60	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Lernmittelfreiheit"	Nach dem Schulgesetz müssen die Eltern einen Eigenanteil zur Beschaffung von Schulbüchern erbringen. Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII brauchen keinen Eigenanteil zu zahlen. Die Bundesstadt Bonn erstattet bislang Personen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II und dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, sowie den Inhaber/-innen des Bonn-Ausweises, freiwillig den Eigenanteil. Hierfür entstehen pro Jahr Kosten in Höhe von 70.000 Euro. Das bedeutet: Bei Umsetzung dieser Maßnahme müssten die betroffenen Eltern die Schulbücher in Höhe des jeweiligen Eigenanteils auf eigene Kosten beschaffen. Es wird Eltern geben, die nicht in der Lage sein werden, die Schulbuchkosten zu finanzieren. In diesen Fällen besteht die Gefahr, dass die benötigten Schulbücher gar nicht erst beschafft werden und die Kinder ohne die entsprechenden Schulbücher am Unterricht teilnehmen müssen. Bei der Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen freier Träger handelt es sich grundsätzlich um eine Pflichtaufgabe gemäß §§ 11 ff. SGB VIII (Sozialgesetzbuch), die darin besteht, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen "die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen". Lediglich über den Umfang, in dem die Erfüllung der Pflichtaufgabe erfolgt, wird nach den fachlichen Notwendigkeiten in der jeweiligen Kommune entschieden.	220	1128	81	Die freiwillige Leistung „Lernmittelfreiheit“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
91	D78	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Freizeiten, Bildung, Begegnungen)"	Die vielfältigen Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit beinhalten unter anderem die Bereitstellung eines auf die Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen abgestimmten außerschulischen Freizeit- und Bildungsangebotes, Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung (Stadtranderholung, Ferienfreizeiten, etc.), Maßnahmen der internationalen Jugendbegegnung, Maßnahmen der Jugendförderung und der Jugendbildung. Die Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit werden ständig an die sich entwickelnden soziostrukturellen Rahmenbedingungen angepasst, um zielgruppenorientiert, geschlechtsspezifisch und problemorientiert arbeiten zu können. Sie dient der Wissens- und Informationsvermittlung und bietet Hilfestellung bei der Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen. Darüber hinaus werden auch Angebote für Familien in besonderen oder problematischen Lebenssituation vorgehalten. Die Maßnahme beinhaltet Zuschüssen für die Jugendarbeit freier Träger, insbesondere für Angebote in den Bereichen Bildung, Freizeit- und Stadtranderholungsmaßnahmen, internationale Begegnungen, soziales Lernen (einschließlich Sonderzuschüssen für Bonn-Ausweis-Inhaber und kleinere Anschaffungen). Jährlich sind hierfür insgesamt rund 480.000 Euro in den Haushaltsanmeldungen vorgesehen. Die Gewährung erfolgt nach den Richtlinien zur Förderung der freien Kinder- und Jugendhilfe in Bonn. Für Freizeiten und Maßnahmen der Stadtranderholung werden ca. 45 Prozent der Zuschüsse bewilligt. Auslandsmaßnahmen betragen ca. 26 Prozent (ca. 117.000 Euro) jährlich; Bildungsmaßnahmen werden mit ca. 12 Prozent bezuschusst. Durch die Reduzierung der Zuschüsse würden unter Umständen ganze Maßnahmen bzw. Veranstaltungen wegfallen, so auch z.B. die Zuschüsse für Auslandsmaßnahmen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Bonn ist ein wichtiger Faktor in der Wissens- und Informationsvermittlung und bietet Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Hilfestellung bei der Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in offenen Türen der Kinder- und Jugendarbeit beraten und begleiten im Alltag außerhalb von Schule und Familie, in der Freizeit, in der Vorbereitung zum Beruf und sind Ansprechpartner bei Problemen. Und sie sind ein wichtiger Baustein im Rahmen von Gewaltprävention und Intervention. In den Ferien bieten viele Offene Türen Programme, in denen die Kinder sicher pädagogisch betreut sind, auch wenn beide Eltern arbeiten müssen.	223	1134	92	Die Zuschüsse an freie Träger (Freizeiten, Bildung, Begegnungen) bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
91	D78		Das bedeutet: Je größer das Volumen, umso größer sind also auch die sozialen Folgekosten, die mit der Schließung oder Verkleinerung von Jugendzentren einhergehen. Bei Reduzierungen ist eine Fortsetzung der sogenannten Offenen Jugendarbeit in Bonn nicht mehr flächendeckend gewährleistet. Dies führt zwangsläufig zu einem Anstieg bei den Hilfen zur Erziehung und gegebenenfalls der Jugendkriminalität, weil den Kindern und jungen Menschen wichtige Ansprechpartner verloren gehen. Zu beachten ist auf jeden Fall, dass bei einer Schließung städtischer Jugendzentren die Personalkosten dennoch weiter aufgebracht werden müssten, wenn auf betriebsbedingte Kündigungen (wie bisher) verzichtet wird. Die Zuschüsse an die freien Träger betragen pro Jahr rund 2 Millionen Euro, für die Betriebskosten der städtischen Einrichtungen werden für die Jahre 2011 bis 2015 rund 3,2 Millionen Euro veranschlagt.					
92	D68	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "OGSplus-Förderung"	Derzeit werden für rund 1.200 Kinder in Offenen Ganztagschulen Mittel im Rahmen der OGSplus-Förderung zur Verfügung gestellt. Sie ermöglichen eine gezielte, ganztägige Förderung von Kindern mit unterschiedlichen Lernhemmnissen, etwa mangelnden deutschen Sprachkenntnissen oder besonderen familiären Situationen. Die Bundesstadt Bonn stellt als freiwillige Leistung zusätzliche Mittel zur Verfügung, die an den einzelnen Schulen flexibel eingesetzt werden können, etwa für kleinere Hausaufgabengruppen und Anti-Aggressionstrainings. Das bedeutet: Bei einer Streichung der Mittel könnten Kinder mit besonderen Schwierigkeiten nicht mehr an der OGS betreut werden. Dies gilt insbesondere für Förderschulen. Langfristig ist damit zu rechnen, dass für die Stadt höhere Kosten entstehen, weil sie - wenn diese frühzeitige und freiwillige Hilfe in der Grundschulzeit - wegfällt, für einen Teil dieser Kinder im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfe-Gesetzes Hilfen zur Erziehung (wie Tagesgruppen, Familienhelfer) zur Verfügung stellen muss. Diese Maßnahmen wären um ein Vielfaches teurer (ca. 30.000 Euro pro Tagesgruppenplatz jährlich) und müssten von der Kommune vollständig erbracht werden. Aufgrund laufender Verträge ist die Maßnahme erst zu Beginn des Schuljahres 2011/2012 umsetzbar.	231	1185	82	Die OGSplus-Förderung bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
93	D81	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Jugendwerkstatt)"	Bei der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger handelt es sich grundsätzlich um eine Pflichtaufgabe gemäß §§ 11 ff. SGB VIII (Sozialgesetzbuch), die darin besteht, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen "die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen" beziehungsweise "die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen...zu fördern". Lediglich über den Umfang, in dem die Erfüllung der Pflichtaufgabe erfolgt, wird nach den fachlichen Notwendigkeiten in der jeweiligen Kommune entschieden. Die vielfältigen Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit beinhalten unter anderem die Bereitstellung eines auf die Bedürfnisse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen abgestimmten außerschulischen Bildungsangebotes sowie Zuschüsse an Einrichtungen freier Träger. Der Caritasverband Bonn (CV) betreibt seit vielen Jahren eine Jugendwerkstatt. Im Sommer 2010 wurde sie mit hohem Investitionsaufwand an einem neuen, geeigneteren Standort eröffnet. Dort werden 30 Jugendliche ohne berufliche Perspektive an die Bereiche Hauswirtschaft, Friseur und Fahrradtechnik herangeführt. Es werden grundlegende Sozialkompetenzen vermittelt, damit diese Jugendlichen in den Arbeitsmarkt gelangen können. Die Arbeit mit den Jugendlichen wird ständig an die sich entwickelnden Rahmenbedingungen angepasst, um zielgruppenorientiert und problemorientiert arbeiten zu können. Die Jugendwerkstatt unterstützt in Zusammenarbeit mit der Jugendberufshilfe der Stadt die Jugendlichen bei der Findung und Entwicklung beruflicher und somit zukunftsweisender individueller Perspektiven. Der städtische Zuschuss wird zum Teil vom Jobcenter erstattet. Das Landesjugendamt trägt zu der Maßnahme ca. 150.000 Euro bei. Das bedeutet: Eine Streichung des städtischen Zuschusses wird den Wegfall einzelner Bereiche der Jugendwerkstatt zur Folge haben. Es ist dann mit einer Schließung zu rechnen, weil ARGE und Landesjugendamt die Förderung nach einem Ausstieg aus der kommunalen Finanzierung einstellen werden. Folgen werden sein, dass jährlich 30 jugendliche Arbeitslose nicht mehr diese "Arbeitsvorbereitung" wahrnehmen können und wahrscheinlich arbeitslos bleiben, in diesem Bereich ein hoher Vertrauensverlust (auch seitens der Vertragspartner) eintreten wird und die dadurch eingesparten Landesmittel der Stadt nicht für andere Bereiche zur Verfügung stehen, sondern gesamtstädtisch fehlen. Aufgrund vertraglicher Kündigungsfristen wäre eine Einstellung des städt. Zuschusses an die Jugendwerkstatt zum 31.7.2012 möglich.	198	1147	97	Die Zuschüsse an freie Träger (Jugendwerkstatt) bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
94	D15	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Finanzielle Mittel für Hilfen für Schwangere und für Beratungsstellen für Frauen"	Die Beratungsstellen für Schwangere oder auch die Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt dienen als Hilfesysteme für betroffene Frauen, Kinder und deren Angehörigen. Neben der unmittelbaren Einzelfallhilfe umfasst das Spektrum die Bereiche Information, Prävention, Fortbildung Opferschutz sowie Netzwerk- und Koordinierungsmaßnahmen. Das Amt für Soziales und Wohnen beabsichtigt im Rahmen der Haushaltsplanung dafür 355.800 Euro pro Jahr aufzuwenden. Das bedeutet: Einsparpotentiale gehen zu Lasten der Betroffenen, da gesetzliche Hilfen nicht bestehen beziehungsweise nicht ausreichen. Die Zahl der hilfebedürftigen Frauen oder Kinder, die Opfer einer Gewalttat wurden, steigt, viele würden keinen oder keinen ausreichenden Zugang zum Hilfesystem erfahren. Sollten Haushaltsmittel gekürzt werden, wird nicht nur der Umfang der Beratung und der Betreuung von Frauen mit psychosozialen Betreuungsbedarf, von Frauen in Notlagen, von Gewalt bedrohte Frauen sowie sexuell missbrauchte Kinder, Frauen und deren Angehörige abnehmen, sondern auch die Qualität der Beratung und Betreuung. Ab einer Kürzung der benötigten Haushaltsmittel um 15 Prozent kommt es zu Personalentlassungen bei den Trägern. Dies hat zur Folge, dass das Angebot nur ganz begrenzt vorgehalten werden kann und dass Frauen mit psychosozialen Betreuungsbedarf, Frauen in Notlagen, von Gewalt bedrohte Frauen sowie sexuell missbrauchte Kinder, Frauen und deren Angehörige keine Anlaufstelle mehr vorfinden.	165	1131	84	Die finanziellen Mittel für Hilfen für Schwangere und Beratungsstellen für Frauen bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
95	D10	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Finanzielle Mittel zum Ausgleich von Benachteiligungen für Menschen mit Behinderungen"	Menschen mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung sind in vielerlei Belangen in unserer Gesellschaft benachteiligt. Um diese Benachteiligung auszugleichen, erhalten Wohlfahrtsverbände, Verbände oder Vereine, die sich für Menschen mit Behinderung einsetzen beziehungsweise deren Interessen vertreten, finanzielle Mittel. Dazu gehören unter anderem der Fahrdienst für Menschen mit Behinderung, die Geschäftsstelle des Behindertenbeauftragten der Bundesstadt Bonn, die Unterstützung von zwei Wohnanlagen für Menschen mit Behinderung oder die Beratung und Betreuung von Angehörigen. Das Amt für Soziales und Wohnen beabsichtigt im Rahmen der Haushaltsplanung dafür 471.650 Euro pro Jahr aufzuwenden. Das bedeutet: Sollten die benötigten Haushaltsmittel gekürzt werden, kann die Beratung und die Betreuung von Menschen mit Behinderung, von Behinderten Bedrohten oder deren Angehörigen nicht mehr in der Qualität und nicht mehr im bisherigen Umfang gewährleistet werden. Einsparpotentiale gehen mit Mehrkosten in anderen städtischen Bereichen einher. So führt die Streichung des Zuschusses für den Behindertenbeauftragten zu erhöhten städtischen Personal- und Sachkosten, da die Aufgabe von der Stadtverwaltung selber wahrgenommen werden muss. Ab einer Kürzung der benötigten Haushaltsmittel ab 15 Prozent müssen die fehlenden Zuwendungen durch die Menschen mit Behinderung oder deren Angehörigen kompensiert werden. Der Zugang zu sozialen Leistungen wird dadurch erschwert, unter Umständen sogar verhindert.	143	1136	88	Die finanziellen Mittel zum Ausgleich von Benachteiligungen für Menschen mit Behinderungen' bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
96	D80	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüssen an freie Träger (Straßensozialarbeit)"	Bei der Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen freier Träger handelt es sich grundsätzlich um eine Pflichtaufgabe gemäß §§ 11 ff. SGB VIII (Sozialgesetzbuch), die darin besteht, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen "die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen" beziehungsweise "die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen...zu fördern". Lediglich über den Umfang, in dem die Erfüllung der Pflichtaufgabe erfolgt, wird nach den fachlichen Notwendigkeiten in der jeweiligen Kommune entschieden. Die vielfältigen Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit beinhalten u.a. die Bereitstellung eines auf die Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen abgestimmten außerschulischen Freizeit- und Bildungsangebotes, Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung (Stadtranderholung, Ferienfreizeiten, etc.), Maßnahmen der internationalen Jugendbegegnung, Maßnahmen der Jugendförderung und der Jugendbildung sowie Zuschüsse an sonstige Einrichtungen der Jugendarbeit freier Träger. Die Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit werden ständig an die sich entwickelnden soziostrukturellen Rahmenbedingungen angepasst, um zielgruppen- orientiert, geschlechtsspezifisch und problemorientiert arbeiten zu können. Sie dient der Wissens- und Informationsvermittlung und bietet Hilfestellung bei der Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen. Darüber hinaus werden auch Angebote für Familien in besonderen oder problematischen Lebenssituation vorgehalten. Die Angebote sind flächendeckend und bedarfsorientiert ausgerichtet. Zuschussempfänger sind mehrere freie Träger im Bereich der Straßensozialarbeit Die Straßensozialarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit, insbesondere im Bereich Förderung der Entwicklung junger Menschen. Ein Schwerpunkt liegt darin, dass sich die Straßensozialarbeiter in die Lebensräume der Kinder und Jugendlichen (öffentliche Plätze, Schulhöfe, etc.) begeben und "vor Ort" Hilfestellung und Unterstützung anbieten. Für eine effektive Unterstützung ist es notwendig, dass die Straßensozialarbeit flächendeckend und vor allem mobil durchgeführt werden kann. Dies geschieht zurzeit nicht nur im "Bonner Loch", sondern auch in anderen Stadtteilen, auch nach aktuellen Anforderungen. Das bedeutet: Die Reduzierung der Zuschüsse hätte die Einsparung von Straßensozialarbeitern zur Folge, was wiederum dazu führt, dass Kinder und Jugendliche mit Problemen nicht mehr oder nur sehr spät Betreuung und Hilfestellung erfahren.	169	1187	54	Die Zuschüsse an freie Träger der Straßensozialarbeit bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
97	D17	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Hilfsangebote für Wohnungslose beziehungsweise von Wohnungslosigkeit bedrohten Bonner Bürgerinnen und Bürger"	Zielgruppe der Angebote der Wohnungslosenhilfe sind Personen, die entweder bereits obdachlos sind oder vom Verlust der Wohnung bedroht sind. Soziale und existenzielle Problemlagen führen bei dem betreuten Personenkreis dazu, dass ein menschenwürdiges Leben innerhalb der Gemeinschaft nicht mehr möglich ist. Durch die Angebote der Wohnungslosenhilfe werden die Betroffenen befähigt, mittelfristig wieder im Rahmen gesicherter Grundbedürfnisse und inmitten stabiler Sozialkontakte leben zu können. Insofern leistet die Wohnungslosenhilfe nicht nur einzelfallbezogene Unterstützung, sondern erfüllt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zur Integration sozial Benachteiligter. Das Amt für Soziales und Wohnen beabsichtigt im Rahmen der Haushaltsplanung dafür jährlich 998.350 Euro aufzuwenden. Das bedeutet: Bei einer Kürzung von Fördermitteln im Bereich der Wohnungslosenhilfe können hilfebedürftige Bonner Bürgerinnen und Bürger nicht mehr angemessen mit existenzsichernden und sozialarbeiterischen Hilfen versorgt werden. Personal zur Betreuung und Beratung der Betroffenen müsste abgebaut werden; die adäquate Versorgung des Personenkreises ist hierdurch massiv eingeschränkt und einzelne Angebote sind nicht mehr aufrecht zu erhalten. Eine Kürzung um 15 Prozent hat zur Folge, dass der betroffene Personenkreis nicht mehr ausreichend mit notwendigen Hilfsangeboten (vorbeugend und im Rahmen von Krisenintervention) versorgt werden kann. Aufsuchende Straßensozialarbeit (zum Beispiel im Zusammenhang mit der Einhaltung des Alkoholkonsumverbots im Bonner Loch) ist nicht mehr möglich. Inhaltlich stark beschnittene Angebote der Wohnungslosenhilfe werden möglicherweise von den betroffenen Menschen nicht mehr als hilfreich empfunden und nur noch in geringerem Umfang wahrgenommen. Als Folge ist damit zu rechnen, dass sich verstärkt Ansammlungen von wohnungslosen Personen im öffentlichen Raum bilden.	150	1205	83	Die finanziellen Mittel für Hilfsangebote für Wohnungslose beziehungsweise von Wohnungslosigkeit bedrohten Bonner Bürgerinnen und Bürger bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
98	D75	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Kinderschutzbund, Kinder- und Jugendring)"	Bei der Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen freier Träger handelt es sich grundsätzlich um eine Pflichtaufgabe gemäß §§ 11 ff. SGB VIII (Sozialgesetzbuch), die darin besteht, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen "die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen" beziehungsweise "die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen...zu fördern". Lediglich über den Umfang, in dem die Erfüllung der Pflichtaufgabe erfolgt, wird nach den fachlichen Notwendigkeiten in der jeweiligen Kommune entschieden. Dabei handelt es sich grundsätzlich um außerschulische Freizeit- und Bildungsangebote, Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung, Maßnahmen der internationalen Jugendbegegnung, Maßnahmen der Jugendförderung und der Jugendbildung sowie Zuschüsse an sonstige Einrichtungen der Jugendarbeit freier Träger. Die Kinder- und Jugendarbeit werden ständig an die sich entwickelnden soziostrukturellen Rahmenbedingungen angepasst, um zielgruppen-orientiert, geschlechtsspezifisch und problemorientiert arbeiten zu können. Sie dient der Wissens- und Informationsvermittlung und bietet Hilfestellung bei der Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen. Darüber hinaus werden auch Angebote für Familien in besonderen oder problematischen Lebenssituation vorgehalten. Hier handelt es sich um den Zuschuss an den Kinderschutzbund für seine Beratungsarbeit, u.a. für das stark in Anspruch genommene Kinder- und Jugendtelefon. Weiterhin wird der Kinder- und Jugendring gefördert als Berater und Interessenvertreter der Bonner Jugendverbände sowie für die Durchführung eigener Maßnahmen. Das bedeutet: Die Reduzierung der Zuschüsse hätte den Wegfall von Angeboten oder eine reduzierte Angebotspalette zur Folge. Dazu kann -je nach Trägerentscheidung- jede Maßnahme, auch das Kinder- und Jugendtelefon gehören.	161	1226	68	Die Mittel für den Kinder- und Jugendring ab 2012 werden nach Vorlage eines fortgeschriebenen Konzepts erneut beraten.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
99	D93	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Sanierung Spielplätze"	Für die Sanierung von Spielplätzen im gesamten Bonner Stadtgebiet stehen Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 Euro zur Verfügung. Diese Mittel werden für Spielplätze eingesetzt, für die keine Gelder für die im Spielplatzbedarfsplan genannten Einrichtungen zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Sanierung werden Bänke, Zäune, Wege et cetera in-standgesetzt. Das bedeutet: Bei Streichung dieser Leistung können keine Sanierungsmaßnahmen mehr durchgeführt werden, die an Spielplätzen auftreten, die nicht im Konzept des Spielplatzbedarfsplans vorgesehen sind. Dies kann dazu führen, dass Spielplätze, die Gefahren für spielende Kinder darstellen, geschlossen werden müssen.	124	1199	52	Die investiven Maßnahmen werden 2011 um 10.000 Euro und ab 2012 um 20.000 Euro gekürzt.	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.
100	D13	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Finanzielle Mittel für Hospize"	Bonn-Lighthouse steht mit seiner Einrichtung schwerstkranken und sterbenden Menschen mit Beratung, Begleitung und Betreuung zur Verfügung. Sie bieten persönliche fachliche Beratung zu Pflegemöglichkeiten, zur Patientenverfügung und zu anderen Themen in Zusammenhang mit Sterben und Tod. Das Amt für Soziales und Wohnen beabsichtigt im Rahmen der Haushaltsplanung dafür 71.600 Euro pro Jahr aufzuwenden. Das bedeutet: Sollten die benötigten Haushaltsmittel gekürzt werden, kann die Beratung, Betreuung und Begleitung von schwerstkranken und sterbenden Menschen nicht mehr in dem bisherigen Umfang und vor allem nicht mehr in der bisherigen Qualität erfolgen. Bei einer Kürzung von 15 Prozent führt dies zu Personalentlassungen beim Träger, was die Einstellung des Angebotes zur Folge haben wird.	89	1190	57	Die freiwillige Leistung für Hospize bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
101	D71	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Tageseinrichtungen für Kinder - Zuschüsse an Einrichtungen freier Träger"	Nach dem Kinderbildungsgesetz steht die Verbesserung der Förderung und Bildung von Kindern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund der Arbeit in den Tageseinrichtungen und der Tagespflege für Kinder. Dabei geht es darum, den Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag zusammen mit den Eltern bedarfsgerecht zu erfüllen, ein ausreichendes und flächendeckendes Angebot von Plätzen in Kindergärten sowie eine altersgerechte, umfassende Betreuung und Förderung zu schaffen. Gleichzeitig ist der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für über drei Jahre alte Kinder zu erfüllen, sowie das Angebot für Kinder unter drei Jahre weiter auszubauen. Eine "freiwillige" Leistung der Stadt sind die Zuschüsse, (hier Sonderzuschüsse) an die freien Träger, die den Trägeranteil der Betriebskosten aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht oder nur teilweise aufbringen können. Eine Reduzierung der Sonderzuschüsse an freie Träger würde möglicherweise die Übernahme von Kindergärten durch die Bundesstadt Bonn bedeuten, da die Platzzahl insgesamt erhalten bleiben und die Fortsetzung der Einrichtung aufgrund der Rechtsansprüche gewährleistet werden muss. Eine Reduzierung der Sonderzuschüsse für Betriebskosten kann entweder dazu führen, dass "flächendeckend" alle Sonderzuschüsse gekürzt oder -je nach Umfang der Gesamtreduzierung- eine oder auch mehrere Kindergärten keinen Sonderzuschuss mehr erhalten. Beides kann dazu führen, dass ein oder mehrere freie Träger nicht mehr in der Lage sein werden, den Betrieb eines Kindergartens oder einzelner Gruppen fortzusetzen. Da die Stadt aber verpflichtet ist, die oben beschriebene Platzversorgung herzustellen, müssten diese Kindergärten/Gruppen als städtische Einrichtungen weitergeführt werden. Darüber hinaus würden sich die Kosten für die Stadt erhöhen, u.a., weil der Landeszuschuss zu städtischen Kindergärten geringer ist als zu Kindergärten freier Träger.	193	1286	72	Die freiwillige Leistung für Tageseinrichtungen für Kinder - Zuschüsse an Einrichtungen freier Träger – bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
102	D72	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Tageseinrichtungen Kinder - Zuschüsse zur Sprachförderung"	Nach dem Kinderbildungsgesetz steht die Verbesserung der Förderung und Bildung von Kindern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund der Arbeit in den Tageseinrichtungen und der Tagespflege für Kinder. Dabei geht es darum, den Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag zusammen mit den Eltern bedarfsgerecht zu erfüllen, ein ausreichendes und flächendeckendes Angebot von Plätzen in Kindergärten sowie eine altersgerechte, umfassende Betreuung und Förderung zu schaffen. Neben einem ausreichenden Angebot an Kindergartenplätzen ist ein zunehmend wichtiger Bestandteil die Förderung von Kindern, die nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Im Rahmen der Bildungs- und Erziehungsarbeit des Kindergartens wird auf der Grundlage eines geeigneten pädagogischen Konzepts die Sprachkompetenz dieser Kinder gestärkt, um so auch einen besseren Übergang in die Schule zu ermöglichen. Diese Arbeit wird von dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf e.V.) geleistet. Er erhält für die Durchführung seiner Projekte im Rahmen der Sprachförderung (z.B. Vorleseprojekte, Qualifizierung von Lesepaten, Bereitstellung geeigneten Lernmaterials, etc.) diesen Zuschuss. Ebenso erhält der Verein FiBB (Fachstelle für interkulturelle Bildung und Beratung) einen Zuschuss. Das bedeutet: Ein Wegfall des Zuschusses hätte langfristig erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung von Kindern und wäre in einem späteren Entwicklungsstadium nur schwer aufzufangen. Einzelne Projekte beziehungsweise Angebote lassen sich bei Einsparungen dann nicht mehr in der ursprünglichen Form umsetzen.	138	1245	51	Die freiwillige Leistung für Tageseinrichtungen Kinder - Zuschüsse zur Sprachförderung – bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
103	D69	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger der Jugendarbeit"	Bei der Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen freier Träger handelt es sich grundsätzlich um eine Pflichtaufgabe gemäß §§ 11 ff. SGB VIII (Sozialgesetzbuch), die darin besteht, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen "die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen". Lediglich über den Umfang, in dem die Erfüllung der Pflichtaufgabe erfolgt, wird nach den fachlichen Notwendigkeiten in der jeweiligen Kommune entschieden. Die vielfältigen Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit beinhalten unter anderem die Bereitstellung eines auf die Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen abgestimmten außerschulischen Freizeit- und Bildungsangebotes, Maßnahmen der Kinder- und Jugendberufshilfe (Stadtranderholung, Ferienfreizeiten, etc.), Maßnahmen der Jugendförderung und der Jugendbildung. Die Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit werden ständig an die sich entwickelnden soziostrukturellen Rahmenbedingungen angepasst, um zielgruppenorientiert, geschlechtsspezifisch und problemorientiert arbeiten zu können. Sie dient unter anderem der Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen. Darüber hinaus werden auch Angebote für Familien in besonderen oder problematischen Lebenssituation vorgehalten. Zuschussempfänger (freie Träger): Täter-Opfer-Ausgleich (Verein Sprungbrett), Verein AsA (Ausbildung statt Abschiebung), Ako-Pro, Christl. Jugenddorfwerk "Modus": Der Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) ist eine Maßnahme zur außergerichtlichen Konfliktschlichtung zwischen einem straffällig gewordenen Jugendlichen und dem Opfer. Die Besonderheiten sind die freiwillige Teilnahme von Täter und Opfer zur Regelung der Folgen eines Konflikts durch gegenseitige Kommunikation. Der Verein AsA (Ausbildung statt Abschiebung) betreut Jugendliche, die von Abschiebung bedroht sind und bieten Unterstützung beim Aufbau einer Existenz an. Das Ako-Pro-Seminar bietet Angebote im Bereich der Jugendbildungs- und Freizeitmaßnahmen an, ebenso wie das CJD Bonn, welches seinen Schwerpunkt auf der Ausbildung von jungen Menschen legt, die einen besonderen Förderbedarf aufweisen. Das bedeutet: Eine Reduzierung der Zuschüsse hätte insbesondere für TOA und ASA weitreichende Folgen für deren Angebote. Insbesondere für den TOA gibt es keine Alternativangebote. Die Reduzierung der Kursangebote von AKO eingeschränkte Teilnehmerzahlen zur Folge haben. Ein Alternativangebot zum CJD gibt es nicht.	176	1310	71	Die freiwillige Leistung „Zuschüsse an freie Träger der Jugendarbeit“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
104	D64	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschuss zur Betreuung in städtischen Schulen"	In vielen Bonner Grund- und Förderschulen wird neben der Ganztagsbetreuung "Offene Ganztagschule" (OGS) zusätzlich ein ergänzendes Betreuungsangebot der so genannten Kurzbetreuung bis 14:00 Uhr angeboten. Für die Kinder, deren zeitlicher Betreuungsbedarf unterhalb der Betreuungszeit der OGS liegt, führt die Teilnahme an der Kurzbetreuung durch die zeitliche Verknüpfung des Unterrichts mit dem Betreuungsangebot zu regelmäßigen und verlässlichen Schulzeiten und für die Eltern ferner zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aufgrund eines Ratsbeschluss vom 11.07.1991 werden seitens der Bundesstadt Bonn zusätzlich zu dem vom Land gewährten Zuschuss Mittel bereitgestellt. Hierfür sind ab 2011 bislang jährlich 86.000 Euro (79.000 Euro für Grundschulen und 7.000 Euro für Förderschulen) vorgesehen. Das bedeutet: Die Streichung des städtischen Zuschusses würde voraussichtlich zu einer Reduzierung von insgesamt 15 Betreuungsgruppen führen. Von den derzeit 69 Gruppen könnten in diesem Fall durch die Finanzierung aus Landesmitteln aller Voraussicht nach 54 Gruppen erhalten bleiben. Durch den Wegfall von Betreuungsgruppen müssten Erziehungsberechtigte die nachschulische Betreuung ihrer Kinder im Rahmen der Vereinbarkeit von Schule und Beruf in anderen Einrichtungen sichern. Die Maßnahme könnte - da diese schuljahresbezogen durchgeführt wird - erst zu Beginn des Schuljahres 2011/2012 umgesetzt werden. Hierdurch sind die jeweiligen Einsparbeträge im Jahr 2011 geringer als in den Folgejahren.	176	1354	61	Die freiwillige Leistung „Zuschuss zur Betreuung in städtischen Schulen“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
105	D79	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Offene Türen der Jugendarbeit"	Das Amt für Kinder, Jugend und Familie ist gemäß § 74 Abs. 1 SGB VIII (Sozialgesetzbuch) verpflichtet, die freie Jugendhilfe in Form von Maßnahmen oder Einrichtungen (offene Jugendeinrichtungen) zu fördern. Aktuell werden aus dem städtischen Haushalt ca. 5,3 Millionen Euro zur Finanzierung von Jugendzentren, Spielhäusern und Spielmobilen aufgebracht. Davon entfallen 2,1 Millionen Euro auf Zuschüsse für die Jugendzentren freier Träger und 3,2 Millionen Euro auf den Betrieb der meist in sozialen Brennpunkten gelegenen Einrichtungen der Stadt. Die Größe der Einrichtungen ist sehr unterschiedlich und orientiert sich am jeweiligen Bedarf, den die Stadt im Rahmen einer umfassenden Bedarfsplanung festlegt. Der Rat der Bundesstadt Bonn hat mit seinem Beschluss vom 18.11.2010 im Rahmen der Fortschreibung des Freizeitstättenbedarfsplanes die Notwendigkeit der bestehenden Angebote an offenen Jugend-freizeiteinrichtungen bestätigt. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Bonn ist ein wichtiger Faktor in der Wissens- und Informationsvermittlung und bietet Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Hilfestellung bei der Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in offenen Türen der Kinder- und Jugendarbeit beraten und begleiten im Alltag außerhalb von Schule und Familie, in der Freizeit, in der Vorbereitung zum Beruf und sind Ansprechpartner bei Problemen. Und sie sind ein wichtiger Baustein im Rahmen von Gewaltprävention und Intervention. In den Ferien bieten viele Offene Türen Programme, in denen die Kinder sicher pädagogisch betreut sind, auch wenn beide Eltern arbeiten müssen. Dies bedeutet: Je nach Höhe einer Reduzierung wäre von einer entsprechenden Verringerung der Gesamtzahl von Jugendzentren, Spielhäusern und Spielmobilen auszugehen. Nicht auszuschließen ist, dass eine Kürzung an dieser Stelle zu einem Anstieg von Kosten in anderen Haushaltsbereichen führen kann (z.B. bei "Hilfen zur Erziehung"), weil Kindern und jungen Menschen Ansprechpartner verloren gehen. Bei einer Schließung einzelner Jugendzentren würden die dort Beschäftigten an anderer Stelle eingesetzt und z.B. aus Altersgründen ausscheidendes Personal in anderen städtischen Einrichtungen ersetzen. Die Zuschüsse an die freien Träger betragen pro Jahr rund 2 Millionen Euro, für die Betriebskosten der städtischen Einrichtungen werden für die Jahre 2011 bis 2015 rund 3,2 Millionen Euro veranschlagt.	210	1426	98	Die freiwillige Leistung für „Offene Türen der Jugendarbeit“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
106	D77	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Jugendräume, Kindertreff, Spielstube)"	Bei der Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen freier Träger handelt es sich grundsätzlich um eine Pflichtaufgabe gemäß §§ 11 ff. SGB VIII (Sozialgesetzbuch), die darin besteht, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen "die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen" beziehungsweise "die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen...zu fördern". Lediglich über den Umfang, in dem die Erfüllung der Pflichtaufgabe erfolgt, wird nach den fachlichen Notwendigkeiten in der jeweiligen Kommune entschieden. Die vielfältigen Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit beinhalten unter anderem die Bereitstellung eines auf die Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen abgestimmten außerschulischen Freizeit- und Bildungsangebotes, Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung (Stadtranderholung, Ferienfreizeiten, etc.), Maßnahmen der internationalen Jugendbegegnung, Maßnahmen der Jugendförderung und der Jugendbildung sowie Zuschüsse an sonstige Einrichtungen der Jugendarbeit freier Träger. Die Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit werden ständig an die sich entwickelnden soziostrukturellen Rahmenbedingungen angepasst, um zielgruppen-orientiert, geschlechtsspezifisch und problemorientiert arbeiten zu können. Sie dient der Wissens- und Informationsvermittlung und bietet Hilfestellung bei der Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen. Darüber hinaus werden auch Angebote für Familien in besonderen oder problematischen Lebenssituation vorgehalten. Die Angebote sind flächendeckend und bedarfsorientiert ausgerichtet. Freie Träger erhalten Zuschüsse für die Jugendräume Buschdorf, Kindertreff Dransdorf, und die Spielstube Tannenbusch. Schwerpunkte der freien Träger ist die sinnvolle Freizeitgestaltung, die Versorgung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien. Diese Einrichtungen erfüllen in den drei genannten Stadtteilen eine besondere Aufgabe als allgemeine Anlaufstelle, in der eine Vielzahl von Problemen "gehört" und entsprechende Beratung erfolgen beziehungsweise weitergehende Kontakte hergestellt werden können. Das bedeutet: Eine Reduzierung der Zuschüsse bzw. der Wegfall einzelner Einrichtungen würde in den betroffenen Stadtgebieten zu Verstärkung der sozialen Problemlagen führen.	159	1426	57	Die freiwillige Leistung für „Zuschüsse an freie Träger (Jugendräume, Kindertreff, Spielstube)“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
107	D67	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschuss im Rahmen des Programms Offene Ganztagschule"	Der städtische Zuschuss zur Offenen Ganztagschule (OGS) ermöglicht Betreuungszeiten bis 16.30 Uhr (statt 15.00 Uhr), Ferienbetreuung und eine gute pädagogische Qualität. Zurzeit wird jeder OGS-Platz mit 2.000 Euro gefördert. Damit stehen einer OGS mit 100 Kindern rund 180.000 Euro (ca. 90 Prozent des Gesamtbudgets) für Personalkosten zur Verfügung. Hierdurch können neben den Freizeitangeboten Hausaufgabenbetreuung in kleinen Gruppen und Arbeitsgemeinschaften angeboten werden. 345 Euro je Platz beziehungsweise 230 Euro für Kinder mit Behinderungen, seelischen Erkrankungen oder Lernschwierigkeiten (GU-Kinder) übernimmt die Stadt als freiwillige Leistung. Der vom Land geforderte Mindestbetrag für einen OGS-Platz in Höhe von 1.345 Euro (935 Euro Landeszuschuss zuzüglich 410 Euro geforderter kommunaler Zuschuss) könnte allein durch den Landesbeitrag von 935 Euro und die Weiterleitung des durchschnittlichen Elternbeitrages in Höhe von 720 Euro pro Kind und Jahr aufgebracht werden. Das bedeutet: Bei einem Wegfall des Zuschusses wäre eine am Bedarf der Eltern orientierte Betreuung bis 16.30 Uhr nicht mehr möglich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Eltern gefährdet. Die Ferienbetreuung wird reduziert, die Betreuungsqualität sinkt, Hausaufgabenbetreuung in kleinen Gruppen sowie Arbeitsgemeinschaften entfallen. Aufgrund laufender Verträge wäre Maßnahme erst zum Ende des Schuljahres 2010/2011 umsetzbar.	280	1594	80	Die freiwillige Leistung "Zuschuss im Rahmen des Programms Offene Ganztagschule" bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
108	D8	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bibliothek"	Zehn Bibliotheken im Stadtgebiet bieten ein flächendeckendes Netz zur Bereitstellung eines aktuellen Informations- und Literaturangebotes für die schulische Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die persönliche, gesellschaftliche, kulturelle Orientierung und Lebensgestaltung. Die Stadtbibliotheken vermitteln Literatur zur Förderung des Lesens sowie der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen und dienen zur Unterstützung des lebenslangen Lernens. Mit eigenen und kooperativen Veranstaltungen begleitend zum Medienangebot sowie der Nutzung der Bibliotheksräume als wohnortnaher öffentlicher Lernort und der Unterstützung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen bei der Entwicklung von Bibliotheksangeboten bietet die Stadtbibliothek einen umfassenden Beitrag für die lokale kulturelle Bildung. Die Stadtbibliothek verzeichnete 2010 insgesamt rd. 762.000 Besucher, die mehr als 1,7 Mio Medien entliehen haben. Die rund 30.000 aktiven eingetragenen Kundinnen und Kunden versorgen ihre Familien aus dem Angebot von 330.000 Büchern und anderen Medien. Die einzelnen Standorte der Stadtbibliothek sind: Zentralbibliothek, Bottlerplatz 1, 53103 Bonn, Musikbibliothek, Sebastianstr. 182, Schumannhaus, 53115 Bonn, Bezirksbibliothek Bad Godesberg Moltkestraße 2 bis 8, Lindeblock, 53173 Bonn, Bezirksbibliothek Beuel Friedrich-Breuer-Straße 17, Brückenforum, 53225 Bonn, Stadtteil- und Gesamtschulbibliothek Beuel-Ost, Siegburger Straße 321, 53229 Bonn, Stadtteilbibliothek Brüser Berg, Borsigallee 31, 53125 Bonn, Stadtteilbibliothek Dottendorf, Dottendorfer Straße 41, Ortszentrum, 53129 Bonn, Stadtteilbibliothek Eendenich, Am Burggraben 18, Burg, 53121 Bonn, Stadtteilbibliothek Rheindorf, Herseler Straße 3, 53117 Bonn, Stadtteilbibliothek Tannenbusch, Oppelner Straße 128, 53119 Bonn. Das bedeutet: Es müssten Stadtbibliotheken geschlossen werden.	285	1701	108	Vorschlag wird derzeit nicht umgesetzt. Nach Inbetriebnahme des Hauses der Bildung werden im Rahmen einer Neukonzeption des Bibliothekswesens weitere Prüfungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Rang sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Diskussionsvorschlag im Originalwortlaut	Pro	Contra	Neutral	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
109	D9	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse für die Kulturförderung"	Die Kulturförderung dient der finanziellen Sicherung der freien Kultureinrichtungen (institutionelle Förderung), der finanziellen Förderung von Projekten und Veranstaltungen von Künstlern und freien Kultureinrichtungen (Projektförderung) sowie der finanziellen Förderung investiver Maßnahmen freier Kultureinrichtungen (Investitionsförderung) zur Entwicklung beziehungsweise Erhaltung eines vielseitigen, qualitativ hochwertigen gesamtstädtischen kulturellen Angebots. Schwerpunkte der Förderung sind die kulturelle Bildung, die Gewinnung von jungem und neuem Publikum sowie die Förderung künstlerischen Nachwuchses. Aufgrund von Beschlüssen des Kulturausschusses und des Rates fördert die Stadt Bonn jährlich mehr als 30 Einrichtungen: vom FrauenMuseum über das Deutsche Museum Bonn, vom Theater im Ballsaal bis zum Jungen Theater in Beuel, von der Videonale bis zu den Internationalen Stummfilmtagen, vom Bonner Schumann Fest bis zum Festival Rheinkultur, vom Musiknetzwerk bis zum Theater Marabu und viele andere mehr. Zudem werden jährlich etwa 30-40 Kulturprojekte finanziell gefördert. Für die Kulturförderung standen (mit Ausnahme der vertraglich bis einschl. 2015 vereinbarten Kulturfördermittel für die Beethovenpflege) in 2009 3,267 Millionen Euro und in 2010 3,137 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Kulturförderung trägt dazu bei, dass Bonn für seine Bürgerinnen und Bürger sowie für seine Gäste aus dem In- und Ausland ein vielfältiges und abwechslungsreiches Kulturangebot in allen Bereichen vorhalten kann. Das bedeutet: Für die einzelnen Haushaltsjahre bis 2015 sind Mittel in folgender Höhe geplant (ohne die Kulturfördermittel für die Beethovenpflege): 2011: 2.560.750 Euro (zuzüglich bis zu 600.000 Euro siehe unten), 2012: 2.446.700 Euro, 2013: 2.391.700 Euro, 2014: 2.436.700 Euro, 2015: 2.391.700 Euro. Der in diesen Zahlen enthaltene Zuschuss an das Deutsche Museum Bonn (570.000 Euro) ist bis einschließlich 2013 vertraglich vereinbart. In 2011 folgende wurden die Kulturfördermittel gegenüber 2010 bereits um rund 580.000 Euro reduziert. Bereits diese Mittelkürzungen würden dazu führen, dass das Euro Theater Central und das Kleine Theater Bad Godesberg nur noch bis zum Ende der laufenden Spielzeit 2010/11 (bis 31.07.2011) gefördert werden können. Da die Kulturverwaltung es nicht für sinnvoll erachtet, eine eventuelle Mittelkürzung gleichmäßig auf alle Einrichtungen zu verteilen, werden zusätzliche Kürzungen zwangsläufig dazu führen, dass auch weitere Kultureinrichtungen in ihrem Bestand gefährdet werden. Inzwischen hat der Rat in seiner Sitzung am 18.11.2010 den Beschluss gefasst, die Zuschüsse für die Freien Träger ab Januar 2011 einmalig auf der (höheren) Basis des Jahres 2010 auszus zahlen. Dadurch werden für 2011 voraussichtlich bis zu 600.000 Euro zusätzlich für die Kulturförderung zur Verfügung gestellt. In Kenntnis des Ergebnisses der Bürgerbeteiligung wird der Kulturausschuss im Rahmen seiner Haushaltsberatungen am 05.04.2011 über die Förderung der einzelnen Kultureinrichtungen befinden und dem Rat dazu entsprechende Empfehlungen zuleiten	579	2655	132	Zur Vermeidung eines Nothaushaltes, der der Stadt gerade im sog. „freiwilligen Bereich“, also auch im Bereich der Kultur, jeglichen Handlungsspielraum genommen hätte, hat der Rat beschlossen, auch im Kulturbereich Einsparungen vorzunehmen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen. Im Bereich der Zuschüsse für die Kulturförderung werden 2011/2012 gegenüber dem Ansatz 2010 rd. 300.000 Euro eingespart.	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.

Anhang 3

Ratsentscheidungen
der
Bürgervorschläge
nach Status der
Umsetzung sortiert

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
11	B215	Ampeln durch Kreisel ersetzen !	Insbesondere am Niederrhein gibt es anstatt kostenintensiver Ampelanlagen massenweise Kreisel - das funktioniert hervorragend - selbst an stärker befahrenen Straßen. Wer's nicht kennt sollte einfach mal dorthin fahren.	Das Programm zum Ausbau von Kreiseln ist bereits beschlossen und wird abgearbeitet. Es besteht daher keine Notwendigkeit zusätzliche Beschlüsse zu dieser Thematik zu fassen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
12	B365	Dienstwagenflotte reduzieren	Die Dienstwagenflotte sollte reduziert werden.	Ein gesonderter Beschluss zu diesem Bürgervorschlag ist wegen des gleichlautenden Vorschlags auf Rang 6 nicht erforderlich.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
21	B243	Repräsentationsveranstaltungen durchforsten	auf wirkliche Gebotenheit und Notwendigkeit sowie Bewirtungskostenetat auf ein Viertel reduzieren. Was da auf Bürgerkosten geschmaust wird passt nicht zum Sparaufzug!	Der Gesamtetat des OB-Dezernats wurde innerhalb der Beratungen für den Doppelhaushalt 2011/ 2012 um 10 % gekürzt, sodass eine gesonderte Beschlussfassung nicht erforderlich ist.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
22	B205	Weihnachtsbaumsponsoring	Sicherlich mache ich mir mit diesem Vorschlag keine Freunde. Aber Freunde hab ich ja genug ;) Klar, sind die Weihnachtsbäume, z. B. vor dem Alten Rathaus, schön anzusehen. Aber diese Bäume in der Größe sind nicht preisgünstig. Auch die Kosten für die Beleuchtung fehlen im Stadtsäckel. Wie wäre es also mit einem Weihnachtsbaumsponsorin, in dem sich die Unternehmen "unter dem Baum" an den Kosten beteiligen? In den Verwaltungen könnten die Mitarbeiter intern ja zusammenlegen und einen Baum finanzieren. Stärkt sicherlich auch den Zusammenhalt...	Der Rat folgt dem Vorschlag der Verwaltung und entscheidet zugunsten der Variante A.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
38	B262	Abschaffung von lauten Laubbläsern und -saugern	Im Herbst ist immer wieder eine hohe Lärm- und (im direkten Umfeld) Geruchsbelästigung durch motorisierte Laubbläser bzw. -sauger gegeben. Dazu kommen noch negative Auswirkungen auf die betroffenen Grünflächen, die durch die starke Luftverwirbelung beeinträchtigt werden. Im Herbst ist immer wieder eine hohe Lärm- und (im direkten Umfeld) Geruchsbelästigung durch motorisierte Laubbläser bzw. -sauger gegeben. Dazu kommen noch negative Auswirkungen auf die betroffenen Grünflächen, die durch die starke Luftverwirbelung beeinträchtigt wird. Und mal unter uns: Mit ein bisschen Engagement wären die Leute mit einem Besen auch nicht langsamer. Und die Stadt spart Geld und verringert die Umweltverschmutzung.	Eine gesonderte Beschlussfassung zu diesem Bürgervorschlag ist nicht erforderlich, da bereits an einer strengeren Lärmschutzsatzung und an einer Anpassung der Vergabeordnung für die Beschaffung leiserer Geräte gearbeitet wird.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
40	B264	Reinigung der Flächen mit Laubbläsern abschaffen	Immer wieder sieht man städtische Mitarbeiter, die Laub / bzw. Restmüll von den Straßen /Plätzen fegen. Diese Laubbläser sind kostspielig belasten die Umwelt und sind lärmbelästigend. Warum nicht einfach kehren? Damit reduziert man Kosten, schont die Umwelt und die städtischen Mitarbeiter bleiben in Bewegung, das macht einen guten Eindruck bei den Bürgern.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 38.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
41	B308	Ratzustellung per Bote abschaffen	Ich habe erfahren, dass es in Bonn immer noch eine Ratzustellung gibt. D.h. für jede Rats- und Ausschusssitzung wird ein Informationspaket (ca. 20 - 500 Seiten) für jedes Mitglied ausgedruckt und zugestellt. Dies passiert ausschließlich per Kurier (städtische Bedienstete fahren mit städtischen Autos zu den Ratsmitgliedern nach Hause!!!) Mal so ne Rechnung: 100 Sitzungen (sind bestimmt viel mehr) mal 10 Fahrer mal 2 Stunden mal 20 Euro = 40.000 Euro jedes Jahr... Kann man das nicht per Email schicken? Andere Kommunen können das.	Eine Beschlussfassung zu der Thematik ist nicht erforderlich, da die Verwaltung sich bereits mit der Umsetzung befasst.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
42	B383	Bewirtungskosten reduzieren	Bei Empfängen etc. sollten dringend die Kosten für die Bewirtung reduziert werden. Es muss nicht immer der teuerste Sekt sein, es kann auch mal mit Mineralwasser angestoßen werden - ist auch gesünder.	Siehe hierzu auch den Bürgervorschlag zur gleichen Thematik auf Rang 21.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
43	B319	Fuhrpark verkleinern	Sehr geehrte Damen und Herren, die Stadt Bonn verfügt über ein eigenes Transport-Unternehmen mit einem ausgezeichneten Streckennetz, hoher Frequenz, modernen Fahrzeugen.... Ich sehe aber dennoch täglich im Straßenbild viele Autos (Kleinwagen = offensichtlich werden keine Gerätschaften mitgeführt) mit dem Logo der Stadt Bonn (verschiedenste Ämter) mit einem oder 2 Insassen in Stadtteilen, die sehr gut mit Bus oder Bahn zu erreichen sind. Übrigens könnte man das auch gut mit dem Einsatz von Fahrrädern kombinieren. Busse und Bahnen bieten die Möglichkeit der Mitnahme. Nebeneffekt: die Mitarbeiter der Verwaltung haben bessere Einblicke in interne Abläufe und können so sicher ganz interessante Vorschläge, die dann möglicherweise zu bessere Taktfrequenzen, Streckenführung usw führen, machen. Freundliche Grüße.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 6.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
45	B278	Solaranlagen auf städtischen Gebäuden	Der Einsatz erneuerbarer Energien ist enorm wichtig und trägt wesentlich zum Klimaschutz bei. Genutzt werden kann beispielsweise jede Dachfläche auf städtischen Gebäuden (wie Schulen, Bädern, Parkhäusern, Sporthallen...) Vorbild ist die Stadt Lör-rach, die bereits als Energiestadt ausgezeichnet wurde.	Der Bürgervorschlag entspricht im Inhalt einem getroffenen politischen Beschluss.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
50	B1018	Heizkosten	Ich arbeite an einer Bonner Schule. Die Heizkörper laufen im Winter immer auf Hoch-touren. Wir können sie nicht abdrehen oder minimieren. Daher reißen wir die Fenster auf und heizen den Ortsteil gleich mit. Auf meine Anfrage hin, warum die Heizkörper keine regulierbaren Ventile bekämen wurde mir mitgeteilt, dass dann die Kinder ja die Heizkörper abdrehen könnten. Das wäre meines erachtens weniger schlimm, als diese Affenhitze, bei der die Kinder Kopfschmerzen bekommen. Auch Eltern haben mich schon darauf angesprochen. Herzliche Grüße.	Der Rat verweist zu diesem Thema auf die be-schlossenen Maßnahmen der laufenden Schulsanie-rungen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
51	B198	Gutachter/Beraterkosten	Ständig werden Gutachten in Auftrag gegeben, um Entscheidungen begründen zu können. Theoretisch (hoffentlich auch praktisch) hat die Stadt Bonn ausgebildetes Per-sonal, dass die Fakten ebenso bewerten und dem Bürgermeister (und dem Stadtrat) zur Entscheidung vorlegen kann. Fehlt es denn an Rückgrat, um eigene Entscheidun-gen und deren notwendigen Konsequenzen dem Bürger verkaufen zu können? Muß denn immer teuer bezahltes "Fremdpersonal" dafür herhalten, dass die Stadt Bonn handelt (oder auch nicht)? Es wäre auch wünschenswert, dass das Personal unserer Verwaltung durch Fortbildungen in die Lage versetzt wird, die o.g. Kosten zu senken oder gar ganz zu vermeiden."	Statt der kostenaufwändigen Beauftragung auswär-ter Gutachter und Experten wird verstärkt der Sach-verstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung genutzt.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
58	B610	Lichter- und Heizkontrolle in allen öffentlichen Gebäuden	Ähnlich dem Vorschlag zur Beleuchtung im Stadthaus ist regelmäßig über das Wo-chenende oder an Feiertage in öffentlichen Gebäuden / Schulen in ganzen Etagen / Treppenhäusern (z.B. Friedrich-Ebert-Gymnasium) die Beleuchtung dauerhaft an. Zeit-schaltuhren / Bewegungsmelder etc. könnten hier sicherlich Strom sparen. Zum Thema Heizkontrolle wäre insbesondere neben geregelter Heizungsabsenkung die Sanierung (immer noch vorhandene Einfachverglasung! gegen moderne Fenster ersetzen z. B. Montessorischule, Dottendorf) zu nennen. Damit könnten langfristig Kosten gesenkt werden.	Siehe hierzu Entscheidung unter Rang 50.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
62	B465	Weniger Berater für die Stadtverwaltung	Immer wieder liets man von Beratern, die für den OB oder sonstige Abteilungen der Stadtverwaltung tätig sind. Als Mitarbeiter eines der großen Konzerne mit Sitz in Bonn, der (leider) selbst Hunderte Berater beschäftigt, weiß ich, dass diese Leute je nach Vertrag rd. 1000€,- pro Tag kosten. Sofern sie Tätigkeiten übernehmen, für die eigene Leute nicht die Qualifikation besitzen, einverstanden. Aber bei vielen Sachen werden irgendwelche teueren Analysen, aufgehübscht mit tollen Powerpointfolien, präsentiert, wo man angeblich viel Geld sparen kann. Meistens geht das zu Lasten der Beschäftigten, während die Berater wie die Made im Speck sich weiter ausbreiten. Gibt es in der Verwaltung der Stadt keine geeigneten Mitarbeiter, die die Aufgaben auch machen könnten? Beim WCCB hat man sich auch auf externe Berater verlassen (davon sitzt einer jetzt Gott sei Dank im Bau), viel Geld verballert und weiterhin hohe Kosten. Hätte man vielleicht vorher mal eigene Leute gefragt, die sich damit auskennen, oder auch die Bürger befragt, ob man so ein völlig überzogenes WC-Center benötigt, hätte man sehr viel Geld sparen können. Aber da ist Bonn nicht besser als viele andere Städte, die aus Prestige Gründen völlig überzogene Projekte realisieren wollen, weil die Stadtspitze das so möchte. Klar, hätte alles funktioniert, wären Frau Dieckmann und Hr. Nimpsch die ersten gewesen, die sich beifallheischend vor die Presse gestellt hätten, um zu zeigen, wie toll man doch ist.	Statt der kostenaufwändigen Beauftragung auswärtiger Gutachter und Experten wird verstärkt der Sachverstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung genutzt.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
69	B945	Laubbläser abschaffen	Die Dinger sind laut, stinken, verbrauchen teuren Sprit und nützen nix: gerade im Herbst, wenn es auch noch windig ist, erkenne ich keinen Vorteil gegenüber einem Besen!	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 38.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
71	B952	Kein Ganzjahreseinsatz der Laubbläser	Zwischenzeitlich werden die Laubbläser vom städtischen Personal fast ganzjährig genutzt, um Laub, Schmutz, Schnee usw. von Gehwegen und Grünflächen zu entfernen. Diese Geräte verursachen Lärm, Abgase und vor allem Kosten für Sprit. Die Umwelt und die Stadtkasse wären sicher dankbar dafür. Städte wie Marburg oder Gießen haben die Geräte auch eingemottet.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 38.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
75	B256	Externe Berater	Ersatzlose Stornierung aller externen Berater. Um die Mitschuld am WCCB-Desaster der Stadt Bonn zu klären bzw. zu verteidigen sind doch kostspielige Insolvenzverwalter und Staatsanwälte tätig. Die Verwaltung hat genug Kompetenz.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 51.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
76	B485	Vorrang für Bildung und Betreuung	Eine Priorität festlegen, an der alle Maßnahmen sich orientieren: "Bei Kindern und Jugendlichen wird nicht gespart - in allen anderen Bereichen schon." Das heißt z.B.: Keine Abstriche bei U-3-Betreuung, Kindergärten, Ganztagschulen, Schulsanierung etc., aber durchaus höhere Grundsteuer, höhere Eintrittspreise für Erwachsene in Schwimmbädern und Theater, Sportstättennutzungsgebühr für Erwachsene, Bettensteuer etc.. - Alle freiwilligen Leistungen der Stadt sollten auf diese Prioritätensetzung hin überprüft werden, woraus dann entweder Einsparmaßnahmen oder Einnahmeverbesserungen resultieren.	Der Doppelhaushalt 2011/2012 wurde unter der genannten Priorität verabschiedet.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
78	B408	Strom sparen Teil I - Bewegungsmelder	Man könnte in allen öffentlichen Gebäuden (z.B. Eingangshallen, Flure etc.) - nach sorgfältiger Prüfung - Bewegungsmelder installieren.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 50.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
90	B954	schriftliche Benachrichtigung bei Vormerkungen	Guten Tag, im Laufe einer Woche erhielt ich drei Briefe der Stadtbibliothek, in denen mir mitgeteilt wurde, dass die von mir vorgemerkten (oder bestellten) Medien zur Abholung bereit liegen. Meiner Meinung nach wäre es vollkommen ausreichend, diese Mitteilungen per Email zu senden. Zumal ich die Bestellungen selbst online getätigt hatte. So könnten Papier-, Druck- und Portokosten eingespart werden. Vielen Dank fürs Lesen! p.s.: Ich hoffe, dass dieser Vorschlag nicht schon einmal gemacht wurde.	Der Rat bittet die Verwaltung auf vorhandene alternative Möglichkeiten zur Benachrichtigung besser hinzuweisen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
100	B1694	Energie- und Wasserkosten in Schulen	In fast allen Schulen sind Fenster defekt, laufen Toilettenspülungen non-stop, stehen Fenster und Eingangstüren nach Ende der letzten Unterrichtsstunde sperrangelweit offen, weil sich weder Schüler noch Lehrer oder Hausmeister darum kümmern. Hier wird am flischen Ende gespart!	Der Rat verweist zu diesem Thema auf die Maßnahmen der laufenden Schulsanierungen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
103	B458	Rheintouristen als Besucher für Theater und Konzert	Die Verwaltung sollte mit den Veranstaltern von Kreuzfahrten auf dem Rhein Kontakt aufnehmen. Zahlreiche Cruising - Schiffe mit ausländischen Touristen übernachten jährlich in Bonn und Königswinter. Ihnen sollte Gelegenheit gegeben werden, bereits an Bord unter Beratung durch die Reiseleitung Theater- oder Konzertkarten zu erwerben.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
104	B634	Sparen durch Umrüstung der Ampeln auf LED	Wenn alle Ampelanlagen mit LED-Arrays statt mit Glühbirnen bestückt werden, wird 90% des Stroms eingespart. Zudem verlängern sich die Reparaturintervalle deutlich. Im Array könnte leicht die verbleibende Rot-Zeit angezeigt werden, sodass der Autofahrer entscheiden kann, ob sich ein Ausschalten des Motors noch lohnt (Ab ca. 30 sek.). Dies würde neben Einsparungen an Sprit auch noch die prekäre Feinstaubsituation entschärfen.	Da der Bürgervorschlag bereits durch die Verwaltung umgesetzt wird, ist keine Beschlussfassung erforderlich.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
107	B677	Benachrichtigung über ablaufende Reisepässe abschaffen	Ich habe gestern einen Brief von der Stadt Bonn - Amt33 bekommen, in dem mir mitgeteilt wird, dass mein Reisepass demnächst abläuft. Dieser Brief ist überflüssig, denn auf dem Reisepass und anderen Ausweisdokumenten steht das Ablaufdatum drauf. Mein Vorschlag: Automatisierte Bürgerbenachrichtigungen, die per Post versandt werden auf ihren Nutzen hin überprüfen.	Der Rat befürwortet den Bürgervorschlag und beschließt die Einsparung der Maßnahme.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
1	B187	sofort umsetzbar, ca. 1000 Euro im Jahr gespart	Im Stadthaus wird zwischen Parkdeck 2 und Ausgang oben im Treppenhaus mit 2 Heizkörpern geheizt. Absolut niemand benötigt in diesem Treppenhaus eine Heizung. Arbeitsaufwand zum Abstellen: 5 Minuten durch einen Hilfshausmeister.	Der Rat schließt sich dem Vorschlag der Verwaltung zum weiteren Vorgehen an.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
6	B366	Kleinere und günstigere Dienstwagen	Warum muss es immer ein teurer sehr großer Dienstwagen sein. Es gibt gute Modelle, die wesentlich günstiger sind und zudem noch weniger verbrauchen. Hier sollte man dringend einsparen.	Die Anzahl der Fahrzeuge wird reduziert. Bei der nächsten Ausschreibung der Leasingverträge werden die Fahrzeuge von der gehobenen Mittelklasse abgestuft.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
59	B222	Bußgeld für Hundehalter bei frei laufenden Hunden	Erhöhung des Bußgeldes für unangeleinte Hunde auf 100,00 €- und kontinuierliche Kontrollen stadtweit durch Provisionszahlungen an freiberufliche Kontrolleure.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an. Siehe hierzu auch die Entscheidung zur gleichen Thematik unter Rang 9.	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.
80	B291	Gutscheinheft für Neubürger abschaffen	Jeder Neubürger (neu zugezogen) erhält ein Gutscheinheft mit kostenlosen Eintritten in Museen, Theater, Schwimmbad usw. Dies ist zwar nett, aber angesichts der Haushaltslage nicht bezahlbar.	Der Rat hat entschieden, dass die aufwändige Umhüllung der Mappe abgeschafft wird.	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.
8	B232	Schadenersatz	Für Schäden bei Pop-Events und anderen Großveranstaltungen in Rheinaue, Hofgärten etc. konsequent durchsetzen statt sie der Allgemeinheit aufzubürden.	Der Vorschlag wird in der Praxis bereits so gehandhabt wird. Daher besteht kein weiterer politischer Entscheidungsbedarf.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
9	B294	Empfindliche Strafen für Verunreinigungen	Hinterlassenschaften wie Hundekot, Zigarettenstummel mit empfindlichen Geldbußen ahnden. Dies könnte zB von den bereits vorhandenen städt. Reinigungs- und Ordnungskräften einfach mitbeaufsichtigt werden.	Der beschlossene Bußgeldkatalog sieht die im Bürgervorschlag geforderten Strafen bereits vor. Der Rat fordert eine strengere Handhabung vom Ordnungsamt ein.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
16	B386	Bußgelder bei Stadtverschmutzung	Wird die Stadt durch Kippen, Müll etc. verschmutzt, so sollten die Verantwortlichen ein Bußgeld zahlen - werden die Kontrollen erhöht, erhöhen sich auch die Einnahmen (auch für Arbeitssuchende geeignet). Für die Gesellschaft wäre dies positiv.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 9.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
52	B1361	Junges Theater Bonn erhalten	Bonn ist eine der wenigen Städte in Deutschland, die über ein solches Theater verfügen. Dort gibt es eine alternative für Kinder die die Oper oder das Schauspielhaus nicht so gern mögen. Das junge Theater Bonn bietet ausschließlich stücke für Kinder an und gibt den Kindern auch die Möglichkeit selbst mitzuspielen. Ich weiß das denn ich bin	Der Rat entscheidet für den Erhalt des „Jungen Theaters“	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
54	B320	Keinen Blumenstrauß für Bürgermeister	Ich habe einmal gehört, dass der Bürgermeister in relativ engen Zeiträumen (oder war es sogar täglich?) einen frischen Blumenstrauß in sein Büro gestellt bekommt. Dies ist doch wirklich unnötig und würde doch bestimmt mindestens einen Tausender ausmachen.	Der Bürgervorschlag muss nicht politisch beschlossen werden, da der Oberbürgermeister die Lieferung bereits abgeschafft hat.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
55	B740	Keine städtischen Zuschüsse für Bierbörse	Kosten für Vandalismus Reinigung etc. tragen die Teilnehmer und der Veranstalter.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 8.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
67	B1707	Effizienter und schonender Umgang mit Energie	Da die Verantwortlichen nicht selbst die Kosten zu tragen haben, wird rücksichtslos Energie vergeudet. Beispiel Kläranlage Lessenich-Messdorf. Den ganzen Winter brennen nach Dienstschluss an 7 Tagen die Woche mindestens 50 Außenleuchten über längere Zeit. So wie dort geschieht es in Turnhallen etc. Setzen Sie bei größeren Objekten mit Kompetenz ausgestattete Energieverantwortliche (am besten freiwillige Bürger) ein, damit diese Verschwendung aufhört. Belohnen Sie Einsparungen, indem Sie einen angemessenen Anteil vom eingesparten Verbrauch an den Energieverantwortlichen weitergeben. Einsparungsvolumen im 6 stell. Bereich.	Da die Verwaltung zu diesem Bürgervorschlag schon Maßnahmen in Gang gesetzt hat, ist ein weiterer politischer Beschluss hierzu nicht erforderlich.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
77	B1718	Hundesteuer erhöhen	Ist nur ein Test. Wollte nur mal demonstrieren, dass die Funktion "Vorschläge machen" definitiv nicht vorzeitig abgeschaltet wurde. Also, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, noch könnt ihr tatsächlich neue Vorschläge machen. PS: Diesen Vorschlag bitte nicht mit Pro oder Contra bewerten. Den gibt es schon. PPS: Es ist jetzt 23.45 Uhr."	Der Rat verweist auf die bereits im letzten Haushalt durchgeführte Erhöhung.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
82	B363	Hundekot, Einwegspritzen und Graffiti-sprayer	Bereits mehrfach wurde der Vorschlag gemacht Hundehalter bei nicht ordnungsgemäßer Entsorgung der Hinterlassenschaften Ihrer Vierbeiner zur Kasse zu bitten. Ich bin der Meinung, dies sollte man nicht nur bei den Hundehalter -innen machen sondern bei sämtlichen Ordnungswidrigkeiten. Wie hieß das Motto in New York ... Null Toleranz ... Dies bezog sich nicht auf Mitmenschen aus anderen Ländern, kurz Ausländern. Dies Bezog sich auf null Toleranz bei Ordnungswidrigkeiten. Wenn einer seine Zigarette, Papiertaschentuch oder die Verpackung von einem Fast Food Restaurant auf Bordstein schmeißt, Feuer mit Unrat am Rhein und er wurde erwischt ... Strafe ... Gibt es oder gab es in Honk Kong oder Singapur nicht sogar mal Strafen für spucken? Nicht nur die Möglichkeit der Einnahmenerhöhung durch Ordnungswidrigkeitsgelder auch Einsparpotential durch geringere Müllentsorgungskosten, Arbeitsplätze für Kontrolleure, höhere Übernachtungszahlen weil Touristen Bonn-die saubere Stadt sehen wollen. Ich glaube mit diesem Vorschlag kann man den ganzen Stadthaushalt, nein Bundeshaushalt sanieren.	Siehe hierzu auch gleichlautenden Bürgervorschlag unter B294 auf Rang 9.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
85	B549	Null Toleranz und hohes Bussgeld bei Vermüllung der Stadt der Landschaft der Gewässer etc	Wegwerfen muss weh tun. Bussgeld für Zigarettenstummel, Flaschen, Dosen, Plastik usw pauschal 100 Euro Wer Sozialgelder empfängt und dies nicht zahlen kann soll dafür 10 Sozialstunden in der Landschaftspflege, Stadtreinigung etc. ableisten Dies ist ein Einnahme und Sparvorschlag Beispiel Stadt Frankfurt http://www.focus.de/magazin/archiv/periskop-wegwerfen-muss-weh-tun_aid_204549.html	Der Rat verweist zu diesem Bürgervorschlag auf die Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 9.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
89	B362	Klüngel	Ohne jemandem zu nahe treten zu wollen, äußere ich mich allgemein: 1. bessere Kontrollen der Vergabe von Aufträgen der Stadt. 2. Strikte Trennung von Befugnissen in Bezug auf Aufträge der Stadt und Abwicklung der Finanzierung 3. Mehr Einbeziehung der Bürger in Großprojekte, die zu oft in Bonn "in die Hose gehen"	Der Rat verweist auf die bestehende Vergabeordnung.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
92	B745	Generalverträge der Stadt für Kopierer / Drucker prüfen	Im Rahmen einer Diskussion über "freiwilliges Kopiergeld" der Eltern an weiterführenden Schulen stellte sich heraus, dass die Kosten pro Kopie weit höher sind als z.B. Kopierkosten in privatwirtschaftlichen Unternehmen. Es hieß, die Drucker seien per Rahmenvertrag durch die Stadt zur Verfügung gestellt und an den hohen Kosten pro Kopie liesse sich nichts ändern. Man sollte überprüfen, ob hier nicht ein Einsparpotential ist."	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
93	B318	Verzicht auf Bepflanzung der Kennedybrücke	Enger Verkehrsraum sollte nicht noch weiter eingeschränkt werden. Zudem entstehen Folgekosten durch Beschneiden, (möglicherweise Gießen), Laub fegen etc.	Der Bürgervorschlag ist durch einen Ratsbeschluss vom 26.5.2011 bereits erledigt.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
98	B657	Hundesteuer deutlich erhöhen	Die Hundesteuer sollte deutlich auf mindestens 240 €- pro Hund/Jahr angehoben werden, um Ihrer Funktion als Prohibitiv- oder Eindämmungssteuer auch gerecht zu werden. Dies brächte zudem einen schönen Einnahmeeffekt von etlichen 100 T€- im Jahr für die Stadt.	Der Rat verweist auf die bereits im letzten Haushalt durchgeführte Erhöhung.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
108	B333	kostenlose Parkplätze am Rheinufer Innenstadt aufheben!	"Am Rathenauufer" und in der "zweiten Fährgasse" in der Bonner Innenstadt ist so gut wie immer alles zugeparkt. Unverständlich ist jedoch: warum sind diese Parkplätze mitten in der Stadt kostenlos?? Soweit ich weiß ist nicht mal eine Parkscheibe nötig. Teilweise sieht man dort Autos eine ganze Woche stehen ohne das diese bewegt werden. Oft sind es Fahrzeuge aus anderen Kreisen oder Städten die diese gratis Parkmöglichkeit mitten in der Stadt nutzen und dort Tagelang stehen. Hier könnte man entweder ein Parkverbot einführen, so dass andere bereits kostenpflichtige Parkplätze für Einnahmen sorgen. oder man investiert in Parkautomaten die dann Einnahmen generieren. Nachteil bei dieser Option: Mit der Initiative "Bonn - Stadt zum Rhein" soll bis zum Jahre 2014 durch eine Verkehrsberuhigung die Fußgängerzone erweitert werden und diese Investition würde sich bis dahin nicht rechnen."	Eine Beschlussfassung zu dieser Thematik ist wegen der anstehenden Verkehrsberuhigung nicht erforderlich.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
3	B186	Der Landeszuschuss für die Ganztagsbetreuung darf nicht zur Kürzung des städtischen Zuschusses genutzt werden	Die Zuschusserhöhung des Landes NRW für die Offene Ganztagschule ab dem 1.2.2011 darf nicht zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Bonn genutzt werden, sondern muss der Schulkinderbetreuung in den offenen Ganztagschulen in voller Höhe zur Verfügung stehen. Das Land NRW erhöht seinen Zuschuss für die OGS um 115 Euro je Kind und Jahr. Dieses Geld ist für den Erhalt der Qualität und der bisherigen Standards der pädagogischen Arbeit in der Ganztagsbetreuung gedacht. Es ermöglicht den Trägern, die seit 2004 anfallenden immensen Kostensteigerungen aufzufangen.	Der Rat stimmt dem Vorschlag zu.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.
30	B326	Hundekot	Nicht nur für Eltern kleiner Kinder ist Hundekot auf Gehwegen, Spielplätzen, öffentlichen Anlagen etc. ein ständiges Ärgernis. Er birgt Infektionsgefahren und reduziert erheblich die Lebensqualität vieler. Deshalb sollten die Kontrollen erheblich verstärkt, die Bußgelder erhöht (wie in Köln bis zu 500 Euro, bei Wiederholungstaten wesentlich höher) und Kontrolleure, die auf Provisionsbasis arbeiten, eingesetzt werden. Da nach meinem Eindruck nahezu keine Maßnahmen gegen Verschmutzungen durch Hundekot ergriffen werden, wäre es zunächst interessant zu wissen, wie oft die Stadt Bonn bisher Bußgelder wegen Verschmutzung durch Hundekot verhängt hat und welche Einnahmen damit verbunden waren. Zur Verdeutlichung der möglichen Einnahmen die folgende Abschätzung: In Deutschland gibt es 5,4 Millionen Hunde (2009). Das macht für Bonn bei Annahme einer Gleichverteilung etwa 20000 Hunde. Angenommen, jeder Hund hinterläßt einmal täglich ein Ärgernis und 20 % der Hundehalter entfernen dieses auch. Weitere 30 % der Hunde erledigen ihr Geschäft auf erlaubtem Terrain. Dann bleiben 10000 Hundehaufen pro Tag. Falls davon nur 1 % ermittelt und mit 100 Euro geahndet würden, wären dies 300.000 Euro pro Monat. Oder alternativ: Saubere Kinderspielplätze und Gehwege.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 9.	Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
25	B260	Gebühren für Wohnwagen auf Parkplätzen	Ich beobachte häufig, das auf dem Parkplatz gegenüber der Haltestelle "An der Josefshöhe" der 61, bewohnte Wohnwagen stehen. Dort sollte man Stellplatzgebühren verlangen.	Der Rat folgt dem Vorschlag zum weiteren Vorgehen der Verwaltung.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
26	B321	Kein Steuergeld für den Karneval	Liebe Verwaltung. Sagen Sie uns doch bitte mal, wieviel direkte Unterstützung für den Karneval fließt und wie hoch die Sachleistungen sind bzw. die Folgekosten des Karnevals. Bitte sagen Sie dem Bürger auch mal, wie hoch genau der Zuschuss zum Bau der neuen Wagenhalle für das Festkomitee im Gewerbegebiet Dransdorf war. Ich glaube, das war im Jahr 2008 und es waren über 500.000 Euro zuzüglich eines Grundstückes. Wer das alles nicht möchte sollte hier zustimmen. P.S. Ich feier gerne Karneval aber nicht auf Kosten der Allgemeinheit!	Der Rat spricht sich dafür aus den Status quo zu erhalten, da Karneval zur Identität Bonn und des Rheinlandes gehört.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
39	B204	Wegfall von Logos auf Müllsäcken	Immer wieder sieht man die fleißigen Kehr Männchen mit den Müllsäcken und dem Logo der Bundesstadt Bonn in Grau. Wäre es nicht kostengünstiger, neutrale, blaue Müllsäcke ohne jedes Logo oder Beschriftung zu verwenden?	Der Rat spricht sich für eine Beibehaltung der Regelung aus, da aufgrund der kostendeckenden Gebührenfinanzierung der Bürgervorschlag nicht zu einer Entlastung des städtischen Haushalts führt.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
47	B537	karneval von Karnevalisten selbst finanzieren	Von 200 Leuten, die ich Bonn kenne, flüchten 90 % vor dem Karneval, weil er ihnen auf die Nerven geht. Da ich den Karnevalisten ihren Karneval gönne, mögen sie ihn bitte selbst bezahlen. Nach meinem Eindruck wird mehr als 50 % der Kamelle wegwerfen. Nach den Karnevalsumzügen ist die Stadt ein großer Müllhaufen - Die Leute die dies haben wollen, mögen dies bitte selbst bezahlen. Dies ist sowohl ein Einnahme als auch ein Einsparvorschlag.	Siehe hierzu die Entscheidung unter B321 (Rang 26)	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
48	B397	Versteckte Ausgaben [Dienstwagen]	Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Bonn sollte prüfen, ob dort auch die Unsitte verbreitet ist, Dienstwagen nach dem Ansatz im Haushaltsplan zu beschaffen. Beispiel: 1 Personenkraftwagen, Ausgaben bis zu 30.000 €. Mit dem Verkäufer wird ein Nachlass von 50 v.H. vereinbart. So wird ein Kfz mit Bestausstattung zu 60.000 € beschafft oder geleast, der nur mit 30.000 € in den Ausgaben erscheint. Hätte man ein Kfz zu 30.000 € beschafft, wären evtl. 10 - 15 v.H. Nachlass erzielt worden, was tatsächlichen Einsparungen von bis zu 4.500 € entspräche.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
64	B642	Proklamation Wäscherprinzessin durch einen Verein organisieren	Die Proklamation der Wäscherprinzessin von Beuel von der Stadtverwaltung organisiert. Dies erzeugt Personalkosten. Es ist daher ein Verein zu gründen, der die Proklamation organisiert mit dem langfristigen Ziel, keine städtische personelle Unterstützung zu benötigen.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
66	B304	Verzicht auf Flaggenparade	kompletter Verzicht auf 1.) Beflaggung und Flaggenwechsel des früheren Platzes der Vereinten Nationen (Autobahnende der Südbrücke/Nähe Dt. Telekom) und 2.) auf die umfangreiche Pflege der Lavendelpflanzen sowie 3.) auf die teure Flutlichtbeleuchtung. Statt dessen Aufstellen von (kostenlosen) Skulpturen junger Künstler.	Der Rat entscheidet den Status quo beizubehalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
70	B269	Senkung der Fahrpreise Bus/Bahn	Ich bin für eine Senkung der Fahrpreise. Ich nutze keine öffentlichen Verkehrsmittel, weil sie mir zu teuer sind. Ich bin sicher dass mehr Leute fahren würden, wenn die Preise dementsprechend wären. Und dadurch hätte man auch höhere Einnahmen. Ich zahle als Einzelperson 5 Euro um von Bad Godesberg nach Bonn und zurück zu kommen plus die Fahrtkosten für meine Kinder. Das ist doch nicht realistisch.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
95	B220	WCCB verkaufen	Das Millionengrab WCCB an einen privaten Investor verkaufen und so die Stadtkasse entlasten. Keine weiteren Abenteuer die die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt so enorm und unberechenbar gefährden.	Der Rat der Stadt Bonn hat in seiner Sitzung am 20. Oktober 2011 einstimmig dem Forderungskaufvertrag zwischen der Stadt und der Sparkasse Köln/Bonn (SKB) sowie dem „Heimfall“ der Kaufgrundstücke des World Conference Center Bonn auf die Stadt zugestimmt. Nach Zustimmung der Sparkasse Köln/Bonn zum Forderungskaufvertrag im Dezember 2011 und der Zustimmung der Gläubigerversammlung zur Heimfallvereinbarung im Februar 2012 kann der Weiterbau in städtischer Regie erfolgen.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
81	B1719	Nutzung von open-source-Betriebssystemen	Anstatt kommerzielle Betriebssysteme zu nutzen könnte die Verwaltung z. B. auf Kubuntu von LINUX umsteigen. Das würde die EDV-Ausgaben senken!	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
102	B479	Pyongyang in Bonn abschaffen!	Die Fahnenarena auf beiden Seiten der Autobahnzufahrt zur 562 in Dottendorf zwischen der U-Bahnhaltestelle Dt. Telekom/Olaf-Palme-Allee und der Nahum-Goldmann-Allee ist eine Absurdität, die an die "Öffentlichkeitsarbeit" des diktatorischen Regimes in Nordkorea erinnert. Kein Mensch hat etwas von ihr, da sich kein Mensch bei oder in ihr aufhält. Die Bahnhaltestelle ist für einen eventuellen "Arenagenuß" viel zu weit weg. Die Autofahrer auf der Autobahnzufahrt brausen mit hoher Geschwindigkeit durch sie hindurch, haben also keine Zeit, die Fahnen und die Bepflanzung der Arena zu bewundern. Die Bepflanzung und die immer wieder für aktuelle Anlässe ausgetauschten Fahnen dürften recht kostspielig sein. Also weg damit!"	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 66.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
14	B241	Maßlosen Honorarforderungen widerstehen	Bei Verpflichtungen von sog. Experten und Prominenten maßlos überhöhten Honorarforderungen widerstehen und auf maßvolle ausweichen, z.B. bei Beratungsleistungen für OB Nimptsch, für die Stadt, für Konzertveranstaltungen etc.	Bezüglich des Kulturbereiches soll zunächst das Kulturkonzept abgewartet werden. Generell soll die Verwaltung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten Konzepte vorrangig vor externen Beratungsdienstleistern entwickeln.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
15	B283	sinnvolles Heizen der Schwimmbäder	Vorschlag: Die Lufttemperatur der Räumlichkeiten (Umkleidekabinen, Eingangsbereiche) in den Hallenbädern flexibel den klimatischen Außenverhältnissen anpassen. og. Räumlichkeiten müssen im Frühjahr/Herbst nicht starr wie im Winter geheizt werden. Beckenwassertemperatur und Hallentemperatur sind hier nicht angesprochen.	Zunächst soll das Bäderkonzept durch die Verwaltung erstellt und danach auf der Basis und unter Berücksichtigung des Masterplans Energiewende Maßnahmen beschlossen werden.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
17	B282	Verkauf oder Vermietung der Bonner Bunker	In Bonn gibt es noch einige Bunker, die vom Katastrophenschutz regelmäßig betreut werden. Diese Bunker könnte man verkaufen oder vermieten und somit anderweitig nutzen.	Die städtische Liegenschaftsverwaltung wird Vorschläge zum Verkauf, Vermietung oder Eigennutzung in die politischen Gremien einbringen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
18	B694	Vergabe von Freikarten in Oper und Theater einschränken!	Es ist üblich, dass Mitglieder des Stadtrates und des Kulturausschuss Freikarten für alle Aufführungen des Theaters und der Oper (inklusive Premieren) bekommen sollen. Prinzipiell finde ich das notwendig, da die Politiker in der Lage sein müssen, die Arbeit der städtischen Kultureinrichtungen mitverfolgen zu können, um entsprechende politische Entscheidungen treffen zu können. Nicht zuzumuten ist es für einen ehrenamtlichen Kommunalpolitiker, dafür bezahlen zu müssen. Trotzdem könnten gewisse Einschränkungen vorgenommen werden. 1.) Freikarten werden gegen Vorlage eines Personalausweises an der Theaterkasse vor der Vorstellung ausgegeben. So wird verhindert, dass Politiker Freikarten bestellen und diese an Freunde und Verwandte weitergeben. 2.) Die Platzkategorie der Freikarten muss nicht die 1A-Lage sein. Statt dessen reichen auch hintere Reihen. 3.) Die Anzahl der Vorstellungen, die Politiker besuchen können, sollen auf zwei pro Monat begrenzt werden. 4.) Die Anzahl der Freikarten pro Vorstellung sollen auf maximal zwei begrenzt werden.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 4.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
19	B189	Fuhrpark	Ist es wirklich erforderlich, dass sich die Stadt einen so teuren Fuhrpark hält? Geht es nicht eine oder zwei Nummern kleiner? Beispiel: Ich sah in Bad Godesberg eine mir unbekannte Dame in einem Mercedes ML 300 (BN-1110) Ob die Dame eine Dienstfahrt unternahm? Sah nicht so aus, eher war sie einkaufen - und das hätte sie gut und gern auch in einem Polo erledigen können - eine Dienstfahrt übrigens auch (möglichst Diesel) Vielleicht sollten gerade diejenigen, die von Bürgern verlangen zu sparen oder von ihnen einen angehobenen Gewerbesteuersatz verlangen, mit gutem Sparverhalten ein Vorbild sein, dann wird eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer nicht erforderlich und Bonn als Wirtschaftsstandort nicht noch unattraktiver.	Ein gesonderter Beschluss zu diesem Bürgervorschlags ist wegen des Vorschlags zur gleichen Thematik auf Rang 6 nicht gefasst worden.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
20	B209	LED Straßenbeleuchtung	Nachdem in verschiedenen Städten (z. B. Düsseldorf oder Lehrte) in einem Straßenzug neue LED-Strassenlaternen eingebaut worden sind, zeigen diese Projekte enormes Einsparpotential. Wie wäre es, auch hier in Bonn, testweise, einen Straßenzug mit LED-Beleuchtung auszurüsten, da diese sparsamer und wartungsfreier sind.	Die Verwaltung wird vor einer Beschlussfassung zunächst gemeinsam mit den Stadtwerke prüfen, wie hoch die Beschaffungskosten bzw. Einsparperspektiven konkret finanziell sind.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
23	B484	Kostenloses Vergnügen für EHEMALIGE!	Hallo und GUTEN TAG, bei einem Gespräch mit Freunden, kam folgende Frage auf. Wer und warum bekommen Mitarbeiter in der Stadtverwaltung Freikarten für Veranstaltungen der Oper, der Beethovenkonzerte usw.? Erhalten auch ehemalige Stadtdirektoren Eintrittskarten kostenlos? Eine Spende für ein soziales Projekt wäre schon ein kleiner Beitrag für diese Zuwendung. Aber im Grunde besteht keine Berechtigung für kostenloses Vergnügungen das die Steuerzahler mit finanzieren. Zumal die Pensionen beachtlich hoch sind! Und wieder ein Betrag in die Stadtkasse!!!!!! Und Tschüss.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 4.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
24	B337	Nutzung städtischer Schulen für die VHS	Fast alle VHS-Kurse finden abends oder am Wochenende statt. Entsprechend könnte der Raumbedarf der VHS vermindert und stattdessen konsequent städtische Schulen benutzt werden. Das VHS-Gebäude ist viel zu alt, hat zu hohe Betriebskosten und ist überdimensioniert. In anderen Städten klappt dies auch.	Die Verwaltung wird ein Konzept zur Nutzung der vorhandenen Räumlichkeiten erstellen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
27	B185	Beleuchtung Hochwasserdamm in Beuel	Für die zukünftige Beleuchtung auf dem Hochwasserdamm in Beuel habe ich einen kostensparenden Vorschlag: Abschaltung der Lampen ab 23:00 h bis 6:00 h. Einschalten der Lampen für die Passanten ab 23:00 h per Handy. Da das Beleuchtungskonzept für den Damm ohnehin neu erstellt werden muss, ergibt sich hier die Chance, von Anfang an diese Einsparmöglichkeit als Pilotprojekt für Bonn in die Planung einzubeziehen. Dieses Einsparkonzept ist bereits in mehreren Kommunen in Deutschland z.B. in Lemgo realisiert worden und hat sich bestens bewährt.	Der Bürgervorschlag soll nach Entscheidung des Rates vor einer Beschlussfassung zunächst eingehender in der Bezirksvertretung Beuel beraten werden.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
28	B207	energieeffiziente Modernisierung der Straßenbeleuchtung	in einer Pressemitteilung der Stadt Pinneberg vom 1.7.2010 habe ich gelesen, das 30 bis 50 % des kommunalen Stromverbrauchs der Straßenbeleuchtung zugeordnet wird. Deshalb mein Vorschlag... Kosten senken durch effiziente Straßenbeleuchtung.	Siehe hierzu Entscheidung in gleicher Thematik auf Rang 20.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
29	B398	Sparen in Ämtern belohnen	Spart ein Ressort im städtischen Bereich Geld ein, sollte dieser Betrag gutgeschrieben werden auf das kommende Jahr. Bisherige Praxis sieht allerdings so aus, dass das Budget genau um den nicht-ausgegebenen Betrag gekürzt wird. Dies führt zum Jahresende regelmäßig zu maßlosen Ausgaben.	Die Verwaltung entwickelt Anreizmodelle und stellt diese dem Rat vor.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
32	B524	Vermarktung der Loge in der Oper	Man könnte die -stets unbesetzte- Loge in der Oper nutzen, spezielle Events (Oper mit Champagner) anzubieten zu deutlich höheren Eintrittspreisen, vielleicht mit Einführung/persönliche Begrüßung durch den Intendanten und Bewirtung am Platz für Gruppen bis zu 6 Personen.	Der Vorschlag soll auch unter dem Aspekt der Erarbeitung eines Konzepts zur Ertragserhöhung im Kulturausschuss beraten werden.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
33	B391	PR-Agenturen einsparen	Man muss nicht zig Tausende für PR ausgeben. Hier sollte eingespart werden - insbesondere bei externen Dienstleistern wie PR- und Werbeagenturen.	Der Rat folgt der Stellungnahme der Verwaltung und regt an, künftig Vergaben ab 5000 Euro dem Fachausschuss zur Genehmigung vorzulegen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
34	B529	Ampeln nachts ausschalten	Vorschlag über das Call-Center eingestellt: Vorschlag: Einen großen Teil der Ampelsysteme nachts ausschalten.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 2.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
35	B276	Schriftwechsel per e-mail	Warum beantwortet die Stadt e-Mails mit einer Bürgeranfrage per Post? Das kostet jedesmal 0,55 Euro mal ca. 100 Antwortbriefe pro Tag mal ca. 260 Arbeitstage pro Jahr ergibt 14.300,-- Euro die die Stadt sparen kann. Also: e-Mails mit einer e-Mail beantworten.	Der Rat spricht sich dafür aus die Umsetzung zu prüfen, soweit keine Vorschriften entgegenstehen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
37	B253	Baumaßnahmen zusammenfassen	Baumaßnahmen der Stadt sollten zusammengefasst werden. Verschiedene Bauprojekte sollten so koordiniert werden, dass die Öffnung der Straßendecke nur einmal erforderlich ist. Einsparmöglichkeiten müssten enorm sein.	Der Rat fordert von der Verwaltung eine noch bessere Koordination und Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger beim Baustellenmanagement ein.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
44	B423	Rückbau von Ampelanlagen	Um die laufenden Kosten für die Verkehrsinfrastruktur zu reduzieren empfehle ich den Rückbau von (fast) allen Ampeln auf den Nebenstraßen des Bonner Stadtgebiets. In den meisten Fällen (mit Ausnahme z.B. vor Schulen) könnten Vorfahrtsregeln und Fußgängerüberwege die in der Wartung und im Betrieb teuren Ampeln ersetzen ohne dass hierdurch eine erhöhte Gefahr für Straßenverkehrsteilnehmer entsteht. Unterstützt werden kann der Rückbau durch eine zunehmende Einführung von 30-Zonen auf den Nebenstrecken. Die Durchschnittsgeschwindigkeit im Innenstadtbereich könnte hierdurch sogar erhöht werden.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 2.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
46	B517	Spendenkonto für Freiwillige Leistungen einrichten	Warum sollte es nicht Gönner - Firmen wie auch den gemeinen Bürger - geben, die bereit sind aus ihrem eigenen Säckel der Stadt zu spenden, um beispielsweise die Bonner Bäder, das Theater oder die Spielplatzsanierung zu unterstützen. Die Zweckgebundenheit der Spende lässt diese vielleicht attraktiver werden.	Die Verwaltung wird zunächst prüfen, ob unter Umständen die Einrichtung einer Stiftung den Spendenfluss erhöhen könnte.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
49	B274	Ampelschaltung grüne Welle	Was in anderen Großstädten wunderbar funktioniert, ist hier in Bonn ein einziges Chaos! Die Ampelschaltungen als sogenannte grüne Welle! Hier spart zwar nicht unbedingt die Stadt Bonn, aber jeder einzelne Autofahrer. Also - bitte her mit der "grünen Welle".	Das Thema wird erneut in den Bezirksvertretungen diskutiert. Dabei werden Erfahrungen aus anderen Städten berücksichtigt.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
56	B407	Sponsoring Bonner Oper	Ein Sponsoring der Bonner Oper soll helfen die Investitionskosten zu sichern und dabei den Bonner Haushalt entlasten. Unternehmensstammsitze wie die Deutsche Telekom oder die Deutsche Post AG könnten dabei 5 Minuten vor veranstaltungsbeginn Werbespot senden und innerhalb der Räumlichkeiten entsprechend auftreten. Andererseits könnten im Gegenzug Kulturveranstaltungen im ehem.- T-Mobile Forum oder Räumlichkeiten der Post AG stattfinden.	Eine Umsetzung durch die Verwaltung wird begrüßt. Die vertragliche Verpflichtungen aus dem bestehenden Intendantenvertrag bleiben allerdings bestehen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
57	B339	Abgabe eines Freibades an einen Verein	Ein Freibad sollte an einen Sport- oder Förderverein abgegeben werden. Dafür sollte die Stadt einen festen Zuschuss zahlen (z.B. 100.000 €-), der deutlich unter dem bisherigen Betriebskostendefizit dieses Bades liegen sollte. Ein Förderverein kann viele Arbeiten in Eigeninitiative durchführen und ist dadurch deutlich günstiger. Außerdem kann er seinen Mitgliedern auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten das Schwimmen ohne Bademeister ermöglichen. Dieses Konzept wird in vielen Gemeinden erfolgreich praktiziert und würde die Zwangsschließung eines Bades vermeiden.	Entsprechende Gespräche werden im Rahmen der Erstellung des Bäderkonzepts geführt.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
60	B300	Sponsorenkarten für Kultur und Sport	Es ist sicher sinnvoll, Sponsoren bei Laune zu halten und mit Freikarten z.B. in Oper, Theater oder Konzert zu bedienen. Die Partnerkarte sollte mit reserviert werden, dann aber vom Nutzer bezahlt werden oder der Nutzer spendet den Betrag gezielt an ein Projekt (Freiwillige Leistungen der Stadt). -Oder zurückgegeben werden und als Lastminutekarte verkauft werden. Die Häufigkeit - z.B. bei jeder Premiere - ist sicher auch nicht nötig, da es sich bei dem Personenkreis ja schließlich um besser situierte Mitbürger handelt.	Siehe hierzu auch Bürgervorschlag zur gleichen Thematik auf Rang 56.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
61	B399	Schulen für Events vermieten	Es sollte einfach möglich sein, Räume in Schulen für Events zu mieten (Geburtstage etc.).	Entsprechend des Bürgervorschlags B 337 wird die Verwaltung beauftragt ein Konzept zur Nutzung der vorhandenen Räumlichkeiten zu erstellen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
65	B188	Einführung eines Kultureuros für gewinnorientierte kulturelle Veranstaltungen	Kultur und deren Förderung sind wünschenswert zur Erhaltung eines attraktiven Stadtbildes. Die Einstellung vieler Fördermaßnahmen seitens der Stadt wird zwangsläufig zu einer Abnahme von vielfältigen und guten Angeboten führen, und somit geringere Besucherzahlen (auch von außerhalb) verursachen, was langfristig weniger Einnahmen bedeutet. Neben Sparmaßnahmen sollten daher potentielle Einnahmequellen diskutiert werden, um eine weitere Abwärtsspirale zu vermeiden. Ich schlage daher vor, dass kommerziell ausgerichtete, kulturelle Angebote in Bonn in die Pflicht genommen werden einen Beitrag zur Erhaltung des Standorts Bonn zu leisten. Denkbar wäre die Einführung eines ?Kultureuros? (z.B. in Höhe von 1 EUR), der für jedes verkaufte Ticket einer kommerziellen, kulturellen Leistung (Konzerte, Veranstaltungen in der Bonner Rheinaue, Theater, Oper etc.) durch die Veranstalter zu entrichten ist. Private und gemeinnützige Veranstaltungen von Organisationen (z.B. von Vereinen) sind davon ausgeschlossen. Die Kosten für den Veranstalter in Höhe von 1 EUR sollten dabei zu 50% auf den Besucher übertragen werden können, da viele Menschen außerhalb Bonns die angebotenen Möglichkeiten (und damit die Bonner Infrastruktur) nutzen. Die Mehreinnahmen sollten dazu genutzt werden, wichtige kulturelle Projekte weiterhin zu fördern, und den Haushalt auf anderen Positionen im Haushalt zu entlasten.	Der Rat empfiehlt auf Basis der Antwort der Verwaltung zu diesem Vorschlag im Kulturausschuss über Alternativen zu beraten.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
68	B966	Hardtbergbahn endgültig beerdigen	Ich würde es sehr begrüßen, wenn das Projekt Hardtbergbahn endgültig in der Schuttlade verschwindet. Das Projekt wurde in den letzten Jahrzehnten von allen Seiten beleuchtet und hat Unsummen an Planungskosten verschlungen. Der Nutzen ist sehr umstritten. Daher mein Vorschlag: Keine weiteren Planungskosten für die Hardtbergbahn bewilligen.	Ein Beschluss ist hierzu nicht gefasst worden. Die endgültige Planfeststellung für die Hardtbergbahn wird 2012 beschlossen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
73	B314	Bibliothek - würde auch höhere Beiträge zahlen	Seit Jahren nutze ich ausgiebig die Angebote der Bibliothek. Nicht auszudenken wenn diese Angebote nicht mehr zur Verfügung ständen. Damit ich auch weiterhin die Bibliothek voll nutzen könnte, würde ich eine Erhöhung der Jahresgebühr von z.B. 15 auf 20 Euro im Jahr zahlen. Dies hört sich nicht viel an aber auch Kleinvieh macht mist.	Nach Inbetriebnahme des Hauses der Bildung werden im Rahmen einer Neukonzeption des Bibliothekswesens weitere Prüfungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
74	B425	Mehr Kontrolleure gegen Schwarzfahrer	In Bussen und Bahnen werden viel zu selten Fahrscheinkontrollen durchgeführt. Schwarzfahren sollte gerade in Zeiten knapper Kassen nicht mehr auf diese Weise indirekt unterstützt werden.	Der Rat leitet den Vorschlag an die Stadtwerke Bonn weiter und bittet um Prüfung einer möglichen Umsetzung.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
79	B1016	Stadtbibliothek:Freiwillige Kostenbeteiligung: Nutzer stiften Bücher	Ich schlage vor, dass in den Stadtteilbibliotheken Listen mit neu anzuschaffenden Medien ausliegen und Nutzer diese stiften (d.h. das Geld dafür geben, überweisen...) können. Auf Wunsch wird der Stifter im Buch vermerkt. Wenn jeder 2. Nutzer im Jahr 1 Buch spenden würde, wäre das vermutlich ein Plus auf der Einnahmenseite.	Der Rat delegiert diesen Bürgervorschlag zur weiteren Prüfung zurück an den Kulturausschuss.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
83	B255	WCCB-Debakel	Nach Aufklärung der Verantwortlichkeiten diese Personen in persönliche Regresspflicht nehmen, einschließlich Frau Dieckmann als oberste Dienstherrin.	Der Rat schließt sich dem Vorschlag zum weiteren Vorgehen der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
84	B182	Straßenbeleuchtung	Zum Teil können an Straßen die Beleuchtung reduziert werden. Teilweise würde es reichen wenn nur jede zweite Lampe brennt.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
86	B1710	Vermietung zeitnah	Warum stehen freigewordene Wohnungswen teilweise so lange leer. Jeder Privatvermieter sieht zu, dass es möglichst zu einer unmittelbaren Anschlußvermietung kommt. Dies ist bei Wohnraum auch in der Regel kein Problem. Nur die Stadt sieht sich dazu nicht in der Lage? Kenne aktuell 3 solcher Wohnungen nur hier im Umfeld, wo man wohl keine Miete einnehmen möchte.	Der Rat bittet die Verwaltung zu überprüfen, ob Optimierungen möglich sind.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
87	B338	Verkehrskontrollen intensiver durchführen	in bad godesberg rund um den bahnhof wird wild geparkt. die 30er zonen mißachtet, einbahnstrassen in der falschen richtung befahren, straßeneinmündungen zugeparkt. hier sollte mehr kontrolliert werden , es wären erhebliche mehreinnahmen für das ordnungsamt.	Der Rat bittet die Verwaltung zu berichten wie oft und wo kontrolliert wird.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
88	B534	Werbebanner	Die Werbebanner für Veranstaltungen der Stadt Bonn die im Zentrum fast an jeder Laterne und Ecke angebracht sind, (z.B. Kennedybrücke oder Adenauerallee an JEDER Laterne) könnte man auch nur an jeder 3. oder 4. Laterne anbringen. Als Autofahrer haben wir eh in Bonn mit einem ausgeprägten Schilderwald zu kämpfen.	Der Rat bittet die Verwaltung darzulegen, ob wirklich keine Einsparungen möglich sind.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
91	B618	Schulpatenschaften von Parks und Auen	Die Einbindung von Schulen in Gestaltung und Pflege von Rheinaue, öffentlichen Parks oder Spielplätzen könnte in Kooperation MIT den städt. Mitarbeitern zu einer starken Entlastung der Reinigungs- und Pflegekosten führen. Sowohl soziale Kompetenz als auch Verantwortung der Schüler gegenüber den öffentlichen Einrichtungen könnten durch die Åbernahme von Patenschaften gefördert werden (Müll/Vandalismus). AUCH EINBINDUNG DER JUGEND IN EIN FREIWILLIGES FE-RIENPROGRAMM...	Der Rat unterstützt den Bürgervorschlag und bittet die Verwaltung bei den Schulen diesbezüglich anzufragen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
94	B562	Zu teuer für die Tonne: Infomaterial gezielt verteilen	Ich stelle fest, dass diverse Informationsmaterialien in gedruckter Form in großen Mengen ausliegen. Ich schlage vor genau zu prüfen, inwiefern solches Material ganz gezielt verteilt werden und die Aufmachung kostengünstiger gestaltet werden kann.	Der Rat unterstützt den Bürgervorschlag und bittet die Verwaltung die Maßnahmen regelmäßig zu überprüfen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
96	B625	Kammerspiele besser nutzen	Statt die Kammerspiele zu schließen, sollte über eine bessere Nutzung der Kammerspiele während der spielfreien Tage nachgedacht werden. Ausstellungen, Lesungen, Lesecafe, Dichtercafe, Begegnungsstätte. Kultur gemeinsam erleben und prägen. Die Kammerspiele sind in Bad Godesberg ein ungenutztes Rohmaterial. Wenn die Kammerspiele schließen verödet Godesberg noch mehr. Die Umgestaltung könnte auch in Kooperation mit Sponsoren erfolgen. Bonn ist Kulturstadt, das ist ein Juwel, und sollte in allen Stadtteilen bedacht werden.	Die Kammerspiele sind Bestandteil der Erstellung des Kulturkonzepts. Änderungen am derzeitigen Status quo sind nur im Rahmen neuen Intendantenvertrags möglich.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
101	B298	Optimierung der genutzten Infrastruktur	Bei der Nutzung vorhandener Liegenschaften sollte es möglich sein durch eine optimierte Auslastung der Liegenschaften unter Beachtung funktionaler und wirtschaftlicher Gesichtspunkten nicht mehr benötigte Liegenschaften zu identifizieren und einer Verwertung zuzuführen. Bei den verbleibenden Liegenschaften erreicht man eine wirtschaftlichere Auslastung was insgesamt zu einer Senkung der Betriebskosten und geringeren Bauunterhaltungskosten führt. Durch dieses Prinzip war es bei meinem Arbeitgeber möglich sehr hohe Investitionskosten zu identifizieren die nicht benötigt wurden. Es wurden ebenfalls Liegenschaften oder Teile von Liegenschaften ermittelt die aus der Nutzung genommen und veräußert wurden, was insgesamt zur Senkung der Betriebskosten führte. Im Fall der Stadt Bonn sollte, nach meinen Erfahrungen, ein Zeitraum von ca. 9 Monate ausreichen um ein Ergebnis zu erzielen was mittel- und langfristig zu erheblichen Einsparungen führen sollte.	Der Rat befürwortet den Bürgervorschlag und bittet die Verwaltung um entsprechende Überprüfung.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
105	B622	Ungenutzte Grundstücke verpachten	Was ist z.B. mit dem Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei? Gehört das der Stadt? Jedenfalls verfallen da die Gewächshäuser und alles wird von Unkraut überwuchert. Direkt daran schließt sich eine Schrebergartensiedlung an. Warum macht man aus dem Gelände also nicht auch Schrebergärten, die man verpachtet? Sicher gibt es noch mehr ungenutzte Grundstücke, an die keiner mehr denkt.	Der Rat befürwortet den Bürgervorschlag und bittet die Verwaltung um entsprechende Überprüfung.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
2	B179	Ampelanlagen in der Nacht zum Teil ausschalten	Die Ampelanlagen können an vielen Straßen in der Nacht ausgeschaltet werden. In vielen Städten funktioniert das auch problemlos. Wieso muss man in der Nacht teilweise ziemlich lange unnötig an einer Rotphase warten?	Die Thematik der Ampelanlagen wird Gegenstand der politischen Beratungen in den Bezirksvertretungen. Die Verwaltung wird zunächst beauftragt, Erfahrungen aus anderen Städten einzuholen, auf dessen Basis weitere politische Beratungen folgen werden.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
4	B273	Wegfall sämtlicher Freikarten in allen Kultureinrichtungen der Stadt Bonn, insbes. Theater und Oper	In Zeiten von Sparmaßnahmen gibt es keinen Grund für die Ausgabe von Freikarten, auch nicht für Freunde der Künstler, Lokalpolitiker etc.	Für die zukünftige Praxis wird vorgeschlagen, die Freikartenregelung auf eine Freikarte für die Mitglieder des Kulturausschusses zu begrenzen. Die neu zu fassende Regelung wird im Detail Gegenstand weitergehender politischer Beratungen sein.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
5	B354	Premierenkarten	Es ist immer wieder festzustellen, daß bei herausgehobenen Veranstaltungen [Oper, Theater, Konzerten] die ersten Reihen reserviert sind für Vertreter der Kommune, der Presse, der Kirchen, der politischen Parteien, von Wirtschaftsverbänden u.a.]. Da die Teilnehmer sicher ein großes Interesse an der Selbstdarstellung haben, sollte man diese Karten zu dem Preis abgeben, den auch ein Bürger dieser Stadt zu zahlen hat. Diese zusätzlichen Einnahmen führen indirekt zur Senkung der städtischen Zuschüsse.	Siehe Entscheidung zur gleichen Thematik auf Rang 4.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
7	B470	Telekom Dome als Veranstaltungsort nutzen	Seit dem Frühjahr 2008 hat die Stadt Bonn mit dem Telekom Dome ihre bis dato größte (Kapazität: 6000 Zuschauer) und modernste Veranstaltungshalle bekommen. Während der Basketball-Saison findet dort im Schnitt alle zwei Wochen ein Spiel statt. Die wenigen außersportlichen Veranstaltungen, die es bis jetzt dort gab, haben gezeigt, dass sich die Halle hervorragend für Konzerte, Musicals und andere Großveranstaltungen eignet (Beispiel: Nussknacker on Ice). Doch eine Regelung, wie viele solcher Veranstaltungen dort stattfinden dürfen, gibt es immer noch nicht, sodass der Dome 90 Prozent der Zeit leer steht, weil sich die Stadt Bonn kein Stück zu bewegen scheint. Da es keine nennenswerten Alternativen zum Telekom Dome gibt, muss dieser verstärkt für Veranstaltungen genutzt werden, um wieder Geld in die Kassen der Stadt zu spülen! Außerdem finanzieren sich die Telekom Baskets Bonn auch aus den Einnahmen. Für sie ist es existenziell. Wenn die Baskets aus Geldmangel zweitklassig werden sollten, ist Bonn mit keiner für die breite Masse interessanten Sportart in der ersten Liga vertreten! Auch das wäre sehr schön. Fazit: Eine vermehrte Nutzung des Telekom Dome bringt der Stadt mehr Geld (ohne, dass sie viel dafür investieren muss, denn der Dome steht) und sichert den Baskets die Existenz.	Das Fachgutachten wird vor einer weitergehenden politischen Entscheidung zunächst abgewartet.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
10	B364	Entwicklung neuer Logos/Briefköpfe etc. verhindern	Immense Beträge wurden für die Logo-Entwicklung "Bonn-Freude" etc. ausgegeben. Mit weitreichenden Konsequenzen: Briefpapier muss neu gedruckt werden, eine PR-Kampagne muss das Motto verbreiten. Geld, dass man gut sparen könnte. Jede Logo-entwicklung, jede Briefpapierumstellung kostet immens viel Geld.	Da nicht beabsichtigt ist in nächster Zeit ein neues Marketingkonzept zu entwickeln, war keine Ratsentscheidung erforderlich.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
13	B347	Subventionierte Kitaplätze für Telekommitarbeiter streichen	Derzeit kann die Telekom bestimmen, wer in die Betriebs-Kitas kommt, obwohl die Stadt Bonn den Großteil der Kosten bezahlt. Die Stadt Bonn finanziert also Kitaplätze für finanziell gut gestellte Eltern, die oft nicht einmal in Bonn wohnen! Diese versteckte Subvention muss sofort beendet werden! Damit könnten Bonner Kinder nach sozialen Kriterien den Vorrang bekommen.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an. Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
31	B184	Logos auf Dienstfahr-zeugen, Briefum-schlägen, etc.	Es muss nicht immer ein neues Logo her.... Warum wurde nicht einfach das Bonner Wappen als Logo belassen? ..oder Kussmund? Das waren Markenzeichen der Stadt Bonn und im Gegensatz zum jetzigen Logo auch noch "schön". Aber nein...immer neue Logos. Das macht keinen Sinn und kostet die Stadt unnötig Geld.	Da nicht beabsichtigt ist in nächster Zeit ein neues Marketingkonzept zu entwickeln, war keine Ratsentscheidung erforderlich. (siehe auch Rang 10)	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Bürgervorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Bürgervorschlags im Originalwortlaut	Bürgervorschlag im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
36	B289	Keine weiteren Imagekampagnen der Stadt	Bonn. Freude. Die Stadt. Wie blöd! Bonn hätte den "Beinamen" Beethovenstadt, der zu Unrecht vollkommen ignoriert wird. Wir hatten etliche (in Entwicklung und Verbreitung sicher teure) Logos, die bis auf den charmanten Bonner Kussmund sämtliche unnütz, ohne jeglichen Wiedererkennungseffekt oder ganz ersetzbar waren. Anscheinend reisst die Lust an der kostenintensiven Außendarstellung jedoch nicht ab und wieder brauchte Irgendjemand ein total neues, schickes Image für die Stadt. Dieser Slogan drückt nichts aus und ist auf jede profillose andere Stadt anwendbar. Wer braucht das? Die Bürger bestimmt nicht! Möchte nicht wissen, wieviel eine Superagentur für die Entwicklung bekommen hat, ganz zu schweigen von der aufwendigen Plakat-Kampagne oder gar der Umstellung des neuen Spruchs auf sämtliche Briefbögen der Stadt.	Da nicht beabsichtigt ist in nächster Zeit ein neues Marketingkonzept zu entwickeln, war keine Ratsentscheidung erforderlich. (siehe auch Rang 10)	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
53	B271	Hallenbäder effizienter machen	Durch einen Wegfall unsinniger Einschränkungen bei den Hallenbädern könnte die Effizienz (und damit auch die Besucherzahl) erhöht und damit deutlich Kosten eingespart werden: -weniger Aufsichtspersonal am Beckenrand. Meistens langweilen sich mehrere Schwimmeister gleichzeitig oder führen anregende Unterhaltungen ohne auf die Schwimmer zu achten. -durchgehende Öffnungszeiten für alle. Schulen können auch nach Absprache unter Sperrung von Bahnen ihren Äebungen nachgehen. Dasselbe gilt für Vereine. "Schwimmen für muslimische Frauen" ist zudem das Gegenteil von integrationsförderlich. -weniger der zu kleinen Umkleidekabinen"	Ein politischer Beschluss kann zu diesem Bürgervorschlag nicht getroffen werden, da aufgrund gesetzlicher Vorgaben und Sicherheitsaspekte das Personal nicht reduziert werden kann.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
63	B377	Keine riskanten Zinswetten mit Steuergeldern	Die mit einer Wette vergleichbaren Zinstauschgeschäfte (Swap-Geschäfte) sind üblich als Quelle für die kostengünstige Beschaffung von Fremdkapital. Auch Bonn hat 2009 (nach eigenen Angaben ohne Verluste) solche riskanten Geschäfte betrieben.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
72	B361	Kosten für Methadonsubstitution mit umliegenden Gemeinden teilen	Bonn hat die meisten Methadonsubstituierten pro Einwohner in NRW. Aus dem Umland (z. B. dem Rhein-Sieg-Kreis), aber auch aus ganz NRW, ziehen Drogenabhängige ob der guten Versorgung nach Bonn. Die umliegenden Gemeinden sollten demnach auch an den Kosten beteiligt werden. Der Anteil der Methadonsubstituierten pro Einwohner ist z. B. im Rhein-Sieg-Kreis verschwindend gering.	Da die Kosten von den Krankenversicherungen getragen werden, ist eine Entlastung des städtischen Haushalts nicht möglich. Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
106	B448	Unnötige und Sinnlose Erstellung von Kunstwerken	Bonner Verteilerkreis wurde ein ca30-40 Meter hoher runder Stahlpfosten gesetzt. In Köln meines Wissens auch. Die hohen Material und Arbeitskosten die hier ohne Sinn verschleudert wurden hätte man für Bordsteinabsenkungen verwenden können!! Für mich sind sowas Sinnlose Ausgaben	Einspareffekte lassen sich nicht realisieren, da die Stele schon steht. Eine Beschlussfassung ist daher nicht erforderlich.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
97	B223	Gewerbesteuer: Gastronomie oder Kulturverein?	...es werden immer mehr. Ladenlokale mit Milchglasscheiben und nicht selten auch mit Türstehern, die sich Kulturverein nennen. In diesen Räumlichkeiten wird konsumiert und illegales Glücksspiel betrieben und die Politik weiss es und macht die Augen zu. Nach intensiven Kontrollen, könnte man hier Gewerbesteuer erheben, oder diesem Treiben ein Ende bereiten, was natürlich ein ganz besonderes Fingerspitzengefühl erfordert.	Der Rat schließt sich den Ausführungen der Verwaltung an. Keine Wertung als Bürgervorschlag.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.
99	B590	Lichter- und Heizkontrolle im Stadthaus	Immer wieder kommt es vor, das über das Wochenende oder Feiertage in einzelnen Räumen sowie ganzen Etagen im Stadthaus Lichter brennen. Hier wäre, zusammen mit einem effizient kontrolliertem Heizsystem (Abstellen über das Wochenende etc), eine Einsparung zwischen 500-5000 €,- im Jahr möglich.	Der Rat schließt sich der Antwort der Verwaltung an.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.

Anhang 4

Ratsentscheidungen
der Diskussions-
vorschläge nach
Status der
Umsetzung sortiert

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
77	D63	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Schülerbeförderungskosten"	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt. Einsparung jährlich 13.500 Euro durch den Wegfall des Schulbus GGS Ennertschule.	Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.
5	D84	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung "3D-Stadtmodell"	Der Vorschlag wird durch Verlagerung der Arbeitsplatzkosten umgesetzt.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
8	D20	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Anzeigenschaltungen"	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
12	D91	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung "Neugestaltung Dorfplatz Graurheindorf"	Die investive Maßnahme wird in 2012 um 35.000 Euro reduziert	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
13	D18	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Öffentlichkeitsarbeit und Stadtmarketing"	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
14	D22	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Repräsentation"	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
16	D19	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Pressearbeit"	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
19	D83	Diskussionsvorschlag: "Erhöhung des Eigenanteils der Bonn-Ausweisbesitzerinnen an den Fahrtkosten ÖPNV von 50 auf 60 Prozent"	Die Maßnahme wird umgesetzt.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
20	D6	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Stabsstelle Veranstaltungskoordination"	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart. Der Aufgabenbereich der Stabsstelle Veranstaltungskoordination wird in das Amt 33 (Bürgerdienste) integriert.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
22	D46	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Call-Center der Stadt Bonn"	Die bislang festgelegte Quote der telefonischen Erreichbarkeit über das Call-Center wird reduziert.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
23	D58	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Standortmarketing"	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
26	D59	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung Service Center Wirtschaft und Standortentwicklung	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
28	D100	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Straßenbaumaßnahmen Beuel"	5 % Einsparung der Ansätze durch Verschiebung der investiven Maßnahmen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
29	D102	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Straßenbaumaßnahmen Bad Godesberg"	5 % Einsparung der Ansätze durch Verschiebung der investiven Maßnahmen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
30	D103	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Straßenbaumaßnahmen Hardtberg"	5 % Einsparung der Ansätze durch Verschiebung der investiven Maßnahmen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
32	D96	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Wechselbepflanzung"	Reduzierung der investiven Maßnahmen in den Jahren 2013 bis 2015 um jeweils 35.000 Euro	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
33	D54	Diskussionsvorschlag: Sparen durch "Ankauf von Belegungsbindungen im geförderten Wohnungsbau"	Der Vorschlag wird umgesetzt.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
34	D57	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Wissenschaftsmarketing"	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
39	D101	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Straßenbaumaßnahmen Bonn"	5 % Einsparung der Ansätze durch Verschiebung der investiven Maßnahmen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
40	D104	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der "Straßenbaumaßnahmen von klassifizierten Straßen"	5 % Einsparung der Ansätze durch Verschiebung der investiven Maßnahmen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
42	D95	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung - Begrünung Verkehrsraum	5 % Einsparung der Ansätze durch Verschieben von Maßnahmen.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
44	D41	Diskussionsbeitrag: Einführung einer Sportstättenbenutzungsgebühr	Ein Sportstättennutzungsentgelt wird erst eingeführt, wenn für alle Bonner Sportstätten ein Betrieb gewerblicher Art gegründet worden ist. Einsparungen durch diese Gründung fließen in den Sportetat.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
50	D42	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Stabsstelle Integration"	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
51	D23	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Internationales"	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
52	D2	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung "Bürgerbüro"	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
54	D7	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse im interkulturellen Bereich"	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
55	D56	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bonn-Information"	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
63	D86	Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Öffentliche Toilettenanlagen"	Bis 2012 keine Umsetzung des Vorschlags. Ab 2013 Reduzierung auf rund die Hälfte des bisherigen Ansatzes.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
75	D52	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Betriebsmittelzuschuss an das Theater Bonn (Oper, Schauspiel, Tanz)"	Der Betriebsmittelzuschuss an das Theater Bonn wird 2013 um 1,46 Mio. Euro und ab 2014 um 3,5 Mio. Euro gekürzt. Zu eventuellen weiteren Veränderungen ab der Spielzeit 2013/14 wird ein Kulturkonzept erarbeitet.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
79	D21	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Internetportal www.bonn.de"	Im Dezernat OB werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 insgesamt rund 10 % eingespart	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
80	D49	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung - Betriebsmittelzuschuss Beethoven Orchester Bonn	Bis zum Ende der Spielzeit 2012/13 sind aufgrund vertraglicher Regelungen keine Änderungen beim Orchester möglich und auch nicht beabsichtigt. Zu eventuellen Veränderungen ab der Spielzeit 2013/14 wird ein Kulturkonzept erarbeitet, dass auch die Sicherung des Konzertstandortes Bonn zum Inhalt hat.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
83	D50	Diskussionsvorschlag: Wegfall/ Kürzung der freiwilligen Leistung "Musikschule"	Zeitgleich mit dem Haushalt wurde das neue Musikschulkonzept verabschiedet. Hierin sind Einsparungen in Höhe von 2013 rund 190.000 Euro, 2014 rund 200.000 Euro und 2015 rund 220.000 Euro verbunden.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
84	D40	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Sportförderung"	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt. Die Gesamtförderung wird ab 2013 um rund 10 % gekürzt.	Der Vorschlag befindet sich in der Umsetzung.
2	D43	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Fahrerpool"	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt. Die Anzahl der Fahrer und Fahrzeuge wird reduziert. Bei der nächsten Ausschreibung der Leasingverträge werden die Fahrzeuge von der gehobenen Mittelklasse abgestuft. Die Fahrzeuge stehen nur noch den Bürgermeister/innen und Dezernenten/innen zur Verfügung. Für alle sonstigen Fahrten zu repräsentativen Terminen soll grundsätzlich das Taxi genutzt werden.	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.
35	D45	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Entgeltliche Praktika bei der Stadt Bonn"	Der Vorschlag wird durch eine Reduzierung des Kostenansatzes um mindestens 100.000 Euro zum Teil umgesetzt.	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.
45	D4	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bonner Sommer"	Für eine Neukonzeption des „Bonner Sommer“ stehen ab 2012 30.000 Euro zur Verfügung.	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.
99	D93	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Sanierung Spielplätze"	Die investiven Maßnahmen werden 2011 um 10.000 Euro und ab 2012 um 20.000 Euro gekürzt.	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.
109	D9	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse für die Kulturförderung"	Zur Vermeidung eines Nothaushaltes, der der Stadt gerade im sog. „freiwilligen Bereich“, also auch im Bereich der Kultur, jeglichen Handlungsspielraum genommen hätte, hat der Rat beschlossen, auch im Kulturbereich Einsparungen vorzunehmen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen. Im Bereich der Zuschüsse für die Kulturförderung werden 2011/2012 gegenüber dem Ansatz 2010 rd. 300.000 Euro eingespart.	Der Vorschlag wird zum Teil umgesetzt.
7	V2	Verwaltungsvorschlag: Einsparung durch Verschiebung von Straßenbaumaßnahmen	Die Realisierung der beiden Maßnahmen wird in das Jahr 2013 verschoben.	Der Vorschlag wird umgesetzt.
1	D24	Diskussionsvorschlag: Erhöhung der Vergnügungssteuer für Spielgeräte	Alle Möglichkeiten zur Erzielung von Einnahmen werden ausgeschöpft.	Der Vorschlag wird umgesetzt.
9	D26	Diskussionsvorschlag: Erhöhung der Zweitwohnungssteuer um einen Prozentpunkt auf 13 von Hundert ab 2013	Alle Möglichkeiten zur Erzielung von Einnahmen werden ausgeschöpft.	Der Vorschlag wird umgesetzt.
21	D27	Diskussionsvorschlag: Einführung einer Bettensteuer ab 2013	Alle Möglichkeiten zur Erzielung von Einnahmen werden ausgeschöpft.	Der Vorschlag wird umgesetzt.
46	D29	Diskussionsvorschlag: Hebesatzerhöhung der Gewerbesteuer um 20 Punkte von 460 auf 480 vom Hundert ab 2013	Alle Möglichkeiten zur Erzielung von Einnahmen werden ausgeschöpft.	Der Vorschlag wird umgesetzt.
73	D30	Diskussionsvorschlag: Hebesatzerhöhung Grundsteuer B um 20 Prozentpunkte auf 550 vom Hundert ab 2013	Alle Möglichkeiten zur Erzielung von Einnahmen werden ausgeschöpft.	Der Vorschlag wird umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
10	D3	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bezirksverwaltungsstellen"	Die Bürgerämter in den Stadtbezirken bleiben vorerst erhalten. Die Bezirksverwaltungsstellen werden einer Organisationsprüfung mit dem Ziel einer Optimierung unterzogen. Dabei wird darauf Wert gelegt, dass es zu keiner wesentlichen Einschränkung der Aufgaben kommt.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
27	D48	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung - Zentralisierung der Bürgerämter	Die Bürgerämter in den Stadtbezirken bleiben vorerst erhalten. Die Bezirksverwaltungsstellen werden einer Organisationsprüfung mit dem Ziel einer Optimierung unterzogen. Dabei wird darauf Wert gelegt, dass es zu keiner wesentlichen Einschränkung der Aufgaben kommt.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
37	D44	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung - Informationsstellen in städtischen Verwaltungsgebäuden	Die Informationsstellen bleiben zunächst erhalten. Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung werden Einzelfallprüfungen durchgeführt. Die Informationsstelle im Stadthaus bleibt auf jeden Fall erhalten.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
49	D33	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Hallenbad Kurfürstenbad	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
53	D31	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Hallenbad Beueler Bütt	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
56	D34	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Freibad Friesi	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
58	D37	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Freibad Ennertbad	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
60	D51	Diskussionsvorschlag: Wegfall oder Kürzung der freiwilligen Leistung "Stadtmuseum"	Der Ansatz für 2012 steht unter der Maßgabe einer transparenten Haushaltswirtschaft und Einsparung bzw. Saldoverbesserung. Vor Abschluss der Arbeiten zum Kulturkonzept werden keine Einsparungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
61	D39	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Freibad Rüngsdorf	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
62	D32	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Hallenbad Frankenbad	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
65	D35	Diskussionsvorschlag: Wegfall der Freiwilligen Leistung - Kombibad Hardtbergbad	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
68	D36	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Freibad Römerbad	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
71	D38	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung - Freibad Melbad	Es wird ein Bäderkonzept erarbeitet. Bis zum Jahr 2012 werden keine Bäderschließungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
98	D75	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Kinderschutzbund, Kinder- und Jugendring)"	Die Mittel für den Kinder- und Jugendring ab 2012 werden nach Vorlage eines fortgeschriebenen Konzepts erneut beraten.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
108	D8	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bibliothek"	Vorschlag wird derzeit nicht umgesetzt. Nach Inbetriebnahme des Hauses der Bildung werden im Rahmen einer Neukonzeption des Bibliothekswesens weitere Prüfungen vorgenommen.	Der Vorschlag wird weiter geprüft.
31	D94	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Projekt Stadt zum Rhein"	Hierzu hat es keinen konkreten Umsetzungsbeschluss gegeben. Städtebauförderungsmittel sind inzwischen bewilligt, Mittel für die Ausführung stehen im Haushalt 2011/12 zur Verfügung.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt. (Vorbehaltlich der Beschlussfassung der politischen Gremien)

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
3	D55	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung freiwillige Leistung "Zierbeleuchtung"	Es wurde keine Einsparung beschlossen.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
4	D28	Diskussionsvorschlag: Erhöhung der Hundesteuer ab 2013	Die Hundesteuer wurde zum 1.1.2011 bereits erhöht.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
11	D25	Diskussionsvorschlag: Dividendenzahlung der Vereinigten Bonner Wohnungsbau Aktiengesellschaft (Vebowag)	Der Vorschlag wird für den Haushalt 2011/2012 nicht umgesetzt	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
15	D99	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bauberatung"	Für die Bauberatung werden zukünftig Gebühren erhoben.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
17	D90	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Maßnahme "Unterstützung der Brauchtumpflege"	Die Unterstützung der Brauchtumpflege bleibt bestehen.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
18	D98	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Grüne Mitte Auerberg"	Die investive Maßnahme wird durchgeführt	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
24	D61	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an Bonner Privatschulen"	Die Zuschüsse an Bonner Privatschulen bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
25	D97	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung - Lokale Energieagentur	Die lokale Energieagentur bleibt erhalten und wird ausgebaut.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
36	D105	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bauleitplanung"	Im Bereich der Bauleitplanung werden keine Einsparungen umgesetzt.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
38	D88	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Solarthermie"	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt, sondern das Programm ausgeweitet. In 2011 sind 263.500 Euro und ab 2012 200.000 Euro jährlich hierfür in den Haushalt eingestellt.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
41	D89	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Kartographie"	Der Bereich Kartographie bleibt im bisherigem Umfang erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
43	D107	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen "Maßnahmen der Stadtgestaltung"	Die Maßnahmen zur Stadtgestaltung bleiben im bisherigen Umfang erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
47	D66	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Kompetenzcheck"	Die Mittel für den Kompetenzcheck bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
48	D92	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Haus der Natur"	Bei der investiven Maßnahme sind keine Einsparungen vorgesehen.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
57	D5	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung freiwillige Leistung "Rheinisches Lesefest - Käpt'n Book"	Das Rheinische Lesefest „Käpt'n Book“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
59	D106	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Radverkehrskoordination"	Der Bereich Radverkehrskoordination bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
64	D109	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Kunstmuseum Bonn"	Beim Kunstmuseum werden keine Kürzungen vorgenommen, da eine weitere Einschränkung der Öffnungszeiten das Kunstmuseum auch auf der Einnahmeseite belasten würde.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
66	D14	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Institutionelle Förderung sozialer Dienstleister"	Der Bereich „Institutionelle Förderung sozialer Dienstleister“ bleibt im bisherigen Umfang erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
67	D108	Diskussionsvorschlag: Wegfall der freiwilligen Leistung "Soziale Stadt - Neu-Tannenbusch"	Die Gesamtmaßnahme „Soziale Stadt – Neu-Tannenbusch“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
69	D87	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Wildgehege"	Das Wildgehege bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
70	D62	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an Schullandheime"	Die Zuschüsse an Schullandheime bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
72	D1	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Bürgerbeteiligung"	Der Bereich „Bürgerbeteiligung“ bleibt erhalten. Für konkrete Maßnahmen werden in 2012 weitere 30.000 Euro bereitgestellt.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
74	D11	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse für Gemeinwesenarbeit im Bonner Stadtgebiet"	Die Zuschüsse für Gemeinwesenarbeit im Bonner Stadtgebiet bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
76	D82	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Jugendzeltplatz)"	Die Zuschüsse an freie Träger (Jugendzeltplatz) bleiben in bisheriger Höhe erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
78	D12	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Finanzielle Mittel für Hilfe- und Beratungsangebote für Suchtkranke, von Sucht bedrohte Bonner Bürger"	Die Leistungen für Hilfe- und Beratungsangebote für Suchtkranke, von Sucht bedrohte Bonner Bürger bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
81	D16	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Beratungs- und Hilfsangebote für Bonner Seniorinnen und Senioren"	Die Beratungs- und Hilfsangebote für Bonner Seniorinnen und Senioren bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
82	D76	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Familienbildungsstätte)"	Die Zuschüsse an freie Träger (Familienbildungsstätte) bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
85	D70	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Jugendpflegemaßnahmen"	Die Jugendpflegemaßnahmen bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
86	D74	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Frühe Hilfe, Betreuter Umgang)"	Die Zuschüsse an freie Träger (Frühe Hilfe, Betreuter Umgang) bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
87	D73	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Umsetzung Spielplatzbedarfsplan"	Die investiven Mittel für Ausstattungen werden in 2011 und 2012 um 30.000 Euro erhöht.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
88	D65	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Aufwendungen für Hausaufgabenbetreuung mit individueller Lernförderung (Silentium)"	Die Aufwendungen für Hausaufgabenbetreuung mit individueller Lernförderung (Silentium) bleiben im bisherigen Umfang erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
90	D60	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Lernmittelfreiheit"	Die freiwillige Leistung „Lernmittelfreiheit“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
91	D78	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Freizeiten, Bildung, Begegnungen)"	Die Zuschüsse an freie Träger (Freizeiten, Bildung, Begegnungen) bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
92	D68	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "OGSplus-Förderung"	Die OGSplus-Förderung bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
93	D81	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Jugendwerkstatt)"	Die Zuschüsse an freie Träger (Jugendwerkstatt) bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
94	D15	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Finanzielle Mittel für Hilfen für Schwangere und für Beratungsstellen für Frauen"	Die finanziellen Mittel für Hilfen für Schwangere und Beratungsstellen für Frauen bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
95	D10	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Finanzielle Mittel zum Ausgleich von Benachteiligungen für Menschen mit Behinderungen"	Die finanziellen Mittel zum Ausgleich von Benachteiligungen für Menschen mit Behinderungen' bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
96	D80	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüssen an freie Träger (Straßensozialarbeit)"	Die Zuschüsse an freie Träger der Straßensozialarbeit bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
97	D17	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Hilfsangebote für Wohnungslose beziehungsweise von Wohnungslosigkeit bedrohten Bonner Bürgerinnen und Bürger"	Die finanziellen Mittel für Hilfsangebote für Wohnungslose beziehungsweise von Wohnungslosigkeit bedrohten Bonner Bürgerinnen und Bürger bleiben erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
100	D13	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Finanzielle Mittel für Hospize"	Die freiwillige Leistung für Hospize bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
101	D71	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Tageseinrichtungen für Kinder - Zuschüsse an Einrichtungen freier Träger"	Die freiwillige Leistung für Tageseinrichtungen für Kinder - Zuschüsse an Einrichtungen freier Träger – bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
102	D72	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Tageseinrichtungen Kinder - Zuschüsse zur Sprachförderung"	Die freiwillige Leistung für Tageseinrichtungen Kinder - Zuschüsse zur Sprachförderung – bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
103	D69	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger der Jugendarbeit"	Die freiwillige Leistung „Zuschüsse an freie Träger der Jugendarbeit“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
104	D64	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschuss zur Betreuung in städtischen Schulen"	Die freiwillige Leistung „Zuschuss zur Betreuung in städtischen Schulen“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
105	D79	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Offene Türen der Jugendarbeit"	Die freiwillige Leistung für „Offene Türen der Jugendarbeit“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
106	D77	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschüsse an freie Träger (Jugendräume, Kindertreff, Spielstube)"	Die freiwillige Leistung für „Zuschüsse an freie Träger (Jugendräume, Kindertreff, Spielstube)“ bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.
107	D67	Diskussionsvorschlag: Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung "Zuschuss im Rahmen des Programms Offene Ganztagschule"	Die freiwillige Leistung "Zuschuss im Rahmen des Programms Offene Ganztagschule" bleibt erhalten.	Der Vorschlag wird nicht umgesetzt.

Rechenschaftsbericht "Bonn packt's an!" - Ratsentscheidungen der Diskussionsvorschläge nach Status der Umsetzung sortiert

Rang	Vorschlag	Titel des Diskussionsvorschlags im Originalwortlaut	Ratsentscheidung	Status der Umsetzung
6	D47	Diskussionsvorschlag: Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung auf Autobahnen	Der Vorschlag wird umgesetzt.	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.